REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 421 · 17.12.1998

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 50 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. All e Menschenwerden Brüder
2. Werbt für ak!
3. Gegenaktivitäten zum EU- und WWG-Treffen in Köln
4. Sonntagsrede mit Folgen. Martin Walsers Appell an die "selbstbewußte Nation" - Js.
5. Mumia Abu-Jamal: Die Entscheidung rückt näher, Öffentlicher Druck notwendiger denn je - Max Boehnel, New York
6. Dynastie statt Demokratie. In der US- Gewerkschaft Teamster hat die Alte Garde wieder das Sagen - Michael Hahn
7. Der Zyklus der Gewalt. Die Struktur von Gewaltverhältnissen zwischen Männern und Frauen - Monika Gerstendörfer
8. Peru: Die bittere Realität der "Reproductive Rights" (Interview mit Giulia Tamayo)
9. Bläßlinge gegen Dumpfbacken. Die REPs nach dem Parteitag - der große Showdown fiel aus - Jean Cremet
10. Babylonische Sprachverwirrung? Schily und die Große Koalition der Einwanderungsgegner - ch.
11. Doch keine Satire Rot-grüne Jubler jubeln ernsthaft - Js.
12. "Die neue Regierung braucht den Druck der Straße." Interview mit Jürgen Grässlin
13. Kein Frieden mit Rot-Grün? Friedensbewegung fordert das Aus für den Eurofighter
14. "Eine neue demokratische Kraft entsteht in Chile..."
15. Immun gegen Gerechtigkeit? Der Fall Pinochet. Eine völkerrechtliche Analyse - Gerhard Stuby
16. Eindrücke aus nach der Katastrophe - Erika Harzer, Kalle Staymann
17. Öcalans Coup. Der Kurdistan-Konflikt wird zum europäischen Problem - Jan Keetmann
18. Patricio Ortiz ist frei - der Kampf geht weiter - Komitee Freiheit für Patricio Ortiz
19. Türkei: "Verbrecher Staat". Eine Buchbesprechung - Thomas W. Klein
20. Papiere für alle! Der Kampf der Sans-papiers und die Politik der Jospin-Regierung - Bernhard Schmid
21. Hanauer Nuklearbetriebe stillgelegt: Aber alles strahlt weiter - Elmar Diez
22. Bankrotterklärung der Plutoniumwirtschaft - Mycle Schneider
23. Konsens bleibt Nonsens - DSe
24. Unter Feuer. Streit um Plutoniumfunde am AKW Krümmel - DSe
25. Siemens-Boykott: Es geht voran! - Henrik Paulitz
26. Die Kraft reicht durchaus noch! Bericht vom Wanderkirchenasyl in NRW - ak., Kölner Netzwerk
27. Biblis A: Proletarischer Widerstand - DKa
28. Die Preußen Afrikas. Lettow-Vorbeck und die Pflege kolonialer Tradition - Heiko Möhle
29. Ein Zeitalter wird berichtigt. Hobby-Historiker Augstein deutet das 20. Jahrhundert - Js.
30. Hitlers "Opfer" Österreich. Der Gründungsmythos der Zweiten Republik - Angela Martin
31. IG Farben: Aktionärsversammlung wieder verschoben - am
32. Ein Treffen ehemaliger Zwangsarbeiter aus dem Lager Monowitz - Angela Martin
33. Arbeit für den Feind. Sowjetische Zwangsarbeiterinnen im Deutschen Reich - Angela Martin
34. Linksradikale Suche nach dem Sozialstaat. Die Existenzgeldforderung und ihre bürgerliche Konkurrenz - Christian Brütt
35. "Community" gegen Schlecker. HBV-Kampagne testet neue Aktionsformen - Uli Wohland
36. Sicherheit, Service, Arbeitszwang. Erwerbslose werden "City Ranger" - Dirk Hauer
37. Wußten Geheimdienste von Mogadischu? Aus dem Schlußwort von Monika Haas - ga.
38. "Die linke Hand des Staates". Pierre Bourdieus politische Interventionen - Martin Rheinländer
39. Papermove gegen Gedächtnisschwund. Das Hamburger "Archiv der Sozialen Bewegungen" zieht um - da.
40. "Sie dürfen nicht vergessen, daß ich Marxist bin." - Uwe Jakomeit
41. christian geissler (k). HEIMATDEUTSCH. (entgegennahme kunstpreis niedersachsen) - salzgitter 19-11-98

42. "Zwischenberichte". Über den bewaffneten Kampf in Europa - Gerd Bedszent
43. 40.000 DM für ak - ak-Redaktion
44. Quelldatei 45.htm
45. Quelldatei 48.htm
46. Quelldatei 49.htm
47. Papiere für alle!
48. Ab nach Spanien!
49. Quelldatei sp981214.htm
50. Sicher, sauber, billig

1. All e Menschenwerden Brüder

Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/mr.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:mr

10. Dezember 1998: 50 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Das ist wahrhaftig kaum ein Grund zum Feiern. Denn die Erfüllung des Traums von der Gesellschaft der freien und gleichen Menschen ist nirgendwo in Sicht. In 141 Staaten der Erde werden die Menschenrechte laut amnesty international regelmäßig verletzt. Und daß es weltweit als Sensation gehandelt wird, daß der Schlächter Pinochet seinen Lebensabend womöglich nicht in aller Seelenruhe beschließen kann, zeigt drastisch, wie weit Traum und Realität auseinanderklaffen.

Woran liegt das? An der Schwäche der demokratischen Institutionen, sagen die einen, an der ungebrochenen Vorherrschaft des kapitalistischen Verwertungsmodells, die anderen. Aber so richtig glaubt wohl niemand mehr, daß mit dem Kapitalismus automatisch auch staatliche und bürokratische Gewaltausübung verschwinden. Das liegt nicht zuletzt auch daran, daß die Vorstellung vom angeborenen Bürgerrecht eben nicht - wie bei Rosa Luxemburg - die "Freiheit des Andersdenkenden" meinte, sondern vor allem die Sicherung der Macht von privilegierten weißen Männern.

Die Idee der Bürger- und Menschenrechte ist eine Errungenschaft der Aufklärung. Das heißt aber auch, daß dieses Kind der bürgerlichen Revolution ohne Schatten nicht existieren kann. Das bürgerlich-patriarchale Freiheitsversprechen beinhaltet auch die Ausgrenzung des "Anderen": Die Französische Revolution befreite den Bürger, Frauen oder Nicht-EuropäerInnen kamen in den neuen Freiheitsrechten nicht vor. Auch die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten stellte die Sklavenhaltung der bürgerlichen Revolutionäre keineswegs in Frage. In der moderneren Charta der Vereinten Nationen gilt sexualisierte Gewalt nicht als Folter; im Pakt über den Schutz des Lebens vor staatlicher Willkür wird ausgeblendet, daß das Leben von Frauen - zum Beispiel durch Witwenverbrennung - allein aufgrund ihres Geschlechts bedroht ist; frauenspezifische Fluchtgründe wie Genitalverstümmelung gelten im bundesdeutschen Asylrecht nicht als politische Verfolgung, und der §19 des Ausländergesetzes ermöglicht immer noch die Abschiebung von Migrantinnen, die sich von ihren prügelnden Ehemännern trennen wollen. Menschenrechte garantieren und schützen aber sollen dem Anspruch nach all diese Paragraphen.

Die Empörung über die Doppelmoral der westlich-demokratischen Standards hinsichtlich der Menschenrechte für Frauen, Flüchtlinge, Illegalisierte ist berechtigt. Umgesetzt in politisches Handeln ist diese Empörung notwendig, um innerhalb der bestehenden Ordnung minimale Freiräume abzusichern. Den Kern der Sache aber trifft sie nicht: Die Blindheit des Menschenrechtskonzeptes gegenüber sozialer, struktureller und "privater" Gewalt ist nicht der Nachlässigkeit seiner Erfinder oder der fehlenden Kampfkraft seiner BefürworterInnen geschuldet. Sie ist systematisch in ihm angelegt.

Über häusliche Gewalt gegen Frauen Seite 5

Über bevölkerungspolitische Gewalt gegen Frauen Seite 7

2. Werbt für ak!

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:20

Die Auflage von ak stagniert. Links sein ist nicht eben modern, die Flut von Informationen über immer mehr TV-Kanäle, Zeitungen und Internet machen es kleinen linken Zeitungen immer schwerer, sich zu behaupten. Hinzu kommt, daß vor allem jüngere Linke unsere Zeitung gar nicht kennen.

Dennoch wollen wir weiter die Welt verändern - und mehr LeserInnen für ak!

Daran arbeiten wir. In der letzten ak-Ausgabe haben wir die neue Internet-Homepage (www.akweb.de) vorgestellt. Seitdem kann man ak von jedem Ort in der Welt kennenlernen. Nun liegt erstmals auch Werbematerial für ak vor. Die nebenstehenden Titelbilder stammen von zwei frisch fertiggestellten Leporellos, mit denen wir versuchen wollen, ak bekannter zu machen und Menschen zum Lesen, am besten zum Abonnieren zu bewegen. Dabei sind wir auf eure Hilfe angewiesen. Helft mit, diese Werbe-Faltblätter an Orte zu schaffen, an denen Linke ihr Bierchen trinken, sich Filme ansehen, wo sie tanzen und sich vergnügen, wo sie sich bilden, wo sie diskutieren und streiten. Kurz: Helft uns bitte, diese Faltblätter unter die Leute zu bringen!

Dazu braucht ihr uns lediglich per Telefon, Fax, Email oder Post eine Nachricht zukommen zu lassen, wie viele und welche Faltblätter ihr haben wollt und wo wir sie hinschicken sollen. Mehr nicht!

Bitte schickt mir die neuen Faltblätter, +, +, +

, Faltblatt: "Veränderungen ...

beginnen im Kopf", , Faltblatt: "Manchmal...

treffen wir auch ins Schwarze"

Ich brauche, ...Exemplare, , ... Exemplare

Name:, , , Ort:

Str.:, , ,

Tel: 040-40170174, Fax: 040-40170175, Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de oder per Post: analyse und kritik, Rombergstr.10, 20255 Hamburg

3. Gegenaktivitäten zum EU- und WWG-Treffen in Köln

Gegenaktivitäten zu den EU- und WWG-Treffen in Köln

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Aktionen / Veranstaltungen; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:18

Einmal im Jahr treffen sich die Staats- und Regierungschefs der 7 mächtigsten Länder der Welt (USA, Kanada, Japan, BRD, Großbritannien, Frankreich und Italien), früher nannten sie das "Weltwirtschaftsgipfel", inzwischen - damit es nicht so großkotzig klingt - reden sie vom Gipfel der "Gruppe der 7" (bzw. G8, seit Rußland am Katzentisch dabei sein darf). Immer gegen Ende der halbjährigen Präsidentschaft einer Mitgliedslandes treffen sich auch die Häuptlinge der EU-Staaten. Beide Treffen finden 1999 in Köln statt: der EU-Gipfel vom 4.-6., der Weltwirtschaftsgipfel vom 18.-20. Juni.

Eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen vor allem aus dem 3.-Welt-Bereich und andere hatten schon im Frühjahr 1998 eine Initiative für eine breites Bündnis anläßlich dieser Termine ergriffen. Daraus entwickelte sich eine Zusammenarbeit, an der ein buntes Spektrum von Gruppen und Organisationen beteiligt ist. Das reicht von Antirassismus- und Internationalismusgruppen über StudentInnenschaften, Umweltschutz- und Friedensorganisationen, Erwerbsloseninitiativen und Frauengruppen bis hin zu Parteien und ihren Jugendorganisationen. Zwischen den Plenumstreffen führt ein Arbeitsausschuß die laufenden Geschäfte, der prinzipiell offen ist für alle, die darin mitarbeiten wollen; real handelt es sich dabei bisher um den BUND, den BuKo, die Euromärsche, den Freien Zusammenschluß der StudentInnenschaften, das Grün-Alternative Jugendbündnis, die ila, die Jusos, das Netzwerk Kein Mensch ist illegal, das lokale Kölner Bündnis gegen die Gipfel, das Netzwerk Friedenskooperative, das NRO-Frauenforum, Play fair Europe! und WEED. Um die Mitarbeit von weiteren gewerkschaftlichen und kirchlichen Gruppen wird sich bemüht. Beim Bündnistreffen Ende November 1998 wurde einstimmig ein Aktionspaket beschlossen, das aus 5 Elementen besteht:

1. In den Tagen vor dem EU-Gipfel führt die Europäische Koordination gegen Erwerbslosigkeit, Ausgrenzung und Rassismus wie 1997 vor dem EU-Gipfel in Amsterdam Euromärsche durch, die am 5. Juni 1999 mit einer gemeinsamen Demonstration in Köln enden werden. Am 23./24. Januar findet in Köln eine europaweite Beratungskonferenz dazu (und zu den beiden nachfolgend genannten Aktivitäten) statt.

2. An mehreren Tagen werden Veranstaltungen sich intensiver mit der EU und ihrer Rolle in der Weltpolitik auseinandersetzen. Dabei wird es sich um eine Mischung aus gemeinsamen Veranstaltungen und solchen einzelner Gruppen handeln - InteressentInnen sind noch willkommen.

3. Zwischen den beiden Gipfeln findet ein Aktionscamp statt.

4. Am 17. und 18. Juni wird ein Gegenkongreß zum Weltwirtschaftsgipfel durchgeführt. Dieser wird sich vorrangig beschäftigen mit den weltweiten Fluchtbewegungen, mit der Krise des Lohnarbeitsverhältnisses als der eigentlichen kapitalistischen Vergesellschaftungsform und mit den Machtverhältnissen des globalisierten Weltmarktes und der herrschenden Weltwirtschaftsordnung. Dabei finden Fragen patriarchalischer Gesellschaftsverhältnisse, ökologischer Zerstörung und der Militarisierung von Konflikten besondere Beachtung.

5. Den Abschluß und Höhepunkt der Aktionen bildet eine bundesweite Demonstration und Kundgebung am 19. Juni in der Kölner Innenstadt. Dort - wie auch beim Kongreß - wird dringend prominente internationale Beteiligung angestrebt. Gewollt ist eine (legale) Demonstration, in der radikale, antikapitalistische Inhalte ebenso ihren Platz haben müssen wie Kinder, Alte, Behinderte und Menschen ohne Paß eines EU-Landes, die alle in besonderer Weise Opfer der aktuellen politisch-ökonomischen Entwicklungen sind. Wir wollen deutlich zeigen, daß wir uns nicht einfach auf die neue Bundesregierung verlassen, die Gastgeberin beider Gipfel ist, sondern für unsere Forderungen selbstbewußt auf die Straße gehen.

In einem gemeinsamen Aufruf thematisiert das Bündnis die oben genannten Inhalte genauer und kritisiert, daß bei gleichzeitigem Reichtum und Warenüberfluß wie nie zuvor in der Geschichte den arm gemachten Ländern jede Entwicklungsperspektive verstellt wird. Nicht private Gewinninteressen, sondern die Interessen der Mehrheit der Menschheit müßten Eckpfeiler einer neuen Weltwirtschaftsordnung sein.

Am 6. Februar 1999 wird für alle Interessierten Gelegenheit bestehen, sich bei einer Aktionskonferenz in Köln über diese und weitere, auch lokale, Planungen auszutauschen und gemeinsame Themen zu diskutieren. Dann werden auch Plakate, Aufkleber und die erste von 3 geplanten Aktionszeitungen vorliegen.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses ak liefen die Verhandlungen um die Anmietung eines Büros und die Einrichtung einer Postfachadresse noch, so daß hier noch keine gemeinsame Kontaktanschrift des Bündnisses mitgeteilt werden kann. Interessierte können sie aber über eine der unten genannten Organisationen erfahren.

Neben dem hier beschriebenen Bündnis gibt es noch eine Reihe anderer Initiativen, die eigene Aktivitäten zu einem der Gipfel oder auch zu beiden planen. Die Kampagne Erlaßjahr 2000 wird- wie 1998 beim WWG in Birmingham - am 19. Juni eine Menschenkette in Köln durchführen, um damit die Entschuldung armer und ärmster Länder auf ein tragfähiges Niveau zu fordern. Zwischen ihr und dem Demobündnis gibt es zeitliche Absprachen, so daß eine Teilnahme an beiden Aktionen möglich ist. Ein Bündnis linksradikaler, autonomer und antifaschistischer Gruppen plant eine eigene Demo und einen eigenen Kongreß zum EU-Gipfel, auch wenn viele Gruppen aus diesem Spektrum prinzipiell eine Zusammenarbeit mit dem Gesamtbündnis wünschen und oft auch praktizieren.

Werner Rätz

WEED: Bertha von Suttner Platz 13, 53111 Bonn, Tel. 0228/766130, Fax 696470.

e-mail: weed@bonn.comlink.apc.org, Internet: http://www.weedbonn.org (dort gibt es auch alle Protokolle von Plenum, Arbeitsausschuß und AGs)

Euromarsch: c/o SoZ-Verlag, Dasselstr. 75, 50674 Köln, Tel. 0221/9231196, Fax 9231197 e-mail: euromarsch@hotmail.com

4. Sonntagsrede mit Folgen. Martin Walsers Appell an die "selbstbewußte Nation"

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:28

Martin Walser, ein deutscher Dichter, dankt an symbolträchtigem Ort, der Frankfurter Paulskirche, für die Auszeichnung mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Er nutzt die Gelegenheit zu einer Abrechnung mit anonymen Mächten, die Auschwitz "zu gegenwärtigen Zwecken" instrumentalisieren. Das Publikum applaudiert stehend. Nur einer protestiert umgehend: Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, nennt Walser einen "geistigen Brandstifter". Verteidiger Walsers melden sich zu Wort, Bubis wiederholt und verschärft seine Kritik, Altbundespräsident Weizsäcker sorgt sich, die Diskussion könne "außer Kontrolle" geraten. Ein "Fall von Oberschichtskommunikation" (Micha Brumlik), in dem es um Grundlegendes geht: das Gedenken an den Holocaust und das Selbstverständnis einer "Nation", die sich zunehmend für "normal" hält.

"Unerbittlicher Streit über Antisemitismus. Das schadet Deutschland" - nach Ignatz Bubis' Spiegel-Interview war auch für das Hamburger Abendblatt aus dem Axel-Springer-Verlag das Maß voll. Mit dem Aufmacher am Tag danach wurden "drei angesehene Männer" an ihre "große Verantwortung" erinnert - Verantwortung vor der "nachgewachsenen Erlebnisgeneration", vor allem aber vor dem deutschen Gemeinwesen. Dessen Ansehen steht auf dem Spiel, auch das deutsch-israelische Verhältnis droht Schaden zu nehmen, weil Ignatz Bubis, Klaus von Dohnanyi und Martin Walser, allesamt "integre Persönlichkeiten mit intellektuellem Format und moralischer Autorität", sich gehen ließen.

Nicht ganz zufällig ertönte aus dem Hause Springer der Ruf zur Mäßigung erst, nachdem Bubis gegen ein ungeschriebenes Gesetz verstoßen hatte: Er hatte zwei Repräsentanten der deutschen Eliten, nämlich Dohnanyi und Walser, latenten Antisemitismus vorgeworfen. Angefangen aber hatte - das ist auch bei einem "Streit alter Männer" von Bedeutung - Martin Walser.

"Meinungssoldaten"

mit "Moralpistolen"

Walser pirscht sich in seiner Rede geschickt an sein Thema heran: die "Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken". Er entwickelt es in Konfrontation mit zwei von ihm nicht genannten "verehrungswürdigen Namen" (gemeint sind Habermas und Grass) - "ein wirklich bedeutender Denker" der eine, ein "ebenso bedeutender Dichter" der andere, "beide wirklich gleich seriös", "seriöse Größen". In Walsers an Shakespeare geschulter Rhetorik ("Brutus ist ein ehrenwerter Mann") schlägt die Schmeichelei in ihr Gegenteil um: Spätestens beim dritten Lobeswort erscheinen die Gepriesenen als Dummköpfe oder Lügner, ihre Warnungen vor dem alltäglichen Rassismus als irrational und zweckorientiert - sie richten sich gegen Deutschland, und Walser weigert sich schlicht zu "glauben", was er da über sein Vaterland hören muß: "Die Bevölkerung sympathisiert mit denen, die Asylantenheime angezündet haben."

Was die historische Wahrheit des Holocaust angeht, kann Walser sich nicht auf ein schlichtes "das kann ich nicht glauben" zurückziehen. Es ist die "Dauerpräsentation unserer Schande" ("kein Tag, an dem sie uns nicht vorgehalten wird"), die er anprangert, die Instrumentalisierung von "Auschwitz" als "jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule". Wer droht da mit der Keule? Es sind die "Meinungssoldaten", die, "mit vorgehaltener Moralpistole, den Schriftsteller in den Meinungsdienst nötigen." In wessen Sold diese "Meinungssoldaten" stehen, welchen "gegenwärtigen Zwecken" ("immer guten Zwecken, ehrenwerten", fügt der Redner hinzu) sie dienen, wurde dem Publikum später erklärt: in den Koreferaten der Herren Dohnanyi und Augstein (s.u.).

Walser will mit der deutschen Vergangenheit nicht länger belästigt werden; er will aber auch seine Landsleute vor dieser Belästigung schützen - welchen Sinn hätte sonst seine Schelte der Intellektuellen ("Meinungs- und Gewissenswarte") und der Medien ("Routine des Beschuldigens")? Der Einwand seiner Fürsprecher, Walser habe nur die "Ritualisierung" des Gedenkens kritisiert, wird vom Meister selbst widerlegt. Er will die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen, die er durchgehend "Schande" nennt, privatisieren, zur

persönlichen Gewissenserforschung machen - angeblich. Gewissen aber kann sich bestenfalls - die persönliche Bereitschaft dazu unterstellt - mit Schuld auseinandersetzen, nicht aber mit "Schande", die verdrängt werden muß. Walser folgen hieße, den Holocaust in den Bereich des Nicht-Öffentlichen zu verbannen; es hieße auch, den überlebenden Opfern und allen anderen, die Erinnerungsarbeit leisten, Öffentlichkeit streitig zu machen.

Bei Walsers Rede saß in der ersten Reihe Ignatz Bubis, der sich, Auge in Auge mit dem Redner, auch persönlich provoziert gefühlt haben muß. Seine heftige Reaktion ließ nicht auf sich warten. Walsers Rede sei "geistige Brandstiftung" und zudem gefährlicher als ähnlich klingende Tiraden der Volksverhetzer Schönhuber, Frey und Deckert, die außerhalb des rechtsextremen Lagers niemand ernst nehme. Am 9. November, dem 60. Jahrestag der Reichspogromnacht, wiederholte Bubis in Berlin seine Kritik, die er im Spiegel-Interview (30.11.) zuspitzte: Die von Walser und Dohnanyi vertretene "Vorstellung, die Juden denken immer zuerst ans Geld und machen aus allem Geld, gehört zum klassischen antisemitischen Repertoire."

Nicht nur Linke schlossen sich Bubis an. Andere, darunter ebenfalls Linke, wandten ein, Walser habe diese harsche Kritik nicht verdient - man dürfe nicht nur diese eine, möglicherweise mißratene Rede sehen, sondern müsse auch sein Werk und seine Persönlichkeit berücksichtigen. Walser selbst, der 1961 Wahlkampf für die SPD machte, später der DKP nahe stand, sieht sich jenseits der Kategorien Links und Rechts. Wegen seiner Verurteilung des Vietnam-Krieges habe er in den westdeutschen Medien als Kommunist gegolten; später hätten ihn die Linken zum Rechten erklärt - als er nämlich Ende der 70er Jahre sein Herz für die deutsche Einheit entdeckte.

Die Profiteure

deutscher "Schande"

Von Gleichgesinnten mögen Walsers politische Interventionen der vergangenen Jahre "streitbar" genannt werden, immer waren sie auf Polarisierung angelegt: So klagte Walser über den "Tugendterror der political correctness"; die "Intoleranz unserer besten Intellektuellen", die "die reinsten Pfaffen" seien, über "Meinungssoldaten" und dergleichen. Genau das, was seine Paulskirchenrede zum Skandal werden ließ, hat er auch schon vorher gesagt, wie in dem kürzlich erschienenen Sammelband "Gespräche mit Martin Walser" nachzulesen ist. So beklagt er die "grotesk anmutende Routine" beim "Umgang mit unserer Vergangenheit" und die in diesem Zusammenhang gemachten "schauderhaften Vorschläge, von denen das Berliner Mahnmal zur Erinnerung an die Judenvernichtung vielleicht der krasseste ist" - "Gewissensvorgänge" könne man nicht "normieren", "das muß man den Menschen selber überlassen."

Nach den heftigen Gegenreaktionen zog Walser sich darauf zurück, er sei "mißverstanden" worden - offensichtlich auch von denen, die ihm zur Seite standen, deren Unterstützung sich Walser gleichwohl nicht verbeten hat. Der Sozialdemokrat Klaus von Dohnanyi wehrte sich via FAZ gegen den "allzu häufigen Versuch anderer, aus unserem Gewissen eigene Vorteile zu schlagen. Es zu mißbrauchen, ja zu manipulieren." Statt die Betreiber dieses unmoralischen Geschäfts beim Namen zu nennen, wandte er sich an die Juden, von denen er einen persönlichen Tapferkeitsnachweis forderte: "Allerdings müßten sich natürlich auch die jüdischen Bürger in Deutschland fragen, ob sie sich so sehr viel tapferer als die meisten anderen Deutschen verhalten hätten, wenn nach 1933 ‚nur` die Behinderten, die Homosexuellen oder die Roma in die Vernichtungslager geschleppt worden wären." In einer Replik auf Bubis' Vorwürfe im Spiegel entrüstete sich Dohnanyi, wieder in der FAZ, über die "Verkürzung unserer Holocaust-Debatte auf das Geld" - nicht Walser und Dohnanyi, sondern Bubis habe von Geld und Grundstücken geredet. "Auf was für ein Niveau", empörte sich Dohnanyi, "würde denn so die Debatte über das Gedenken, aber auch über die berechtigten Ansprüche der Opfer von Ignatz Bubis gedrückt!"

Gänzlich hemmungslos gebärdete sich Rudolf Augstein, der seinem Duzfreund Walser nicht nur vollständig recht gab und Bubis einen "gehörigen Mangel an Urteilsvermögen" vorwarf. Er ergänzte den Mythos der "jüdischen Weltverschwörung" um ein aktuelles Kapitel: Auch hinter dem Projekt eines Berliner Holocaust-Mahnmals steckt der Jude: "Man ahnt, daß dieses Schandmal gegen die Hauptstadt und das in Berlin sich neu formierende Deutschland gerichtet ist. Man wird es aber nicht wagen, so sehr die Muskeln auch schwellen, mit Rücksicht auf die New Yorker Presse und die Haifische im Anwaltsgewand, die Mitte Berlins freizuhalten von solch einer Monstrosität." Daß die US-Presse von den Juden dirigiert wird, kann bei den

Älteren hierzulande als bekannt vorausgesetzt werden, seit Elisabeth Noelle (nach 1945 bekannt als Noelle-Neumann) in der Nazi-Wochenzeitung Das Reich die deutschen Volksgenossen entsprechend aufklärte; die "Haifische im Anwaltsgewande" sind unschwer als die jüdischen Anwälte zu identifizieren, die 53 Jahre nach Kriegsende für die wenigen überlebenden Opfer des Nazi-Terrors Entschädigungen erstreiten wollen (daß sie für sich selbst ansehnliche Provisionen erhoffen, gehört zu den üblichen Gepflogenheiten des kapitalistischen Geschäftslebens, die im Spiegel ansonsten niemals in Frage gestellt werden).

Augstein verschonte seiner Leser auch nicht mit weiteren antisemitischen Stereotypen: Die Juden sind nicht nur mächtig und geldgierig und beherrschen die "Weltpresse", sie sind auch schuld am Antisemitismus: "Ließen wir den von Eisenmann vorgelegten Entwurf fallen, wie es vernünftig wäre, so kriegten wir nur einmal Prügel in der Weltpresse. Verwirklichen wir ihn, wie zu fürchten ist, so schaffen wir Antisemiten, die vielleicht sonst keine wären, und beziehen Prügel in der Weltpresse jedes Jahr und lebenslang, und das bis ins siebte Glied." Womit der Vollständigkeit halber auch noch die "alttestamentarische" Rachsucht in die Debatte geworfen worden ist.

Vom Generationswechsel zum Epochenwechsel?

Walsers Rede ist ein Indiz, daß die Nachkriegsübereinkunft zwischen dem (west-)deutschen Staat und seinen Eliten auf der einen, den wenigen in Deutschland lebenden Juden auf der anderen Seite von ersteren zumindest in Zweifel gezogen wird. Diese Übereinkunft entsprach der Staatsräson. In seinem Buch "Im Anfang war Auschwitz" zitiert Frank Stern den US-Hochkommissar John McCloy, der im Sommer 1949 vor Vertretern jüdischer Gemeinden sagte: "Die Welt werde es als einen Maßstab betrachten, ob Deutschland im Stande ist, gesunde Beziehungen zu den jüdischen Gemeinden zu schaffen. Das Verhalten der Deutschen zu den wenigen Juden in ihrer Mitte sei ein Prüfstein ihrer Gesittung und eines echten demokratischen Aufbauwillens."

Das war eine Sprache, die Adenauer verstand. Der in seinem vielzitierten Ausspruch "Das Weltjudentum ist eine jroße Macht" enthaltene Antisemitismus wurde philosemitisch gewendet: Man zahlte "Wiedergutmachung", war nett zu Juden und solidarisch mit Israel. Von den Vernichtungslagern aber hatte niemand gewußt; zum zentralen Datum der westdeutschen "Gedenkkultur" wurde der 20. Juli 1944.

In dem Streit um die Holocaust-Gedenkstätte geht es nicht zuletzt um die Frage, ob "wir" denn "das" noch nötig haben. Helmut Kohl, jahrelang der mächtigste Befürworter dieses Projekts, hoffte, daß auch und gerade nach der "Wiedervereinigung" ein solches Monument international Sympathien mobilisieren würde - ein nicht zu unterschätzender Faktor für einen Staat, der sich zur "gewachsenen deutschen Verantwortung in der Welt" bekennt und diese "Verantwortung" vorzugsweise durch seine Krisenreaktionskräfte exekutieren will. Sein Nachfolger Schröder, der diese Politik fortsetzen und auf eine neue Stufe heben möchte, verblüffte die Öffentlichkeit mit dem Ausspruch, das Berliner Mahnmal müsse ein Ort werden, "wo man gern hingeht".

Daß Kohl ein solcher Satz um die Ohren gehauen worden wäre, liegt auf der Hand. Für die rot-grüne Regierung ist das ungelöste Problem des Holocaust-Mahnmals eine Altlast der Kohl-Ära wie die Löcher im Haushalt. Kanzleramtsminister Hombach erklärte das "historische Ende der Wiedergutmachungspolitik", und Regierungssprecher Heye ergänzte, unsere Nachbarn sollten sich daran gewöhnen, daß Deutschland sich nicht länger "mit dem schlechten Gewissen traktieren" lasse.

1993 provozierte der inzwischen fast vergessene Steffen Heitmann lautstarken Widerspruch, als er sein politisches Credo formulierte: Deutschland möge - der "intellektuellen Debattenlage" zum Trotz - das "Ereignis" des Nationalsozialismus "einordnen in unsere Gesamtgeschichte, die wir als Volk haben", um auf diesem Wege "ein normales Volk unter normalen Völkern" zu werden. Fünf Jahre und einen Regierungswechsel später scheint dieses Programm seiner Verwirklichung näher gekommen zu sein.

Was immer Ignatz Bubis mit seiner "Regelverletzung" bezweckt haben mag - diese war nicht nur eine Notwehrhandlung, sondern durch die Reaktionen, die sie provozierte, auch ein aufklärerischer Akt. Plötzlich geht es nicht mehr um Auschwitz und die angemessene Art des Gedenkens an die Opfer - sondern um "das sich neu formierende Deutschland". Die Protagonisten der Debatte gruppieren sich anders als noch während des Historikerstreits; Augstein ist hier nur das krasseste Beispiel. Walser selbst sieht sich in der "Einschüchterungsposition" und als Opfer einer "neuen Inquisition". Die Welt dokumentiert eine Auswahl von angeblich 1.000 zustimmenden Briefen an Walser, die Junge Freiheit dankt dem Redner für seinen

"entscheidenden Beitrag" zur "intellektuellen Befreiung" der Deutschen, deren "Identität als Nation durch den Nationalsozialismus und den anschließenden Gesinnungsterror der PC" gleichermaßen beschädigt sei.

Ob es nun - wegen Walser - mit der "nationalen Identität" im Sinne der Jungen Freiheit aufwärts geht, entscheidet sich in der öffentlichen Debatte. Erstaunlich ist die Zurückhaltung der Grünen. Ihr Schweigen auch in dieser Streitfrage symbolischer Politik ließe sich schlicht damit erklären, daß sie schon nach zwei Monaten Regierungstätigkeit jede Eigenständigkeit verloren haben. Es könnte aber auch darauf hindeuten, daß die Symbolpolitik wichtiger ist als allgemein angenommen - und Kritik an den zitierten Machtworten des Koalitionspartners das gemeinsame Unternehmen in Frage stellen würde.

Js., 10.12.1998

P.S. Inzwischen hat Bubis den Vorwurf der geistigen Brandstiftung öffentlich zurückgenommen. Walser hingegen steht zu jedem Wort seiner Rede und rühmt deren "befreiende Wirkung". Darin sieht nicht nur Bubis nach wie vor das Problem: "Alle diejenigen, die sich bislang nicht getraut haben, ... haben jetzt einen geistigen Vater..." Die Kontroverse bleibt.

5. Mumia Abu-Jamal: Die Entscheidung rückt näher, Öffentlicher Druck notwendiger denn je

Autor: Max Boehnel, New York · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:10

Das Oberste Gericht von Pennsylvania lehnt eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den zum Tode verurteilten Mumia Abu-Jamal mit fadenscheinigen Gründen ab.

Im Wahlkampf zum US-Kongreß räumte der Gouverneur von Pennsylvania, der Republikaner Thomas Ridge, vor seinem Wahlvolk alle Ängste aus, er sei "soft on crime" - nachgiebig gegenüber dem Verbrechen. Das gewohnte Angstmachen vor den Terroristen, den Drogen, den Schwarzen und dem Antichrist - sowie dem Mann, der mit dem Bösen Schluß macht - zieht auch dort. 57 Prozent der Wähler belohnten ihn am 3. November mit der Wiederwahl.

Wenige Tage zuvor hatte das Oberste Gericht von Pennsylvania beschlossen, das Hinrichtungsverfahren gegen den schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal voranzutreiben. Die Richter wiesen den jüngsten Vorstoß von Abu-Jamals Anwälten, ein Berufungsverfahren anzustreben, mit einer ebenso eiskalten wie zurechtgelogenen Begründung zurück. Auf 72 Seiten gestand das Gericht zwar ein, daß es zu Verfahrensfehlern gekommen sei. Doch in ihrer Summe, so die Logik des richterlichen Irrsinns, stellten sie doch keinen so großen Fehler dar, der eine Wiederaufnahme des Verfahrens rechtfertige.

Zeugen seien unter Druck gesetzt, von Ermittlern und Polizei zu Falschaussagen genötigt und so zu ganz anderen Schlüssen als zuvor gebracht worden, gaben die Richter zu. Aber die Zeugenausagen, selbst wenn sie korrekt gewesen wären, hätten die Geschworenen nicht umstimmen können, meinten sie. Darüber hinaus gestand das Gericht ein, daß sich der Schlüsselzeuge des gesamten Verfahrens, ein Polizist, widersprüchlich geäußert habe. Der hatte in einer ersten Zeugenaussage von einem angeblichen Mordgeständnis Mumia Abu Jamals nichts gewußt und erst später behauptet, zwei andere Kollegen hätten Mumia Abu Jamals Geständnis vom Mord an dem Polizisten Faulkner mitgehört.

Daß ein Polizist ein Mordgeständnis zunächst vergißt und sich erst später wieder daran erinnert, schien dem Gericht laut Urteil "verständlich". Der merkwürdige Zeuge war, als sich der Prozeß dem Ende genähert hatte, zudem "im Urlaub" und konnte sich nicht im Zeugenstand zu seinen widersprüchlichen Aussagen äußern. Daß der Richter im Prozeß gegen Mumia die Verhandlung deshalb nicht verschoben hatte, um den "verschwundenen" Schlüsselzeugen suchen zu lassen, schien dem jetzigen Bericht nach nicht "gekünstelt", wie Mumias Anwälte behauptet hatten. Die Beweise dagegen, die das Gericht damals als Begründung für das Todesurteil heranzogen hatte, hielt das Berufungsgericht erneut für schlüssig, nämlich die Wortwahl Mumias als junger "Black Panther" in den 70er Jahren. "Diejenigen von uns - vor allem die Journalisten - die als Jugendliche oder junge Erwachsene eine unangemessenere Sprache als heute verwenden, finden es erschreckend, wenn alte Texte dazu herhalten müssen, um Geschworene davon zu überzeugen, daß jemand hingerichtet werden soll", empörte sich die liberale Nation.

Und schließlich lehnten die Richter den Befangenheitsantrag gegen den Exekutionsrichter Albert Sabo rundum ab. Die ehemalige Mitgliedschaft des Mannes in der Polizeigewerkschaft Fraternal Order of Police lasse nicht auf Voreingenommenheit schließen. Unter Druck entstandene Zeugenaussagen, ein "verschwundener" Schlüsselzeuge, ein Richter, der sich seinen Polizei-"Brüdern" verpflichtet sieht - kein Grund für das Oberste Gericht von Pennsylvania, für eine Neuaufnahme des Verfahrens zu stimmen. Aber ein Grund für die Generalstaatsanwältin, ihre Zufriedenheit über das Urteil auszudrücken.

Das erneute, rassistische Skandal-Urteil gegen einen afroamerikanischen Linken beweist zwar die Kumpanei zwischen Richtern, polizeilichen Institutionen und Politikern, die ihre Wiederwahlchancen maximieren wollen. Das geht im Falle Mumia Abu-Jamals seit 16 Jahren so, wie der Prozeß von 1982 und die Anhörung für ein Neuverfahren 1995 beweisen. Und doch steht es in einem größeren Zusammenhang. Hinrichtungen und Hinrichtungsverfahren in den USA haben sich beschleunigt, und Todesurteile in den US-Einzelstaaten können von Bundesrichtern, selbst wenn sie ausgesprochene Todesstrafengegner sind, nur noch mit Mühe revidiert werden. Konnte ein Bundesrichter das Verfahren in einem Kapitalverbrechen bisher ausschließlich auf der Basis des vorliegenden Tatbestands neu verhandeln und dabei neue Beweise hinzuziehen, so schränkte ein Gesetz namens "Antiterrorism and Effective Death Penalty Act" nun den Spielraum von Verteidigern ein.

US-Präsident Clinton unterschrieb es im April 1996. Nach den neuen "Habeas Corpus"-Regeln muß die Verteidigung zur Wiederaufnahme eines Verfahrens einen Bundesrichter davon überzeugen, daß das Gericht irrational handelte. Das Gesetz schränkt die Zahl von Berufungsmöglichkeiten ein und setzt dem Zeitraum, innerhalb dessen ein Todeszellen-Häftling Berufung einlegen darf, enge Grenzen.

Die Tradition der Selbst- und Rachejustiz christlicher Siedler aus Europa im 19. Jahrhundert, die in Amerika wüteten, und der Lynchjustiz an entlaufenen schwarzen Sklaven ist Jahrzehnte nach Abschaffung der Sklaverei auf der staatlichen Ebene deutlich sichtbar. Hängen durch Strangulieren und öffentliche Hinrichtungen sind inzwischen zwar verboten, aber die barbarischen Bestrafungsrituale, mit denen der Staat seine absolute Macht über das Individuum zelebriert, bevor er seinem Leben nach Jahren in der Todeszelle ein Ende bereitet, sind demokratisch legitimiert. Und sie modernisieren sich permanent. Der jüngste Akt, das Todesstrafengesetz unter Clinton, trägt nicht zufällig den Zusatz "effectice" und erleichtert den Behörden die raschere Abwicklung des Rituals.

So steht eine beispiellose Hinrichtungswelle bevor, die weniger tatsächliche Mörder, Vergewaltiger, Entführer, Spione und Drogenbarone trifft. Die Ermordung "unschuldiger", aufgrund von Justizirrtümern verdammter Todeszellen-Insassen, die aufgrund eines konstruierten Tatvorwurfes vom Staat erschossen (Utah und Idaho), auf dem elektrischen Stuhl ermordet (z. B. Alabama), in einer Gaskammer vergiftet (Arizona) oder mit einer tödlichen Injektion (über zwei Dutzend US-Staaten) umgebracht werden sollen, wird sich beschleunigen, falls die amerikanischen Todesstrafengegner ihre Kräfte nicht bündeln.

In den USA warten 3.517 Menschen auf ihre Hinrichtung. Die Opfer stammen fast immer aus den unteren sozialen Schichten. Darunter befinden sich überdurchschnittlich viele Afroamerikaner und zunehmend Latinos sowie geistig Behinderte. Kaum ein Gefangener aus diesen gesellschaftlichen Schichten hat die ausreichenden Mittel zu seiner Verteidigung. Niemand weiß, wieviele Menschen unschuldig in den USA hingerichtet wurden. Anwälte können keinen Fall mehr aufrollen, denn die Akten stehen nach jeder Urteilsvollstreckung unter Verschluß.

Noch 13 sollen dieses Jahr von staatlich bestellten Henkern ermordet werden. Der US-Exekutionszug rast mit hoher Geschwindigkeit. Wenn ihn schon nicht stoppen, so zumindest seine Beschleunigung verhindern wollen die Organisatoren der National Conference on Wrongful Convictions and the Death Penalty, die Anfang Dezember in Chicago stattfand. Die großen Menschenrechtsorganisationen, Mitglieder der US-Anwaltskammer, Angehörige von Jura-Fakultäten, Journalisten und Hilfsorganisationen für Gefangene haben beschlossen, die Öffentlichkeit für unschuldig zum Tode Verurteilte zu sensibilisieren. Ein schwieriges Unterfangen, denn die Mehrzahl der Amerikaner unterstützt seit jeher die Todesstrafe.

Noch hat der alte und neue Gouverneur Thomas Ridge keinen neuen Hinrichtungsbefehl ausgestellt. Wenn das Oberste Gericht von Pennsylvania eine neue Anhörung, wie von Mumias Rechtsanwalt Len Weinglass verlangt, ablehnt, dann besteht kein Zweifel, daß Ridge das Todesurteil bestätigt. Denn Ridge hatte zu Beginn seiner Amtszeit per Gesetz persönlich dafür gesorgt, daß Gouverneure in Pennsylvania sich der Unterschrift unter den Exekutionsbefehl kaum entziehen können. Er wird es also tun. In diesem Fall werden die Anwälte vor einem Bundesgericht die Aussetzung beantragen und dort die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragen. Eine Entscheidung könnte ein Bundesrichter dann innerhalb weniger Tage fällen. Die Berufung gegen ein bundesrichterliches Negativurteil würde die Zustimmung der Berufungskommission (Appellate Division) erfordern. Und falls die nicht erfolgt, dann könnte Mumia Abu-Jamal innerhalb von 30 bis 45 Tagen hingerichtet werden.

Dan Williams, einer von Mumias Anwälten, weist darauf hin, daß die Zeit drängt. "Öffentlicher Druck auf nationaler wie internationaler Ebene ist wichtig, weil er dem Bundesrichter wenigstens die Unterbrechung gibt, um den Fall unvoreingenommen anzugehen." In mehreren US-Städten fanden Anfang November Demonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmern statt, um auf das Urteil des Obersten Gerichts von Pennsylvania aufmerksam zu machen.

Max Boehnel, New York

6. Dynastie statt Demokratie. In der US- Gewerkschaft Teamster hat die Alte Garde wieder das Sagen

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:41

In der US-Transportgewerkschaft Teamsters hat die Alte Garde wieder das Sagen

Die US-Gewerkschaft Teamsters hat einen neuen Präsidenten: James Hoffa. Für die US-amerikanische Gewerkschaftsbewegung und die Linke bedeutet das wenig Gutes.

Mit seiner Wahl Anfang Dezember ist Hoffa zum bekanntesten Gewerkschaftsfunktionär in den USA geworden - zumindest vom Nachnamen her. Denn die Berühmtheit des 57-jährigen Rechtsanwalts geht auf seinen Vater zurück - den legendären Jimmy Hoffa, der von 1957 bis 1971 die Teamstergewerkschaft führte (und währenddessen beste Kontakte zur Mafia pflegte) und seit 1975 spurlos verschwunden ist. Hoffa Jr. ist der Nachfolger des reformorientierten Teamster-Präsidenten Ron Carey, der vor einem Jahr wegen Korruptionsverdachts zurücktreten mußte (siehe ak 409).

Die International Brotherhood of Teamsters ist - nach den LehrerInnen - die größte Gewerkschaft in den USA. Sie hat etwa 1,4 Millionen Mitglieder vor allem aus dem Transportsektor, aber auch aus anderen Dienstleistungsbranchen - bis hin zu den Micky-Maus-Darstellern von Disney World.

Anders als bei anderen Gewerkschaften wählen bei den Teamsters die Mitglieder ihren Bundesvorstand direkt (per staatlich überwachter Briefwahl). Die innergewerkschaftliche linke Opposition Teamsters for a Democratic Union (TDU) hatte dieses Verfahren seit den 70er Jahren gefordert, um die Macht des reaktionären und korrupten Gewerkschaftsapparats zu brechen. Denn bis dahin wurden die Teamster-Präsidenten auf Delegiertenkongressen (auf denen die hauptamtlichen Funktionäre dominierten) bestimmt - und verließen ihr Amt dann nur noch im Sarg oder in Handschellen (wegen Mafia-Verwicklungen).

Reformen bei den Teamsters

1991 erreichten die TDU-Reformer eine gerichtliche Anordnung für die Direktwahl des Teamster-Vorstandes. Diese Wahl gewann dann überraschend der linke Kandidat Ron Carey, der in den folgenden Jahren etliche korrupte Teamster-Funktionäre entließ und vorsichtige demokratische Reformen innerhalb der Gewerkschaft einleitete. 1996 wurde Carey (erneut durch Briefwahl) mit knapper Mehrheit wiedergewählt. Sein Gegenkandidat war schon damals Hoffa Junior.

Bekannt wurde Carey vor allem durch den erfolgreichen Streik gegen den Paketdienst UPS im August 1997. Damals streikten rund 185.000 Teamsters zwei Wochen lang und erzwangen dadurch vor allem Verbesserungen für die vielen Teilzeit-Beschäftigten bei UPS (siehe ak 405). Nur wenige Tage nach Streikende annullierte ein US-Gericht jedoch Careys Wiederwahl von 1996 - wegen illegaler Wahlkampfspenden. Im November 1997 mußte Carey zurücktreten; im Juli 1998 schloß ihn ein Gericht ganz aus der Gewerkschaft aus. Die einjährige Führungslosigkeit hat die Teamsters sehr geschwächt. So konnte UPS den im letzten Jahr erkämpften Tarifvertrag einseitig aufkündigen - ohne großen Widerstand. (1)

Die fällige Präsidenten-Neuwahl hatte das Gericht zunächst für Anfang 1998 angesetzt, verschob den Termin aber mehrfach. Erst Anfang November bekamen die 1,4 Millionen Teamsters ihre Briefwahlunterlagen zugeschickt; knapp ein Drittel davon beteiligte sich an der Abstimmung. Anfang Dezember begann die Auszählung. Nach dem vorläufigen Endergebnis erreichte Hoffa 55%, der Reform-Kandidat Tom Leedham 39%. Ein dritter Kandidat (John Metz) bekam nur wenige Stimmen (6%).

Hoffas Basis

Hoffa Jr. repräsentiert die sogenannte Old Guard (Alte Garde) des Teamster-Apparats: Funktionäre, von denen viele sechsstellige Jahresgehälter einstreichen (2). Diese Funktionäre haben wohl auch einen großen Teil der rund eine Million Dollar aufgebracht, die Hoffa für seinen Wahlkampf ausgegeben hat (sein Gegenkandidat Leedham hatte nur etwa eine Viertelmillion Dollar zur Verfügung). Als Rechtsanwalt war Hoffa selbst nie Gewerkschaftsmitglied. Vor einigen Jahren stellte ihn ein (als korrupt bekannter) regionaler

Teamster-Boß als "Berater" an - dadurch konnte Hoffa Mitglied werden und so überhaupt erst für die Präsidentschaft kandidieren.

Obwohl etwa ein Siebtel aller Teamsters weiblich sind, standen auf Hoffas 18-köpfiger Kandidatenliste für den Teamster-Vorstand nur Männer, davon 16 Weiße (wieviele davon gewählt wurden, war bei Redaktionsschluß noch unklar). Trotzdem bekam Hoffa eine Mehrheit unter den Teamster-WählerInnen - und dies nicht nur wegen seines größeren Bekanntheitsgrades. Viele Mitglieder verbinden mit Hoffa Jr. die Vorstellung eines "starken Gewerkschaftsführers", der wie weiland Hoffa Senior im harten Verhandlungspoker in irgendwelchen Hinterzimmern das Beste für seine Mitglieder herausholt - und bei Bedarf auch vom Faustrecht gegen Dissidenten (oder Streikbrecher) Gebrauch macht. Politisierung und Kampfbereitschaft an der Basis wären damit überflüssig.

Allerdings sind die goldenen Teamster-Zeiten von Hoffa Senior längst vorbei. Die Zahl der Mitglieder sank in den vergangenen 25 Jahren von 2,3 Millionen auf jetzt 1,4 Millionen. Unter Hoffa Senior kontrollierten die Teamsters praktisch den gesamten Transportsektor und konnten entsprechend hohe Renten und Pensionen durchsetzen. Inzwischen hat die Deregulierung im Transportgewerbe jedoch die Macht der Teamster gebrochen. Die meisten Lkws sind heute "non-union", also im Besitz von "gewerkschaftsfreien" Betrieben oder (Schein-)Selbständigen. Daneben hat die Gewerkschaft Mitglieder in einem ganzen Gemischtwarenladen von Branchen. Dort kann sie aber solange keine Gegenmacht entfalten, so lange sie nicht einen ganzen Sektor dominiert und so die Konkurrenz der Beschäftigten untereinander weitgehend ausschalten kann.

Diesen Niedergang in den vergangenen 25 Jahren teilen die Teamsters mit vielen anderen US-Gewerkschaften. US-weit beträgt der Organisationsgrad heute weniger als 14 Prozent. Im Privatsektor sind sogar weniger als zehn Prozent gewerkschaftlich organisiert. Nur im öffentlichen Dienst spielen Gewerkschaften noch eine gewisse Rolle. Aber auch hier gibt es scharfen Gegenwind - durch Privatisierung kommunaler Aufgaben und einen systematischen Abbau der staatlichen Sozialbürokratien unter Clinton. Der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO setzte diesem Niedergang wenig entgegen. (3)

Der "neue" AFL-CIO

Vor drei Jahren deutete sich jedoch eine Wende an. Mit Hilfe des "linken" Teamsters Carey wurde die alte, stramm antikommunistische AFL-CIO-Spitze abgewählt und der bisherige Dienstleistungs-Gewerkschaftsvorsitzende John Sweeney zum neuen AFL-CIO-Präsidenten gewählt. Sweeney hat einige innergewerkschaftliche Reformen eingeleitet - von der Streichung der bisherigen Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit der (zahnlosen) US-KP bis zur stärkeren Vertretung von Frauen und Nicht-Weißen in Führungspositionen.

Vor allem aber steckt die neue AFL-CIO-Führung sehr viel mehr Geld und Personal in die Organisierung neuer Mitglieder und setzt neben den üblichen sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen verstärkt auch auf direkte Protestaktionen der Mitglieder. Bei den Mitgliederzahlen hat sich dieser Schwenk zu mehr Basisaktivitäten allerdings noch nicht niedergeschlagen: Die Mitgliedschaft in den AFL-CIO-Gewerkschaften ist in den vergangenen Jahren nur stabil geblieben - trotz der rasanten Zunahme bei der Zahl der Erwerbstätigen (US-"Jobwunder").

Jedoch hat die neue Ausrichtung der AFL-CIO-Führung wahrscheinlich zu dem neuen kämpferischen Klima an der Basis beigetragen. So gab es nach 20 Jahren Niederlagen und Lethargie in den vergangenen anderthalb Jahren einen deutlichen Aufschwung an (zumindest teilweise erfolgreichen) Arbeitskämpfen - nach dem UPS-Streik 1997 noch der sechswöchige Arbeitskampf beim Autohersteller General Motors im Sommer 1998 (siehe ak 417), größere Pilotenstreiks, etc.

Auch für die nicht-gewerkschaftliche Linke ist die neue Ausrichtung im AFL-CIO von Bedeutung. So träge und reformistisch viele Gewerkschaften sein mögen, sind sie doch die einzigen Großorganisationen, die zumindest begrenzte Ressourcen auch für linke Initiativen zur Verfügung stellen. So wären zum Beispiel die Kampagnen für die Rechte von EinwanderInnen (auch in den USA gibt es eine Kampagne "No human being is illegal") kaum vorstellbar ohne die geld- und tatkräftige Unterstützung von linken Einzelgewerkschaften wie der Textilgewerkschaft UNITE, in der viele ImmigrantInnen organisiert sind. Viele linke und linksliberale Zeitschriften könnten ohne gewerkschaftliche Zuwendungen kaum existieren. Und auch bei Parlamentswahlen

und Volksentscheiden wäre ohne das "linke" Gegengewicht der Gewerkschaften wohl fast überall ein reaktionärer Durchmarsch angesagt.

Auch tun manche basisorientierte Gewerkschaften wohl mehr für die politische Bildungsarbeit als die versammelte organisierte Linke. Und nicht zuletzt sind die Gewerkschaften wohl die am ehesten "multiethnischen" Großorganisationen - anders als etwa die Kirchen, die oft ziemlich strikt nach Hautfarben getrennt sind.

Mit Hoffas Wahl stehen nicht nur die Reformen innerhalb der Teamsters in Frage. Auch der Kurswechsel im Dachverband AFL-CIO dürfte nun an Schwung verlieren - oder ganz zurückgenommen werden. Denn mit Hoffa an der Spitze werden die Teamsters wohl wieder ins Lager der "Traditionalisten" im AFL-CIO wechseln und der dortigen "Alten Garde" wieder Auftrieb verschaffen. Für linke Politik in den USA verheißt das nichts Gutes.

Michael Hahn

Anmerkungen:

1) Nach dem Streik 1997 hatte UPS zugesagt, jedes Jahr mindestens 2.000 Teilzeitjobs in Vollzeitstellen umzuwandeln. Dies ist bisher nicht geschehen - im Gegenteil wurden sogar Arbeitsplätze abgebaut.

2) TDU hat eine Liste des "100.000-Dollar-Clubs" veröffentlicht, also die Namen aller 132 Teamster-Funktionäre, die mehr als 100.000 Dollar im Jahr verdienen. 98 davon unterstützten Hoffas Wahl.

3) Ein weiterer Gradmesser für den gewerkschaftlichen Niedergang: Im Jahr 1970 gab es in den USA noch 381 größere Streiks (mit jeweils mehr als 1.000 Beteiligten) mit zusammen 2,5 Millionen Beteiligten. 1982 gab es davon noch 96 mit insgesamt 650.000 Beteiligten. 1995 waren es nur noch 31 größere Streiks mit knapp 200.000 Beteiligten.

7. Der Zyklus der Gewalt. Die Struktur von Gewaltverhältnissen zwischen Männern und Frauen

Über die Struktur von Gewaltverhältnissen zwischen Männern und Frauen

Autor: Monika Gerstendörfer · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:09

Früher lief Frauenhaus- und Notrufarbeit nahezu "im Dunkeln" ab. Kaum jemand wollte darüber berichten oder hielt sie gar für lebenswichtig. Heute treffen wir auf eine Frauengeneration, die die Hilfsangebote im Bedarfsfall akzeptiert, aber von den Anstrengungen, der Mühsal und der Geschichte der ersten aktiven Streiterinnen wenig oder nichts weiß. Zu viele Frauen und Männer winken auch heute noch beim Thema "Gewalt gegen Frauen" eher ab, sie wollen nichts oder sie können nichts darüber wissen, denn die Presseresonanz auf die Leistungen von Notruf- und Frauenhausfrauen ist nach wie vor spärlich. Der Frauennotruf in Nürnberg hat am 6. November 1998 sein 15jähriges Bestehen begangen. Monika Gerstendörfer, 1. Vorsitzende der Lobby für Menschenrechte e.V. und Länderexpertin des European Observatory on Violence against Women (European Women's Lobby, Brüssel), hat aus diesem Anlaß einen Vortrag über Gewaltstrukturen gehalten. Eine gekürzte Fassung dieser Rede dokumentieren wir im folgenden.

Die letzten Jahre des Backlashs (Rückschlag) haben die Frauen und die Frauenbewegung insgesamt sehr erschöpft. Das ist kein Wunder. Besonders Frauen, die im Gewaltbereich arbeiten, sind oft erschöpft. Das ist ebenfalls kein Wunder: Die Arbeit ist extrem anstrengend und ebenso extrem schlecht bezahlt. Aber es waren und sind immer wieder gerade diese Frauen gewesen, die die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern in besonderer Weise vorangetrieben und der Anti-Gewalt-Bewegung neue Impulse gegeben haben. Das liegt sicher daran, daß sie am Pulsschlag leben und arbeiten; nämlich dort, wo die schlimmsten Auswirkungen des Sexismus und der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern sichtbar werden. (...)

Frauen wollen Ergebnisse sehen, Veränderungen zum Positiven hin. Das ist der Grund, warum diese Art der Arbeit nicht einfach routinemäßig auf die immer gleiche Art und Weise weiterlaufen kann. Sie muß wieder und wieder neu bewertet werden, das Erreichte will reflektiert sein, und schlußendlich gibt es hie und da wieder neue Ansätze. Das bedeutet (leider) auch, daß wir gegen alte Ansätze, die nichts oder zu wenig gebracht haben, ankämpfen müssen. (...)

Beispielsweise haben die Frauen erkannt, daß die reine Frauenhaus- oder Notrufarbeit zu wenig ist, denn sie ist - um es mit Professorin Carol Hagemann-White zu sagen - im Grunde eine Art "Sicherheitsgurtpolitk" nach dem Motto: "Niemand kann vor einer Karambolage sicher sein, aber dann soll er oder sie wenigstens durch einen Sicherheitsgurt geschützt werden." Das reicht nicht! Das wissen wir aber längst.

Unglücklicherweise sind alle Bemühungen, die sich auf die Täter und die Ursachen konzentrieren - also auf die Kriterien, die die "Karambolage" verursachen - bislang auf zu wenig Verständnis gestoßen; und wenn ja, dann wurden sie nicht umgesetzt. So warten wir noch immer:

1. auf die konsequente und klare Bezeichnung von schlagenden und vergewaltigenden Männern als "Gewalttäter" durch alle Teile dieser Gesellschaft,

2. auf die Durchsetzung der Bannmeile für Täter,

3. auf die "Verbannung" des Täters aus der Wohnung,

4. auf die tatsächliche Anwendung der Gesetze und flankierenden Hilfsmaßnahmen (wie z.B. die Anwendung der Richtlinien zur Straf- und Bußgeldverordnung oder die Anwendung des § 127 der Strafprozeßordnung, mit dessen Hilfe ein gewalttätiger Mann ein deutliches Stoppschild gesetzt bekommen würde, da er einmal eine Nacht im Gefängnis verbringen darf)

5. auf die "lauten Trommeln", die Ausmaß und Formen systematischer Gewalt gegen einen Teil der Bevölkerung konsequent ächten und endlich zu einem Problem der inneren Sicherheit erklären!

Die aus der Berufs- und Lebenserfahrung entwickelten Vorschläge der Expertinnen sind noch immer nicht umgesetzt worden; weder auf der politischen noch auf der juristischen Ebene; aber vor allem nicht auf der Ebene der Lebenswirklichkeit für die Frauen (und deren Kinder).

Aber es gibt noch andere "Hindernisse", um dem Ziel der Arbeit, die Notruffrauen leisten, näher zu kommen. Diese Hindernisse stellen wir alle auf oder sorgen nicht dafür, daß sie endlich "weggeräumt" werden. Ich meine hier das Unverständnis gegenüber den Opfern und ihrem Verhalten und Erleben und die Mythen, die die Medien - aber auch wir alle - tagtäglich weiter verbreiten.

Vergegenwärtigen wir uns kurz ein klassisches Setting: Eine Frau wurde jahrelang von ihrem Partner geschlagen und/oder vergewaltigt. Vielleicht war sie bereits mehrere Male im Frauenhaus und kehrte nach einigen Wochen wieder zurück. Vielleicht war sie auch nie im Frauenhaus, aber die Notruffrauen vor Ort kennen sie sehr gut, und vermutlich auch ein Arzt oder eine Ärztin, von der sie mehr oder weniger regelmäßig behandelt werden muß.

Was tun Öffentlichkeit, Politik und Medien, wenn sie so etwas hören? Sie schütteln mit dem Kopf. Aber sie stellen auch Fragen. In der Regel solche: "Warum ist sie denn nicht einfach weggegangen? Wieso hat sie sich das über so viele Jahre hinweg gefallen lassen? Warum ist sie bloß wieder zurückgegangen?" usw. usw.

Andere stellen keine Fragen, sondern sagen, wie sie sich verhalten hätten. Das klingt meist so: "Also mit mir hätte der das nicht gemacht. Dem hätte ich eine geknallt! Ich hätte meine Kinder genommen und wäre gegangen. Ich wäre sofort zur Polizei gegangen." usw. usw.

Eine dritte Variante, das komplette, eigene Unverständnis zu zeigen, sind "gute Ratschläge"; wie z.B.: "Du mußt diesen Kerl endlich sitzen lassen! Nimm Deine Kinder und verschwinde endlich. Such Dir einen Anwalt. Geh zur Polizei und zeige ihn einfach an. Laß Dich scheiden. Dann muß er Unterhalt zahlen. Aber Du hast endlich Deine Ruhe vor ihm." usw. usw.

Diese Fragen, "Tips" und Ratschläge haben zwei wesentliche Gemeinsamkeiten:

1. Sie fokussieren das Verhalten des Gewaltopfers und nicht des Täters. Danach soll oder muß das Opfer sein Verhalten ändern; nicht der Täter. ("Die Situation wird sich schon ändern, wenn die Frau dies oder jenes tut bzw. unterläßt.")

2. Sie fokussieren das Verhalten des Gewaltopfers im Sinne einer Schuldzuweisung. Ursache und Wirkung werden hier auf den Kopf gestellt. Es ist nicht ausschließlich und unumschränkt der Täter, der es tut, sondern es ist die Frau, die das so weiterlaufen läßt.

Nicht der Täter soll sein Verhalten ändern und mit der Gewalt aufhören, sondern die Frau soll ihr Verhalten ändern. (...) Ich persönlich halte solche Aussagen und Ansichten für grausam. Sie zeigen, daß man oder frau überhaupt nicht willens ist, sich mit dem tatsächlichen Erleben der betroffenen Frauen in ihrer Lebenswirklichkeit auseinanderzusetzen; geschweige denn, dies einmal nachfühlen zu wollen.

Aus diesem Grund möchte ich Ihnen den Zyklus der Gewalt, in dem sich Opfer und Täter befinden, beschreiben. Der Gewaltzyklus bezieht sich auf die sogenannte häusliche Gewalt; also auf Gewalt in Ehe und Partnerschaft. Der Zyklus hilft zu verstehen, welche Mittel Täter anwenden und wie wenige Freiheitsgrade die Frauen für ihr Erleben und Verhalten haben.

Ende der siebziger Jahre hat Lenore Walker, US-amerikanische Professorin für Sozialpsychologie, Frauen, die von ihren Partnern mißhandelt wurden, über lange Zeit interviewt. Sie untersuchte amerikanische und britische Frauen. Sie fand heraus, daß es einen nahezu immer gleichen dynamischen Ablauf in gewalttätigen Beziehungen gibt (vgl. Lenore Walker, 1979), und sie nannte dieses "Muster" den "Mißhandlungszyklus".

Es sind drei Phasen zu erkennen, die unterschiedlich lang sind und je nach Paar an Intensität und Zeit variieren. Es gibt äußere Faktoren, die den zeitlichen Ablauf der Phasen beeinflussen, sie können sowohl beschleunigend als auch verlangsamend wirken. Das ist eine wichtige Erkenntnis, weil Hilfsmaßnahmen, Gesetze und Regelungen zu solchen äußeren Faktoren zählen.

Das Verstehen der Charakteristika der einzelnen Phasen ist ebenfalls wichtig, weil davon Erfolg oder Mißerfolg aller Interventionsmethoden oder Hilfsangebote abhängen. Erfolg oder Mißerfolg hängen auch davon ab, in welcher Phase sie angesetzt werden.

1. Phase:

Der Spannungsaufbau

Hier verübt der Mann "kleinere" gewalttätige Zwischenfälle und verbale Attacken, die durchaus massiv werden können.

Frauen versuchen in dieser Phase die Situation zu bewältigen, indem sie den Mann besänftigen. Sie versuchen dies durch Fürsorglichkeit, sie versuchen seine jeweiligen Stimmungen zu erahnen, sie gehen ihm aus dem Weg usw. Sie versuchen im Grunde nichts anderes, als eine Eskalation zu verhindern. Dabei achten sie ausschließlich auf den Zustand des Mannes. Das ist charakteristisch. Ihre eigenen Gefühle (Wut, Angst, Verzweiflung) verdrängen sie.

Was die Frauen in dieser Phase immer wieder von sich geben, und das haben sie verinnerlicht, ist: "Ich muß richtig handeln, dann explodiert er nicht. Explodiert er, dann habe ich etwas falsch gemacht und bin schuld." Schon in dieser ersten Phase zeichnet sich eines klar und deutlich ab: Es sind die Frauen, die in Wort und Tat zeigen, daß sie die Verantwortung für das gewalttätige Verhalten des Mannes übernehmen.

Sie bagatellisieren die sog. kleineren, gewalttätigen Zwischenfälle übrigens oder leugnen sie gänzlich vor der Umwelt; also vor z.B. Eltern, Schwiegereltern, den Nachbarn. Sie sind froh, daß der Mann noch nicht "richtig explodiert" ist. Sie ahnen, daß er Schlimmeres tun kann. Frauen, die bereits mehrere dieser Zyklen durchlaufen haben, ahnen es nicht nur, sie wissen es.

Von außen betrachtet ist es so, daß die Phase der akuten Mißhandlung noch einmal hinausgeschoben wurde. An diesem Hinausschieben arbeiten die Frauen in dieser Phase mit aller Kraft; allerdings vergeblich, wie wir weiter unten sehen werden.

Aus psychologischer Sicht ist vor allem das ungünstige Attributionsschema der Frauen interessant und aufschlußreich. (siehe Kasten)

Die Frauen machen nicht den Mann, sondern sich selbst (als äußeren Faktor!) oder andere äußere Faktoren für die Gewalt des Mannes verantwortlich. Es war der Chef, der ihn mal wieder geärgert hat oder die Kinder oder die entsetzliche Schwiegermutter; die Arbeitslosigkeit u.v.m. Der gewalttätige Mann tut übrigens das Gleiche: es war das verlorene Fußballspiel und etwas zuviel Alkohol danach (also der berühmte "Geist in der Flasche"), der Chef oder seine Frau, die ihn total genervt hat. Diese Attributionsschemata sind fatal, weil es so (subjektiv gesehen) keine Möglichkeit gibt, etwas zu ändern. Nach dieser Sicht kann nur abgewartet werden, bis sich die Situation ändert, damit sich dann das Verhalten des Mannes ändern kann.

In der Phase des Spannungsaufbaus versuchen Frauen daher, möglichst viele externe Faktoren unter ihre Kontrolle zu bekommen: das Verhalten der Kinder gegenüber dem Gewalttäter, Entschuldigungen für sein "Benehmen" gegenüber den Eltern, den Freunden usw. All diese Kontrollversuche der Frau dienen dem Zweck, weitere Gewaltakte zu verhindern und den Mann nicht "außer Fassung" zu bringen.

Am Ende von Phase 1 steigert der Mann sein unterdrückendes Verhalten: die verbalen Demütigungen und Gewaltakte werden lauter, häufiger und feindseliger. Irgendwann ist die Frau dann nicht mehr in der Lage, das Gleichgewicht wiederherzustellen. Sie kann einfach nicht mehr.

Wenn also alle Kontrollversuche der Frau nichts mehr nützen, ist die zweite Phase erreicht. Die Gewaltakte, die hier stattfinden, haben eine besonders zerstörerische Wirkung.

2. Phase:

Die akuten Mißhandlungen

Diese Phase ist die kürzeste. Das erste Charakteristikum an ihr ist, daß die Frauen keine Vorhersage über die Gewaltanwendungen machen können. Das zweite Charakteristikum ist, daß die Frauen folgende Erfahrung machen: "Keine meiner Reaktionen führt dazu, daß er mit der Gewalt aufhört." Mangelnde Vorhersagbarkeit und mangelnde Kontrolle zeichnen diese Phase aus. Beides erzeugt schwersten psychischen Streß bei der Frau. Entsprechend sind die psychophysiologischen Symptome. (1)

Die Unvorhersagbarkeit der akuten Gewalt ist aus psychologischer Sicht eine höchst kritische Sache. Auch Frauen, die mehrere Zyklen der Gewalt durchlaufen haben, können nicht voraussagen, wann die Phase beginnt, wie schwerwiegend der oder die Gewaltakte sein werden, welche Art der Gewalt und welche Methoden der Täter anwenden wird und wann er damit aufhören wird. In der Lernpsychologie nennen wir das

"intermittierende Verstärkung". "Strafe" und "Belohnung", positive Zuwendung und negative Verhaltensweisen geschehen nach einem willkürlichen und variablen Schema. Es ist ein Schema, das nicht zu durchschauen ist, nicht zu kontrollieren, scheinbar völlig unlogisch und nicht zu verstehen; alles scheint plötzlich und unvorhersehbar zu "passieren".

Es ist empirisch nachgewiesen, daß es extrem schwierig ist, ein Verhalten aufzugeben, das durch intermittierende Verstärkung "eingeübt" wurde und immer wieder derart verstärkt wird. Genau dies charakterisiert nun aber die Beziehung einer mißhandelten Frau zu ihrem Partner. Das ist auch der Grund, warum sie die Opferrolle und die Rolle der "Schuldigen" übernimmt und in ihr gefangen bleibt. Sie versucht zu verstehen und zu verändern. Jede kleine positive Sache von Seiten des Mannes läßt sie erneut hoffen. Das ist die subjektive Sicht; die der "internen Beobachterin".

Für die "interne Beobachterin"/die betroffenen Frau gibt es weitere, zentrale Faktoren, die andere immer wieder "vergessen":

1. In Partnerschaften gibt oder gab es immer auch positive Erlebnisse auf der sexuellen Ebene. Wegen der mangelnden Vorhersagbarkeit können solche Frauen jedoch auch nicht mehr vorhersagen, wann sie im Bereich der Sexualität positive Erlebnisse haben werden. Die Unberechenbarkeit des Mannes zwingt sie dazu, in beiden Bereichen lediglich zu hoffen.

2. "Vergessen" wird auch die Liebe und die emotionale Zuwendung an sich. Liebe läßt sich nicht einfach "abstellen". Daher ist es für die Frauen doppelt schwer, da die emotionale Verstrickung (schöne Erinnerungen, Hoffnungen, Sehnsüchte usw.) hinzukommt. "Er war mal ganz anders" oder "er kann auch ganz anders sein", hören wir dann oft. Das ist auch so, und das tut den Frauen besonders weh. Wir dürfen diesen "Faktor" nicht einfach so ignorieren.

3. Die Kinder! Viele Frauen können nicht mehr schreien. Sie haben es sich "angewöhnt" - sogar während einer Vergewaltigung - leise zu sein, damit die Kinder nicht aufwachen. Es gibt zahlreiche Strategien, wie die Frauen versuchen, die Kinder herauszuhalten. Aber diese eine führt vielleicht besonders deutlich vor Augen, wie es den Frauen geht.

Aus der Sicht des/der externen Beobachter/in (sog. "objektive" Sicht) müssen wir ganz sachlich feststellen, daß Frauen in dieser Situation praktisch keine Freiheitsgrade für ihr Verhalten haben. Ihr Wille, ihre Bedürfnisse und ihre Rechte werden vom Täter je nach Belieben schlicht ignoriert. Die Frauen stecken in einem klassischen Teufelskreis. Sie sind in jeder Hinsicht verstrickt.

Am Ende der akuten Phase 2 erleiden die Frauen einen emotionalen Kollaps, der ein bis zwei Tage andauert. Die wenigen Frauen, die nach solchen Gewaltakten Hilfe suchen, tun dies deshalb mehrere Tage danach (Verzögerungssyndrom).

Die Frauen sind an dieser Stelle davon überzeugt, daß kein Mensch sie vor der Gewalttätigkeit ihrer Männer schützen kann. Sie sind davon überzeugt, daß die Reichweite von Gesetzen für sie ein Ende hat. Das bekommen sie ja auch in der Regel bestätigt. Sie sind daher verzweifelt und hoffnungslos. Wenn die Frauen die Schockphase langsam überwunden haben, beginnt Phase 3.

3. Phase:

"Ruhe und Reue"

Ganz zu Anfang dieser Phase ist genau der Zeitpunkt, wo die Frauen am ehesten fliehen wollen, ihre Situation am realistischsten einschätzen und am ehesten Hilfe suchen.

Das ist der Zeitpunkt, wo die Frauen aus der Opferrolle heraus könn(t)en, wenn sie Hilfe bekämen. Aber was "bekommen" sie wirklich? Vergegenwärtigen wir uns dazu die typischen Merkmale dieser Phase. Sie wird von Walker als die der Ruhe, der Reue und der liebevollen Zuwendung des Täters bezeichnet. Sie wird auch von beiden Seiten in der Regel als positiv beschrieben.

Gewalttätige Männer tun in dieser Phase alles, um die Frau nicht zu verlieren. Sie umwerben sie, überhäufen sie mit Geschenken, bemühen sich, bereuen, bitten um Verzeihung, beteuern, es nie wieder zu tun, ziehen die Kinder oder Verwandte hinzu, um die Frau davon zu überzeugen, daß sie ihn nicht verlassen darf usw.

Dies findet alles im Tabu-Rahmen der Familie statt, und daher haben die Bemühungen des Täters auch meistens Erfolg. Wieder sind es dann die Frauen, die sich verantwortlich fühlen und auch verantwortlich gemacht werden. Zum Beispiel so:

Die Mutter sagt: "Du wirst doch nicht Deine Kinder ohne Vater aufwachsen lassen wollen! Außerdem wirst Du das finanziell gar nicht schaffen. Du bekommst doch gar keine Arbeit nach so langer Pause."

Der Schwiegervater gibt zu bedenken, daß sie sich doch gerade erst eine neue Wohnung eingerichtet hätten; und ob sie das alles aufgeben wollte. Sie hätten doch auch bestimmt schöne Zeiten gehabt. Daran könne man anknüpfen.

Die Schwester meint, daß sie in Zukunft vielleicht etwas diplomatischer sein könnte, dann würde er sich schon wieder einkriegen und sie besser behandeln. Usw. usw.

Besonders perfide und grausam sind die Kommentare, wenn es um Vergewaltigungen geht. Wer betroffene Frauen kennt, mit ihnen arbeitet oder gar mit ihnen verwandt oder befreundet ist, gerät darüber zurecht in Harnisch. Da sagt der Vater beispielsweise: "Kann es sein, daß Du da nicht ein wenig übertreibst?" oder die Mutter sagt: "Wozu habt Ihr eigentlich geheiratet?" Ich erspare Ihnen an dieser Stelle noch üblere Kommentare, die mir in den letzten Jahren zu Ohren gekommen sind.

Die Tatsache, daß eine Vergewaltigung - unabhängig davon, in welchem Verhältnis Täter und Opfer zueinander stehen - mit Sexualität nichts zu tun hat, sondern eine besonders perfide Form der Gewalt ist, wird hier völlig ausgeblendet. Zusammengefaßt können wir sagen, daß alle alles tun, damit die Frau die Gewalt "vergißt", beim Täter bleibt und damit im Zyklus der Gewalt.

Fakt ist jedoch, daß:

1. Täter die stärkste Motivation haben, Hilfe zu suchen und ihr Verhalten zu verändern, wenn Öffentlichkeit hergestellt wird, die Sache bekannt wird und damit ein Druck von außen wirksam werden kann und wenn die Frauen sie tatsächlich verlassen. (2)

2. Frauen die größte Chance haben, aus der Opferrolle zu kommen, wenn sie den Täter und damit den Zyklus der Gewalt verlassen.

Geschieht dies nicht und werden die Chancen verspielt, dann wirkt das nicht gewalttätige Verhalten des Mannes auf die Frau folgendermaßen: Sie ist bzw. wird nach und nach davon überzeugt, daß er es nicht mehr tun will/wird. Sie muß ihm helfen, damit er immer so bleibt, wie er zu dem Zeitpunkt ist.

Frauen schließen in dieser Phase vom aktuell reuigen und umwerbenden Verhalten des Mannes auf eine erwünschte, stabile Persönlichkeit. Ein fataler Irrtum, wie sich später herausstellen wird.

Zu solchen Zeitpunkten ziehen Frauen Anzeigen zurück, lassen Scheidungsanklagen fallen, bringen HelferInnen und FreundInnen zur Verzweiflung usw. (3)

Nach und nach ändert sich das Verhalten des Mannes dann wieder.

Der Zyklus des Spannungsaufbaus beginnt von neuem ...

Widersprüchliche Anforderungen

(...) Gehen wir jetzt noch einmal an den Anfang und sehen wir uns die Fragen, die "Tips" und "guten Ratschläge" an:

"Warum ist sie denn nicht einfach weggegangen?"

"Warum ist sie bloß wieder zurückgegangen?"

"Ich hätte meine Kinder genommen und wäre gegangen."

"Ich wäre sofort zur Polizei gegangen." usw. usw.

"Du mußt diesen Kerl endlich sitzen lassen! Nimm Deine Kinder und verschwinde endlich."

"Laß Dich scheiden. Dann muß er Unterhalt zahlen. Aber Du hast endlich Deine Ruhe vor ihm."

Stellen wir nun diese Fragen und Tips denjenigen Aussagen gegenüber, denen Frauen nach der akuten Situation ausgesetzt werden:

"Du wirst doch nicht Deine Kinder ohne Vater aufwachsen lassen wollen! Außerdem wirst Du das finanziell gar nicht schaffen. Du bekommst doch gar keine Arbeit nach so langer Pause."

"Ihr habt Euch doch gerade erst eine neue Wohnung eingerichtet; willst Du das alles aufgeben? Ihr hattet doch auch bestimmt schöne Zeiten. Daran könnte man anknüpfen."

"Du könntest in Zukunft vielleicht etwas diplomatischer sein, dann würde er sich schon wieder einkriegen und Dich besser behandeln."

In der Psychologie wird diese Situation als "double bind"-Situation bezeichnet. (...) Es sind doppelte Botschaften, die den Frauen vermittelt werden. Die Wirkung ist: Egal, was sie tun, es ist immer das Falsche.

So macht man Menschen handlungsunfähig und fesselt sie geradezu an die Opferrolle. Mit solchen gegensätzlichen Botschaften und Anforderungen an ihr Verhalten macht man Frauen hilflos und chancenlos.

Das ist der Knackpunkt, den wir uns endlich einmal vor Augen führen müssen. Die Frauen stecken nicht nur in einem für sie undurchschaubaren Zyklus der Gewalt. Sie werden obendrein durch die "glorreichen Ansichten" der Umwelt in ihm festgehalten.

Und wenn es eine Frau trotz allem schafft, sich trennt und womöglich den Gewalttäter anzeigt, dann darf sie sich nicht selten anhören, was sie ihren Kindern und dem Mann damit angetan hat. Die Rücksicht für die Lebensumstände der Täter ist groß. Die Rücksichtslosigkeit für die Lebensumstände der Frauen (und ihrer Kinder) ist gnadenlos.

Ich will es einmal ganz bewußt platt und polemisch formulieren und zusammenfassen: Solange wir betroffene Frauen mit solchen gegensätzlichen und gehirnwäscheartigen Botschaften belasten und handlungsunfähig machen, solange wird es auch kein Ende in der sogenannten häuslichen Gewalt geben. (...)

Wir müssen noch viel lauter und politischer werden, denn wenn in einem Frauenhaus über 500 Frauen über die Jahre betreut wurden, von denen fast 200 Nasenbein-, Unterarm- und andere -Brüche hatten, und nicht wenige von ihnen vom Täter mit dem Tode bedroht wurden und werden, dann ist das ein Politikum! Oder es muß endlich eines werden.

Monika Gerstendörfer

Quelle:

Lenore Walker, The Battered Woman, Harper & Row Publishers, Inc., New York 1979

Anmerkungen:

1) Schlaflosigkeit oder ständige Müdigkeit, Appetitverlust oder das Gegenteil, schwerer Spannungskopfschmerz, Bluthochdruck, allergische Reaktionen, Herzklopfen, Magenschmerzen, starke Rückenschmerzen usw.

2) In der Regel glauben es die Männer erst, wenn die Frauen einige Wochen weg sind. Meist denken sie, daß sie schon irgendwann wieder kommen wird...

3) Stichwort § 177 StGB (Vergewaltigung in der Ehe): Das wäre auch der Zeitpunkt gewesen, an dem die Klauseln, die die unterschiedlichen Fraktionen des Bundestages im Zuge der Sexualstrafrechtsreform durchsetzen wollten, gewirkt hätten. Die Möglichkeit der Zurücknahme der Anzeige wäre von den Frauen genau hier ergriffen worden; mit fatalen Auswirkungen i.S. der Dynamik des Gewaltzyklus.

Geschlechtsspezifischer Umgang

mit Erfolg und Mißerfolg

Um es an einem einfachen Beispiel zu erklären: Bei der Beobachtung von typisch männlichen und typisch weiblichen Verhaltensweisen konnte ich in einem Versuchslabor, in dem Texteditoren für Computer getestet wurden, folgendes feststellen:

Männer und Frauen verhielten sich bei der Zuschreibung (Attribution) von Erfolg oder Mißerfolg im Umgang mit dem Computer völlig gegensätzlich. So klopften sich die Männer, wenn sie gut mit dem System zurechtkamen, buchstäblich auf die Schulter (sie attribuierten den Erfolg also internal; sie schrieben ihn sich selbst zu). Frauen äußerten in solchen Fällen meist lakonisch: "Na das Programm ist ja auch idiotensicher". Sie schreiben also den Erfolg nicht sich selbst und ihrer Leistung zu, sondern attribuierten external (es war der Computer, der so einfach zu bedienen war). Bei Mißerfolgen ergab sich ein völlig anderes Bild: die Männer schimpften auf die "dumme Kiste" oder den unfähigen Programierer, während die Frauen sagten, sie seien vermutlich zu blöde, um den Computer richtig zu bedienen. Männer attribuierten bei Mißerfolg external (sie waren also nicht dafür verantwortlich), Frauen schrieben den Mißerfolg sich selbst zu. Sie attribuierten internal. Diese Beobachtungen sind übrigens seit langem empirisch abgesichert.

Es kann also behauptet werden, daß Frauen durch ihre Sozialisation ein ungünstiges Attributionsschema haben. Die Auswirkungen im Umgang mit dem Computersystem waren, daß die Frauen eher aufgaben, die Motivation verloren und an sich selbst zweifelten. Dies konnten wir bei Männern nicht beobachten. Manche wollten das System am liebsten gleich kaufen und zuhause damit weiter arbeiten ...

8. Peru: Die bittere Realität der "Reproductive Rights" (Interview mit Giulia Tamayo)

Rubrik: Frauen; Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:13

Weitgehend unbemerkt von der nationalen und internationalen Öffentlichkeit ließ die peruanische Regierung zwischen 1995 bis 1998 300.000 Menschen, zu über 90 Prozent Frauen, sterilisieren. Alle Angestellten des Gesundheitssystems wurden dazu verpflichtet, eine bestimmte Anzahl von Personen pro Monat zur Sterilisation zu werben. Die Rechtsanwältin Giulia Tamayo arbeitet für das Lateinamerikanische und Karibische Komitee für Frauenrechte (CLADEM) an einer Dokumentation über Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Sterilisationskampagne. Am 21.9. 1998 sprach Susanne Schultz von der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt in Lima mit ihr.

Susanne Schultz: Welche Strategien benutzte das peruanische Gesundheitssystem, um Frauen zur Sterilisation zu überreden oder zu zwingen?

Giulia Tamayo: Zum einen gab es die sogenannten "Sterilisationsfestivals". Die MitarbeiterInnen von Gesundheitsposten verteilten Flugblätter - sie versprachen kostenlose ärztliche Untersuchungen, kostenlose Haarschnitte oder kostenlose Zahnbehandlungen. An dem Tag des "Festivals" holten sie die Frauen von zuhause ab. Einige Frauen erzählten, man habe ihnen gesagt, sie bekämen Probleme mit der Regierung, wenn sie sich weigerten. Oder sie behaupteten, es gebe ein Gesetz, das die Sterilisation vorschreibe. In anderen Fällen erniedrigten sie die Frauen. Sie sagten: Du hast viele Kinder, weil du dumm bist, weil du wie ein Tier bist. Die Frauen haben oft sowieso schon große Angst vor Regierungsbeamten, und deswegen gaben sie dem Druck meistens nach. Manchmal wurden die in den armen Regionen üblichen Lebensmittelprogramme von Sterilisationen abhängig gemacht. Oder Frauen, die stationär behandelt wurden - wegen einer Kaiserschnittgeburt, Komplikationen nach einer Fehlgeburt etc. - bekamen die teuren Krankenhausgebühren erlassen, wenn sie sich sterilisieren ließen. Andere Frauen wurden einfach während einer gynäkologischen Behandlung oder nach einer Geburt sterilisiert und erfuhren erst danach, was geschehen war. Einige Frauen kamen zwar freiwillig für eine Sterilisation zum Gesundheitsposten, bereuten diese Entscheidung aber kurz vor der Operation. In verschiedenen Fällen wurden sie dann festgehalten oder sogar eingesperrt, damit sie nicht flohen. In der Region von Andahuaylas wurden Frauen, die gerade auf dem Rückweg vom Markt waren, von der Polizei verhaftet und mitgenommen. Sie brachten sie zum Gesundheitsposten, um sie dort zu sterilisieren.

Gab es irgendwelche Kriterien, nach denen die Frauen ausgesucht wurden - z.B. Alter oder Zahl der Kinder?

Nein. Es wurden ebenso Frauen mit erst einem Kind wie mit sieben Kindern sterilisiert. Und zum Alter: Die meisten Frauen waren zwar um die 30 Jahre alt. Aber Frauen unter 20 wurden nicht systematisch ausgeschlossen - es gibt bei den belegten Fällen auch Mädchen unter 20 Jahren. Außerdem wurden die Frauen nicht nach Gegenindikationen untersucht und befragt. Viele Frauen, die sterilisiert wurden, hatten z.B. Anämie, Tuberkulose, Diabetes oder waren unterernährt, einige waren schwanger, andere hatten Allergien gegen Medikamente oder gegen die Anästhesie.

Abgesehen von den Zwangsmaßnahmen, gab es auch gesundheitliche Komplikationen?

Die hygienischen Bedingungen, unter denen die Sterilisationen gemacht wurden, waren völlig unangemessen, und die Frauen wurden direkt nach der ambulanten Operation mit Komplikationen alleingelassen. Sie wurden nicht vor den möglichen Folgen des Eingriffs gewarnt. Man sagte ihnen, es handele sich um einen kleinen Eingriff, der nicht schmerze und bei dem Komplikationen ausgeschlossen seien. Wir haben einige Fälle dokumentiert, wo Frauen aufgrund nicht behandelter Infektionen nach der Operation starben. Bis jetzt haben wir 20 Fälle von Frauen dokumentiert, die während oder an den Folgen einer Sterilisaion gestorben sind. Die meisten Frauen starben, weil andere Organe als die Eileiter verletzt wurden, der Darm oder die Leber. Das kam daher, daß sie möglichst schnell operierten, um möglichst viele Frauen zu sterilisieren. Eine Operation, die eigentlich 30 Minuten dauern sollte, erledigten sie in etwa 10 Minuten.

Gab es auch viele Frauen, die die Möglichkeit einer Sterilisation freiwillig nutzten?

Bei unseren Gruppeninterviews mit Bäuerinnenorganisationen, Volksküchengruppen oder Mütterclubs sprachen wir mit sehr vielen Frauen. Einige fanden die Sterilisation für sich sehr gut. Aber es gab viele, die vorher nie über die Möglichkeit einer Sterilisation nachgedacht hatten und das auch nicht für nötig erachteten. Sie fanden diese Kampagne sehr autoritär. Viele Frauen sprachen noch ein Jahr nach dem Eingriff von Komplikationen. Oft sind das psychosomatische Probleme. Aber es sind Symptome, die Frauen aus unterschiedlichen Regionen, die nie Kontakt zueinander hatten, genau gleich beschrieben - Frauen aus Lima ebenso wie aus Iquitos oder dem Hochland von Cusco. Alle klagen sie über Nervosität, über Kopfschmerzen, über Aggressivität, darüber, daß sie sich nicht nah ans Feuer setzen können, weil sie Hitzewallungen bekommen. In einigen Fällen ist das sehr ernst - es gibt Fälle von extremen Depressionen. Es gibt Frauen, die ihr Haus nicht mehr verlassen wollen. Sie sagen, sie haben ihre Kraft verloren. In der patriarchalen andinen Welt herrschen oft noch sehr traditionelle Familienstrukturen. Wenn eine Frau aufhört zu arbeiten, also nicht mehr nützlich ist, wird sie oftmals aus der Familie verstoßen. Da lastet ein ungeheurer Druck auf den Frauen, sie können wirklich nicht mehr arbeiten. Das erfinden sie nicht. Sie werden nach der Operation nicht wieder ganz gesund. Was wir auch herausgefunden haben, ist, daß die sterilisierten Frauen innerhalb einer Comunidad sich zusammentun - sie fühlen sich wie eine Art besondere Kategorie innerhalb der Comunidad - weil sie sich betrogen fühlen und weil sie ähnliche gesundheitliche Folgen erleiden.

Um sich das Ausmaß vorstellen zu können - Können Sie sagen, wie hoch der Anteil der sterilisierten Frauen in einem Dorf nach der Kampagne war?

Das ist sehr unterschiedlich. Es gibt Orte, wo über die Hälfte aller Frauen im fruchtbaren Alter sterilisiert wurden. Insgesamt wurden von 1995 bis 98 etwa 300.000 Menschen sterilisiert - zu über 90 Prozent Frauen. Auch vor 1995 hat der peruanische Staat schon Sterilisationen im Programm gehabt und auch vor 1995 gab es schon Fälle von Zwang, von Menschenrechtsverletzungen. Der Unterschied ist aber, daß es seit 1996 eine systematische Strategie von Sterilisationen gibt und daß die Sterilisationen viel aggressiver und flächendeckend durchgesetzt wurden. Und der Staat übte Druck auf die Angestellten aus. Im ersten Jahr gab es noch positive Anreize für das Gesundheitspersonal: Für jede Sterilisation wurden 1996 zwischen 3 und 10 Dollar gezahlt, 1997 wurde dann das Quotensystem eingeführt und mit Kündigung gedroht.

Wie funktionierte denn dieses Quotensystem?

Wir erfuhren bei unseren Interviews mit Angestellten des Gesundheitssystems, daß von jedem einzelnen Angestellten eine Mindestquote an zu sterilisierenden Personen verlangt wurde, von Krankenschwestern, Verwaltungsangestellten genauso wie von Ärzten. Als die ersten Nachrichten in der Presse über die Sterilisationskampagnen erschienen, leugnete der peruanische Staat diese Quoten. Inzwischen haben wir Beweise aus verschiedenen Regionen Perus. Es sind Briefe, mit denen die regionalen Vertretungen des Gesundheitsministeriums dem Personal eine fristlose Kündigung androhen, wenn sie nicht zwischen zwei (KrankenpflegerInnen) und fünf (ÄrztInnen) Personen pro Monat für eine Sterilisation werben. Außerdem wissen wir, welche Planziele die peruanische Regierung aufstellte. Für 1998 wurde das Ziel auf 165.000 Sterilisationen gesetzt. Tatsächlich wurden im Vorjahr 1997 110.000 Personen sterilisiert. Wir fragten nach, warum das Ziel höher angesetzt wurde, als in dem Jahr zuvor tatsächlich realisiert worden war. Und aus der Gesundheitsbehörde antwortete man uns, daß damit eine Tendenz gesetzt werden sollte, nämlich die Quote jedes Jahr um 50 Prozent zu erhöhen.

Welche Institutionen haben das peruanische Programm unterstützt?

Die US-amerikanische Entwicklungsbehörde US-AID hat das Gesundheitsministerium bei der Planung des Familienplanungsprogramms beraten und außerdem Schulungen in Sterilisationstechniken angeboten - auch der Weltbevölkerungsfonds der UNO (UNFPA) und die englische Regierung haben technische Unterstützung geleistet. Insgesamt wurde ein Neuntel des Programms von internationalen Geldgebern finanziert.

Wurde das Programm denn in irgendeiner Form öffentlich angekündigt - hatte es einen offiziellen Namen?

Ja. Dazu muß ich etwas zu den politischen Hintergründen erklären.

Während der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 war die politische Stimmung in Peru sehr stark von konservativen Tendenzen bestimmt. Dieser Sektor opponierte lautstark gegen die Beteiligung der peruanischen Regierung an der Konferenz. Dennoch unterzeichnete die peruanische Regierung den

Aktionsplan von Kairo. 1995 begann Fujimori sein zweites Mandat als Präsident. In seiner Antrittsrede eröffnete er das "Programm zu reproduktiver Gesundheit und Familienerziehung" für die Jahre 1996 bis 2000. In dieser Rede ging er auf klaren Konfrontationskurs mit der katholischen Kirche. Außerdem widmete er zum ersten Mal in der Geschichte Perus ganze 20 Minuten seiner Rede den Frauen. Er benutzte diese ganze Sprache der Frauenförderung, er sprach im Diskurs von Kairo. Daraufhin applaudierten ihm bestimmte feministische Gruppen und schlossen sich seinem Programm an. An der Weltfrauenkonferenz in Peking nahm Fujimori als einziger männlicher Regierungschef teil. Dort rief er alle vertretenen Feministinnen Perus zusammen und nutzte die Gespräche mit ihnen für seine Propaganda. In Peking gab es eigentlich nur eine Frau, eine Bäuerin aus einer ländlichen Frauenorganisation, die vor seinem Diskurs warnte und sagte: Das mit der Familienplanung, das werden wir genau beobachten. Sie war die einzige wachsame Stimme. 1995 begann außerdem US-AID, Programme der feministischen Bewegung zu unterstützen, die sich mit dem Aufbau von Familienplanungsdiensten befassen. Zwei progressive feministische NGOs bekamen finanzielle Unterstützung von US-AID. Eine der Organisationen, die NGO Manuela Ramos, erschien daraufhin sehr viel in der Presse, um das Regierungsprogramm zur Familienplanung als Fortschritt zu loben. Die Mitarbeiterinnen behaupteten, die Beschlüsse von Kairo würden umgesetzt, ohne die realen Praktiken im Gesundheitssystem auf irgendeine Art und Weise zu überprüfen. Die ersten Fälle von Menschenrechtsverletzungen kamen nicht über sie ans Licht, sondern über andere Kanäle. Vor allem lokale Frauenorganisationen, Bäuerinnenorganisationen wendeten sich mit ihrem Protest an Menschen- und Frauenrechtsorganisationen. Die großen feministischen Organisationen in der Stadt reagierten aber nicht sofort auf diese Informationen. Es kam ihnen überhaupt nicht gelegen, daß es Menschenrechtsverletzungen in einem Programm gab, an dem sie sich beteiligt hatten. Ein Sektor des Feminismus entzog sich deswegen der Frage, wich dem Thema aus. Was ich mich frage, ist, warum die großen feministischen Organisationen nach Kairo, wo unterschrieben wurde, daß es sich nicht nur um den Zugang zu Verhütungsmitteln, sondern um reproduktive Rechte geht, keinerlei Kontrollmechanismen gefordert und etabliert haben, mit denen eine informierte Zustimmung zu den Maßnahmen hätte garantiert werden können.

Gibt es inzwischen eine Selbstkritik dieser Organisationen?

Anfang 1998 waren die Menschenrechtsverletzungen für alle offensichtlich, denn die angeklagten Fälle hatten sich gehäuft. Und es gab klare Beweise über die Quoten. Daraufhin gaben Menschenrechts- und Frauenorganisationen, unter ihnen auch Gruppen wie Manuela Ramos, eine Erklärung heraus, in der sie die Sterilisationskampagne als schwere Menschenrechtsverletzung anklagten. Die Regierung reagierte auf diese Situation, in der sie sich nicht mehr auf einen Konflikt zwischen Konservativen und Feministinnen zurückziehen konnte, mit einer Korrektur des Programms. Allerdings gibt es keinen Prozeß einer gesetzlichen Regelung der Familienplanungs-Dienste - nur neue Vorschriften an das Gesundheitspersonal. Ich halte diese neuen Anordnungen für keine dauerhafte Garantie. Manche feministischen Organisationen haben sich aber damit zufrieden gegeben. Die größte feministische Organisation in Peru, Flora Tristán, hat sich am Anfang auch unklar zu dem Thema verhalten und vor allem Lobbypolitik zu reproduktiven Rechten gemacht. Als dann aber die Tatsachen ans Licht kamen, haben sie reagiert und unterstützen jetzt meine Forschung mit all ihren Kontakten zu bäuerlichen Frauenorganisationen. Flora Tristán ist gerade völlig im Umbruch und beginnt, ihre bisherige Politik zu hinterfragen und Recherchen zu weiteren Menschenrechtsverletzungen in der Familienplanung anzustellen - z.B. zum Einsatz von Norplant oder Hormoninjektionen in Peru.

Was wirst du mit diesen Informationen machen?

Wir werden sowohl einen Bericht, in dem all die Fälle dokumentiert sind, herausgeben als auch ein Video mit exemplarischen Fällen.

Der Bericht wird im Januar 1999 veröffentlicht -mit Unterstützung von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen. Außerdem will CLADEM weitere ähnliche Studien in andern lateinamerikanischen Ländern anregen - zu sexuellen und reproduktiven Rechten, um ein regionales System für Menschenrechte zu diesem Thema aufzubauen. Der Vorteil unserer Methode, des sogenannten Fact Finding, ist, daß wir einzelne Menschenrechtsverletzungen an Frauen belegen, also Fakten vorlegen. Bisher gab es auf diese Methode durchweg positive und engagierte Reaktionen. Denn wir Frauen können durchaus unterschiedlicher Meinung über die Einschätzung bevölkerungspolitischer Programme sein. Aber die Fakten sprechen für sich und fordern zum Handeln auf.

25. November:

Internationaler Tag gegen

Gewalt gegen Frauen

Zwanzig bundesdeutsche Nicht-Regierungs-Organisationen haben sich am 25.11.1998 mit einem offenen Brief an die neue Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Frau Wieczorek-Zeul sowie an die Mitglieder des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit gewandt. Hintergrund: Trotz der Erklärung von Kairo werden auch heute noch bei der Durchführung familienplanerischer Programme kaum für möglich gehaltene Menschenrechtsverletzungen an Frauen begangen. Mitverantwortlich für eine solche Politik sind bevölkerungspolitische Prioritätensetzungen in entwicklungspolitischen Förderprogrammen, wie sie von der alten Bundesregierung 1991 verankert wurden. In diesem Brief wird die neue Bundesregierung dazu aufgefordert, bevölkerungspolitische Programme und Ideen aus der entwicklungspolitischen Agenda zu streichen.

Weitere Informationen und der Offene Brief im Wortlaut sind erhältlich bei: Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V., Hedemannstr.14, 10969 Berlin, Tel. 030/2510265

9. Bläßlinge gegen Dumpfbacken. Die REPs nach dem Parteitag - der große Showdown fiel aus

Die REPs nach ihrem Parteitag: Der große Showdown blieb aus

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:47

In jedem Western gehört er dazu: der Showdown, bei dem sich die beiden Hauptkontrahenten - der Gute und der Böse - gegenübertreten und einer von beiden - in der Regel der Böse - auf der Strecke bleibt. Ein ähnliches Spektakel war auch vom Parteitag der REPs erwartet worden. Doch die REPs enttäuschten nicht nur, wieder einmal, die eigene Anhängerschaft, sondern auch ihre Gegner. Man hatte sich schlicht nicht darauf einigen können, wer den Bösewicht spielen sollte. Der Herausforderer Christian Käs, stellvertretender Parteivorsitzender und Landeschef in Baden-Württemberg, kniff den Schwanz ein und zog seine angekündigte Kandidatur gegen den Vorsitzenden Rolf Schlierer zurück. Schlierer wurde mit 81,5% Ja-Stimmen (1996: 77%) wiedergewählt.

Scheinbar hat also die Zustimmung zum Kurs der "Fraktion der Bläßlinge", so der ehemalige Vorsitzende Franz Schönhuber spöttisch, sogar noch zugenommen - obwohl bei den letzten sechs Wahlen vor diesem Parteitag die Wahlergebnisse jeweils niedriger waren als bei den Urnengängen zuvor. Die Mißerfolge hatten zum Teil desaströse Ausmaße. Trotzdem erfuhren die Verantwortlichen für die Serie von "Pleiten, Pech und Pannen" eine eindeutige Unterstützung. Geradezu krampfhaft zeigte man sich bemüht, Einigkeit zu demonstrieren, nachdem im Vorfeld Schlierer seinen Herausforderer Käs und dessen Anhänger als "Dumpfbackenfraktion" tituliert hatte.

Vor der bayerischen Landtagswahl war diese noch als richtungweisend für die weitere Entwicklung der REPs charakterisiert worden; nach dem erneuten Fehlschlag (1,8%) verlautete lapidar, man gehe davon aus, daß in den anderen Bundesländern die Ausgangsbedingungen besser seien. Der bayerische Landesvorsitzende Johann Gärtner, ein treuer Schlierer-Anhänger, der die ostdeutschen Landesverbände auflösen möchte, da diese zu radikal seien, wurde mit dem besten Stimmenergebnis als stellvertretender Parteivorsitzender bestätigt. Man machte sich noch nicht einmal öffentlich Gedanken über den Umstand, daß trotz eines enormen finanziellen Aufwandes das Ergebnis nur um 0,6 Prozent über dem von 1986 lag, als die Partei erstmals angetreten war. Damals waren die REPs noch eine weitgehend unbekannte Formation, der für den gesamten Wahlkampf ein Budget von nur 80.000 DM zur Verfügung stand. Auch das Fehlen der Konkurrenz durch die DVU und die erstmalige - wegen des bayerischen Wahlgesetzes wichtige - flächendeckende Kandidatur verhinderten nicht, daß Gärtners Mannen sogar hinter den erstmalig angetretenen Freien Wählern zurückblieben.

Tatsächlich scheinen die führenden Funktionäre der Partei inzwischen vorwiegend nach der Parole "Augen zu und durch" zu verfahren. Nach der bayerischen Enttäuschung sprach der Parteivorstand umgehend Schlierer das Vertrauen aus. Der wiederum versuchte gar nicht erst, die Gründe für die Stagnation bei den Bundestagswahlen zwei Wochen später zu ergründen, sondern hob als wichtigstes Resultat hervor: "Wir bleiben mit Abstand die führende Kraft im rechten Spektrum." Die absolute Stimmenzahl sei sogar leicht gesteigert worden, im Südwesten sei ein "gutes Abschneiden" zu verzeichnen, und in den "mitteldeutschen Ländern" sei das Ergebnis deutlich verbessert worden. Die innerparteilichen Kritiker warfen Schlierer umgehend Selbstgefälligkeit und Realitätsverlust vor.

Denn Schlierer "vergaß" in seinem Analyse-Schnellschuß zu erwähnen, daß das Wahlergebnis auch deutlich die Schwächen der Partei offenbarte. Die Spannbreite der Resultate reichte von 0,4% (Schleswig-Holstein) bis 4,0% (Baden-Württemberg), Ausdruck für die ungleichmäßige Verteilung der Kräfte der Partei. Vorzeigbare Ergebnisse von mehr als 2 Prozent wurden nur im Südwesten der Bundesrepublik sowie in Berlin und Brandenburg erzielt. In der Hälfte aller Bundesländer lag die DVU, zum Teil deutlich, vor den REPs. In Thüringen z.B. waren diese nur noch zur Aufstellung einer Landesliste in der Lage, die ganze drei Personen umfaßte. Zu einer zentralen Wahlkampfveranstaltung in Jena auf dem dortigen Marktplatz mit dem Parteivorsitzenden kamen - nach wohlwollenden Schätzungen - gerade zwei Dutzend Sympathisanten. Die Mitgliederverluste der vergangenen Jahre sind offenkundig noch immer nicht ausgeglichen worden; die zu

diesem Zweck ausgerufene Werbekampagne, die 5.000 neue Mitglieder erbringen sollte, hat sich als Flop erwiesen.

Man wolle sich künftig, so Schlierer, um einen "engeren Zusammenschluß" besonders mit der Deutschen Sozialen Union (DSU) und Manfred Brunners Bund Freier Bürger (BFB) bemühen. Besonders der Generalsekretär des BFB, der ehemalige hessische FDP-Politiker Heiner Kappel, steht einem solchen Ansinnen durchaus wohlwollend gegenüber. Prompt wehte ihm jedoch innerparteilich der Wind entgegen, im eigenen Landesverband durch Parteivorstandsmitglied Rolf-Dieter Gmeiner (Wiesbaden). Bereits Mitte Oktober scheiterten auf diese Weise Kooperationsgespräche zwischen beiden Gruppierungen für die hessischen Landtagswahlen im Februar 1999. Da Hessen aber die regionale Hochburg des BFB darstellt (Bundestagswahlergebnis: 0,6%) und die Formation in diesem Bundesland über eine Reihe durchaus prominenter Akteure verfügt, könnten den REPs durch die Konkurrenzkandidatur genau die entscheidenden Zehntelprozente verloren gehen, die man bräuchte, um nicht erneut vor einem Scherbenhaufen zu stehen. An einen Einzug in den Wiesbadener Landtag glaubt auch bei den Daueroptimisten um Rolf Schlierer niemand mehr.

Kritik an politischen "Quacksalbern"

Auch der zweite angepeilte Bündnispartner, die DSU, will den REPs weiterhin die kalte Schulter zeigen. Beim jüngsten Parteitag unterstrich DSU-Vorsitzender Roberto Rink, daß die Partei ihre Eigenständigkeit zu erhalten gedenke und sich auch in Gebieten wie Brandenburg, wo ihre Tätigkeit fast zum Erliegen gekommen war, reaktivieren wolle. Rink übte auch deutliche Kritik an den REPs. Die Enttäuschung in deren Reihen darüber wird um so herber sein, weil die DSU ihre spärlichen Schwerpunkte gerade in den Gegenden hat, in denen die REPs personell fast gar nicht vertreten sind.

Keineswegs gute Voraussetzungen für einen Parteitag also. Sogar die marode Junge Freiheit, traditionell Sprachrohr des Schlierer-Flügels, wagte so etwas wie vorsichtige Kritik am Parteivorsitzenden: "Die Partei mit dem größten Willen zur Macht wird den größten Erfolg am Rand haben. Es ist mittlerweile nicht mehr politisch störend, sich antibürgerlich, unfein zu geben. Im Gegenteil. Ein seriöser Stil, wie ihn der Republikaner-Vorsitzende Schlierer pflegt, wirkt in den Augen der entschlossenen, die Gunst der Stunde witternden Rechtswähler volksfern, eher halbrechts, etwas unentschieden."

Der einzige Vorteil, den Schlierer in der angekündigten Auseinandersetzung mit Christian Käs für sich verbuchen konnte, war der Umstand, daß dieser in den vergangenen Jahren kaum als Kritiker aufgefallen war, sondern vielmehr als treuer Paladin die Vorgaben seines Chefs nachvollzogen und auf jede inhaltliche Eigenprofilierung verzichtet hatte. Süffisant kommentierte Franz Schönhuber: "Wenn ich mir die Linie von Schlierer und die verworrenen Aussagen von Käs vor Augen halte, so könnte ich mir denken, daß mancher Republikaner eine Wahl zwischen beiden als eine Wahl zwischen Pest und Cholera empfinden könnte." Auch ein Doppelinterview des neofaschistischen PHI-Pressedienstes, der beiden Kontrahenten wenige Wochen vor dem Parteitag die gleichen Fragen präsentierte, förderte keine wesentlichen inhaltlichen Unterschiede zu Tage. Ein wenig mehr Wortradikalität bei Käs, ein bißchen mehr staatsmännischer Habitus bei Schlierer - das war alles.

Das eigentliche Problem lag selbstverständlich auch gar nicht darin, ob einer der beiden Bewerber um den Parteivorsitz rechter sei als der andere. Fakt war und ist, daß ein erheblicher Teil der Mitgliedschaft und des Funktionärskörpers der eigenen Partei nicht mehr zutraut, die Misere bei Wahlen aus eigener Kraft zu überwinden. Der einzig mögliche Heilsweg wird in der "Einheit der Rechten" gesehen. Der ehemalige hessische Landesvorsitzende Erich Fuchs unterstrich das in seiner persönlichen Wahlanalyse im Oktober: "Können wir es noch weiter verantworten, daß unsere aktiven Mitglieder, vor allem unsere jungen Parteifreunde, immer wieder in Wahlkämpfen zerschlissen werden, die den Keim des Mißerfolges schon in sich tragen, bevor sie überhaupt begonnen haben? Wie lange wollen wir uns noch von politischen Quacksalbern an der Nase herumführen lassen? Was wir heute und morgen brauchen, das ist ein Bundesvorstand, der in der Lage und willens ist, die Einheit der Rechten in Deutschland und in Europa herbeizuführen." Letzteres bezieht sich auf den Umstand, daß inzwischen der erfolgreiche Front National die DVU gegenüber den REPs als Partner für das Europaparlament bevorzugt.

Damit hatte Fuchs den entscheidenden Punkt angesprochen: die vielbeschworene "Einheit der Rechten". Zwar hätte bei der Bundestagswahl auch das addierte Ergebnis von DVU und REPs nicht annähernd ausgereicht, die 5%-Hürde zu überwinden, doch, so die Spekulation, die Einheit hätte viele Wähler zur Stimmabgabe bewegt, die am 27. September, überzeugt von der Aussichtslosigkeit der rechten Konkurrenzkandidatur, zu Hause geblieben waren. Feste Kooperationsvereinbarungen aber, an die Fuchs zu denken scheint, hätten die Republikaner in eine Zerreißprobe geführt. Dieses Risiko schien offensichtlich vielen Delegierten zu groß.

Schlierers Absprache mit Frey

Zudem wurde Käs kaum als tatsächliche Alternative zu Schlierer gesehen, da auch er nicht bereit war, eine wesentliche Forderung der innerparteilichen Opposition zu erfüllen: Denjenigen, die 1990 wegen der "Ruhstorfer Resolution" (zur Abgrenzung von anderen rechtsextremen Parteien) die REPs verlassen hatten oder ausgeschlossen worden waren, solle ebenso die Tür zur Rückkehr geöffnet werden wie denen, die in den letzten Jahren ausgeschlossen worden waren, weil sie mit anderen Formationen der extremen Rechten kooperiert hatten. Da der Aderlaß bei den Funktionären besonders stark gewesen sei, bestehe nun ein Mangel an qualifiziertem Personal.

Hätte Käs diese Ansicht übernommen, wäre er gnadenlos abgestraft worden - viele Landesfürsten und deren getreue Vasallen hätten das als Angriff auf die angestammten Pfründe gewertet. Denn daß sich ehemalige Spitzenfunktionäre wie Harald Neubauer und dessen Umfeld nach ihrer Wiederaufnahme mit einer einfachen Mitgliedschaft begnügen würden, konnte niemand im Ernst annehmen. Also übte sich Käs, der im Vorfeld des Parteitages vehement ein "Ende der Leisetreterei" gefordert hatte, in vornehmer Zurückhaltung und zog "im Interesse der Partei" sein Ansinnen zurück. Rolf Schlierer hatte also leichtes Spiel. Er war der Strohhalm, an den sich alle klammerten, da Tragfähigeres weit und breit nicht zur Verfügung stand.

Fast regungslos nahmen es die Delegierten hin, daß Schlierer beiläufig - als sei es das Normalste der Welt - in zwei Sätzen seines Rechenschaftsberichts erwähnte, daß bei einem Treffen mit Gerhard Frey über mögliche Absprachen für künftige Wahlen geredet worden sei. Konkret geht es bei diesem Vorstoß um einen Verzicht der DVU in Hessen; bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen wollen dann die REPs nicht antreten. Für beide Vorsitzenden bedeutete dies keinen wirklichen Verzicht, denn im einen wie im anderen Fall wäre eine Kandidatur chancenlos gewesen. Spekulationen, die umgehend in der Presse auftauchten, es sei auch eine gemeinsame Liste für die Europawahlen im Juni 1999 vereinbart worden, wurden von den REPs umgehend dementiert.

Nur dies wäre wirklich eine Sensation gewesen. Bei den Europawahlen werden allgemein die Chancen für Gruppierungen der extremen Rechten als besonders gut eingeschätzt, da einerseits die rechte Kritik an der Einführung des Euro und der Entwicklung der EU auf nicht unerhebliche Zustimmung in der Bevölkerung stößt und andererseits die Wahlbeteiligung in der Regel recht niedrig ist. Dies hat sich in der Vergangenheit zugunsten der Parteien der extremen Rechten ausgewirkt. In Wirklichkeit handelt es sich bei Schlierers Abmachung mit Frey also nur um eine Aufhebung der Kontaktsperre von oben, nicht aber um einen Schritt zur erhofften "Einheit der Rechten".

Rolf Schlierer bemühte sich auch sofort, den Vorgang als etwas völlig Normales darzustellen. Gespräche müsse es immer geben können. Außerdem habe er das zuständige Gremium zuvor informiert - im Unterschied zu Schönhuber, der 1994, mitten im Wahlkampf, mit Frey ein gemeinsames Papier veröffentlicht habe. Gegenüber der Jungen Freiheit sagte er: "Das einzig Neue, das es gibt, ist, daß wir unsere Kräfte konzentrieren müssen und daß wir nicht bei jeder Wahl gegeneinander antreten sollten." Wohlgemerkt: nicht bei jeder Wahl, und von einem gemeinsamen Antreten ist erst recht keine Rede.

Galgenfrist für Schlierer

Schlierers Versuche, die Wogen zu glätten, blieben selbstverständlich nicht unwidersprochen. Allerdings meldete sich nicht Käs zu Wort, der wunschgemäß wieder zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden war. Statt dessen wurde Christian Unkel, Funktionär der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen, als quasi neutrale Person vorgeschickt. Dieser monierte an Schlierers Darstellung, das "zuständige Gremium" sei der Parteivorstand bzw. das Präsidium, die beide nicht informiert worden seien. So hätten die stellvertretenden Vorsitzenden Hans Hirzel und Christian Käs erst auf dem Parteitag von dem Vorgang gehört, andere Funktionäre hätten davon aus der Presse erfahren.

Und natürlich konnte sich auch der nachtragende Franz Schönhuber wieder einmal nicht zurückhalten. Er verwies zunächst darauf, daß sich auch heute die REPs mitten im Wahlkampf - in Hessen - befänden, bestätigte dann Unkels Angaben und fragte schließlich, warum Schlierer eigentlich schamhaft den Ort des Treffens, nämlich München, verschwiegen habe. Zudem sei die gemeinsame Erklärung von Schlierer und Frey fast identisch mit der, die es damals von ihm selbst und Frey gegeben habe. Der wichtigste Schritt, die Aufhebung der "Ruhstorfer Resolution" zur Abgrenzung von den anderen Parteien der extremen Rechten, stehe noch aus.

Schlierer dürfte seine Kritiker vorläufig zum Verstummen gebracht haben. Nicht weil die REPs vom Kurs ihres Vorsitzenden überzeugt sind, sondern weil sie niemandem in ihren Reihen zutrauen, die desolate Lage der Partei entscheidend verbessern zu können. Mehr als eine Galgenfrist dürfte Schlierer aber nicht herausgeholt haben. Die nächsten voraussehbaren Mißerfolge nämlich stehen - in Hessen und bei der Europawahl - bereits vor der Tür. Das Hauptproblem der REPs dürfte gegenwärtig sein, daß ihnen trotz günstiger gesamtpolitischer Rahmenbedingungen und trotz eines leichten Aufwärtstrends der extremen Rechten insgesamt niemand einen Erfolg zutraut. Vor allem aber trauen sie ihn sich selbst nicht zu. Gebraucht hätten sie einen Parteitag mit Signalwirkung, der eine Aufbruchstimmung vermittelt hätte. Statt frischem Wind gab es, dem Tagungsort in der tiefsten bayerischen Provinz angepaßt, laue Föhnluft. Die Prognose, daß es mit dieser Partei weiter bergab gehen wird, ist also kaum eine gewagte. Wie sagte ein Minister der neuen Bundesregierung vor Jahren so treffend über das Führungspersonal des deutschen Rechtsextremismus: "Wir können von Glück sagen, daß das solche Gurken sind."

Jean Cremet

10. Babylonische Sprachverwirrung? Schily und die Große Koalition der Einwanderungsgegner

Autor: ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:36

Innenminister Otto Schily hat mit seinen Äußerungen zu einem Einwanderungsgesetz und der Belastbarkeitsthese eine Debatte losgetreten, wie sie noch vor einem halben Jahr nicht möglich gewesen wäre. Das Überraschende ist dabei nicht die Verschiebung der Fronten von Befürwortern und Gegnern eines Einwanderungsgesetzes. Die Art und Weise, wie argumentiert wird, ist das Erschreckende. Die Auseinandersetzung findet in der bürgerlichen Mitte - von rechts bis Mitte links - mittlerweile in einer Art und Weise statt, wie sie vor zehn Jahren in der Jungen Freiheit und anderen rechtsextremen Blättern geführt wurde.

Es geht dabei nicht um die Regulierung oder Reglementierung von Einwanderung, Zuzug, Zuflucht oder was auch immer gemeint sein könnte. So wie die Debatte sich entfaltet, steht der Umgang mit Menschen nicht-deutscher Herkunft im Mittelpunkt. Die Grenze der Belastbarkeit sei erreicht, behauptete Schily im Berliner Tagesspiegel, in Migrationsfragen müßten europäische Lösungen gefunden werden. Was mit der Belastbarkeitsgrenze gemeint sei, das erklärt der Spiegel in seiner Ausgabe vom 23.11.98. Der Handlungsbedarf hinsichtlich des "heikelsten Themas der Republik" wird dort noch einmal auf allen Ebenen durchgespielt. Schon zu Beginn des Artikels wird prognostiziert: "Weil in der Ausländerpolitik jahrelang wenig geschah, gerät der soziale Frieden in Gefahr." (1) Deshalb sei Schily auch zu danken, da er endlich im "Saustall" aufräumen wolle. Den Beginn hätte er mit seinen "kecken Äußerungen" gemacht. Die AutorInnen nehmen den Ball auf und zeigen, wie und was aufzuräumen sei.

Geschichte entmüllen

und Normalität herstellen

Dabei macht es sich der Spiegel offensichtlich zur Aufgabe, mit rechter Rhetorik die oft in der Debatte geforderte Differenzierung einzubringen. Die Zeit ist "pc", die Grünen (sic!) sind die "Gutmenschen", und die Frankfurter Rundschau ist eine linke Zeitung. Wer die Brisanz der Frage nicht einsieht, ist "völlig blind und taub" oder schlicht ein Schönredner. Die "schlichte Frage, wie viele Ausländer Deutschland verträgt, rührt an den Grundfesten der Republik" und muß endlich zu stellen erlaubt sein. Auch soll sich endlich Normalität in der rot-grün regierten Großmacht Deutschland einstellen: "Muß das Land mehr Kriegsflüchtlinge aufnehmen als jeder andere Staat in Europa? Müssen wir ein Asylrecht haben, wie es sich keine andere Nation in Europa leistet?" Und 50 Jahre nach dem Holocaust - es grüßt Walser - muß auch endlich die Frage, wie lange Schuld verpflichtet, gestellt werden dürfen. "Soll an Albanern, Türken oder Nigerianern gutgemacht werden, was Juden damals angetan wurde?" Wo nun das verstaubte rassistische Staatsbürgerschaftsrecht modern recycelt wird, sollte auch der historische Müll beseitigt werden. Ganz nach dem Motto: Was interessiert uns die Vergangenheit?

Wenn mit dem Müll aufgeräumt ist, können die wichtigen Fragen geklärt werden: Wer von den "Fremden" darf noch hier bleiben bzw. kommen und wer muß wieder dahin, wo er, seine Eltern oder Großeltern herkommen?

Die Drohung Schröders von 1997: "Straffällige Ausländer gehören abgeschoben", wurde mittlerweile real, wie es das Beispiel "Mehmet" zeigt. Was einmal funktionierte, wird auch weiterhin funktionieren - gerade dann, wenn die Entscheidungen im Verwaltungsgerichtschach getroffen werden. Denn: "Ausländer sind im Schnitt krimineller, da hilft kein Schönreden." Die originelle Begründung der Autoren erklärt, warum Widerspruch nicht erlaubt ist: "Sie tauchen vor allem deshalb häufig in den Zahlenkolonnen der Fahnder auf, weil sie mehr potentielle Täter stellen." Als Übeltäter müssen "junge Türken" mit "schlechter Schulbildung" und "miesen Berufsaussichten" herhalten. Von denen gibt es verhältnismäßig viele, wenn man dem Spiegel glauben schenken soll. Und sie sind skrupellos: "Wollen sie Geld und Genuß sofort, erledigen sie das allzu häufig mit der Waffe in der Hand."

Auch hier sind die Ursachen schnell ausgemacht: Integrationsangebote der bundesdeutschen Gesellschaft wurden nicht angenommen, Nicht-Deutsche sind also selber schuld. Gibt es doch nur einen geringen Zwang, sich zu integrieren. "Türkisches Fernsehen und türkische Zeitungen mildern den Druck, sich der Kultur des

Gastlandes anzupassen." In manchen Großstädten, so weiß der Spiegel, sind ganze Viertel in ausländischer Hand. Ob es sich dabei allerdings um eine besondere Form von "befreiten Zonen" handelt, wissen nur die Autoren. Und dann gibt es noch die Rechtsextremen. Deren "Grölen preßt die Ausländer stärker zusammen". Offen bleibt auch die Begründung für die Behauptung: "Nun drohen Zustände, fast wie in den Schwarzenghettos Amerikas."

Was ist die eigentliche Ursache allen Übels? Na klar: Das luschige Asylrecht der BRD! Die Deutschen sind die Deppen Europas, nur hier könne das Recht auf Asyl eingeklagt werden! Auch das gehört zur neuen Normalität: Fehler sollen eingestanden werden, nur dann können sie korrigiert werden.

Aber bitte mit Vernunft!

Niemand solle sagen, daß die BRD kein ausländerfreundliches Land sei. Wir brauchen sie, allerdings nicht, wie es vor Jahren hieß, um nicht mit den häßlichen Deutschen alleine gelassen zu werden. Nein! Unsere Renten sind in Gefahr.

Wie wird konsequent geschlußfolgert? Es gibt eben auch die guten Ausländer und die müssen hier bleiben (dürfen). Denn schließlich verdienen wir ja auch an den Nicht-Deutschen. Ganze 30 Milliarden DM übertrafen die Steuereinnahmen von Nicht-Deutschen die Transferleistungen des Staates an sie. Das ist in Zeiten von leeren Staatskassen kein Pappenstiel. Und wie Hans Engels im Freitag betont, sorgte auch schon Anfang der 90er Jahre, als rund 400.000 Menschen in der BRD Zuflucht suchten, "die Gesamtheit der ‚Ausländer/Aussiedler` für ein dickes 30-Milliarden-Plus in den Kassen". Das belegt auch das Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, bei dem schließlich Seriösität Programm ist. Diese Zahlenspielereien machen alle mit. Denn darum geht's ja auch. Einwanderungsgesetz heißt, wie es die FDP mit ihrem Gesetzesvorschlag deutlich macht, "Zuwanderungsbegrenzungsgesetz". Und nun kann gestritten werden: Wieviel EinwanderInnen brauchen wir? 100.000, 200.000 oder gar 300.000, wer macht das wie fest? Schließlich sind "unsere" Renten nicht sicher, und deshalb brauchen wir Zuwanderung oder zumindest Menschen, die schön brav in die Rentenkasse zahlen. Es ist schon erschreckend, wie weit entfernt von den realen Prozessen die Diskussion stattfindet. Durch die Debatte geistert die Vorstellung, nur wer ein Einwanderungsgestz habe, ist auch ein Einwanderungsland. Die Fakten spielen kaum eine Rolle. Wie hoch die Zahl der Menschen ohne Papiere in der BRD ist, wie viele Menschen über grüne Grenzen in die BRD kommen - das spielt alles keine Rolle. Existent ist nur, wer statistisch erfaßt wird. Wer nicht existiert, braucht keine Rechte - oder? Es ist nicht ganz nachvollziehbar, warum nun alle möglichen AutorInnen (von TAZ bis Freitag) und PolitikerInnen sich auf die Zahlenspielereien einlassen.

Das Schweigen der Linken

Und wie verhält sich die Linke - gerade die antirassistische - dazu? Der Eindruck drängt sich auf, daß die antirassistische Linke noch nicht so genau weiß, wie sie mit Rot-Grün umgehen soll. Bleibt alles beim Alten - Schily gleich Kanther? Überwiegt etwa die Haltung, die Verhältnisse blieben weiterhin beschissen und verändern können wir sie nur selber in unserem kleinen Rahmen? Oder sitzt die Enttäuschung über den Koalitionsvertrag einfach tief? Oder freut man sich klammheimlich, daß sich nun die Ablehnung eines Einwanderungsgesetzes durchsetzen wird?

Immerhin gibt es ja noch die Kampagne "Kein Mensch ist illegal", die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen und das Wanderkirchenasyl in Nordrhein-Westfalen. Allerdings hat es den Anschein, als ginge für diese Aktionen die ganze Energie drauf. Weder die Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes, noch in den Fall Mehmet oder in die Abschiebepraxis der BRD konnte bislang ernsthaft eingegriffen werden. Relativiert wird der letzte Punkt nur durch das Wanderkirchenasyl. Immerhin ein hoffnungsvolles Zeichen, wenn auch der Ausgang noch offen ist. Daß das Wanderkirchenasyl so relativ erfolgreich ist, hat sicherlich mit seiner breiten Bündnispolitik zu tun. Was aber passiert, wenn die kurdischen Flüchtlinge hier keinen festen Aufenthaltsstatus bekommen sollten? Hoffentlich wird dann niemand sagen, wir haben es wenigstens für einige Monate erreicht, und damit vermeintliche Stärke demonstrieren wollen.

So eine Sichtweise war bei der Nachbereitung der "Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen", zu erkennen. Mit 12- bis 15.000 Demonstrierenden, so wurde in einem Papier die Rechnung aufgemacht, habe man die größte antirassistische Aktion seit langem organisiert. Das könnte als ein kleiner Erfolg zählen, hätte es sich um eine Demonstration gehandelt, aber nicht bei einer Aktion, die sich über sechs

Wochen hinzog und in über vierzig Städten der BRD stattfand. Im Gegensatz zum Wanderkirchenasyl ist es der Karawane eben nicht gelungen, dem im Vorfeld durchaus vorhandenen Anspruch, nicht nur die eigene Szene ansprechen zu wollen, gerecht zu werden. Dementsprechend ist es auch kaum gelungen, die Anliegen von Flüchtlingen und MigrantInnen in die Öffentlichkeit zu bringen. Das lag wahrscheinlich schon alleine daran, daß man daran scheiterte, das ja nicht unbedingt spannungsfreie Verhältnis zwischen Flüchtlingen und MigrantInnen selbst produktiv zu verändern, konkret: zumindest in einem nennenswerten Umfang eine Zusammenarbeit bzw. Aufmerksamkeit zwischen den verschiedenen Gruppen von Nicht-Deutschen in Gang zu setzen.

Daß sie gescheitert ist, mag man ihr ernsthaft gar nicht vorwerfen. Wissen wir doch alle, daß momentan nicht gerade rosige Zeiten für antirassistische Politik sind. Daß man aber das eigene Scheitern im Nachhinein nicht eingesteht, ist ärgerlich und in der Konsequenz fatal. Dabei wäre es, nicht zuletzt auch wegen der veränderten Rahmenbedingungen unter Rot-Grün, höchste Zeit, sich Gedanken zu machen, wie antirassistische Politik auszusehen hätte, die wenigstens den Versuch unternimmt, in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Zeichen zu setzen. Unter Rot-Grün werden die Ein- und Ausschlußmechanismen in der Gesellschaft neu definiert werden: Integrationsangebote für diejenigen, die in den Verwertungsprozeß eingebunden sind, verschärfte Ausgrenzung für die, die "illegal" versuchen, daran Teil zu haben.

ch.

Anmerkung:

1) Alle Zitate sind, soweit nicht anders gekennzeichnet, aus dem besagten Spiegel-Artikel.

11. Doch keine Satire Rot-grüne Jubler jubeln ernsthaft

Autor: Js. · Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:12

So kann man sich vertun. In meiner kurzen Vorstellung rot-grüner Claqueure ("Hurra, wir regieren!"; ak 420) hatte ich einen Kommentar des taz-Redakteurs Markus Franz als besonders gelungenen, subversiv-satirischen Beitrag zum Thema gewürdigt. Nun stellt sich heraus, daß Freund Franz es ernst gemeint hat mit seinem Loblied auf die neue Regierung, die besser sei als die alte, u.a. weil der neue Kanzler seinen Amtsvorgänger zu Tränen rührte und auch mit seinem grünen Außenminister freundlich umgeht. Nach Franzens Kommentar über "die Legende vom Fehlstart" (taz, 24.11.) besteht kein Zweifel mehr: Hier predigt jemand nur in der Hoffnung auf spätere Entschädigung den Glauben an das Gute im Menschen Schröder.

Während selbst die Koalitionäre zugeben, daß ihr Start nicht so ganz gelungen war, fällt ihnen Franz beherzt ins Wort: Nichts da, "die Regierung ist viel besser als ihr Ruf". Sie hat "keinen Wahlbetrug begangen", will immer noch 30 Mark mehr Kindergeld herausrücken, irgendwie auch die Ökosteuer auf die Reise bringen und könnte eventuell sogar Arbeitsplätze schaffen. Wer das zu vage findet, übersieht Entscheidendes - es ist "eine Stärke, daß Rot-Grün die Menschen nicht überfordert, sondern mitnehmen will. Schröder ist ein Garant dafür." Der Kanzler drosselt aber nicht nur aus gutem Grund das Tempo, er verfolgt auch hehre Ziele: "Die Politik der Bundesregierung zielt darauf, soziale Gerechtigkeit herzustellen sowie traditionelle Werte und Strukturen zu erhalten." Solche Hintergründe dem naiven Durchschnittsmenschen klar zu machen, ist u.a. Aufgabe der taz.

Mitunter hilft ein bißchen Distanz, das Wesentliche zu erkennen. In einem Interview der italienischen Wochenzeitung L'Espresso erklärt der deutsche Soziologe Ulrich Beck das "Chaos über Berlin". Seine Ausführungen, die sich an das italienische Publikum richten, sind auch für die ewigen Nörgler nördlich der Alpen richtungweisend. "Der Wechsel ist radikal", weiß Beck zu berichten, "die Deutschen stehen noch unter Schock" (das Interview erschien am 26.11., zwei Monate nach der Bundestagswahl); sie haben "mehr Lust, etwas Neues zu versuchen, als die Menschen in Frankreich, England oder in Italien" und wollen "neue Wege beschreiten"; "ein Generationswechsel hat sich vollzogen, jetzt sind die Protagonisten von 68 an der Macht".

Den Einwand, Schröder Regierungserklärung habe wie Kohls Antrittsrede im Jahre 1982 geklungen, läßt Beck nicht gelten. Der Eindruck, Schröder sei nur ein jüngerer Kohl, trüge - das Neue bei Schröder sei die "Idee der sozialen Gerechtigkeit". Ideen hat jeder, Schröder aber hat auch Talent, Widerstrebende zu gewinnen: Konservative fängt er mit "Appellen an gewisse nationalistische Gefühle" und dem im Duett mit Fischer "brillant inszenierten Theater angeblicher Kontinuität". Sein Ziel aber bleibt, da ist sich der Professor ganz sicher, "ein neues Konzept des dritten Weges".

Donnerwetter - so haben wir die Sache bisher nicht betrachtet. Wenn Schröder sich nur lange genug verstellt und so die Menschen "mitnimmt", könnte die von Beck vorausgesagte "lange Epoche der neuen Sozialdemokratie" tatsächlich Wirklichkeit werden. Wem das nützt, ist wieder eine andere Frage.

Js.

12. "Die neue Regierung braucht den Druck der Straße." Interview mit Jürgen Grässlin

Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:26

Das Interview mit Jürgen Grässlin führte Thomas W. Klein. Grässlin ist Buchautor (u.a. Lizenz zum Töten: Wie die Bundeswehr zur internationalen Eingreiftruppe gemacht wird), Sprecher des Dachverbandes der Kritischen AktionärInnen Daimler-Benz, Vorsitzender des Rüstungsinformationsbüro Baden-Württemberg (RIB) und als Zwölfter der baden-württembergischen Landesliste von B90/Grüne nicht in den Bundestag eingezogen.

Herr Grässlin, in einer Erklärung, die von zahlreichen Organisationen der Friedensbewegung herausgegeben wird und auch von Ihnen mitunterschrieben wurde, heißt es u.a., die Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und Bündnisgrünen seien "unbefriedigend und für uns nicht akzeptabel". Was ist aus friedenspolitischer Sicht unakzeptabel?

Der Verteidigungshaushalt wird nicht angetastet und damit praktisch die Rühe-Politik der Festlegung des Etats auf dem Niveau der Ost-West-Konfrontation fortgesetzt. Dabei bestünde gerade jetzt die Möglichkeit, quantitativ und qualitativ abzurüsten. Genau das fordern wir mit unserer Initiative "Fünf für Frieden": die kontinuierliche Reduzierung des Verteidigungsetats um mindestens 5 % degressiv pro Jahr. Ohne den sofortigen Einstieg in die Abrüstung der Bundeswehr - und das heißt auch Verzicht auf die geplanten neuen Waffenbeschaffungen bei Kampf- und Transportflugzeugen, bei Helikoptern und militärischen Transportflugzeugen und anderen Großwaffensystemen - ist die geplante Wehrstrukturkommission eine unglaubliche Mogelpackung.

Die Friedensbewegung fordert z.B. den Ausstieg aus dem Eurofighter-Projekt. Ist der, nachdem die Verträge unterschrieben sind, überhaupt noch möglich?

Wenn sich die Vertragspartner einigen, können Vertrage natürlich jederzeit gekündigt werden. Aus dem Eurofighter-Projekt müssen wir meines Erachtens sofort aussteigen. Hält die DASA (Daimler-Benz-Aerospace, Anm. Th.W. Klein) an ihren astronomischen Regreßforderungen fest, dann sollte die neue Regierung den Herren in Ottobrunn klarmachen, daß der Eurofighter das letzte Waffensystem gewesen ist, das die Bundeswehr bei der DASA kauft. Schließlich gibt es auf dem Weltmarkt noch eine Reihe weiterer Anbieter. Der kleiner werdende Bedarf der Bundeswehr kann auch im Ausland gedeckt werden - dazu benötigt sie die DASA nicht. Insofern müßte eine gütliche Einigung gleichermaßen im Interesse der neuen Regierung wie der DASA liegen. Außerdem streben wir in Hinblick auf den Erhalt der Arbeitsplätze ja einen Einstieg in die Rüstungskonversion an. Auf diesem Wege können langfristig wesentlich mehr sinnvolle und sichere Arbeitsplätze geschaffen werden.

In der Erklärung heißt es: Die auch von den Bündnisgrünen vor der Wahl geforderte Auflösung der "Krisenreaktionskräfte" und des "Kommando Spezialkräfte" sei eine Frage der Glaubwürdigkeit, da nur so eine tatsächliche europäische Friedensordnung aufgebaut werden könne. Gegenwärtig wird z.B. in der Friedensforschung genau des Gegenteil festgestellt: Eine Entmachtung von UN und OSZE und eine Instrumentalisierung der NATO für machtpolitische Interessen. Muß vor diesem Hintergrund die Diskussion nicht viel grundsätzlicher geführt werden. Und was ist aus der Forderung "Raus aus der NATO" bzw. "Auflösung der Militärblöcke" geworden?

Die SPD hat sich in dieser entscheidenden Frage ohne Abstriche durchgesetzt. Die NATO-Fixierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik könnte tatsächlich dann allmählich aufgebrochen werden, wenn es gelänge, alternative Sicherheitsstrukturen in Europa aufzubauen und vor allem die OSZE zu stärken. Am Beispiel Kosovo sehen wir doch dieser Tage, daß weder militärische Gewalt noch ihre Androhung den Konflikt tatsächlich löst. Selbst die Bundeswehr interessiert sich inzwischen für zivile Konfliktbearbeitung und hat sich bei der Friedensbewegung nach ReferentInnen erkundigt. Eine gestärkte OSZE und reformierte UNO schwächt automatisch die interventionistische NATO. Ich sehe im Moment zwar keine realistische Möglichkeit für einen deutschen NATO-Austritt, aber unser Ziel sollte die Selbstauflösung der NATO sein. Schließlich existiert ihr Widerpart, der Warschauer Pakt, schon seit 1991 nicht mehr.

1991/92 war die Position "Für Bundeswehreinsätze auch out-of area" eine Minderheitenposition innerhalb der CDU/CSU. Unter Rühe avancierte sie zur Regierungslinie. Heute wird sie sogar von SPD und Bündnisgrünen bei Abstimmungen im Bundestag mitumgesetzt. Hat die Friedensbewegung in den letzten Jahren ihre gesellschaftspoltische Relevanz eingebüßt, den Rückzug angetreten, resigniert?

Ich gebe zu, wir sind in die Defensive geraten. Und zwar vor allem deshalb, weil die Interventionsdebatten weniger mit rationalen als mit rein moralischen Argumenten geführt wurden. Wenn Rühe, Scharping oder Fischer sagen, man müsse intervenieren, weil der Winter kommt und die Flüchtlinge im Kosovo erfrieren und verhungern, dann erzeugt das Wirkung. Dabei ließe sich das Flüchtlingsproblem durch die Öffnung der Grenzen und eine Aufnahme der Betroffenen lösen. Die Befürworter von Militäreinsätzen verschweigen geflissentlich, daß der Militäreinsatz in erster Linie weitere Flüchtlingsbewegungen nach Italien und Zentraleuropa verhindern soll. Was aber ist mit den Millionen von Flüchtlingen im Kongo, in Burundi, dem Sudan und anderswo? In mehr als 30 Ländern der Erde wird gegenwärtig Krieg geführt, gibt es notleidende Zivilbevölkerung und Flüchtlinge, die vor dem Hungertod stehen. Die gesellschaftliche Relevanz des Pazifismus und der zivilen Konfliktprävention und -bearbeitung ist größer denn je. Wir müssen uns als Basisbewegung wieder stärker bemerkbar machen. Die Zeiten der Resignation sind vorüber. Es gibt nun eine Regierung, die mit vergleichweise hohem moralischen und gesellschaftspolitischen Anspruch angetreten ist: Dessen Einhaltung müssen wir einfordern - dazu gehört natürlich auch der Druck von der Straße.

Kann es unter dem grünen Außenminister Fischer überhaupt grundsätzliche Debatten geben, wie die um die Funktion der NATO, der Krisenreaktionskräfte und die Bedeutung der verteidigungspolitischen Richtlinien, die mit Landesverteidigung nichts mehr zu tun haben, ohne daß die Koaltion in enorme Zerreißproben gerät bzw. auseinanderfliegt? Anders gefragt: Sind die getroffenen Koaltionsvereinbarungen nicht schlicht der Preis der Regierungsbeteiligung?

Machtbeteiligung bedeutet selbstverständlich auch das Teilen von Macht und das Eingehen von Kompromissen. Bündnis 90/Die Grünen, deren Mitglied ich bin, haben nicht die absolute Mehrheit erzielt. Dennoch sind mir viele Grüne zu kompromißlerisch und in Kernfragen der Politik zu nachgiebig. Doch das Hauptproblem ist und bleibt die SPD, die den Pazifismus ein weiteres Mal in ihrer langen Geschichte mit Füßen tritt.

13. Kein Frieden mit Rot-Grün? Friedensbewegung fordert das Aus für den Eurofighter

Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer); Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:27

Während die neue Regierung die Amtsgeschäfte übernommen hat, zeigten sich eine Reihe von Organisationen der Friedensbewegung in einer gemeinsam herausgegebenen Erklärung enttäuscht über die Vereinbarungen zur Außen- und Sicherheitspolitik.

Hauptkritikpunkte sind: Der Koalitionsvertrag zwischen der SPD und Bündnisgrünen enthält zwar in Teilbereichen, wie der OSZE-Stärkung und der zivilen Konfliktbearbeitung gute Ansätze, ist aber insgesamt mehr als unbefriedigend. Statt konkrete politische Handlungsschritte zu benennen und einzuleiten, werden in den getroffenen Vereinbarungen nur unverbindliche Formulierungen aus dem SPD-Wahlprogramm wiederholt.

Beispiele für ein diffuses und halbherziges Regierungsprogramm, daß nicht für einen längst überfälligen Politikwechsel steht, gibt es zuhauf: So bleiben Ausgaben für die Bundeswehr und für neue Waffenbeschaffungen auf unverantwortlich hohem Niveau. Die seitens der Friedensbewegung geforderte und auch im Wahlprogramm der Grünen enthaltene jährliche Kürzung des Verteidigungshaushaltes um mindestens 5% und die längst überfällige drastische Verkleinerung der Bundeswehr sind unter den Tisch gefallen. Obwohl vor einem Jahr SPD und Grüne im Bundestag gegen das viele milliardenverschlingende Rüstungsprojekt "Eurofighter 2000" gestimmt haben, gibt es nun keinerlei Bemühungen, das Geschäft zu stonieren. Hier scheint die neue Bundesregierung zu kneifen.

Die Vereinbarung der Koalitionspartner, vor Abschluß der zweijährigen Arbeit der Wehrstrukturkommission "keine Sach- und Haushaltsentscheidungen" zu treffen, die bei der Bundeswehr und Finanzierungsvorhaben "neue Fakten" schaffe, ist nichts weiter als der Kotau von SPD und Grünen vor dem Bundeswehrverband und der Rüstungslobby. Der Kotau vor der Rüstungslobby zeigt sich überaus deutlich in der Textpassage "Die Koalition unterstützt aktiv die Bemühungen um den Zusammenschluß der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie". Damit wird einer offensiven Stärkung der Rüstungsindustrie das Wort geredet. Schlimmer noch: Es bedeutet eine indirekte Zustimmung zum Eurofighter und soll die europäische Rüstungsindustrie gegenüber der US-amerikanischen konkurrenzfähig machen und neue Export-Märkte eröffnen. Auch die Passage in den Koalitionsvereinbarungen, daß der nationale Rüstungsexport "restriktiv gehandhabt" wird, unterscheidet sich nicht von den Formulierungen der alten Bundesregierung. Zudem fehlen völlig Vereinbarungen zum Verbot der Gewährung von Hermeskreditbürgschaften für rüstungs- und rüstungsrelevante Güter.

Weiterhin enttäuschend ist, daß die ehemals von den Bündnisgrünen selbst geforderte Auflösung der Krisenreaktionskräfte und des "Kommando Spezialkräfte" ebenfalls völlig unter den Tisch gefallen ist. Die beabsichtigte Stärkung der OSZE als gesamteuropäische Sicherheitsorganisation und der Aufbau einer Infrastruktur zur Krisenprävention und zur zivilen Konfliktbearbeitung können aber nur dann glaubwürdig vollzogen werden, wenn diese zur militärischen Intervention außerhalb des eigenen Staats- und Bündnisgebietes aufgestellten Kräfte aufgelöst werden. Denn diese haben mit dem Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung nichts zu tun. Das gilt auch für die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992, die ebenfalls mit Landesverteidigung nichts mehr zu tun haben und deshalb revidiert werden müssen.

Angesichts dieser vielen Schattenseiten der Koaltionsvereinbarungen sind die Lichtblicke nur kleine Lichtlein. Positiv hervorgehoben werden kann immerhin die Verpflichtung der neuen Regierung sich dafür einzusetzen, daß "besonders grausame Waffen wie Landminen" weltweit verboten werden. Die Organisationen der Friedensbewegung erwarten deshalb, daß die neue Bundesregierung keine Mittel für die Forschung, Entwicklung und Beschaffung neuer Minen bereitstellt und die Mittel für die zivile Minenräumung vervielfacht. Auch die beabsichtigte Initiative zur Kontrolle und Begrenzung des Handels mit Kleinwaffen und der Verzicht auf militärische Ausstattungshilfen gehört zu den "vereinzelten Lichtblicken", die nicht davon ablenken könnten, daß es aber "noch viel zu tun" gibt.

Unterzeichnet haben die Erklärung Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher friedenspolitischer Organisationen: Das Internationale Frauenfriedensarchiv, Oberhausen, die deutsche Sektion von Pax Christi, Bad Vilbel, der Dachverband der Kritischen AktionärInnen Daimler-Benz, Stuttgart, die Internationale Ärztevereinigung IPPNW, Berlin, die Kampagnen gegen Rüstungsexport, Wiesbaden, der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), Bremen, die Deutsche Friedensgesellschaft (DVG-VK), das Rüstungsinformationsbüro Baden-Württemberg, Freiburg, der Bund für soziale Verteidigung, Minden, die ökumenische Initiative "Ohne Rüstung Leben", Stuttgart und einige weitere Gruppen.

14. "Eine neue demokratische Kraft entsteht in Chile..."

Interview mit Iván Saldías

Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:35

Iván Saldías, früherer Europa-Sprecher des MIR (Bewegung der Revolutionären Linken), ist heute in der Koordination der unabhängigen sozialen und politischen Organisationen Chiles tätig. Von Chile aus beteiligte er sich in Zusammenarbeit mit dem Institut für Theologie und Politik und der Zeitschrift Solidaridad an der Organisation des Kongresses "Neoliberalismus weltweit 25 Jahre ‚Modell` Chile", der vom 19. bis 21. November in Münster stattfand. Das Interview führte Knut Rauchfuss.

Knut Rauchfuss: In den vergangenen Jahren hast Du stets die Ruhe kritisiert, die sich nach dem formalen Ende der Diktatur über Chile gelegt hat. Wie siehst Du die Situation jetzt, hat sich nach der Verhaftung des Diktators etwas verändert?

Iván Saldías: Seit dem Plebiszit von 1989, das die "Nein"-Kampagne gegen Pinochet gewonnen hatte, hat die Bevölkerung bei den Wahlen die Mehrparteienkoalition "Concertación" unterstützt. Sie hat dieser Koalition, die den Übergang zur Demokratie versprach, ihr Vertrauen geschenkt. Natürlich hatte diese Koalition nie öffentlich zugegeben, daß sie einen Pakt mit der Diktatur geschlossen hatte. Darin erklärte sie sich erstens bereit, die Verfassung der Diktatur von 1980 zu respektieren. Die zweite Vereinbarung betraf die Fortführung des neoliberalen Wirtschaftsmodells. Drittens versprach sie, das von Pinochet erlassene Amnestiegesetz zu respektieren, und viertens muß der chilenische Staat den Schutz der Familie Pinochets garantieren. Nach der Unterschrift unter diese Verträge waren der demokratischen Regierung die Hände gebunden. Die erste Regierung von Patricio Aylwin war mit einer überragenden Mehrheit von ca. 60% gewählt worden. Millionen von Menschen gingen auf die Straße, beinahe jede Woche waren Massendemonstrationen. Aber die längst überfällige Verfassungsänderung kam nicht. Was die Regierung machte, war, die sozialen Organisationen - und insbesondere deren Leitungen - in den Staatsapparat einzubinden. Heute arbeiten zahlreiche unserer alten GenossInnen innerhalb des Staatsapparates. Dadurch verloren die sozialen Organisationen eine Menge erfahrener Leute, und nach und nach wurden die Bewegungen ersetzt durch sogenannte Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO). Und auch die Leute an der Basis, selbst die Armen wurden in das neoliberale Modell eingebunden, indem die NROs ihnen beibrachten, daß sie nicht mehr arm, sondern "Mikrounternehmer" seien. Fabriken reduzierten ihren Personalstand von z.B. 8.000 Beschäftigten auf 2.000, indem die Leute nicht "entlassen", sondern "selbständig" wurden. Und jede wirtschaftliche Krise trifft diese "Mikrounternehmer" besonders hart. Aber die Leute haben dann das Gefühl, daß sie selbst an ihrer Misere schuld seien, z.B. weil sie nicht genug gelernt oder nicht die besten neuesten Maschinen gekauft hatten. Unterstützung erhielten sie eh nur als Kredit. Die Regierung verkauft die Zerschlagung der sozialen Organisationen öffentlich als Zustimmung zum neoliberalen Kurs. Wir, eine große Gruppe von Leuten, die sich nicht haben aufsaugen lassen, haben seit einiger Zeit mit den Resten der sozialen Bewegungen zusammen eine neue Bewegung aufgebaut, die unabhängig von der Regierung, unabhängig von den NROs und auch unabhängig von der Kommunistischen Partei agiert.

Was bedeutet das neoliberale Wirtschaftsmodell für die Bereitschaft der Menschen, sich politisch zu organisieren?

Nach siebzehn Jahren Diktatur hatten die Leute viel Angst. Dann kam die Institutionalisierung des Neoliberalismus, die Privatisierungswellen: Renten- und Krankenversicherung, Erziehungswesen, Wohnungsbauprogramme. Es wird mit Begriffen wie Selbständigkeit und Eigenverantwortung operiert. Die Leute arbeiten zu miserablen Bedingungen, um ihre Kredite abzubezahlen. Sie organisieren sich nicht mehr, das ist praktisch eine verlorene Generation. Aber die Jugendlichen stehen dem System sehr kritisch gegenüber. Zum Beispiel bei den Wahlen: In Chile gibt es Wahlpflicht, und wer dieser Pflicht nicht nachkommt, kann mit einer Strafe bis zu 300 Dollar bestraft werden. 13,7% der Wahlpflichtigen gingen nicht an die Urnen. Von den abgegebenen Stimmen waren 13,5% ungültig. Und ca. 1,2 Millionen Jugendliche haben sich erst gar nicht in den Wahlregistern einschreiben lassen. Wenn man das alles zusammenzählt, heißt das, daß etwa 40% der Wahlpflichtigen nicht gewählt haben. Diese Zahlen zeigen uns ganz konkret, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse sind, denn da sind keine Rechten dabei. Die Jugendlichen aus rechten Familien, die lassen sich alle brav in die Wahlregister eintragen und wählen ihre Kandidaten. Es sind die

demokratischen Kräfte, die kein Interesse mehr an Wahlen haben. Aber gleichzeitig sind diese Leute auch isoliert, und es ist schwer, sie zu erreichen. Aber sie kommen zu unseren Veranstaltungen. Im Oktober 97 zum Beispiel haben wir eine Veranstaltung im Nationalstadion gemacht, da, wo früher ein Konzentrationslager war, zum Todestag von Che Guevara, an der mehr als 80.000 Menschen teilgenommen haben, davon mehr als 90% unter 22 Jahre alt.

Du bist, wie viele andere Deiner ehemaligen GenossInnen, 1994 zurückgekehrt aus dem Exil nach Chile. Du hast früher als Europasprecher für den MIR gearbeitet, eine relativ straff geführte hierarchische Organisation. Welche Art der Arbeit machst Du heute?

Weißt Du, die Niederlage der Linken war ja nicht auf Chile beschränkt, sondern weltweit. Auch wenn wir zu jenen Teilen gehörten, die - anders als die KP - nicht mit dem Ostblock zusammengearbeitet, sondern diese Art von Sozialismus kritisiert haben, waren wir auch davon betroffen. Viele Organisationen sind zerfallen. Viele alte GenossInnen arbeiten heute im Staatsapparat, in den Behörden, Ministerien und NROs. Sie machen Politik von oben und denken, es sei gut für die Menschen, aber in Wirklichkeit verdienen sie gutes Geld und stabilisieren das System. Und sie kennen uns, und wir kennen sie. Es ist sehr schwer, diese Leute wieder von den Machtpositionen in die sozialen Bewegungen zurückzuholen. Statt dessen bieten sie uns attraktive Posten an. Wir, die "Anderen", aber haben uns in den Basisorganisationen wiedergetroffen. Leute mit ehemals maoistischem Hintergrund, Leute aus trotzkistischen Organisationen, ehemalige MIRisten und Kommunisten, Leute, die hoffen, aus ihren alten Fehlern gelernt zu haben. Wir sind dabei, eine neue demokratische und unabhängige Kraft der Linken aufzubauen, der wir unsere Erfahrungen weitergeben möchten.

An welchen Punkten kämpfen diese Basisbewegungen?

Ein Beispiel: Als Leichen von Verschwundenen gefunden wurden, in einer alten Mine in der Nähe von Santiago, kämpften wir gegen das Vorhaben, an diesem Ort eine Mülldeponie einzurichten. Die alten Minen sind ein Symbol für die Angehörigen der Verschwundenen. Der Verantwortliche für die Idee mit der Mülldeponie ist ein ehemaliger Genosse, ein Sozialist, heute der Direktor der Nationalen Umwelt-Kommission. Ein anderes: Viele ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen haben vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise Schwierigkeiten, und sie haben keine Organisationserfahrung, nur wenige Rechtsanwälte oder Wirtschaftswissenschaftler in ihren Reihen, und die Zentralgewerkschaft CUT hat einen sozialen Pakt mit der Regierung geschlossen und vertritt ihre Leute nicht. Da sind wir dann präsent. Dann ist in Südchile ein Staudammprojekt geplant, das das angestammte Territorium der Mapuche-Indígenas bedroht. Die Leute wehren sich gegen die Umsiedlungspläne der Regierung, und wir unterstützen sie dabei.

Die Verhaftung Pinochets hat diesen Bewegungen, die für eine wirkliche Demokratisierung Chiles kämpfen, einigen Auftrieb gegeben. Was wird da gerade diskutiert?

Heute gibt es intensive Diskussionen über die Rolle, die die Regierung im Fall Pinochet gespielt hat. Wir haben Demonstrationen mit vielen tausend Leuten gemacht. Mit dem Bruch des Tabus von des Diktators Unantastbarkeit, mit dessen ganz gewöhnlicher Verhaftung aufgrund all jener Verbrechen, die in Chile auch noch Jahre nach der Diktatur mit einem Mantel des Schweigens umgeben wurden, ist auch ein Bruch in der Akzeptanz erfolgt. Akzeptanz dafür, daß die formale Demokratie als Erbverwalter des politischen und ökonomischen Systems der Diktatur das Maximum an Demokratie sei, das ein Land wie Chile ertragen könne. Die außerparlamentarische Linke, die unabhängigen sozialen Bewegungen sind auf die Straße gegangen, um in jeder Form ihrer Freude Ausdruck zu verleihen. Zur selben Zeit macht sich aber auch ein Schamgefühl breit, dafür, daß wir selbst nicht fähig waren, dem Diktator den Prozeß zu machen. Angesichts dieser Zustände wollen wir klarmachen, daß die einzig mögliche Alternative, die soziale, ökonomische, politische und verfassungsrechtliche Fortschritte voranbringen kann, in der aktiven Teilnahme der sozialen Bewegungen, die sich in den Elendsvierteln, den Kommunen, Universitäten und in den Gewerkschaften Chiles entwickeln, besteht. Und seit einiger Zeit wenden sich die Menschen tatsächlich verstärkt diesen Organisationen zu. Sie sind einem immensen Druck ausgesetzt, der nicht nur von den Militärs, sondern ebenso vom Staat, den traditionellen Parteien und den NROs kommt.

Was hast Du empfunden, als Du von der Verhaftung Pinochet hörtest?

Ich hatte ein Fax aus Deutschland bekommen, wo drinstand, Pinochet sei verhaftet, aber ich konnte zunächst nur darüber lächeln. Ich konnte es einfach nicht glauben, daß der Tyrann unter Arrest steht. Ich habe dann

sofort andere Genossen angerufen, und alle sagten mir dasselbe: Er ist krank, er ist dort, um operiert zu werden, aber daß er verhaftet ist, glauben wir nicht.

Was ist Dein Anliegen hier in Deutschland?

Als Organisationen und Personen, die wir heute in Chile kämpfen, brauchen wir nicht Eure humanitäre Hilfe als Opfer des Tyrannen, sondern politische Unterstützung als demokratische und linke Bewegung. Das ist ein Aufruf an jene, die mit uns einen Austausch von Ideen, Theorien und gemeinsamen Aktionen entwickeln wollen. Die Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, die sich dafür interessieren, das Konzept einer sozialen und partizipativen Demokratie zu vertiefen, sind herzlich dazu eingeladen, nach Chile zu kommen und uns zu besuchen.

Iván Saldías, Fax: 0056-2-2970009

Institut für Theologie und Politik,

Graelstr.9, 48153 Münster,

Tel.: 0251-524728, Fax: 0251-524788

Chile nach Pinochet -

soziale Basisbewegungen im Aufwind?

Referent: Iván Saldías ("Anselmo"), Koordination der unabhängigen, sozialen und politischen Organisationen Chiles, ehemaliger Europa-Sprecher des MIR

Diskussionsveranstaltung,

Mittwoch 13.01.99, 19.30 h,

Hamburg, W3, Nernstweg 32-34.

Veranstalter: Redaktion ak - analyse & kritik, VSP Internationalismus-Gruppe.

Anschlag auf Esteban Cuya in Buenos Aires

In ak 420 veröffentlichten wir einen Artikel über die berüchtigte "Operation Condor" und die Verbrechen des chilenischen Geheimdienstes DINA in den Jahren der Diktatur. Diesen hatte der Autor Esteban Cuya bereits im Jahr 1993 in der ila, Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, veröffentlicht. Im Zusammenhang mit der Anklage gegen Pinochet und der Debatte um Straflosigkeit war der Artikel sowohl hier wie in Chile wieder aus den Archiven hervorgeholt worden.

Esteban Cuya ist Mitarbeiter des Nürnberger Menschenrechtszentrums. Im November diesen Jahres reiste er mit einer Delegation der "Deutschen Koalition gegen Straflosigkeit in Argentinien" nach Buenos Aires. Dort wurde er am 17. November auf einer Taxifahrt nachts von zwei Männern überfallen, schwer mißhandelt und mit dem Tod bedroht, die mitgeführten Dokumente über deutsche Verschwundene in Argentinien wurden ihm dabei gestohlen.

Die Koalition gegen die Straflosigkeit stellte dazu fest: "Daß nach Angriffen gegen MenschenrechtlerInnen in Kolumbien, Brasilien, Peru, Mexiko und Guatemala nun auch wieder in Argentinien mit physischer Gewalt gegen diejenigen vorgegangen wird, die Menschenrechtsverletzungen untersuchen, zeigt erneut, wie gefährlich diese notwendige Arbeit in Lateinamerika geworden ist".

Wir wollen uns an dieser Stelle der ila-Redaktion anschließen und Esteban alles Gute, Mut und Kraft für seine weitere Arbeit wünschen.

ak-Redaktion

15. Immun gegen Gerechtigkeit? Der Fall Pinochet. Eine völkerrechtliche Analyse

Autor: Gerhard Stuby · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:29

Mitte Oktober wurde Augusto Pinochet aufgrund eines internationalen Haftbefehls, den der spanische Richter Garzón ausgestellt hatte, in London verhaftet. Die erste Instanz setzte den Haftbefehl aus und lehnte das inzwischen ergangene Auslieferungsersuchen Spaniens ab. Denn: Pinochet genieße Immunität als ehemaliges Staatsoberhaupt. Pinochet stand zunächst bis zur Entscheidung der Berufungskammer des Oberhauses unter Arrest. Nachdem diese nunmehr mit einer Mehrheit 3:2 befunden hat, daß keine rechtlichen Hindernisse bestünden, dem spanischen Auslieferungsersuchen zu entsprechen, trat der Haftbefehl wieder in Kraft. Das Gericht hatte sich im Rahmen seiner Kompetenz nur zur Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen geäußert. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob die Strafverfolgung Pinochets nach dem englischen Immunity act untersagt sei.

Es gibt wohl kein Thema, vielleicht abgesehen von der schon älteren Palästina-Frage, mit der sich die UNO-Vollversammlung und ihre Spezialorgane mehr und intensiver befaßt haben, als die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen durch das Pinochet-Regime in Chile. Viele Missionen von NGO's nach Chile haben stattgefunden, deren Berichte für die zuständigen UNO-Organe, insbesondere die UNO-Menschenrechtskommission wertvolles Material lieferten. Die international strafrechtliche Relevanz der von den Machthabern begangenen Handlungen zur Liquidierung der legalen Regierung Allende und des Widerstandes gegen die Machtusurpation bildeten die Quintessenz aller rechtlichen Analysen. Als harter, unbestrittener Kern des völkerstrafrechtlichen Vorwurfes wurde das Folterverbrechen und das Verschwindenlassen von Personen von den Beschlüssen der UN-Organe herausgestellt. Als entscheidend persönlich Verantwortlicher wurde General Pinochet genannt. Er sei nach dem Weltrechtsprinzip von nationalen Gerichten zur Verantwortung zu ziehen, solange eine eigene internationale Strafgerichtsbarkeit noch nicht existiere.

Die Forderung nach strafrechtlicher Verfolgung der Verantwortlichen verlief nicht nur im Sande - sie wurde durch die von der chilenischen Regierung verfügte Amnestierung zurückgewiesen. Die Regierenden in den westlichen Demokratien gaben sich mit dieser Lage zufrieden, entsprach sie doch haargenau den Interessen ihrer jeweiligen Wirtschaft. Nach den "tektonischen Umbrüchen" des letzten Jahrzehnts entstanden zudem in unmittelbarer geographischer Nähe Brennpunkte massiver und systematischer Menschenrechtsverletzungen (Beispiel: ehemaliges Jugoslawien), die die Politik intensiv beschäftigten. Nicht zuletzt unter dem Einfluß der "veröffentlichten Meinung" wurde die Aufmerksamkeit zudem selektiv nach politischen Opportunitäten ausgewählt (z.B. Reprimierung der Kosovo-Albaner ja, der Kurden nein). Die Verhaftung Pinochets in England kam nicht nur überraschend, sondern hat über Nacht den Schleier des drohenden internationalen Vergessens von Chile hinweggezogen.

Es war nicht das erstemal, daß Pinochet England besuchte, und nicht nur, um mit Margret Thatcher den Fünf-Uhr-Tee einzunehmen. Die Versorgung der chilenischen Armee mit modernem militärischem Gerät scheint mit Wissen der englischen Regierung, ganz offiziell, über die Person des Senators Pinochet gelaufen zu sein. Seine Überraschung und die seiner Gefolgsleute mag nicht gespielt gewesen sein, als Scotland Yard den internationalen Haftbefehl vorzeigte, der auf Betreiben der spanischen Ermittlungsbehörden ausgestellt worden war. Er lag wohl schon länger da, das Datum unter ihm war lediglich up to date gesetzt worden. Wieso also gerade jetzt, mußte sich nicht nur Pinochet fragen.

In diesem Zusammenhang muß auf die Geschichte der "Öffentlichkeitstribunale" hingewiesen werden, die aus einer Art internationaler Bürgerrechtsbewegung, insbesondere in den Jahren des Vietnamkrieges, aber auch während des Wütens des Pinochetregimes entstanden sind. Die bekanntesten sind wohl die Russel-Tribunale. Daß über die ganzen Jahre des kalten Krieges ein Rest des Geistes von Nürnberg geblieben ist und später in der Atmosphäre der Entspannung und nach der Implosion der sozialistischen Systeme sich sogar ein geschärftes öffentlichen Bewußtsein in dieser Tendenz herausgebildet hat, ist nicht zuletzt auf diesen Einfluß zurückzuführen. Die Einrichtung der Internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda oder die Diskussion und die Beschlüsse auf der Staatenkonferenz von Rom zur Einrichtung eines allgemeinen Internationalen Strafgerichtshofes haben inzwischen Standards gesetzt, die nicht mehr

übergangen werden können. (1) Sicherlich sieht jeder staatliche Repräsentant zunächst einmal das verbrecherische Verhalten der anderen Staaten: Auf dieses münzt er die beschlossenen Standards. Erst in zweiter Linie denkt er an sich selbst. (2) Die Öffentlichkeit in den Ländern der EU aber fordert jetzt verstärkt die Einhaltung der Menschenrechts-Standards für die eigene Politik. Dieser Erwartungsdruck ist grundsätzlich positiv zu bewerten, soweit die Umsetzung und Weiterentwicklung völkerrechtlicher Verpflichtungen der Staaten im Bereich der internationalen Menschenrechte bewirkt wird. Er kann aber auch ambivalente Folgen zeitigen, wie das NATO-Verhalten gegenüber dem Kosovo-Problem deutlich macht. Hier wird die Abwendung einer humanitären Katastrophe zum Vorwand genommen, die Sanktionskompetenz des Sicherheitsrates zu unterlaufen.

Das Privileg der Immunität

Die Frage der Auslieferung Pinochets an Spanien oder ein anderes die Auslieferung forderndes Land und seine mögliche strafrechtliche Verfolgung dort muß aus diesen Gründen differenziert betrachtet werden. Die inzwischen erfolgte Verhaftung des Vorsitzenden der PKK, Öcalan, in Italien, das Auslieferungsverlangen der Türkei, aber auch die Diskussion um eine neue internationale gerichtliche Instanz für diesen Fall oder die Ablehnung der spanischen Justiz, strafrechtliche Ermittlungen gegen Kubas Staatspräsident Fidel Castro einzuleiten, machen die Komplexität der Situation deutlich.

Die Anwälte Pinochets, und nicht zu vergessen auch die gegenwärtige chilenische Regierung, wenden ein, diesem stünde das Privileg der Immunität zu, die diplomatische oder die eines ehemaligen Staatsoberhauptes. Die englischen Richter hatten dies nach englischem Recht zu entscheiden. Dieses wiederholt aber weitgehend die allgemeinen völkerrechtlichen Standards, so daß von diesen bei den folgenden Betrachtungen ausgegangen werden kann.

Das (deutsche) Bundesverfassungsgericht hat unter Verwertung der internationalen Rechtsprechung und Literatur die diplomatische Immunität als "eine der ältesten Gewährleistungen des Völkergewohnheitsrechtes" bezeichnet, die eine "fundamentale Voraussetzung für die Pflege zwischenstaatlicher Beziehungen sei". "Die Institution der Diplomatie mit ihren Privilegien und Immunitäten hat sich im Laufe der Jahrhunderte als unverzichtbares Instrument der effektiven Kooperation innerhalb der internationalen Gemeinschaft erwiesen, das es den Staaten erlaubt, ... ihre Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen Mitteln beizulegen ... Die Komplexität der heutigen internationalen Gemeinschaft verlangt mehr denn je, daß die Regeln, die den geordneten Fortschritt der Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern sichern, dauerhaft und mit größter Sorgfalt respektiert werden ... Zusätzlich ist die besondere Rolle der Gegenseitigkeit im Diplomatenrecht zu beachten: Jeder Empfangsstaat ist zugleich Entsendestaat; jede Einschränkung und jeder Verstoß gegen diplomatische Immunität und Vorrechte kann - rechtlich oder faktisch - auf die eigenen Diplomaten und ihre Angehörigen im Ausland zurückwirken" (BVerfGE 96, 82 f.) Diese Einschätzung der Friedensfunktion dieses sensiblen völkerrechtlichen Statuts, das nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf, kann nur unterstrichen werden.

Kann im vorliegenden Fall eine derartige diplomatische Immunität für Pinochet in Anspruch genommen werden? Hierfür wäre zunächst erforderlich, daß Pinochet als "privilegierte" Person im Sinne des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen vom 1961 (WÜD) zu betrachten ist. Dem sind Personen gleichgestellt, die in einer Mission des Entsendestaates tätig werden. Diplomaten in diesem Sinne genießen volle Immunität. Zwar wird darüber diskutiert, ob ein Strafverfolgungshindernis für alle möglicherweise strafrechtlich relevanten Handlungen oder nur für solche anzunehmen ist, die im dienstlichen Zusammenhang stehen. Man könnte dann möglicherweise einwenden, die Pinochet vorgeworfenen Taten stünden in keinem dienstlichen Zusammenhang. Zur Obliegenheit eines Diplomaten gehörten auf keinen Fall Menschenrechtsverletzungen derartigen Ausmaßes. Durchgesetzt hat sich jedoch die Ansicht, daß die diplomatische Immunität grundsätzlich gilt und auch keine Ausnahmen für besonders gravierende Rechtsverstöße kennt. Der Diplomat kann in solchen Fällen nur zur persona non grata (Art. 9 WÜD) erklärt werden. Zudem befreit ihn die Immunität auf keinen Fall von der Gerichtsbarkeit seines eigenen Staates (Art. 31 Abs. 4 WÜD). Die durch die Straftat verletzte Souveränität des Empfangsstaates kann also theoretisch zumindest "in Vertretung" durch eine Bestrafung im Entsendestaat wieder hergestellt werden. Diese Möglichkeiten erklären das strikte Ergebnis, keine Ausnahmen von der Immunität zuzulassen. Die diplomatische Immunität für dienstliche Handlungen ist eben nicht nur ein Reflex der Immunität des Entsendestaates, sondern erklärt sich eigenständig aus dem besonderen Status des Diplomaten. Seine Anwesenheit auf dem Territorium des Empfangsstaates und seine Befugnis, dort für den Entsendestaat tätig

zu werden, beruhen auf der Zustimmung des Empfangsstaates in Form des Agrément (Art. 4) bzw. zur Spezialmission.

Aber es ist fraglich, ob Pinochet diesen Status überhaupt für sich beanspruchen kann. Die Stellung eines Senators in Chile hat nur innerstaatliche Wirkung. Einen diplomatischen Status im Sinne der einschlägigen Bestimmungen der WÜD begründet sie auf keinen Fall. Genauer zu prüfen wäre die Frage eines diplomatischen Status, der durch eine Spezialmission vermittelt wird. Der Umstand, daß Pinochet als Mitglied des Verteidigungsausschusses auf Einladung der britischen Waffenfirma Royal Ordnance in London weilte, würde dann als ein derartiger Spezialauftrag eingeordnet.

Foltern als

staatlicher Auftrag?

Sicherlich wird man sogar eine Regel des Völkergewohnheitsrechtes zugrunde legen können, wonach der Entsendestaat nach Einzelabsprache mit dem Empfangsstaat einem mit politischen Aufgaben betrauten Ad-hoc-Botschafter über diese Mission Immunität verleihen kann. Allein die Benutzung eines Diplomatenpasses, mit dem zahlreiche Amtsträger ausgestattet sind, gleichgültig ob sie dienstlich oder privat reisen, bietet jedoch diesen Schutz nicht. Es muß nachweisbar mit dem Empfangsstaat eine konkrete Absprache über eine offizielle Mission getroffen oder die Zusicherung des Schutzes vor Verhaftung durch den Aufenthaltsstaat gegeben worden sein.

Die englische Regierung, als Repräsentant des Empfangsstaates hat nach Presseberichten ausdrücklich bestritten - und die Lordrichter haben dies ebenso gesehen -, in einer solchen Frage von Chile angegangen worden zu sein. Allein die Benachrichtigung durch die Botschaft oder eine mögliche Behandlung als VIP genügt jedenfalls nicht. Insgesamt kommt es also auf die gegebene Fall-Lage an, ob tatsächlich eine Einladung des britischen Verteidigungsministeriums zum Einkauf militärischen Gerätes vorlag oder ob lediglich ein Arztbesuch, wenn auch mit vorheriger Anmeldung, beabsichtigt war. Die Lordrichter jedenfalls konnten keine Elemente zur Begründung eines diplomatischen Status finden.

Die mögliche Inanspruchnahme einer diplomatischen Immunität kann jedoch u. U. überhaupt fraglich sein. Denn sie wird hier durch einen anderen Gesichtspunkt überlagert und eventuell zurückgedrängt. Es geht nämlich um Handlungen, die weder mit einer letztlich wohl auszuschließenden diplomatischen Mission selbst im Zusammenhang stehen, noch als rein persönliche Handlungen gewertet werden können. Vielmehr könnten sie als Ausübung innerstaatlicher Hoheitsgewalt, wenn auch in krimineller Form, einzustufen sein. Wenn zentrale Organe, insbesondere Staatsoberhäupter als Handelnde in Frage kommen, sind einige Aspekte wichtig: Staatsoberhäupter genießen, insofern sind sie durchaus vergleichbar mit Diplomaten, persönliche Immunität. Sie können also der Gerichtsbarkeit eines anderen Staates nicht unterstellt werden - das allerdings gilt nur mit Einschränkungen.

Grundsätzlich soll auch ein ehemaliges Staatsoberhaupt fortwirkende Immunität für seine frühere Tätigkeit, soweit es sich um Amtshandlungen handelt, genießen. Aber eben das ist strittig. Bei Licht besehen handelt es sich hier nämlich um einen Fall der Staatenimmunität, und gerade nicht um einen solchen der Immunität eines Diplomaten bzw. der eines Staatsoberhauptes. Es geht um die einem Staat zuzurechnende Handlung im Kontext der Staatenverantwortlichkeit, also nicht um die möglicherweise bestehende persönliche Immunität des handelnden Staatsfunktionärs im Souveränitätsbereich eines anderen Staates.

Auch die Staatspraxis diesbezüglich ist uneinheitlich, ja widersprüchlich. Bisweilen werden Gesichtspunkte diplomatischer Immunität mit denen der Staatenimmunität vermischt. Die USA z.B. haben im Fall Noriega darauf abgestellt, daß sie diesen in der fraglichen Zeit nicht als Staatsoberhaupt anerkannt hatten. Zudem sei Noriega weder nach der Verfassung Panamas Staatsoberhaupt, noch sei seine Stellung durch Präsidentschaftswahlen bestätigt worden. Die USA bestritten also die Organfunktion in der fraglichen Zeit. Das würde bei Pinochet zumindest für die Zeit als Junta-Chef ebenso gelten. Auch für die nachfolgende Zeit, ab 1980, in der formal eine neue Verfassung bestand, könnte hinsichtlich der inneren Legitimität erhebliche Zweifel geltend gemacht werden. Stellt man jedoch richtigerweise auf die Effektivität der, wenn auch innerstaatlich usurpierten Macht ab, so wird man an der Ausübung der Funktion eines Staatsoberhauptes bei Pinochet im fraglichen Zeitpunkt kaum Zweifel hegen können.

Die chilenische Regierung hat seinerzeit stets - und Pinochet bis heute - geleugnet, daß solche Vorfälle, wie hier die massenhaften Morde, Folterungen und das Verschwindenlassen von Regimegegnern in die staatliche Verantwortung fielen. Würde man sie heute beim Wort nehmen, könnte Pinochet Immunität nicht beanspruchen. Auch der damaligen chilenischen Rechtsordnung entsprachen diese Handlungen sicherlich nicht. Voraussetzung für Inanspruchnahme von Immunität, wenn man sie überhaupt zuläßt, wäre also nicht nur das Eingeständnis, sondern der Nachweis, daß die inkriminierten Handlungen staatlich angeordnet waren.

Fraglich bliebe dann immer noch, welche Bedeutung der Staat, in dem sich der Beschuldigte aufhält, hier also Großbritannien, diesem Vorbringen einräumen muß. Wie erwähnt, im Fall Noriega haben die USA sich auf den Standpunkt gestellt, daß Rauschgiftgeschäfte und Geldwäscherei nicht dem amtlichen Handeln zugerechnet werden könnten. Daß Mord und Folter zu den legitimen Staatsaufgaben in zivilisierten Staaten gehören, läßt sich in der Tat nur schwer behaupten. So haben denn auch Art. 7 der Charta des Internationalen Militärgerichtshofes (IMG) von Nürnberg und ihm folgend Art. 7 Abs. 2 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes (IStG) für Jugoslawien sowie Art. 6 Abs. 2 des Statuts des IStG für Ruanda bestimmt, daß die offizielle Stellung von Angeklagten, ob als Staatsoberhäupter oder verantwortliche Beamte in Ministerien, sie nicht von Verantwortlichkeit freistellt oder strafmindernd wirkt. In Anlehnung an diese Regelungen werden Ausnahmen von der Immunität für Fälle von Kriegsverbrechen, völkerrechtliche Verbrechen diskutiert. Schwere Menschenrechtsverletzungen dieses Ausmaßes könnten nicht dadurch den Anschein der Legalität erlangen, daß sie von Staatsorganen begangen werden.

Weltrechtsprinzip verpflichtet

Am eindeutigsten ist das bei Folterverbrechen (Art. 7 des Übereinkommens gegen Folter vom 10.12.1984). Mord und Folter gelten auch allgemein als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wenn sie systematisch und weit verbreitet vorgenommen werden, wie es in Chile der Fall war. Zwar enthalten die modernen Menschenrechtsschutz-Konventionen Schutzgarantien und Rechtsbehelfe gegen das "Verschwindenlassen von politisch unliebsamen Personen". (3) Sie formulieren aber noch nicht einen eigenen Tatbestand. Das ist jetzt aber im Rom-Statut erfolgt. (4)

Bei diesen völkerrechtlichen Verbrechen könnte also die Immunität eines ehemaligen Staatsoberhauptes nicht in Anspruch genommen werden. Nach dem Weltrechtsprinzip, dem derartige Verbrechen unterliegen, wäre ein Staat sogar verpflichtet, falls ein derartig Beschuldigter oder Verdächtiger in seinen Hoheitsbereich gelangt, diesen strafrechtlich zu verfolgen oder auszuliefern, wenn in dem Staat, an den ausgeliefert wird, die strafrechtliche Verfolgung gesichert ist.

Eine Auslieferung an Chile scheidet aber im Falle Pinochet aus. Chile hat sich durch die Amnestierung außerstande gesetzt hat, den Verpflichtungen aus dem Weltrechtsprinzip, dem es ebenfalls unterliegt, nachzukommen. Die Erwägungen der chilenischen Regierung, Privatklagen von betroffenen Opfern gegen Pinochet zu unterstützen bzw. sich diesen anzuschließen, ändert an dieser "Unfähigkeit" nichts, auch wenn dabei Geheimmaterial über die Ära Pinochet von den USA offiziell zur Verfügung gestellt würde, so die Andeutungen von Außenministerin Albright. Denn hier geht es nicht um die Erfüllung des Strafanspruchs nach dem Weltrechtsprinzip, sondern um ein zivilrechtliches Verfahren um Entschädigung.

Der Ausschluß der Möglichkeit für Pinochet bzw. die chilenische Regierung, sich auf Immunität berufen zu können, wird noch durch eine weitergehende Überlegung verstärkt. Die Funktion der Immunitätsregeln sollen das Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten sichern. Den Interessen des Empfangsstaates wird bei der persönlichen Immunität des Diplomaten bzw. des Staatsoberhauptes dadurch entsprochen, daß er diesen des Landes verweisen oder dessen Einreise verwehren kann, indem er ihn zur persona non grata erklärt. Zudem kann die Beeinträchtigung der Souveränität des Empfangstaates, die durch die strafbaren bzw. schädigende Handlungen des Diplomaten bzw. Staatsoberhauptes eingetreten ist, durch die strafrechtliche Verfolgung im Entsendestaat selbst "wiedergutgemacht" werden. Wegen der erfolgten Amnestierung in Chile ist diese "Wiedergutmachtung" jedoch nicht möglich. Chile hat sich hierzu selbst, wie schon erwähnt, außerstande gesetzt. Es ist daher rechtsmißbräuchlich, wenn jetzt Chile die Immunität für Pinochet bzw. dessen Auslieferung fordert.

Fazit also: Der in Spanien ausgestellte internationale Haftbefehl ist nicht zu beanstanden. Soweit England nicht einen eigenen Strafanspruch geltend macht, wirkt das Weltrechtsprinzip. Pinochet müßte an Spanien

ausgeliefert werden, weil in erster Linie spanische Staatsbürger betroffen sind. Zu diesem Ergebnis ist jedenfalls auch die Mehrheit der Lordrichter gelangt. Eine Stufe aufwärts bei der Weiterentwicklung des internationalen Strafrechts, sicherlich, gar ein Sieg der Gerechtigkeit? Das ist zu hoffen.

Gerhard Stuby

Anmerkungen:

1) Immerhin haben 120 Staaten, darunter die Bundesrepublik, für die Annahme des Statuts von Rom gestimmt, gegen 7 Stimmen, darunter die USA und China als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates, und 20 Enthaltungen.

2) Daß die Bundesrepublik zu den Hauptprotagonisten einer internationalen Strafgerichtsbarkeit gehört, ist an sich begrüßenswert. Zu einem guten Teil ist diese Einstellung aber auf die schizophrene Haltung zurückzuführen, die Nazivergangenheit einschließlich der Völkerrechtsverbrechen dieser Zeit von der heutigen, wieder ganz "normalen" Bundesrepublik "abzutrennen" und als Verhalten eines anderen Staates zu betrachten. Daß dies wiederum völlig konträr zu der sonst vertretenen These der völkerrechtlichen Fortexistenz des Deutschen Reiches steht, stellt eine weitere delicatesse allemande dar. Im deutlichen Unterschied hierzu die direkte und unverblümte Haltung der USA, die nicht müde werden, Menschenrechtsverletzungen überall in der Welt zu geißeln oder Diktatoren zu stützen, je nachdem es den "Geschäftsinteressen", sprich dem amerikanischen nationalen Interessen entspricht. Insofern spiegelt die Ablehnung des Rom-Statuts die Kontinuität amerikanischer Außenpolitik wider, völkerrechtliche Verträge auf dem Gebiet der Menschenrechte nur ganz selten zu unterzeichnen oder gar zu ratifizieren, wenn damit eigene Verpflichtungen verbunden sein könnten.

3) Aufschlußreich das 14-Punkte-Programm amnesty internationals zur Verhinderung von "Verschwindenlassen" schon von 1992, in: amnesty international 1933, Frankfurt 1993, 608, wo das Phänomen selbst genau beschrieben ist und die Versuche der normativen Erfassung skizziert sind.

4) Speziell auf Völkermord braucht daher nicht abgestellt zu werden. Die Erfüllung dieses Tatbestandes ist zudem fraglich, weil das subjektive Moment ("intent to destroy, in whole or in part, a national, ethnical, racial or religious group, as such") schwer nachzuweisen ist. Es ging Pinochet um politische Gegner.

Gerhard Stuby ist Professor für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Völkerrecht an der Universität Bremen; siehe auch:

G. Stuby: Moral vor Völkerrecht - Auftakt für eine bessere Republik?, in: Sozialismus 11/1998

N.Paech/G.Stuby: Zur Rolle und Funktion des Effektivitätsgrundsatzes bei Entstehung und Untergang von Staaten, in: dies.: Machtpolitik und Völkerrecht in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden 1994

G. Stuby: Internationale Strafgerichtsbarkeit und staatliche Souveränität, in: Hankel/Stuby: Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen, Hamburg 1995

16. Eindrücke aus nach der Katastrophe

Eindrücke aus der Zeit nach der Katastrophe

Autor: Erika Harzer, Kalle Staymann · Rubrik: Honduras · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:07

Ende November. Die Aufräumarbeiten laufen auf vollen Touren. In Comayaguela, da, wo die Zerstörung am heftigsten zugeschlagen hat, bietet sich ein verrücktes Bild. Die Straßen sind teilweise noch gesperrt, nicht passierbar. Eine dicke braune Masse schlängelt sich durch die Stadt. Ein paar Querstraßen weiter höher: Marktgetümmel, die Straßen sind belebt, und unter den angebotenen Waren finden sich hin und wieder Haushaltsgegenstände im billigen Schnäppchenangebot, die den Fluten entnommen wurden. Am Ufer, zwischen den Ruinen, stapeln sich Müll und Modder, hin und wieder ein Schaufellader, viele StudentInnen mit Schaufeln und Besen, die zusammenschippen, ausfegen, reinigen. Viel Gelächter, gute Stimmung, sprudelndes Leben. Dazwischen, zwischen Müllhaufen und Kloaken, scharen sich barfüßige Kinder und Erwachsene, wühlen ohne Schutz alles durch, zwischen Verwesung und Schimmel, zwischen Verrottung und Resten von Familiengeschichten: Bilder, Rohre, Kleidung. Auch Tote tauchen dort immer wieder auf. Auf dem Balkon von einem der Häuser, dessen Mauern das Wasser nun auch für Menschen durchlässig gemacht hat, steht ein älterer Mann, Gewehr geschultert, um das, was vom Wasser verschont blieb, vor den Müllsammlern zu sichern.

Anfang Dezember. Choluteca, die letzte große Stadt, bevor der Rio Choluteca, der ja auf seinem Weg schon gute hundert Kilometer nördlich in der Hauptstadt Tegucigalpa gewütet hat, endlich ins Meer mündet. Ein windiger Tag, und entlang des enorm verbreiterten Flußbettes wirbelt der Wind undurchsichtige Sandwolken auf, die Choluteca schon aus der Ferne in eine braune Wüstenstadt verwandeln. Einige tragen Mundschutz, denn gerade dieser Staub wirbelt die Krankheitserreger herum, aber die meisten bewegen sich ohne jeglichen Schutz. In den Dörfern außerhalb von Choluteca hausen die Menschen zwischen meterhohem Müll, Gestrüpp, ausgetrocknetem Schlick und Siffwasser. Diese Dörfer sind ganz offensichtlich - eigentlich - nicht mehr bewohnbar, dennoch leben Menschen dort - den mit Sicherheit kommenden Seuchen schutzlos ausgesetzt.

Erste Hepatitis- und Cholerafälle werden gemeldet, außerdem mehrere Tote durch Leptospirosis, eine Krankheit, die von Ratten übertragen wird. In der Region Choluteca wurden Dutzende Pestizid-Fässer von den Fluten mitgerissen und verloren ihren giftigen Inhalt. Bis jetzt redet man von 30 Vergiftungsfällen. Auch etliche Chemiefässer des größten honduranischen Autobatterieherstellers sind verschwunden, von den Fluten mitgerissen worden - und das sind nur die öffentlich bekannten "Verluste" von Giftmüll. Ein anderes "Nebenereignis": Zwei Menschen sind an der Grenze nach Nicaragua durch eine Landmine getötet worden - Überreste des Contra-Krieges gegen das sandinistische Nicaragua - weitere fünf verletzt. Die Mine wurde durch die Wassermassen freigeschwemmt.

Mittlerweile wird so nach und nach die Zahl der noch Verschwundenen (die ja immer noch bei um die 8.000 liegt) geringer, was gleichzeitig die Zahl der Todesopfer ansteigen läßt.

Von seiten der klein- und mittelständischen Unternehmer wurde letzte Woche davon geredet, daß etwa 10.000 Kleingewerbe bankrott sind oder bankrott gehen werden aufgrund der erlittenen Schäden. Hier liegt das nächste Problem auf der Hand: Die Zahl der Arbeitslosen wächst maßlos.

Tausende von Leuten aus den überschwemmten Dörfern und Städten im Norden sind z.B. nach La Lima, dem Zentrum der Maquila(1)-Industrie gegangen, auf der Suche nach Arbeit, nach Essen, nach Verwertbarem aus den Resten der überschwemmten Maquila-Fabriken. Beim Abtransport von kaputter Kleidung aus einer Maquila-Fabrik haben hunderte von Leuten den LKW gestoppt und die verschlammten Klamotten gefordert.

Das Hauptproblem ist überall im Land die Landfrage. In Tegucigalpa wurden einige der zerstörten Stadtteile zu absoluten Risikogebieten erklärt; dort darf also nicht mehr gebaut werden, ebenso wenig wie direkt an den Flußufern. Diese Restriktionen, so sinnvoll und nötig sie sind, so problematisch sind sie doch gleichzeitig für die Betroffenen, weil sich damit der Hausbau verzögert, denn für die Ausweichgebiete müssen zunächst die Titelfragen geklärt werden. Die bislang in frage kommenden Gebiete liegen gut zwanzig Kilometer von der Stadt entfernt, so ist jedenfalls einer der Pläne des Notstandkomitees. Das heißt: neue Trabantensiedlungen für die Marginalisierten - Geisterstädte. Überall dort, wo die Gebiete nicht zu Risikozonen erklärt wurden, sind

die ehemaligen BesitzerInnen auch bereits wieder dabei, mit Zelten, Planen oder Brettern Unterkünfte zusammenzuschustern.

Und zwischen all dem geht auch irgendwo und irgendwie das Leben vieler anderer ganz normal weiter, fährt bereits der Weihnachtskinderzug der hiesigen Eisdielen täglich den Boulevard rauf und runter für die lieben Kleinen der Geldhabenden, und die Regale der Supermärkte werden mit Weihnachtsartikeln gefüllt. In den "besseren" Vierteln richtet man sich auf ein gemütliches Fest mit fettem Braten ein. Schon makaber, wie widersprüchlich sich das Leben hier abspielt - nicht erst seit "Mitch".

Erika Harzer und Kalle Staymann,

Tegucigalpa

Anmerkungen:

(1) Weltmarkt-Textilfabriken

Spenden für Soforthilfe und Wiederaufbau

Um den betroffenen Menschen in Nicaragua dringend notwendige Soforthilfen zur Verfügung zu stellen und vor allem den Wiederaufbau zu ermöglichen, rufen wir dazu auf, auf das unten genannte Konto unter dem Stichwort "Mitch" zu spenden.

Informationsbüro Nicaragua

Konto-Nr. 976738

Stadtsparkasse Wuppertal

BLZ 330 500 00

Honduras-Hilfe Bonn

Die honduranische Bevölkerung benötigt dringend die Solidarität der befreundeten Völker und Staaten, damit die verzweifelte Lage der Bevölkerung erleichtert werden kann.

Spenden für Katastrophenhilfe Honduras können eingezahlt werden an:

Honduras-Hilfe

Sparkasse Bonn

Konto-Nr. 11 706 090

BLZ 380 500 00

17. Öcalans Coup. Der Kurdistan-Konflikt wird zum europäischen Problem

Autor: Jan Keetmann · Rubrik: Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:17

Der Vorschlag unseres Neubundeskanzlers Gerhard Schröder, den Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, vor ein "Europäisches Gericht" zu stellen, ist eigentlich Quatsch. Weder existiert bisher ein solches Gericht noch ein "Europäisches Strafrecht", und der Versuch, beides im Eiltempo, etwa mit Hilfe des Europaparlamentes, mit Hinblick auf einen einzigen Fall zu schaffen, wäre allzu offensichtliche Willkür. Der Vorschlag enthält jedoch einen wahren Kern: Abdullah Öcalan hat es geschafft, ein europäisches Problem zu werden, und wird es bleiben, zumindest solange er sich nicht aus Europa vertreiben läßt.

Der Beginn der Ereignisse, die zu Öcalans Odyssee nach Europa führten, läßt sich auf den 17. September 1998 terminieren. An diesem Tag unterschrieben die verfeindeten Führer der beiden großen Parteien von Irakisch-Kurdistan, Mesud Barzani und Djelal Talabani, in Washington einen Vertrag über die Bildung einer kurdischen Regionalregierung im Nordirak. Daß dieser Vertrag zustande kam, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die USA ihren Schutz und ihre Unterstützung zusagten. Ganz im Gegensatz zu 1992, als sich die USA bei der Bildung der Regionalregierung völlig raushielten. In Washington hat sich offenbar die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine wirksame Opposition gegen Saddam nur von einem stabilisierten Norden aus durchzuführen ist.

Nun ist aber die kurdische Regionalregierung im Nordirak von Staaten umgeben, die deren Existenz nicht wollen. Das einzige Tor zur Außenwelt, das die USA für den Nordirak auftun könnten, ist die Türkei. Diese lehnt aber jede Form von kurdischer Selbstverwaltung ab und fürchtet sich vor Experimenten vor ihrer Haustüre, die als Beispiel für das eigene Land angesehen werden könnten. Angesichts dessen wiegt für die Türkei auch der taktische Vorteil, daß nun neben Barzani auch Talabani die PKK nicht mehr dulden wird, nicht allzu schwer. Wichtiger als das Verhalten Talabanis ist ohnehin die Haltung der übrigen Nachbarstaaten zur PKK.

Bleibt also die Frage, womit sich die USA, die zur Zeit der Türkei weder Militär- noch Wirtschaftshilfe gewähren, das zähneknirschende Stillhalten Ankaras erkauft haben. Dies dürfte mit dem Anruf von Präsident Bill Clinton beim syrischen Präsidenten Hafiz al-Asad zu tun haben, der ihn, untermauert durch den Truppenaufmarsch des NATO-Landes Türkei an seiner Grenze, nach 19 Jahren zum Einlenken im Falle Öcalan veranlaßt hat. Ebenso wurde amerikanischer Druck auf Moskau und auf Rom ausgeübt. Für die USA ist Öcalan einfach ein Terrorist, der an die Türkei auszuliefern ist. So einfach ist das, zumindest solange Öcalan nicht demnächst in New York aus einem Flugzeug steigt und um politisches Asyl bittet.

Was würde ein Prozeß gegen Öcalan für Europa und eventuell sogar für die Türkei bedeuten? Versuchen wir uns vorzustellen, wie eine Anklage gegen den PKK-Vorsitzenden aussehen könnte. Die Bundesanwaltschaft würde Öcalan mit dem Paragraphenwerk für "terroristische" bzw. "kriminelle" Vereinigungen zu Leibe rücken und sich auf Taten wie die Ermordung von Dissidenten innerhalb der PKK, eventuell Schutzgelderpressung und auf Anschlagsserien auf türkische Einrichtungen in Deutschland als Einzeltaten beziehen.

Nehmen wir an, die Bundesanwälte und die Bundesregierung schieben alle Bedenken beiseite und stürzen sich ohne Not in die schwierige Rolle des Anklägers vor einem "Europäischen Gericht". Ein internationales Gericht ebenso wie ein Gericht in einem Drittland stünde erst einmal vor dem Problem zu begründen, warum es die deutschen Ankläger zuläßt, die türkischen aber nicht, bzw. wie es den Anschein eines politischen Tribunals irgendwie vermeiden will, falls es die Türkei als Ankläger zuläßt. Soll die türkische Seite etwa den Separatismusvorwurf fallen lassen und nur wegen Anstiftung zum Mord anklagen? Wenn, dann in allen Fällen oder nur in denjenigen, die durch das Kriegsrecht nicht abgedeckt sind? Das erste würde den abstrusen Anklagepunkt "Anstiftung zum Mord an Soldaten in einigen tausend Fällen" bedeuten, das zweite die Anerkennung der PKK als Kriegspartei.

Es zeigt sich, der Versuch, die Austragung eines großen politischen Konfliktes mit Waffengewalt auf einen Fall des Strafrechts, vergleichbar einem ordinären Bankraub, zu reduzieren, steht vor dem Scheitern. Daß der Staat als Richter über einen Fall auftritt, in den er selbst auch als Täter verwickelt ist, ist geradezu das Merkmal eines politischen Prozesses. Doch bei Öcalan könnte der politische Preis dafür, wegen der Unterstützung, die

er genießt, ungewöhnlich hoch sein. Für die meisten KurdInnen und sicher auch solche, die mit der PKK nichts zu tun haben wollen, stünde Öcalan im Grunde nicht wegen der ihm vorgeworfenen Delikte, sondern als Politiker vor Gericht.

Gut, die Bundesanwaltschaft und die deutsche Politik haben sich mit dem Fall Öcalan verhoben, aber was wäre denn nun gerecht und richtig? Den Fall Öcalan abtrennen und einfach mit dem "kurdischen Volk" solidarisch sein? Öcalan und die PKK also als ein mißglücktes Experiment in einem an sich gerechten Kampf betrachten? Das hieße zugleich auch noch von der PKK zu lernen. Denn so jenseits aller Realität gebraucht Öcalan den Begriff vom "kurdischen Volk" selbst. "Die PKK ist das Volk, das Volk ist die PKK" heißt eine der Losungen der PKK. Auf der gleichen Linie liegt Abdullah Öcalans Äußerung angesichts der kurdischen DemonstrantInnen in Rom, das kurdische Volk sei nun nicht mehr ein Kind, sondern bereits herangewachsen. Diese freie Akrobatik mit dem Wort "Volk" (bzw. dafür politisch korrekter eingesetzten Synonymen) braucht man nicht mitzumachen.

Für die KurdInnen ist Abdullah Öcalan der Anführer des längsten und umfassendsten kurdischen Aufstandes, und sie wissen, daß er von der Türkei nur gejagt wird, um über diesen Aufstand zu urteilen. Ob man ihn für einen miesen Parteidiktator hält, läßt sich davon nicht trennen. Das Kapitel Abdullah Öcalan ist ein Teil der kurdischen Geschichte, und nur im Rahmen einer politischen Aufarbeitung dieser Geschichte durch die kurdische und die türkische Gesellschaft könnte es auch einen fairen Prozeß um die persönliche Verantwortung des Menschen Abdullah Öcalan geben.

Alles andere wäre für alle - wie gut oder übel wollend auch immer - politisch kontraproduktiv. Hier liegt der entscheidende Unterschied zum Fall Pinochet, gegen Pinochet wäre ein fairer Prozeß denkbar, gegen Öcalan unter den herrschenden Umständen nicht. Mit einem Prozeß gegen Pinochet könnte Politik angestoßen werden, mit einem Prozeß gegen Öcalan würde versucht, sie abzuschaffen.

Die Vorwürfe, die Öcalan gemacht werden, gehörten eigentlich vor ein Gericht, das ihn aburteilen oder freisprechen kann. Sich unter den gegebenen Umständen trotzdem gegen ein solches Verfahren auszusprechen, heißt aber nicht, sich gegenüber allem, was Abdullah Öcalan unternimmt, blind zu stellen. Der Konflikt in Kurdistan und die Rolle von Öcalan sind ein politisches Problem, das mit politischen Mittel gelöst werden muß. Doch dazu ist Europa nicht bereit. Und so bleibt Öcalan, ob angeklagt oder nicht, ein europäisches Problem, es sei denn er reist endlich aus. Ein türkischer Kommentator schlug beispielsweise vor, die türkische Armee solle an der syrischen Grenze aufmarschieren und Hafiz al-Asad zwingen, Öcalan wieder aufzunehmen - und man kann sich fragen, ob all die Anstalten, ihm den Prozeß zu machen, nicht vielleicht darauf zielen, ihn zur Abreise aus Rom zu bewegen. Vielleicht aber auch ziert sich Ghaddafi nicht länger und nimmt Öcalan auf.

Jan Keetmann

18. Patricio Ortiz ist frei - der Kampf geht weiter

Autor: Komitee Freiheit für Patricio Ortiz · Rubrik: Schweiz; Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:08

Pinochet im Knast, Patricio Ortiz frei. Auch wenn vor übertriebenem Optimismus angesichts solch erfreulicher Tatsachen sicherlich gewarnt werden muß - die Freilassung des chilenischen FPMR-Genossen Patricio Ortiz aus dem Schweizer Abschiebeknast Kloten ist ein politischer Erfolg, der sich nicht zuletzt der Arbeit des Züricher Solidaritätskomitees verdankt, dessen Erklärung zu diesem Anlaß wir im folgenden - leicht gekürzt - dokumentieren, ebenso wie einen kurzen Rückblick auf den "Fall Ortiz", den das Komitee noch vor der Freilassung verfaßt hatte.

Wie ihr sicher wißt, ist Patricio Ortiz endlich frei: Am 3. September wurde er rausgelassen. Nach einem Jahr mußten die Schweizer Behörden ihre Kollaboration mit den Schergen Pinochets aufgeben. Ein Jahr zähen Widerstands hat es gebraucht, bis die Schreibtischtäter die Argumentation der AnwältInnen und des Komitees nicht weiter zensieren konnten. Im Falle einer Auslieferung nach Chile wäre Patricio wieder der Folter ausgesetzt gewesen. Trotzdem hielten die Schweizer Behörden den chilenischen Widerstandskämpfer ein Jahr im Gefängnis. Die meiste Zeit saß Patricio im Ausschaffungsgefängnis in Kloten, wo die Gefangenen nicht nur der Isolation, sondern auch dem Terror ausgesetzt sind, daß alle paar Minuten ein Flugzeug an den Zellenfenstern vorbeidonnert.

Die Freilassung Patricios ist ein kleiner Erfolg, den wir erreicht haben. Ein kleiner Erfolg, der nur möglich war durch den Widerstandswillen von Patricio, sich nach der wiederholten Folter, sechs Jahren Haft in Chile, einem halben Jahr in der Illegalität und dann noch einem Jahr Knast hier in der Schweiz nicht unterkriegen zu lassen. Ein Erfolg, der auf der unermüdlichen Arbeit von wenigen Leuten im Komitee basierte, auf der Arbeit von vielen Leuten im Hintergrund und der breiten Solidarität, die erreicht wurde. Viele Leute mit unterschiedlichen politischen Positionen haben sich zusammengerauft und ein klares "Nein" durchgesetzt. Es war die Kombination des Protestes auf der Straße, vor den Gefängnissen, den Blockaden, verschiedenen politisch-kulturellen Veranstaltungen, parlamentarischen Interventionen, Protestbriefen und die internationalen Proteste, die ermöglichten, daß Patricio freigelassen werden mußte. (...)

Mit fadenscheinigen Argumenten stiegen die hiesigen Behörden auf ein Auslieferungsgesuch Chiles ein, obwohl es keinerlei Auslieferungsverträge zwischen den beiden Staaten gibt. Die Zehntausenden von Toten, Verschwundenen und Gefolterten seit 1973 werden schlichtweg negiert, und Chile wird plötzlich als Demokratie gehandelt, obwohl alle Mörder und Folterer noch überall im Apparat sitzen, bis hin zu Pinochet, der mittlerweile Senator auf Lebenszeit ist. Die Verfassung der Militärs von 1980, die Militärgerichte, die Folter in den Polizeistationen - alles besteht unverändert fort. (...) Solange der Dollar für die Schweizer Konzerne in Chile rollt, interessieren die Greueltaten der chilenischen Militärs und ihrer Verteidiger nicht. Für einmal erlitt dieses Unternehmen Schiffbruch.

Komitee

"Freiheit für Patricio Ortiz", Zürich

Kurze Rückschau auf den "Fall" Patricio Ortiz

Patricio Ortiz kämpfte als Militanter des Frente Patriotico Manuel Rodriguez (FPMR) gegen die Militärdiktatur Augusto Pinochets und den nach wie vor demokratisch unkontrollierbaren Einfluß des Militärs in der sogenannten "transición" (wörtlich: Übergang, ak), der beschränkten Demokratie nach Pinochets Gnaden. Ende Februar 1991 wurde er verhaftet und schwer gefoltert. Diese Folterungen wurden von verschiedenen Ärzten bestätigt. Eine Woche nach seiner Verhaftung wurde er das erste und einzige Mal vom militärischen Untersuchungsrichter vernommen.

Im Herbst 1992 versuchten Patricio, sein Bruder Pedro und weitere Genossen zu fliehen. Die Flucht endete in einem Massaker. Patricio, von mehreren Kugeln getroffen, überlebte, weil er für tot gehalten wurde. Im Januar 1995 verurteilte ihn die Militärjustiz wegen angeblicher Tötung eines Carabineros bei seiner Flucht zu zwanzig Jahren Haft. (...)

Ende 1996 wurden Patricio Ortiz und drei weitere Genossen bei der sogenannten "Jahrhundertflucht" von einem Kommando des FPMR per Helikopter aus dem Hochsicherheitsgefängnis befreit; eine absolute Schmach für die seither auf Rache sinnenden chilenischen Sicherheitskräfte. Im Juli 1997 reiste Patricio Ortiz in die Schweiz ein, stellte ein Asylgesuch und wohnte bis zu seiner Festnahme am 4. September 1997 bei seiner Schwester in Zürich. Aufgrund eines von Interpol Santiago erlassenen internationalen Haftbefehls und des mit Hilfe von Schweizer Behörden formulierten Auslieferungsgesuchs Chiles wurde Patricio in Auslieferungshaft genommen. (...) Dabei stützten sich die Schweizer Behörden auf ominöse Garantien aus Chile, daß Patricio im Falle einer Auslieferung nicht gefoltert werde und "nur" noch die 1523 Tage Reststrafe abzusitzen habe. (...) Am 17. April 1998 eröffnete die chilenische Militärstaatsanwaltschaft ein neues Strafverfahren gegen Patricio Ortiz wegen illegalen Waffenbesitzes (in seiner Zelle seien fünf Patronen gefunden worden) mit Antrag auf Haftbefehl. (...)

Die sogenannten "Garantien" aus Chile für Patricios physische und psychische Integrität sind unhaltbar, geradezu lächerlich. Patricio ist ein politischer Flüchtling und muß als solcher Asyl erhalten. Seine Auslieferung würde für ihn Folter, vielleicht sogar den Tod bedeuten. Der Schweizer Botschafter in Chile, Hans-Peter Erismann, meinte dazu einmal: "Der Tod von Ortiz wäre sehr schädlich für Chile. Aber ich kann ein Risiko nicht total ausschließen." Daß sein Tod auch für die Schweiz nicht sehr imagefördernd wäre, ignoriert er, trotz der Diskussion über die tausende in den Tod abgeschobenen Flüchtlinge während des Zweiten Weltkrieges.

Komitee "Freiheit für Patricio Ortiz", Zürich

19. Türkei: "Verbrecher Staat". Eine Buchbesprechung

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Türkei; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:25

In der Türkei gingen Anfang November die offiziellen Feiern zum 75. Geburtstag der Republikgründung zu Ende. Zeitgleich ist ein Buch erschienen, das schon im Titel deutlich macht, daß es aus Sicht oppositioneller Gruppen und vor allem der kurdischer Bevölkerung in diesem Land keinen Grund zum Feiern gibt.

In seinem Buch "Verbrecher Staat" geht der Journalist und Autor Selahattin Celik auf die Geschichte des Landes ein. Nachdem er zunächst kurz die "historischen Ursprünge der Terrorbanden" darstellt, geht es dann vor allem um die Entwicklung in den letzten Jahren, als unter der ehemaligen Ministerpräsidentin und Außenministerin Ciller zahlreiche Praktiken der sog. Spezialkriegsführung öffentlich wurden. In verschiedenen Beiträgen, für die namhafte Journalisten und kurdische Politiker gewonnen werden konnten, geht "Verbrecher Staat" auf brisante Zusammenhänge ein. Berichtet wird über in offiziellem Auftrag tätige Todesschwadrone in der Türkei, die Verstrickungen verschiedener staatlicher Organe sowie prominenter Politiker in die türkische Mafia, auch über ihre Machenschaften von Drogenhandel bis Schutzgelderpressung und politischem Mord vor allem in Kurdistan.

Ausgangs- und zugleich Bezugspunkt der Recherchen für dieses Buch ist der "Susurluk-Zwischenfall", der schlagartig die Verflechtungen von Staat, Unterwelt und Konterguerilla in der Türkei offenbarte. Am 3. November 1996 kam es in der Türkei auf der Landstraße von Izmir nach Bursa bei Susurluk zu einem folgenschwerern Verkehrsunfall. Als eine Mercedes-Limousine frontal auf einen Lastwagen stieß, wurden drei Tote und ein Schwerverletzter aus dem Auto geholt. Bei dem Schwerverletzten handelte es sich um Sedat Bucak, einen einflußreichen Abgeordneten von Tansu Cillers "Partei des Rechten Weges" (DYP) und Chef einer mehrere Tausend Männer umfassenden "Privatarmee" im kurdischen Kriegsgebiet, der das "Leben der Kurden", so Celik, "in eine Hölle verwandelte". Unter den Toten befanden sich zwei weitere, nicht weniger interessante Personen: Hüseyin Kocadag, Ex-Chef von Spezialeinheiten im kurdischen Hakkari und Diyarbakir. "Zu seiner Zeit", so ist im "Verbrecher Staat" nachzulesen, " wurden in Diyarbakir und Hakkari Hunderte von Morden begangen, die nie aufgeklärt wurden." Später wurde er stellvertretender Polizeichef von Istanbul und Direktor der Polizeiakademie. Auch in dieser Zeit gab es "Hinrichtungen, Entführungen und Morde, mit denen die politische Abteilung der Polizei in Verbindung gebracht wurde ... Sicher ist, daß er persönlich an der Ermordung des kurdischen Geschäftsmannes Behcet Cantürk beteiligt war".

Der dritte Tote brachte den Beweis für die Verstrickungen zwischen Politik, Polizei und Terrorbanden: Abdullah Catli war als professioneller Killer bekannt. Nach ihm wurde zwanzig Jahre polizeilich gesucht, er stand auf der Fahndungsliste der türkischen Polizei und von Interpol. Als ehemaliger Führer der rechtsextremistischen Grauen Wölfe war er für die Ermordung zahlreicher Oppositioneller verantwortlich. Catli war u.a. Drahtzieher von Massakern an Demonstranten in den 70er Jahren in der Türkei. Außerdem gilt als sicher, so Celik, "daß Catli in Frankreich Aktionen und Anschläge gegen Mitglieder und Einrichtungen der armenischen Gemeinde und linke kurdische und türkische Kräfte verübte" und auch in anderen europäischen Ländern eine Blutspur hinterließ. Catli war, als er am 3. November 1996 tot aus dem Auto gezogen wurde, im Besitz eines türkischen Polizeiausweises und eines Diplomatenpasses.

Als in einem 1992 veröffentlichten Bericht von amnesty international der Polizei des NATO-Landes Türkei Morde und Folter vorgeworfen wurde, und ai davon sprach, daß "Todesschwadrone in der Türkei" für Staatsterror verantwortlich sind, war das aus verständlichen Gründen für die führenden Politiker in der Türkei "kein Thema". Das gilt aber auch für die Bundesregierung. Die politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik, dem wichtigsten europäischen Waffenlieferanten der Türkei, die trotz Staatsterror Polizei- und Militärhilfen gewährten, gaben vor ahnungslos zu sein. Die damalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Irmgard Adam-Schwaetzer, sprach in dieser Zeit aus, was bis heute scheinbar unverrückbare Regierungslinie ist: "amnesty sagt, es würde systematisch gefoltert. Diese Hinweise haben wir nicht".

In der Türkei hat der "Susurluk-Zwischenfall" eine heftige Diskussion ausgelöst und mit so gründlichen Recherchen wie die in dem vorliegenden Buch, werden Hintergründe und Zusammenhänge hervorragend dargestellt. Mit dem Buch, das Beiträge von Hatip Dicle, Ragip Duran, Sedat Yurtdas und Riza Dogan enthält,

wird deutlich vor Augen geführt, daß der Titel "Verbrecher Staat" kein reißerisches Schlagwort ist, sondern die Zustände in dem Land auf den Punkt bringt.

Ein Manko ist, daß die Zusammenarbeit mit US-amerikanischen und deutschen Stellen, die Rolle des NATO-Geheimbundes "Gladio" und internationale Verbindungen eher kurz kommen. Das ist allerdings weniger ein Vorwurf an die Autoren, die sehr gründlich viele Vorgänge in der Türkei aufgerollt und Zusammenhänge dargestellt haben, sondern eher einer an die deutsche Öffentlichkeit: Der "Susurluk-Zwischenfall" könnte auch für deutsche JournalistInnen und AutorInnen ein Thema sein. Allerdings müßten dem Kapitel deutsche Außenpolitik zu den offiziellen Versionen des "friedensichernden Militärbündnisses NATO" etliche wenig erbauliche Fakten hinzugefügt werden. Das aber scheint bei uns zur Zeit "kein Thema" zu sein.

Thomas W. Klein

Selahattin Celik: Verbrecher Staat - Der "Susurluk-Zwischenfall" und die Verflechtungen von Staat, Unterwelt und Konterguerilla in der Türkei. Zambon Verlag, Frankfurt a. M. 1998, DM 20. Bestellungen: Kampagne gegen Rüstungsexport, Bismarckring 3, 65183 Wiesbaden.

20. Papiere für alle! Der Kampf der Sans-papiers und die Politik der Jospin-Regierung

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:11

"In 15 Jahren Anwaltstätigkeit habe ich so etwas noch nie erlebt", kommentierte Stéphane Maugendre das Urteil der 12. Strafkammer des Pariser Berufungsgerichts, das gegen seinen Mandanten Sirine Diawara ergangen war. Zusammen mit elf anderen "Sans-papiers" ("illegalen" Immigranten) aus dem westafrikanischen Mali hatte sich Diawara im April dieses Jahres seiner Abschiebung widersetzt und die Passagiere des Linienflugs Paris-Bamako zur Solidarisierung aufgefordert. Als die zwölf von den sie begleitenden Polizisten geknebelt und an ihre Sitze gefesselt worden waren, hatten 15 reguläre Fluggäste mit ihrer Weigerung, sich hinzusetzen, den Abflug der Maschine verhindert.

Wegen seiner "Weigerung, sich einer Abschiebemaßnahme zu unterwerfen", wurde Sirine Diawara am 26. November 1998 zu einem Jahr Haft ohne Bewährung sowie anschließend fünf Jahren Einreiseverbot nach Frankreich verurteilt. Drei andere Sans-papiers erhielten Strafen von sechs bzw. drei Monaten, in allen Fällen ohne Bewährung; in erster Instanz waren sie noch freigesprochen worden. Im Berufungsverfahren verzichtete die Strafkammer darauf, überhaupt Zeugen anzuhören. Ausschlaggebend war ein Bericht der politischen Polizei RG (Renseignements généraux), dessen Autor selbst nicht im Flugzeug anwesend war, sondern nur die Aussagen mehrerer Begleitbeamter zusammenfaßte.

Mit Hungerstreiks für Bleiberecht

Als in Paris der Richterspruch bekannt wurde, befanden sich im nordfranzösischen Lille zwei Dutzend Sans-papiers im Hungerstreik. Sie hatten für ihre Aktion einen Pavillon der Krankenschwesternschule auf dem Gelände des gigantischen Krankenhauskomplexes von Lille besetzt. Die von der Jospin-Regierung beschlossene "Legalisierungs"operation sieht zwar die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis - auch ohne Papiere - vor, wenn der Betreffende 15 Jahre in Frankreich gelebt hat. Doch die Verwaltung erkennt die vorgelegten Dokumenten oft nicht an, da sie nicht von einer offiziellen Stelle ausgestellt wurden - wie auch?

Ein Algerier und ein Senegalese befinden sich zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres im Hungerstreik: Im Juni dieses Jahres hatten die Behörden ihnen die Legalisierung zugesagt, nichts ist seitdem passiert. Der Algerier leidet noch an den Folgen seines letzten Hungerstreiks, und Schäden an den Nerven seiner unteren Gliedmaßen drohen ihm eine dauerhafte Lähmung seiner Beine einzutragen. Ein anderer Algerier sollte vom Innenministerium "legalisiert" werden, doch der Präfekt erhob Einspruch, da es sich um einen "erkennbaren Wirtschaftsflüchtling" handele - obwohl der Betreffende als Lehrer einen garantierten Arbeitsplatz hatte. Als die Islamisten daran gingen, Schulen zu sprengen, und seine Tante ermordeten, suchte er in Frankreich "vorübergehende Zuflucht", wie er sagt.

Die Stimmen mehren sich, die eine umfassende Legalisierung all jener Sans-papiers fordern, die seit Juni 1997 - auf Aufforderung der Regierung hin - Papiere beantragt haben. Es sei zynisch und absurd, die Betroffenen erst zu veranlassen, ihre Identität und ihren Aufenthaltsort zu erkennen zu geben und sie hernach zurück in die "Illegalität" zu schicken. Nur 55 Prozent der seit Mitte des Vorjahres gestellten 140.000 Anträge wurden von den Behörden akzeptiert, die übrigen abgelehnt. Seit März dieses Jahres häufen sich daher in ganz Frankreich die Besetzungen und Hungerstreiks. Doch die Jospin-Regierung will mit ihrer politischen Gleichgewichtsübung sowohl den linken oder humanitär denkenden Teil der Öffentlichkeit beruhigen als auch den Autorität und Härte verlangenden Teil der Meinungslandschaft zufriedenstellen.

Denn Jospin ist dabei, seine politische Karriere auf das "große Datum" 2002 auszurichten, wenn der nächste Präsident der Franzosen gewählt wird - wie die Rechtsopposition tagein tagaus, und nicht ganz zu Unrecht, betont. Dann will er als großer überparteilicher Einiger auftreten können.

Fast 10.000 Menschen, überwiegend aus der alternativen und radikalen Linken, aber auch Mitglieder von KP, CGT und Grünen, demonstrierten am 21. November in Paris für die "Legalisierung" aller Immigranten. Doch die Reaktionen der Regierung auf die Hungerstreiks sind von Härte und Unnachgiebigkeit gekennzeichnet. Am 13. November 1998 wurden die Sans-papiers, die - mit Zustimmung des örtlichen sozialistischen Bürgermeisters Joseph Rossignol - im Rathaus des Pariser Vororts Limeil-Brévannes untergekommen waren,

am 74. Tag ihres Hungerstreiks geräumt, wobei ein beeindruckendes Aufgebot von Uniformierten gegen die geschwächten elf Personen ins Feld geführt wurde: 30 Zivilpolizisten, 60 CRS-Bereitschaftspolizisten und 40 Feuerwehrmänner. Nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus entschlossen sich die Hungerstreikenden, ihren Streik fortzusetzen, der am übernächsten Tag, dem 76. des Hungerstreiks, abgebrochen wurde. (In diesem Fall hatten die Betroffenen zwar die Nahrungsmittelaufnahme verweigert, aber neben Wasser auch Zucker und Vitamine zu sich genommen, um zu überleben.) Am 17. November griff die Polizei in Bordeaux ein, wo zehn Hungerstreikende am 70. Tag ihrer Aktion aus einer Kirche evakuiert wurden. Diese verweigerten jedoch weiterhin die Nahrungsaufnahme und nahmen nur Zuckerwasser zu sich, bis sie am 30. November, dem 83. Hungerstreiktag, ihren Widerstand gegen eine künstliche Ernährung per Infusion aufgaben. In beiden Fällen machte die Regierung lediglich das Zugeständnis, den Betroffenen eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung für die Dauer von drei Monaten zu gewähren - damit sie die Folgen ihres Hungerstreiks auskurieren können.

Die "humanitären" Reden der Regierung

Zur Abstützung ihrer Politik der Härte führt die Regierung gern ein "linkes" Argument an : "Die Flucht der Eliten in die reichen Länder ist die neue Form der Plünderung der Dritten Welt" (so Sami Nair, Berater und rechte Hand von Innenminister Chevènement). Die Abschiebungen wären demnach tätige Solidarität mit den verarmten Ländern des Südens - ein seltsames Argument, wenn man bedenkt, daß genau diese Abwanderung der Eliten von der amtierenden Regierung systematisch organisiert wird. Der "Weil-Report", den Jospins Berater Patrick Weil am 31. Juli 1997 zum Thema der Immigrationspolitik vorlegte, empfahl ausdrücklich, im Namen der "Ausstrahlung Frankreichs" eine bestimmte akademische Elite anzuziehen. Dieser Report wurde wenige Wochen später zur Grundlage des Chevènement-Gesetzes zur Immigrationspolitik, das einen neuen Aufenthaltstitel mit dem Vermerk "Wissenschaftler" kreiert, zugleich aber die Schraube für Abschiebehäftlinge spürbar anzieht. (vgl. ak 407 vom 23.10.1997) Wenn Weil und Chevènement mit dem verbissenen Anti-Immigrations-Eifer ihrer Vorgänger von der Rechten gebrochen haben, dann nur im Hinblick auf kompetente Fachkräfte und Angehörige einer intellektuellen und akademischen Elite. Die Habenichtse, die kein intellektuelles oder sonstiges Kapital vorzuweisen haben, sollen weiterhin bleiben, wo sie sind.

Ein anderes "humanistisches" Argument, mit dem die Regierung ihre harte Linie in Sachen Abschiebepolitik abfedert, ist die sogenannte "Verknüpfung von Immigrations- und Entwicklungspolitik", welche von ihr praktiziert werde. Die sieht so aus, daß mit bisher drei Ländern (Mali, Senegal und Marokko) bilaterale Verträge abgeschlossen worden sind. Diese verpflichten einerseits die genannten Staaten, ihre ausgewanderten Staatsbürger ohne Schwierigkeiten zurückzunehmen, wenn Frankreich sie abschiebt. Im Gegenzug macht Frankreich den aus diesen drei Ländern stammenden Immigranten das "Angebot", einen sogenannten "Vertrag für die Wiedereingliederung im Herkunftsland" (CRPQ) abzuschließen, wenn sie sich verpflichten, bis zu einem bestimmten Datum dorthin auszureisen. Dieser Vertrag sieht vor, daß die betreffende Person vom Unterzeichnungsdatum ab noch drei bis sechs Monate in Frankreich bleiben "darf", um eine (summarische) Ausbildung zu erhalten, die ihr die Aufnahme einer ökonomischen Aktivität in ihrem Herkunftsland erlauben soll. Als weiteres Bonbon gibt es das Versprechen, in späterer Zukunft wieder nach Frankreich einreisen zu dürfen - jedoch nur für eine Aufenthaltsdauer von höchstens drei Monaten. Es kommt also nicht in Frage, etwa in Frankreich eine Arbeit aufzunehmen, wenn die "Eingliederung" im (oft bitterarmen) Herkunftsgebiet gescheitert ist. Auf diese Weise sollen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Die unerwünschten Immigranten sollen Frankreich verlassen, und gleichzeitig sollen dem Land bzw. französischen Unternehmen eventuelle Geschäftskontakte (etwa im Import-Export-Bereich) eröffnet werden.

Das "humanitäre" Mäntelchen verhüllt jedoch auch hier eine andere Realität. Zum einen besteht diese - relativ "privilegierte" - Rückkehrmöglichkeit nur für Bürger der drei genannten Staaten, was infolge der daraus resultierenden Ungleichbehandlung das Los der zur Rückkehr gezwungenen Bürger anderer Dritte-Welt-Staaten nur noch härter und ungerechter erscheinen läßt. Zum zweiten aber täuscht das Argument der "Hilfe zur Entwicklung" über eine andere Realität hinweg: Die Überweisungen der (legal oder illegal) in Frankreich arbeitenden Immigranten sind einer der größten Wirtschafts- und Entwicklungsfaktoren in vielen Staaten, insbesondere der westafrikanischen Sahelzone. Diese Gelder fließen in Schul-, Bewässerungs-, Alphabetisierungs- und andere Projekte. Das UN-Entwicklungsprogramm bezifferte im Jahr 1992 die den Ländern des Südens durch die restriktive Immigrationspolitik der Länder des reichen Nordens "entgangenen Entwicklungsgelder" auf 200 Milliarden Dollar pro Jahr.

Stellt man diese Form konkreter "Entwicklungshilfe", welche die in Frankreich lebenden Immigranten konkret für "ihr" Dorf, ihre Herkunftsregion, ihr Flußtal leisten, in Relation zu dem "Beitrag" durch den CRPQ, so erhält man ein Bild von der Realitätstauglichkeit der "humanistischen" Regierungsargumente. Läßt sich ein Immigrant in Frankreich selbst zu schlecht bezahlten Bedingungen in einem illegalen Job ausbeuten, so kann er mit seinen Überweisungen an seine Familie oder sein Dorf in der Regel doch mehr für die Entwicklung "seiner" Region tun denn - im Rahmen des CRPQ - als Import-Export-Beauftragter im Erdnußhandel mit der Metropole, der, aufgrund der einst von der französischen Kolonialmacht aufgezwungenen Monokultur, seinen Teil zur Ruinierung von Ländern wie Senegal oder Mali beigetragen hat.

Streit in der

"pluralen Linken"

Innerhalb der Regierungskoalition der "pluralen Linken" führte die Behandlung der Sans-papiers-Problematik zu Reibereien. Auf ihrem Parteikongreß am 14./15. November hatten die französischen Grünen sich für die umfassende "Legalisierung" aller Antragsteller ausgesprochen. Jospin attackierte in der darauffolgenden Woche im Parlament jene innerhalb seiner Koalition, die "verantwortungslos ... einen Sog für neue Immigration" auslösen würden. Später sagte Jospin zu, die abgelehnten Sans-papiers würden nicht systematisch abgeschoben und die anläßlich ihres Antrags auf "Legalisierung" angelegten Dokumente würden vernichtet.

Der Chef der Gaullistenpartei RPR, Philippe Séguin, bezeichnete die Haltung des Premiers umgehend als "Heuchelei": "Man sagt den Unglücklichen: Geht nach Hause, aber wenn ihr euch bei einer Polizeikontrolle erwischen laßt, dann seid ihr dran." Séguin sprach sich statt dessen dafür aus, den Abgelehnten eine letzte Frist von 18 Monaten zu gewähren, bevor sie zwingend in ihr Herkunftsland zurückkehren müßten. In dieser Zeit sollten mit den Ursprungsländern Verträge über die "soziale und ökonomische Wiedereingliederung" der Ausgewanderten abgeschlossen werden.

KP-Chef Robert Hue hatte sich zunächst, unter dem Eindruck der Ermahnung des Regierungschefs an die Grünen, für das von der Regierung verfolgte Prinzip der "Einzelfallprüfung" ausgesprochen, jedoch großzügigere Kriterien für die Anerkennung eines Aufenthaltsrechts gefordert. In den letzten Novembertagen forderte er dann - entsprechend der ursprünglichen Position der KP - die "Legalisierung" aller Antragsteller.

Didier Niel, Leiter des "Sektors Immigration" des Gewerkschaftsbundes CGT, forderte auf dem CGT-Kongreß "Rassismus in der Arbeitswelt" Ende November in Lille die vollständige "Legalisierung" sämtlicher Immigranten, die "sowohl vom menschlichen als auch vom sozialen Standpunkt her zwingend" sei. Denn wenn man "Zehntausende von Menschen in der Illegalität beläßt, zwingt man sie damit auch zu illegaler Arbeit und trägt so dazu bei, die Beschäftigungsbedingungen für alle Lohnabhängigen in Frankreich zu verschlechtern". Bernard Thibault, der seit den Streiks im Herbst 1995 höchst populäre Chef der CGT-Eisenbahner und kommende CGT-Generalsekretär, bekräftigte in einem Schlußwort das Engagement der CGT gegen jegliche Diskriminierung zwischen Franzosen und Immigranten, mit oder ohne Papiere. Ein Kampf, der - wie nahezu jeder Redner während der zwei Kongreßtage betonte - zuallererst auch innerhalb der eigenen Reihen ausgetragen werden muß.

Aktivisten berichten, daß Materialien zum Kampf der Sans-papiers oder zum Rassismus, in der Gewerkschaftszentrale in Montreuil erstellt, von etlichen Sektionen im Betrieb nie verteilt wurden. Es gibt aber auch ermutigende Gegenbeispiele, etwa von Betriebsgruppen, die - mitunter gegen aktive und passive Widerstände aus Teilen der Belegschaft - intensive Kampagnen zu diesen Themenbereichen geführt haben. Die von der CGT 1997 organisierte antirassistische "Karawane der Brüderlichkeit" machte an 12.000 Stationen in ganz Frankreich halt. Und nicht zuletzt zeigte sich der (in wenigen Wochen aus dem Amt scheidende) CGT-Generalsekretär Louis Viannet persönlich in der Pariser Kirche Saint-Bernard, die im Sommer 1996 von 300 Sans-papiers besetzt worden war.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob es sich hier um einen bloßen Diskurs der Führungsspitzen handelt, der an der Basis vorbeigeht, oder um einen Kampf, der tatsächlich die Aktivisten an der Basis erfaßt. Darauf antwortet Jean-Francois Courbe, einer der Vorreiter des antirassistischen Engagements der CGT: "Dieser Kampf durchzieht die gesamte CGT von der Spitze bis in die Basisorganisationen, aber er ist innerhalb der CGT minoritär. Bis vor wenigen Jahren meinten wir, über ein fertiges Gesellschaftsmodell, den Sozialismus, zu

verfügen, das alle Benachteiligungen aufheben werde - weshalb es überflüssig sei, eigenständige Kampfe für die Immigranten oder gegen den Rassismus zu führen. Heute wird sichtbar, daß zu dieser Frage alle Strömungen, die es in der Gesellschaft gibt - von klar antirassistischen bis hin zu eindeutig rassistischen Positionen - auch bei uns vertreten sind. Doch der breiteteste Teil des Meinungsspektrums innerhalb der CGT steht irgendwo dazwischen: Man kritisiert dieses Engagement nicht, aber man ist der Ansicht, daß dieser Kampf nicht Aufgabe einer Gewerkschaft sei, die sich auf die Interessen der Lohnabhängigen zu konzentrieren habe. Oder man fürchtet, daß dieses Engagement die CGT von Teilen der Belegschaft isoliere oder zu Unfrieden in den eigenen Reihen führe. Doch wir sind entschlossen, diese Auseinandersetzung in den eigenen Reihen zu führen."

Bernhard Schmid, Paris/ Lille

21. Hanauer Nuklearbetriebe stillgelegt: Aber alles strahlt weiter

Autor: Elmar Diez · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:44

Wer erinnert sich nicht in Anti-Atom-Kreisen an den Schmiergeldskandal von Transnuklear und Nukem 1988 - also genau vor 10 Jahren. Daß diese von der Nuklearindustrie selbstgestrickte Falle der Anfang vom Ende der bekannten Nuklearfirmen Nukem, Alkem, RBU und Hobeg sein würde, hätte selbst in Insiderkreisen niemand zu hoffen gewagt. Und wenn unter Rot-Grün vom Atomausstieg "in bescheidenen Schritten" die Rede ist, so sei der Wahrheit halber vermerkt, daß die Schließung der Mutterfirma Nukem in Hanau unter einer CDU-Regierung in Bund und Hessen-Land erfolgte. Rot-Grün muß sich also mächtig anstrengen, um diesen Vorsprung von CDU/FDP erst einmal wettzumachen.

Wenn gar der ehemalige Staatssekretär Helmut Stahl (Forschungsministerium) noch drei Tage vor Ende der Kohl-Ära die Räumung des berüchtigten Plutoniumbunkers in Hanau-Wolfgang für Mitte 2001 ankündigte, so sollte dies für den grünen Minister Trittin ein Termin sein, den er einhalten müßte, wenn er es ernst mit dem Ende der Plutoniumära meint. Dazu hat er sich zwei Experten ins Bonner Umweltministerium geholt, die das Ende des Plutoniumzeitalters ohne frühere Merkelsche Bremsversuche durchziehen sollen. Doch Rainer Baake, ehemaliger hessischer Umweltstaatssekretär, und Wolfgang Renneberg, sein Abteilungsleiter Reaktorsicherheit, hatten bereits genug Probleme, mit den Plutoniumaltlasten der Vergangenheit fertig zu werden.

Ob es ihnen gelingt, Hanau bis 2001 "plutoniumfrei" zu machen, vermag heute niemand zu sagen, denn keiner weiß, wohin der strahlende Abfall aus den Hanauer Atomfabriken soll. So ist völlig unklar, was mit den derzeit im Hanauer Bunker lagernden 123 plutoniumhaltigen Brennstäben geschehen soll, die für den "Schneller Brüter" in Kalkar (SNR 300) gedacht waren. Noch schlimmer könnte es für Trittin werden, wenn die derzeit im schottischen Dounreay gelagerten 82 SNR-300 Brennelemente 1999 zurückgeschickt würden. Dies könnte geschehen, weil man in Schottland nicht bereit zu sein scheint, eine Verlängerung der Lagerverträge über das Jahr 1999 hinaus zu gestatten. Eine dann notwendige "Entsorgung" dieser Brennelemente - wohin auch immer - stößt auf erhebliche Schwierigkeiten, da ein Abnehmer nicht in Sicht ist. Von Haushaltsmitteln für ein solches Projekt ganz zu schweigen.

Langwierige Stillegung

Die Stillegung der Plutoniumfabrik am Standort Hanau vollzog sich in mehreren Schritten. Neben der fast fertiggebauten, aber nicht genehmigten neuen MOX-Anlage stand die alte, kleinere MOX-Anlage, die 1991 nach mehreren Störfällen abgeschaltet werden mußte. Außerdem produzierte Siemens in einer benachbarten Anlage auch herkömmliche Uranbrennelemente. Doch die frühere Alkem - nach dem Skandal "Siemens-Brennelementwerk Hanau, Abteilung Plutoniumverarbeitung" genannt - war den Firmenchefs offensichtlich nicht mehr lukrativ genug. Im Zuge des geplanten Stopps der Uranverarbeitung in Hanau äußerte die Siemens-Chefetage bereits im Juni 1995, daß sie "es endgültig aufgegeben " habe, "am Standort Hanau MOX-Brennelemente zu fertigen". Die aus Plutonium und Uran gefertigten Mischoxid-Brennelemente (MOX) werden seitdem im französischen Cadarache gefertigt. Im Dezember 1996 wurde schließlich das endgültige Aus für die Plutoniumverarbeitung verkündet.

Die Stillegung und der Abriß der Anlage sollte in wenigen Jahren erfolgen. Doch - wie bereits die langwierige Genehmigungspraxis für die Errichtung nach § 7 Atomgesetz (von 1975 bis 1991) zeigte, wird das Verfahren insgesamt bestimmt acht bis zehn Jahre dauern.

Gefährlicher Leerfahrbetrieb

Am 7. Mai 1996 stellte die Firma Siemens einen Antrag zum Leerfahren der MOX-Anlage von Kernbrennstoffen und sonstigen radioaktiven Stoffen. Da Plutonium bekannterweise bereits im Bereich von Millionstel Gramm giftig und krebserregend ist, wollte die rot-grüne Landesregierung in Hessen Plutoniumtransporte in flüssiger Form zur "Beseitigung" der Kernbrennstoffreste nicht zulassen. Was in den USA verboten ist, sollte auch für die Bundesrepublik gelten.

Daher sollten die vorhandenen plutoniumhaltigen Reststoffe und sonstigen radioaktiven Abfälle in eine langzeitlagerfähige, transportfähige Form gebracht werden, damit diese Materialien zu anderen Anlagen gebracht werden könnten. Dabei ist es extrem problematisch, entsprechende Abnehmer zu finden. Denn die plutoniumhaltigen Stoffe aus Hanau sind nicht ohne weiteres in anderen Anlagen lagerbar. Außerdem könnte das Hanauer Plutonium möglicherweise erneut in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague und später als MOX-Brennstoff wieder in Atomkraftwerken landen.

Die erforderliche Verarbeitung war ausgerechnet in der vom damaligen Umweltminister Fischer im Jahr 1991 stillgelegten Altanlage vorgesehen. Siemens-Mitarbeiter feixten daher, ob die Grünen es tatsächlich zulassen würden, eine fünf Jahre stilliegende Anlage wieder in Betrieb zu nehmen, die ein grüner Umweltminister wegen sicherheitstechnischer Mängel außer Gefecht gesetzt hatte.

Während des fünftägigen Erörterungstermins im Oktober 1996 ging es daher auch um die Frage, ob es nicht eher zu verantworten sei, die bereits fast fertiggestellte Neuanlage für den Leerfahrbetrieb einzusetzen.

Von insgesamt vorhandenen 2,4 Tonnen Plutonium mußten ca. 170 kg in eine transportfähige Form gebracht, werden. Allein 1,1 Tonnen Plutonium befinden sich in den 123 Brennelementen für die Erstbeschickung des Schnellen Brüters in Kalkar. Am gefährlichsten für die Umarbeitung in eine lagerfähige Form erwiesen sich ca. 70 kg flüssiges Plutoniumnitrat und ca. 50 kg Plutonium-Mastermix-Gebinde (ein Zwischenprodukt).

Nach langen Diskussionen im Erörterungstermin schien klar, daß die Neuanlage nicht in Frage komme, da anschließend wieder lange und teure Dekontaminationsarbeiten anstünden. Außerdem hätte es etwa ein bis eineinhalb Jahre gebraucht, um die Neuanlage für diesen Zweck bereitzumachen. Bis dies soweit gewesen wäre, hätten die in der Altanlage lagernden Plutoniumzwischenprodukte spätestens alle sechs Monate umgepackt werden müssen. Dies hätte weitere Gefahren für die Beschäftigten mit sich gebracht. Aus diesen Gründen kam es im Herbst 1997 zu der Entscheidung, den Leerfahrbetrieb im nicht gegen Flugzeugabsturz und Erdbeben ausgelegten Altbau der Alkem durchzuführen.

Die Hanauer Anti-Atom-Initiative sah sich nicht in der Lage, gegen diese Genehmigung zu klagen. Zum einen erschien es schwierig, bei Gericht und in der Öffentlichkeit, eine Klage gegen eine Stillegung mit Leerfahrbetrieb zu verdeutlichen. Zum anderen wurde mit diesem Leerfahrbetrieb ein zeitlich begrenztes Risiko gegen ein längeres noch ungewisseres Risiko in Kauf genommen. Dennoch verblieb ein flaues Gefühl, da zum ersten Mal bewußt der Betrieb einer Atomanlage zumindest geduldet wurde, um ein höhergestecktes Ziel - die endgültige Stillegung - zu erreichen. Dies bedeutet einen Gewissenskonflikt, in den die Anti-Atom-Bewegung in Zukunft noch häufiger geraten wird, wenn es darum geht, z.B. im Hinblick auf eine endgültige Lagerung der Atomabfälle mögliche Zwischenlager hinzunehmen.

Der Leerfahrbetrieb müßte im Dezember 1998 zu Ende gehen, so daß die wohl aktuell gefährlichste Phase des Umgangs mit Plutonium im Abbaubereich ohne größere Vorkommnisse bewältigt werden konnte.

Abriß der MOX-Anlage: wohin mit den Abfall?

Es ist damit zu rechnen, daß im Laufe des Jahres 1999 das Genehmigungsverfahren für den Abriß der MOX-Anlage eingeleitet wird. Trotz des Widerstandes von Siemens wird es wieder ein Genehmigungsverfahren nach § 7 Atomgesetz mit Öffentlichkeitsbeteiligung und Erörterungstermin geben.

Aus den bisherigen Verfahren zu Nukem-Alt und der Uranfabrik (früher RBU) ist zu schließen, daß es dabei vor allem um die Mengen an radioaktiven Reststoffen und um die Mengen an Bauschutt und Erdaushub geht, die während des Abrisses zu beseitigen sein werden. Zentrale Fragen werden sich an folgenden Theorien aufhängen:

1. Wie ist feststellbar, welche genauen Mengen an strahlenden Reststoffen und Abfällen überhaupt vorhanden sind?

2. Wie wurden diese Mengen ermittelt?

3. Wie weit sind die baulichen Anlagen nach der sogenannten Dekontamination durch Abstrahlung noch radioaktiv belastet?

4. Ist eine Rückführung sogenannter dekontaminierter Werkstoffe (wie z.B. Metalle) in normale Wirtschaftskreisläufe überhaupt verantwortbar?

5. Gibt es überhaupt Bauschutt bzw. Abrißmaterial, daß unter die Freigrenze (angeblich nicht mehr radioaktiv, Anm. d. Red.) gebracht, dann auf eine normale Hausmülldeponie verbracht werden darf?

6. Wohin sollen diese sogenannten "nicht mehr radioaktiven Stoffe" sonst verbracht werden?

In dem Verfahren bei Nukem und der Uranverarbeitung blieb bislang offen, mit welchen genauen Mengen an Abfällen zu rechnen sei. Von ca. 25.000 t bzw. 30.000 t Bauschutt und Erdaushub war die Rede. Ungeklärt bleibt bislang auch, wie die Beseitigungsarbeiten möglichst belastungsfrei für die Beschäftigten und die Bevölkerung abgewickelt werden sollen. Das sogenannte 10-Micro-Sievert-Konzept wurde als Grundlage von Seiten der Gutachter im Verfahren entwickelt. Dies bedeutet, daß ein mit dem Abriß Beschäftigter höchstens 10 Micro-Sievert belastet werden darf. Derzeit werden die möglichen Belastungspfade noch diskutiert, so daß die Uran- bzw. Plutoniummengen, die eine solche Belastung hervorrufen, im einzelnen noch unklar sind. Beim Plutonium wird es womöglich zu heißen Debatten kommen, denn es ist davon auszugehen, daß es keine zumutbaren Mengen gibt.

Die ganz heikle Frage, wer in dieser Republik bereit ist, den strahlenden Abfall aus Hanauer Atombetrieben abzunehmen, ist ebenfalls noch nicht gelöst. Der erste Versuch, den angeblich nicht radioaktiven Erdaushub und die Abrißmaterialien auf der Hausmülldeponie in Flörsheim-Wicker in der Nähe des Frankfurter Flughafens abzuladen, scheint gescheitert. Eine rührige Bürgerinitiative vor Ort fürchtet zu Recht, daß ihr wertvolles Weinanbaugebiet in Verruf gerät. Der Einsatz der Betroffenen wurde von der Hanauer Anti-Atom-Initiative unterstützt, wenngleich aus Hanauer Sicht die Abfälle irgendwohin müssen.

Die ungelöste Entsorgung des Atommülls bzw. des damit zusammenhängenden Mülls zeigt erneut, wie unverantwortlich die Atomtechnologie ist. Am besten wäre es wohl, diese Mengen den Hauptverantwortlichen aus der Atomindustrie in den Vorgarten zu kippen, wenn es nicht auch dort betroffene Nachbarn gäbe!

Die zu begrüßende Stillegung der Hanauer Nuklearbetriebe macht exemplarisch klar, daß mit der Stillegung eine Fülle von Problemen entstehen, die sich bei der erhofften Stillegung der Atomkraftwerke ebenso ergeben werden.

AtomkraftgegnerInnen jedoch sind nicht die Altlastenbeseitiger jener unverantwortlichen Politiker, die diese Technologie der Bevölkerung beschert haben. Und solange nicht der Ausstieg und das präzise Datum des Endes der Atommüllproduktion feststeht, werden auch die Hanauer AtomkraftgegnerInnen alle Initiativen unterstützen, die sich weigern, den Hanauer Atommüll oder angeblich schadstoffreie Reststoffe in Deponien vor Ort ablagern zu lassen.

So hat Rot-Grün in Bonn noch viel zu erledigen; denn nur ein rascher Ausstieg aus der Atomenergie kann die ständig anwachsenden Atommüllmengen stoppen. Bis zu einer Beseitigung, die sicher nicht den Anspruch auf gefahrlos erheben kann, ist es dann ohnehin noch ein weiter Weg.

Elmar Diez

Initiativgruppe Umweltschutz

Hanau (IUH)

22. Bankrotterklärung der Plutoniumwirtschaft

Autor: Mycle Schneider · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:46

Im letzten Jahr kündigte die französische Regierung das Ende des Schnellen Brüters Superphénix an. Die neue rot-grüne Regierung in Deutschland will nun per Atomgesetz die Wiederaufarbeitung beenden. Doch weder für die französische, noch für die deutsche Atomwirtschaft kommen diese Schritte überraschend. Diese hat denn auch vorgesorgt. Ohne jegliche öffentliche Debatte wurde das ursprünglich auf Brüter abgestellte Konzept der Plutoniumwirtschaft auf die allgegenwärtigen Leichtwasserreaktoren übertragen. Große Mengen Plutonium sollen nun auch langfristig in herkömmlichen Atomkraftwerken eingesetzt werden. Ein teures und gefährliches Konzept, wie die zweijährige Untersuchung eines internationalen Teams bestätigt.

Das Ende der Schnellen Brüter

Es ist, als sei ein 45 Jahre währender Traum zu Ende gegangen. Am zweiten Februar 1998 hat die französische Regierung den Schnellen Brüter Superphénix im Rhônetal endgültig zurück in die Asche geschickt.

Die energetische Fatamorgana der Brutreaktoren begann, als am 20. Dezember 1951 der Experimental Breeder Reactor No. 1 (EBR-1) im amerikanischen Idaho Falls als weltweit erstes Atomkraftwerk Strom erzeugte und vier 200-Watt-Glühbirnen zum Leuchten brachte. Die Faszination der Technokraten war verständlich und ließ sich ohne Schwierigkeiten auf die Politiker übertragen. Schließlich sollten diese wundersamen Maschinen mehr des Energierohstoffs Plutonium erzeugen als verbrauchen - ein energetisches Perpetuum Mobile also. Während 1976-77 die Schlägertrupps der CRS wiederholt den Weg für die Baumaschinen auf eine Wiese bei Creys-Malville gegen den erbitterten Widerstand der Bevölkerung freiprügelten, verkündete der Chef des Atomenergiekommissariats das Ergebnis seines Blicks in die Kristallkugel. Mit 540 Kraftwerken weltweit vom Typ Superphénix sei bis zum Jahrhundertwechsel zu rechnen. Parallel rechnete die Nuclear Energy Agency der OECD bis 2000 mit weit über 1.000 laufenden herkömmlichen Reaktoren allein in ihren damals 24 Mitgliedsländern. Mit schweren Versorgungsengpässen und entsprechender Verteuerung von Natururan wurde gerechnet.

Doch es kam anders. Die Atomeuphorie war in den USA bereits verflossen, als es in Westeuropa erst losging. Die letzte nicht stornierte Bestellung eines amerikanischen AKW datiert vom Oktober 1973. Heute sind in der OECD (etwa) 328 AKW (mehr oder weniger) in Betrieb - Tendenz fallend - nicht ein Drittel der erwarteten Meiler. Doch die Uranpreise purzelten von einem historischen Tief ins andere. Gigantische Überkapazitäten entstanden überall in den Bereichen Konversion und Anreicherung von Uran. Der Superphénix von Creys-Malville ist der einzige jemals fertiggestellte Brutreaktor der anvisierten industriellen Größenordnung von 1.200 MW. Heiligabend 1996 wurde er für einen "geplanten Stillstand" von etwa sechs Monaten vom Netz genommen. Niemand ahnte, daß die zwei gigantischen 600-MW-Turbinen sich nie wieder drehen sollten. Doch im Februar 1997 kassierte das höchste französische Gericht, der Conseil d'É tat, die Betriebsgenehmigung des Brüters. Die Regierung hatte die Bestimmung des Reaktors allzu leichtfertig von Stromproduktion auf Forschung umgeschrieben.

Im März 1997 verabschiedeten die Sozialistische Partei und die Grünen eine gemeinsame Plattform für die unerwarteten Neuwahlen, auf der das Abschalten des Brüters ganz oben stand. Im Juni 1997 bestätigte der frischgewählte Premier Lionel Jospin die "Aufgabe" des Superphénix. Dieser Begriff, l'abandon im Französischen, führte schnell zu Spekulationen. Damit sei nicht ausgeschlossen, hieß es, den Reaktor noch einmal anzuwerfen, und sei es nur, um den Restbrennstoff zu nutzen. Erst die interministerielle Erklärung vom Februar 1998 machte dem Spuk ein Ende.

Plutoniumberge

Das Erwachen ist bitter. Laut Berechnungen des Cour des Comptes (Rechnungshof) von 1996 hat das Abenteuer Superphénix ca. 60 Milliarden französische Francs (FRF) verschlungen. Eine grob verharmlosende Rechnung. Sie veranschlagt etwa für den Abriß weniger als fünf Milliarden FRF, kaum mehr, als die in Frankreich - aus der Luft gegriffenen - für herkömmliche Kraftwerke angesetzten 15% der reinen Investitionskosten. Erste Analysen zeigen freilich, daß die Betreiber für diese ultramoderne Anlage nicht einmal ein Abschaltverfahren entwickelt hatten. So bleibt vorerst ungeklärt, wie die etwa 4.500 Tonnen Natrium

sicher ausgeladen und entsorgt werden sollen. Im Falle des deutschen Brutreaktors in Kalkar, der nie mit Brennstoff beladen wurde und dessen Primärnatrium deshalb auch nie kontaminiert war, dauerten Entladung und Abtransport etwa zwei Jahre. In Malville dürfte ca. das Fünffache der in Kalkar behandelten Natriummenge zu entsorgen sein ...

Ohne Antwort bleibt auch die Frage, wohin der bestrahlte Brennstoff des Superphénix verbracht werden soll und wie mit einem bereits hergestellten Zweitkern mit weiteren sechs Tonnen unbestrahltem Plutonium zu verfahren ist. Intern gibt die Betreiberfirma NERSA zu, daß es keinen Anreiz für die aufwendige Abtrennung des in den Brennstoffen - bestrahlt oder unbestrahlt - befindlichen Plutoniums gibt. So wird der Grundgedanke des Plutoniumbrütersystems vielleicht gänzlich ad absurdum geführt und der bestrahlte Brennstoff der direkten Endlagerung zugeführt.

Kein Wunder, gewaltige Plutoniumberge häufen sich in Westeuropa mit atemberaubender Geschwindigkeit an. Während der Ablauf der Geschichte sich nicht nach den Kristallkugelvisionen der Atomindustrie richtete, wurde der Bau gigantischer Plutoniumfabriken im französischen La Hague und im englischen Sellafield unbeirrt fortgesetzt. Die Inbetriebnahme der Anlagen UP2-800 und UP3 in La Hague, die die Nominalkapazität dort von 400 auf etwa 1.600 Jahrestonnen erhöhte, fand erst 1989-90 statt. Die neue 800-Tonnen-Anlage THORP in Sellafield startete gar erst 1994, da war der Plutoniumbestand in England bereits auf über 40 Tonnen angewachsen. Neben Frankreich und England spielen Deutschland und Japan mit etwa 80% des ausländischen Auftragsvolumens der Betreiber COGEMA und BNFL die Hauptrollen im Plutoniumpoker.

Als die Brüterpleite Anfang der 1980er Jahre ruchbar wurde, entwickelte die Plutoniumwirtschaft das Übergangskonzept MOX für LWR. Uran-Plutonium-Mischoxydbrennstoff für Leichtwasserreaktoren sollte die Lücke füllen, bis die Brüter kommen. Die Plutoniummengen, die aus den Anlagen in La Hague und Sellafield flossen, sollten auf diese Weise absorbiert werden. Die bestehenden milliardenschweren Verträge müßten nicht in Frage gestellt, die Plutoniumfabriken könnten zu Ende gebaut, das Gesicht der Atomplaner gewahrt werden. So der Plan.

Die Brüterpleite wurde nie öffentlich zugegeben, die MOX-Strategie niemals öffentlich diskutiert. Letztere erweist sich heute als perfider Doppel-Trick: Die MOX-Lösung, heißt es, erlaube das schwerwiegende Problem der Plutoniumberge zu beseitigen und erlaubt gleichzeitig, das Problem weiter zu verschärfen. Verschärfung deshalb, weil zahlreiche Atommeiler auch noch weit in die Zukunft hinein betrieben werden müssen, denn um das Plutonium zurückzuführen, bedarf es natürlich eines gewissen Bestands an Reaktoren. Dies gilt für fast alle Länder, die heute Wiederaufarbeitungsverträge haben. Es ist klar, daß in keinem westeuropäischen Land ein neues Atomkraftwerk gebaut werden wird. Damit geht es nur noch um den "Bestandsschutz" laufender Meiler, ob in Deutschland, Holland, Schweden oder in der Schweiz.

Mit der MOX-Strategie versuchen die Stromunternehmen die betroffenen Länder auch langfristig vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dies, obwohl die MOX-Produktion und -Nutzung sich eindeutig nicht nur als Plutoniumfalle für Ausstiegswillige (s.o.) sondern als eindeutiger Irrweg entpuppt hat.

Ende 1997 hat die Projektgruppe International MOX Assessment (IMA) unter der gemeinsamen Leitung von Dr. Jinzaburo Takagi, Gründer und damals Direktor des Tokioter Citizens' Nuclear Information Center, und des Autors dieses Artikels in Tokio, Paris und London ihren Abschlußbericht vorgelegt. An dem zweijährigen IMA-Projekt haben 15 Wissenschaftler aus sechs Ländern teilgenommen, darunter der ehemalige Direktor des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI, Frank Barnaby, der Leiter des Washingtoner Nuclear Control Institutes, Paul Leventhal und der stellvertretende Chef der russischen Kontrollbehörde Gosatomnadzor, Alexander Dmitriev. Die 335-Seiten-Studie ist eine vernichtende Kritik der Rückführung von Plutonium in herkömmliche Reaktoren.

Der IMA-Bericht stellt abschließend fest, daß "die Nachteile des Plutonium-MOX-Pfades gegenüber der Direkten Endlagerung überwältigend sind, ob auf der Ebene industrieller, strategischer, sicherheits- und abfalltechnischer oder gesellschaftlicher Implikationen".

Die MOX-Strategie ändert nichts an Grundübeln und Auswüchsen der Plutoniumwirtschaft. Im Gegenteil:

- Anfang 1997, zehn Jahre nach Beginn der industriellen MOX-Nutzung in französischen Reaktoren, lag der Plutoniumbestand in Frankreich und England zusammen bei etwa 120 Tonnen, etwa drei Viertel des

weltweiten "zivilen" Bestands. Diese Halde wächst jährlich, trotz MOX-Programmen, um etwa 15 Tonnen an. Im Jahr 2001 wird der "zivile" Bestand den militärischen Bestand voraussichtlich bereits übertreffen.

- Weniger als 10 kg Plutonium sind nötig für den Bau eines Atomsprengkörpers (die o.g. Menge reicht demnach für etwa 12.000 Bomben).

- Die letale (tödliche, ak) Dosis für die Entstehung von Lungenkrebs wird bereits durch die Inhalation von Plutonium im Mikrogrammbereich erreicht (die o.g. Menge reicht theoretisch aus, um die Weltbevölkerung 10.000 mal zu vergiften).

Die Bombe aus der WAA ist machbar

Der IMA-Bericht veröffentlicht darüber hinaus zum ersten Mal die atemberaubende Beurteilung des Proliferationsrisikos von Reaktorplutonium durch den amerikanischen Wissenschaftler Matthew Bunn, stellvertretender Direktor des Programms für Wissenschaft, Technologie und Staatspolitik der John F. Kennedy School of Government der Harvard Universität. Bunn leitete die großangelegte Untersuchung der National Academy of Sciences zur Entsorgung amerikanischen Waffenplutoniums. Bunn's Forschung erlaubte nicht nur Zugang zu bisher geheimgehaltenen Dokumenten "von beispielloser Detailliertheit zu diesem Thema", sondern auch Gespräche mit Waffendesignern aller Atomstaaten. Sein Fazit ist selbst für Fachleute von brutaler Klarheit. Für einen Laien würde die Herstellung eines groben Atomsprengsatzes mit reaktorgrädigem Plutonium "nicht mehr Spezialisierung bedürfen als der Bau einer Bombe mit waffengrädigem Plutonium". Darüber hinaus erklärte ein russischer Waffendesigner, daß es "unter gewissen Umständen für einen Laien leichter sei, mit reaktorgrädigem Plutonium eine Bombe zu bauen (da kein Neutronengenerator nötig wäre)".

Die Mär vom "schlechten" Plutonium für den Bombenbau ist hiermit endgültig begraben. Die Untersuchungen von Frank Barnaby im Rahmen des IMA-Projekt lassen keinen Zweifel, daß frischer MOX-Brennstoff wie abgetrenntes Plutonium zu beurteilen ist, da seine Herauslösung keinerlei technische Schwierigkeiten bereiten würde. Damit wird jeder MOX lagernde Standort, also auch jeder betroffene Reaktor, zu einem Lager von direkt waffenfähigen Material. Ein Alptraum für die Verantwortlichen, die den physischen Schutz von Atomtransporten und Anlagen überwachen müssen.

Wohin mit dem Bombenstoff?

Die Politik, selbst wenn sie bisher meist weit davon entfernt war, Plutonium als Idealsubstanz verteidigen zu wollen, sah sich doch unfähig, das Zepter wieder in die Hand zu nehmen. Wird dies nun anders? Die Koalitionsvereinbarung der rot-grünen deutschen Bundesregierung enthält im 100-Tage-Programm einen lapidaren, aber entscheidenden Satz: "Beschränkung der Entsorgung auf die direkte Endlagerung". Dies schließt de facto die Wiederaufarbeitung und damit die Plutoniumproduktion aus. Es geht ans Eingemachte, wie man sagt. Die Industrie spricht von "worst case scenario", COGEMA sieht unangenehme Folgen und Le Monde breitet bereits die möglichen Konsequenzen für den heimischen Staatsstromer EDF aus: Auftrieb für die Plutoniumkritiker im Haus. Nach wie vor unbekannt ist, daß die EDF - im Gegensatz zu deutschen EVUs - immer noch keinen Vertrag für die Periode nach 2000 abgeschlossen hat. Diese post-2000-Verträge enthalten eine "politische-höhere-Gewalt"-Klausel, die es ermöglicht, im Falle eines staatlichen Wiederaufarbeitungsverbots eine Kündigung ohne schmerzliche Kompensationszahlungen abzuwickeln. Finanziell können die deutschen EVUs bei einer Kündigung der Verträge nur gewinnen. Selbst bei Kündigung der sogenannten Altverträge (falls ausgeführt, bis etwa einschließlich des Jahres 2000 abgearbeitet) übersteigen die eingesparten Kosten für Lagerung, Verarbeitung von Plutonium zu MOX-Brennstoff und für dessen Einsatz mit Sicherheit die zusätzlichen Kosten, die aus der Vertragskündigung und der Rückführung des nicht aufgearbeiteten Brennstoffs resultieren.

Nachdem im September 1998 am Standort der (offiziell noch) geplanten japanischen Wiederaufarbeitungsanlage in Rokkasho-mura die ersten abgebrannten Brennelemente aus japanischen AKWs ins Zwischenlagerbecken platschten, ist auch in diesem Land der Druck weg, der ursprünglich zur Auslagerung des Atommüllproblems in die Wiederaufarbeitungsländer England und Frankreich geführt hatte. Mit anderen Worten: den Plutoniumfirmen COGEMA und BNFL brechen spätestens in etwa zwei Jahren die Auslandskunden komplett weg. Deutsche und japanische Kunden deckten über 80% des ausländischen Auftragsvolumens in La Hague und Sellafield ab. Die lokalen sozialen Konsequenzen einer drastischen

Senkung der Aktivitäten in La Hague und Sellafield wären dramatisch und erfordern umgehende eine Analyse und die Erarbeitung von entsprechenden Rekonversionskonzepten.

Bleibt die Frage, was tun mit den bereits existierenden Plutoniumbergen. Deutsche EVUs allein haben über 20 Tonnen des Problemstoffs angehäuft. Wenn MOX keine Lösung darstellt, dann bleibt nur die Konditionierung mit anderem hochaktiven Müll zu einem "endlagergerechten Gebinde". Was immer das heißen mag. Dabei wird es nötig sein, auch kurzfristig Konzepte zu diskutieren, die nicht leicht vermittelbar sein mögen, die aber für eine definitive Trendwende unablässig sind. Wenn es um abgetrenntes Plutonium geht, heißt dies z.B. die Modifizierung des Konzepts der Verglasungsanlage für hochaktive Abfälle, die bereits in Karlsruhe in Planung ist, für die Konditionierung von Plutonium. Nur so wird es mittelfristig möglich sein, auch über heute abstrus erscheinende Ideen zu reden, wie etwa die Nutzung freiwerdender Kapazitäten in La Hague zur Plutoniumverglasung. Na denn man los!

Mycle Schneider

M. Schneider ist Direktor von

WISE-Paris, WISE Paris im Internet:

www.pu-investigation.org

23. Konsens bleibt Nonsens

Autor: DSe · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:22

Ende November trafen sich zwei Dutzend AtomkraftgegnerInnen von zahlreichen AKW-Standorten, um über die neue Ausgangslage unter einer rot-grünen Bundesregierung und mögliche Handlungsperspektiven der Anti-AKW-Bewegung zu beraten. Neben einer politischen Bewertung des rot-grünen Verhandlungsergebnis ging es auch darum, sich auf die angekündigten neuen Zwischenlager an den AKW-Standorten und Aktionen vorzubereiten. Konkret wurde vereinbart, den Beginn der für den 23. Januar nächsten Jahres geplanten Konsensgespräche für die eigene Mobilisierung zu nutzen. In Bonn, wo die Verhandlungen voraussichtlich stattfinden werden, soll eine Aktion durchgeführt werden, um aus Sicht der Anti-AKW-Bewegung den Unsinn derartiger Konsensgespräche zu unterstreichen.

Befürchtet wird unter anderem, daß sich Regierung und Atomwirtschaft auf eine rasche Abschaltung von wenigen Uralt-Anlagen wie Stade oder Bibilis A verständigen, den restlichen AKW-Park jedoch mit den höheren Weihen eines dauerhaften und regierungsverbindlichen Bestandschutzes versehen. Wenn gleichzeitig der Atomindustrie zudem noch eigene Zwischenlager in ihren militärisch gesicherten Anlagen zugestanden werden, dann wäre die rot-grüne Regierung für viele Jahre den Ärger um die Castor-Transporte los. Am Ende dieser Gespräche stünde so eine "verschlankte" Atomindustrie, deren Bereitschaft, die Bevölkerung als Geisel eines permanenten Restrisikos zu halten, regierungsamtlich garantiert wird.

Als weiterer Aktionsort für das kommende Frühjahr wird erneut Gorleben im Mittelpunkt stehen. Dort soll der (wasserrechtliche) Erörterungstermin für die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) stattfinden. Die Anlage war ehemals dazu gedacht, den Atommüll aus dem Zwischenlager so zu verpackten, daß er im benachbarten Endlager versenkt werden könnte. Meint es die Bundesregierung ernst damit, daß Gorleben als Endlagerstandort ungeeignet ist, dann ist die PKA vollkommen überflüssig. Die Bundesregierung müßte also umgehend die PKA als erledigt erklären, der Erörterungstermin könnte also getrost abgesagt werden. Da vor Ort mit einer solchen Entscheidung derzeit nicht gerechnet wird, laufen die Aktionsplanungen für das Frühjahr an.

Das nächste Treffen der Standorte-Initiativen wird am 9. Januar, voraussichtlich wieder in Göttingen, stattfinden (Nachfragen bei der BI Lüchow Dannenberg 05841-4684 oder Karsten Hinrichsen Tel/Fax: 04829-7080).

DSe

24. Unter Feuer. Streit um Plutoniumfunde am AKW Krümmel

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:14

Die Medien überschlugen sich: Plutoniumfunde in der Umgebung des AKW Krümmel. Bremer Professorin geht davon aus, daß nur das AKW Krümmel Verursacher der gehäuft auftretenden Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch sein kann. Eindeutig seien die Plutoniumfunde auf den Reaktor zurückzuführen, so die zentrale und entscheidende Bewertung der Studie. Ein heftiger Streit wurde über die Medien ausgefochten und innerhalb weniger Tage wurde die Studie der Bremer Strahlenphysikerin Inge Schmitz-Feuerhake auseinander genommen. Die - nicht angezweifelten - Plutoniumfunde stammen nicht aus Krümmel, sondern sind Reste der Atombombenversuche der 50er Jahre, behauptet die rot-grüne Hamburger Umweltbehörde nur wenige Tage nach der Veröffentlichung der Studie. Und schließlich wurde auch die wissenschaftliche Integrität der Wissenschaftlerin heftig angezweifelt. Wenn sich Atomunternehmen wie die HEW daran beteiligen ist das nicht verwunderlich. Erstaunen muß jedoch, wenn der grüne Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Energieministerium sich daran beteiligt. Was ist eigentlich los in Krümmel und Umgebung?

Von Ende 1989 bis 1996 erkrankten zehn Kinder in der Umgebung der Geesthachter Atomanlagen an Leukämie, einer sonst überaus seltenen Blutkrebskrankheit. Gleich zwei Atomanlagen stehen am Elbhang von Geesthacht. Neben dem AKW Krümmel, das eines der größten Siedewasserreaktoren der Welt ist und Ende 1984 in Betrieb ging, befindet sich die Atomforschungseinrichtung GKSS. Seit Ende der 50er Jahre wurden in der GKSS zwei Forschungsreaktoren betrieben, mit denen u.a. Experimente zur Materialforschung betrieben wurden. Einer dieser Reaktoren ist inzwischen stillgelegt.

Als eine Ursache für die Leukämieentstehung kommt radioaktive Strahlung in Frage, Hinweise auf andere Ursachen sind vor Ort derzeit nicht erkennbar. Und klar ist auch, das das sogenannte Leukämiecluster in der Elbmarsch ein überaus auffälliges Cluster ist und das ein Zufall auszuschließen ist. Kein Wunder, daß angesichts der Tatsache, daß alle erkrankten Kinder in einem Umkreis von nur fünf Kilometern Entfernung von den Geesthachter Atomanlagen leben, diese Anlagen in Verdacht gerieten. Seit 1990 werden nun - immer wieder durch die Forderungen der örtlichen Initiativen initiiert - umfangreiche gutachterliche Untersuchungen durchgeführt, um die Ursachen für die Leukämieerkrankungen aufzudecken. Einige Ergebnisse stehen noch aus.

Seit Jahren spielt Prof. Inge Schmitz-Feuerhake als quasi wissenschaftlicher Beistand der örtlichen BI eine entscheidende Rolle und ist Mitglied in den bestehenden Untersuchungskommissionen, die die Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen eingerichtet haben. Immer wieder haben von ihr durchgeführte Untersuchungen den Verdacht erhärtet, daß radioaktive Emissionen aus dem Atommeiler für die Erkrankungen verantwortlich sind. Es würde hier den Rahmen sprengen, die einzelnen Untersuchungen, Ergebnisse und die folgenden erbitterten Auseinandersetzungen nachzuvollziehen. Als Fazit ließe sich jedoch festhalten, daß es eine Menge Hinweise auf radioaktive Spuren in der Umgebung des Atommeilers gibt. Ein direkter Beweis, also eine eindeutig auf den Reaktorbetrieb zurückführbare Emission jenseits üblicher Grenzwerte, konnte bislang nicht ermittelt werden.

Mit der jetzt von Schmitz-Feuerhake verfaßten und von der "BI gegen Leukämie" veröffentlichten Studie zu den Plutoniumfunden schien zunächst der Nachweis erbracht, daß Krümmel die Ursache sei. Aber schnell wurden die Bewertungen der Studie massiv angezweifelt. Die Behauptung von Schmitz-Feuerhake, daß die gefundenen Isotopenverhältnisse eindeutig auf Reaktorplutonium zurückzuführen seien und die zweite Behauptung, daß in dem Fallout aus den Atombomben "praktisch" kein Plutonium enthalten war, wurden massiv und teilweise glaubhaft widerlegt, mindestens aber stark in Zweifel gezogen. Zwar bedeutet das nicht, daß die ermittelten Plutoniumfunde nicht doch mit Krümmel in Zusammenhang stehen könnten, aber die Eindeutigkeit, mit der Schmitz-Feuerhake diesen Zusammenhang behauptete war widerlegt.

Allein dies hätte die Bewertung der Plutoniumfunde durch die Strahlenphysikerin in Zweifel ziehen müssen. Verschärft wurde die Kontroverse, die immer mehr das wissenschaftliche Vorgehen von Schmitz-Feuerhake ins Rampenlicht rückte, als der Leiter des Meßlabors, Gerald Kirchner, sich öffentlich von der Studie distanzierte (für die er gar nicht verantwortlich war) und darauf hinwies, daß ein Meßwert von

Schmitz-Feuerhake unterschlagen wurde. Dabei störte ihn jedoch nicht, daß er selbst diesen Meßwert als nicht verwertbar bezeichnet haben soll, weil die Probe nicht den Anforderungen entsprach. Allerdings soll Kirchner von einer Veröffentlichung der Studie abgeraten haben, da er die Behauptung, daß es sich um Reaktorplutonium handele, als nicht belegt ansah. Er will Schmitz-Feuerhake darauf hingewiesen haben, daß auch der Atombombenfallout als Ursache in Frage komme.

Egal, wie die Auseinandersetzung weiter verläuft: Der politische Schaden, den die Studie angerichtet hat, ist enorm. Zwar ist es mehr als ekelhaft, wie nun auf die Person Schmitz-Feuerhake eingeschlagen wird. Aber sie hat - wie auch die "BI gegen Leukämie" und andere Aktive im Umfeld - mit Festlegungen und Postulaten immer wieder (unnötigerweise) ausreichende Angriffsflächen geliefert. Wer eine Studie vorlegt, in dem ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Reaktorbetrieb und Plutoniumfunden als Erklärung der Leukämieerkrankungen behautet wird, der muß wissen, daß es um einen Angriff auf eine Kapitalanlage in Höhe von ca. 4 Mrd. DM geht. Da sollte man sich so weit irgend möglich absichern. So naiv kann eigentlich niemand sein, anzunehmen, daß die Gegenseite nicht die gesamte Zunft aufwenden wird, um derartige Ergebnisse aus der Welt zu schaffen. Wenn sich aber herausstellt, daß trotz Widersprüchen aus dem eigenen Umfeld eine solche Studie nicht einer eingehenden Diskussion unterzogen wird, dann ist dies grob fahrlässig. Und zwar auch aus politischen Gründen. Damit keine Mißverständnisse entstehen: Zweifel an Bewertungen von Schmitz-Feuerhake sind kein Beweis, daß es Krümmel nicht war oder das das Plutonium tatsächlich aus dem Fallout der Atombombenversuche stammt.

Wer mit vermeintlich schwerem Geschütz gegen die Atomwirtschaft zu Felde rückt und sich dann sogar aus den eigenen Reihen sagen lassen muß, daß der Vorwurf so nicht haltbar ist, der leistet der Anti-AKW-Bewegung einen Bärendienst. Denn immerhin stellt es nicht nur die Glaubwürdigkeit einer einzelnen Forscherin in Frage, sondern letztlich auch des Anti-AKW-Widerstandes. Doch auch die BI gegen Leukämie, keine ausgewiesene Anti-AKW-Initiative, muß sich fragen lassen, wie sie ein Gutachten veröffentlichen kann, daß bereits intern kritisiert worden ist und warum sie selbst nicht zunächst eine "interne" Debatte gesucht hat. Immerhin sitzen in dieser BI durchaus Fachleute, denen einige Ungereimtheiten hätten auffallen können. Man mag angesichts der Medienbereitschaft, den Leukämieverdacht gegen Krümmel egal unter welchen Umständen zu publizieren und immer wieder betroffene Kinder und ihre Eltern vorzuführen zu der Auffassung kommen, daß man den Krümmel-Reaktor immer nur in negative Schlagzeilen verwickeln muß. Da wird schon genug hängenbleiben. Aber nicht Medien prüfen letztlich die Stichhaltigkeit der vorgetragenen Argumente. Dies nützt weder den an Leukämie erkrankten Kindern, noch dem Ziel eines Ausstiegs aus der Atomenergie.

Und die Anti-AKW-Bewegung, die bei jeder passenden Gelegenheit auf Krümmel verweist, wenn es um gesundheitliche Risiken durch den Reaktorbetrieb geht, sollte sich tunlichst eine eigene Position erarbeiten. Wer das Feld nicht länger nur einigen WissenschaftlerInnen überlassen und sich mit geradezu religiöser Gläubigkeit für die eine oder andere Sicht der Dinge entscheiden will, der kommt nicht daran vorbei.

Nur um einen letzten Hinweis auf die Komplexität der Lage in Sachen Ursachenforschung zu geben. Das Öko-Institut Darmstadt hat das AKW Krümmel begutachtet. Dabei haben die Gutachter keinerlei Anhaltspunkte gefunden, daß eine radioaktive Wolke Krümmel unbemerkt hätte verlassen können. Bei der benachbarten Atomforschungsanlage der GKSS, die nach Krümmel mit gleichen Methoden untersucht wurde, stellten die Darmstädter jedoch fest, daß erstens ausreichend radioaktive Stoffe vorhanden gewesen sind, um Leukämien in der vorhandenen Zahl zu erzeugen und daß es für die GKSS keine ausreichende Überwachung gegeben hat (allerdings haben sie keine Beweise gefunden, daß es die Emission wirklich gegeben hat). Mit anderen Worten: aus der GKSS hätte die radioaktive Wolke kommen können. Doch dieses Ergebnis hat bis heute keineswegs dazu geführt, daß die BI und die umstehenden Experten mit aller Macht die Stillegung der GKSS gefordert hat (außer natürlich in Presseerklärungen). Wieso?

Das alles soll nun keineswegs bedeuten, daß Krümmel nicht für die Leukämieerkrankungen verantwortlich sein kann. In vielen Einzelfragen steht derzeit lediglich Aussage gegen Aussage und auszuschließen ist nicht, daß das bis heute fehlende Bindeglied zu Krümmel noch aufgespürt werden kann - wenn es eins gibt.

Und verschiedene Untersuchungen legen den Verdacht, daß Krümmel tatsächlich ein Leukämiereaktor ist, nahe. Beispielsweise hat eine epidemiologische Untersuchung einen deutlichen Anstieg der Leukämierate innerhalb der fünf Kilometerzone von Krümmel nachgewiesen. Das ist sicher kein Zufall, zumal auch in der

direkten Umgebung anderer AKW-Standorte erhöhte Leukämieraten bei Kleinkindern nachgewiesen werden konnten.

Aber wer Fehler und Irrtümer in Einzelpunkten (oder Studien) nicht eingesteht, wenn sie denn begangen worden sind, der/die wird es schwer haben, seine/ihre Interessen durchzusetzen. Das gilt auch für die Anti-AKW-Bewegung, und es hilft absolut gar nichts, abzutauchen, die auch öffentliche Kontroverse um das eigene Vorgehen zu tabuisieren (weil es angeblich nur der Gegenseite nützt) und sich als Opfer des Kapitals und der Regierenden selbst zu bemitleiden.

DSe

Zum Weiterlesen: Akte X, die unheimlichen Risiken des AKW Krümmel, Dirk Seifert, September 1998, Preis: 5 DM, Herausgeber: GAL Bergedorf: Tel 040-7244224

25. Siemens-Boykott: Es geht voran!

Autor: Henrik Paulitz · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:38

Mit dem Boykott gegen Siemens hat die Anti-Atom-Bewegung ins Schwarze getroffen. Auf Zehntausenden von Flugblättern und Postkarten wurde die Bevölkerung über die gefährlichen Atomgeschäfte von Siemens informiert und zum Boykott von Siemens-Produkten aufgefordert, damit der Konzern endlich aus dem Atomgeschäft aussteigt.

Der Koordinationskreis Siemens-Boykott und die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW haben in den vergangenen Jahren maßgeblich zu einer intensiven Medienberichterstattung über die Atomgeschäfte von Siemens beigetragen. Mit der "Schäfchen-Aktion" in diesem Frühjahr in Hamburg erfuhr die Bevölkerung sogar in der Tagesschau, welcher Konzern die Atomenergie in Deutschland weiter vorantreibt.

Auch unmittelbar vor der Bundestagswahl riß das Medieninteresse an dem geplanten Siemens-Reaktor in der Türkei nicht ab. Zu unverständlich ist das Bestreben von Siemens, einen nicht ausreichend gegen Erdbeben ausgelegten Atomreaktor an die Türkei zu liefern, die zudem nach den Atombombentests in Indien und Pakistan anfängt, über ein eigenes Atomwaffenprogramm zu diskutieren.

Und nicht nur Organisatoren, Aktive und Unterstützer der Kampagne reden vom Siemens-Boykott:

- Ein Düsseldorfer Professor der Betriebswirtschaft gab seinen Studierenden anhand des Siemens-Boykotts die Empfehlung, die Produktpalette von Unternehmen solle so aussehen, daß sie gesellschaftlich akzeptiert werde. Hintergrund dieser erstaunlich vorsichtigen Empfehlungen der Betriebswirtschaftler ist eine Analyse der Unternehmensberatungsgesellschaft Roland Berger, einer Tochter der Deutschen Bank, die den erfolgreichen Boykott gegen Shell analysierte und empfahl, Unternehmen sollten im äußersten Fall auf Produkte oder Geschäftsfelder verzichten, wenn sie das Ansehen des Unternehmens nachhaltig beeinträchtigen können.

- In einem Kommentar in Publik Forum, einer Zeitschrift für kritische Christen, wurde kürzlich gefragt, warum es den Siemens-Boykott gebe, aber keinen Boykott gegen die Großbanken.

- In der Fachzeitschrift ÄP Neurologie Psychiatrie rief der Chefredakteur im Editorial am Beispiel des Siemens-Boykotts zu einer glaubwürdigen Prävention gegen Gesundheitsgefahren auf.

- In der Süddeutschen Zeitung war vor einiger Zeit zu lesen, daß Bündnis 90/Die Grünen in Passau die Zufahrtsstraße zur örtlichen Siemens-Niederlassung in "Siemens-Boykott-Allee" umgetauft haben.

Die Folge: Siemens hat erhebliche Image-Probleme. Im vergangenen Herbst wurde Siemens-Chef Heinrich von Pierer im Spiegel mit der Bemerkung wiedergegeben, das Nukleargeschäft mache noch 2% des Siemens-Umsatzes aus, verursache aber 90% des Ärgers.

Und: In diesem Sommer soll von Pierer vor führenden Belegschaftsvertretern in Berlin gesagt haben, der Konzern investiere in alle Unternehmensbereiche, nur nicht in solche, denen die gesellschaftliche Akzeptanz verlorengegangen sei.

Das zeigt: Die negative Berichterstattung über die Atomgeschäfte und der Aufruf zum Siemens-Boykott verursachen eine Menge "Ärger", sprich Image-Probleme. Es gibt sogar eindeutige Hinweise dafür, daß es der Boykott-Aufruf ist, der in der Siemens-Führung für Unruhe sorgt.

Nach Informationen der internationalen Zeitschrift der Atomindustrie Nucleonics Week vom 14.9.1995 rechnete Siemens seine Umsatzverluste in der Schweiz im Bereich Medizintechnik zu 50 Prozent dem Boykott der IPPNW zu. Zudem befürchtete die Siemens-Führung, die damals geplante Verarbeitung russischen Waffenplutoniums in Hanau könne einen noch breiteren Verbraucherboykott von Siemens-Produkten auslösen. Das Vorhaben wurde aufgegeben.

Bemerkenswert sind die Reaktionen von Siemens auf Boykott-Aufrufe. Insbesondere dann, wenn auch "bürgerliche" Kreise zum Boykott aufrufen. Eine von 33 PfarrerInnen getragene Boykott-Anzeige im Gießener und Marburger Stadtmagazin führte sofort dazu, daß die Konzernleitung von Siemens um ein Gespräch mit der Kirchenleitung ersuchte.

Der Aufruf zum Boykott ist für die Bevölkerung ein wichtiges Signal, daß man die hohen Herren in den Führungsetagen von Unternehmen nicht nur brav und mit einem erfurchtsvollen Blick nach oben kritisiert. Vielmehr wird offen und angesichts des Bewußtseins der eigenen Stärke gleichzeitig sehr nüchtern zum Widerstand gegen eine ethisch nicht vertretbare Unternehmenspolitik aufgerufen. Da die Form des Widerstands so ist, daß sie sowohl von Castor-Gruppen u.a. als auch von "bürgerlichen" Kreisen mitgetragen wird, gestaltet sich der Boykott insgesamt als brisante Gemengelage für Siemens. Diesen Erfolgsfaktor des Siemens-Boykotts sollte man nicht unterschätzen.

Der Siemens-Boykott ist auch gesellschaftstheoretisch ein geeigneter Weg zum Atomausstieg. Denn er legt zugrunde, daß ein Großteil der "politischen" Entscheidungen in den Konzernzentralen und eben nicht von den Repräsentanten der Politik getroffen werden. Viele Formen der politischen Opposition arbeiten sich an den politischen Repräsentanten ab, die sich in dieser Gesellschaft aber für viele Entscheidungen nur als Sündenböcke zur Verfügung stellen und auf die die Gesellschaft ungestraft einschlagen darf (vgl. Jänicke, Staatsversagen). Der Siemens-Boykott setzt hingegen an der Stelle an, wo die atompolitischen Entscheidungen ganz maßgeblich getroffen werden: in Vorstand und Aufsichtsrat des Siemens-Konzerns.

Entsprechend gründlich wird die Kampagne bei Siemens analysiert und "begleitet". Ein Gespräch und der Briefwechsel zwischen der IPPNW und Siemens zeigten: Der Siemens-Boykott ist Chefsache. Zunächst kommunizierte der (ehemalige) Aufsichtsratsvorsitzende Hermann Franz mit der alternativen Ärzteorganisation. Inzwischen hat Siemens-Chef Heinrich von Pierer die Kommunikation zum Siemens-Boykott übernommen. Daneben "betreut" der Leiter der Zentralabteilung Wirtschaftspolitik, Bernd Stecher, den Siemens-Boykott.

Im Juli diesen Jahres informierte die IPPNW nicht nur Siemens-Chef von Pierer über die Risiken eines Atomkraftwerk-Exports in die Türkei. Das Schreiben wurde in Kopie insgesamt 100 Führungskräften des Konzerns zugestellt. Denn: Nicht wenige Führungskräfte aus anderen Geschäftsbereichen bei Siemens (Hausgeräte, Beleuchtung etc.) dürften es sehr gerne sehen, wenn die Image-Schäden, die durch die Atomgeschäfte der Atomabteilung KWU verursacht werden, ein Ende fänden. In der Antwort von Siemens wurde daraufhin angeregt, erneut ein Gespräch zu führen. Offenbar ist der Siemens-Spitze ein Dialog über die Atomgeschäfte in kleinem Kreise lieber als eine breite Einbindung des Siemens-Managements in die Diskussion um die atomare Gefahr.

Halten wir fest: Die allgemeinen Akzeptanzprobleme der Atomenergie, die Image-Probleme von Siemens als führendem Atomkonzern und der Boykott-Aufruf führen dazu, daß in den Führungsgremien von Siemens offenbar über die nukleare Zukunft nachgedacht wird. Von viel Ärger ist die Rede.

Von einem Ausstieg aus dem Atomgeschäft kann aber derzeit keineswegs die Rede sein. Der Unternehmensbereich Energieerzeugung (KWU) powert mit Rückendeckung der Unternehmensspitze unverdrossen weiter für jedes auch noch so gefährliche Atomgeschäft.

Aber die Geschäftszahlen stimmen nicht mehr. Die KWU gehört inzwischen zu einem der Problembereiche im Siemens-Konzern. Weltweit stagnieren die Aufträge für Atomanlagen, die Umsätze sind sogar rückläufig. Versuche von Siemens, dennoch durch Fusionen im Atombereich zu expandieren, gestalten sich schwierig: Die geplante Übernahme des Atomgeschäfts vom führenden US-Hersteller Westinghouse scheiterte, die Verhandlungen mit der britischen BNFL über die Bildung eines gemeinsamen Atomkonzerns kommen offenbar nicht voran, und das Verhältnis zur französischen Partnerin Framatome ist nicht frei von Belastungen.

Betriebswirtschaftlich bietet der Atombereich also überhaupt keine interessante Perspektive für den global expandierenden Elektromulti. Der Gesamtkonzern konzentriert sich derzeit mit aller Kraft auf den Ausbau der Bereiche Information (Computertechnik) und Kommunikation (I&K). Problembereiche stehen hingegen unter Druck. Auch wenn es natürlich nicht die Sorge der Siemens-Boykott-Kampagne ist, ob Siemens ohne Atomgeschäfte möglicherweise höhere Umsatzzuwächse erzielt, läßt sich nüchtern festhalten: Die schlechte Auftragslage auf dem Markt für Atomgeschäfte erhöht die Erfolgsaussichten des Siemens-Boykotts beträchtlich.

Der Siemens-Boykott ist derzeit die einzig sinnvolle Antwort auf die Gefahr, die von der zunehmenden Europäisierung der Energiewirtschaft ausgeht! Siemens rüstet in Osteuropa Atomkraftwerke nach, beteiligt sich an der Fertigstellung von Atomkraftwerken, entwickelt und baut Prototypen von neuen Reaktortypen für

den Osten. Diese Atomgeschäfte werden von westlichen Banken mitfinanziert. Für die Rückzahlung der Kredite müssen die mittel- und osteuropäischen Länder Devisen erwirtschaften, was praktisch nur durch Atomstromlieferungen in den Westen möglich ist. Zu diesem Zweck baut Siemens auch gleich die nötigen Stromtrassen. (vgl. ak 419)

Gegen die mit erschreckend hohen Sicherheitsrisiken verbundenen nuklearen Ostgeschäfte von Siemens helfen aber Demonstrationen, Proteste und Castor-Widerstand in Deutschland recht wenig. Und wie sich gerade zeigt, hat auch eine rot-grüne Bundesregierung wenig Mumm, Siemens beim Atomexport ernsthaft Knüppel zwischen die Füße zu werfen. Der Siemens-Boykott entfaltet hingegen seine Wirkung gegen die Atomgeschäfte von Siemens insgesamt. Egal wo zum Boykott aufgerufen wird, gerät die Atompolitik von Siemens unter Druck.

Inzwischen formiert sich europaweit Widerstand gegen die geplante Fertigstellung der beiden ukrainischen Atomkraftwerke Khmelnitzki-2 und Rowno-4 durch Siemens. Je stärker Siemens in Osteuropa engagiert ist, desto stärker richtet sich der Protest auch direkt gegen Siemens.

1995 organisierte die österreichische Umweltschutzorganisation Global 2000 eine Kampagne gegen die Fertigstellung des slowakischen Atomkraftwerks Mochovce, in deren Rahmen 1,2 der 7 Millionen Österreicher sich schriftlich gegen das Atomgeschäft von Siemens wandten. 1996 und 1997 riefen anläßlich von Mochovce europaweit in zahlreichen Ländern Umweltschutzorganisationen zum Siemens-Boykott auf. Auch die große britische Friedensinitiative Campaign for Nuclear Disarmament (CND) rief ihre Mitglieder landesweit auf, keine Produkte von Siemens mehr zu kaufen.

Am 27. März 1997 blockierten in Moskau Mitglieder der "Socio-Ecological Union" und der "Rainbow Keepers" die dortige Siemens-Niederlassung. Mit Handschellen ketteten sie sich an den Eingang, riefen zum Siemens-Boykott auf und warnten auf Transparenten: "No more reactors".

Zum Weihnachtsgeschäft 1997 organisierte die bedeutende osteuropäische Umweltschutzorganisation "Exodefense" gemeinsam mit zahlreichen weiteren Gruppen in Kaliningrad eine Boykott-Kampagne gegen Siemens, in deren Rahmen Tausende von Flugblättern verteilt wurden. Die Aktionen richten sich insbesondere gegen die Fertigstellung von WWER-1000-Anlagen und gegen den Neubau eines WWER-640 in Sosnovy Bor bei St. Petersburg.

Der Boykott gegen Siemens eint zunehmend die europäische Anti-Atom-Bewegung. Egal ob in Deutschland, in der Ukraine, in Rußland, in Großbritannien oder in der Türkei zum Siemens-Boykott aufgerufen wird, der ständige Ärger stört doch erheblich das Geschäft. Und je länger die Boykott-Kampagne dauert, desto mehr Menschen sind nachhaltig befremdet über diesen Konzern, der das schmutzige Atomgeschäft noch immer aus reinen Profitinteressen betreibt und dabei - wie sich in Osteuropa zeigt - des Geschäfts wegen immer fahrlässiger mit Sicherheitsrisiken umgeht.

Henrik Paulitz

Der Autor organisiert für die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW und in Zusammenarbeit mit dem Koordinationskreis Siemens-Boykott die Siemens-Boykott-Kampagne.

26. Die Kraft reicht durchaus noch! Bericht vom Wanderkirchenasyl in NRW

Autor: ak., Kölner Netzwerk · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kirche und Religionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:19

Über 10 Monate Wanderkirchenasyl (WKA) liegen nun hinter uns. Z.Zt. werden 230 kurdischen Flüchtlinge in den Kirchen geschätzt, über 70 Gemeinden haben sich der Aktion in diesen Monaten angeschlossen. Die Unterbringung der Flüchtlinge erfolgt weitgehend selbständig durch regionale Zusammenschlüsse der katholischen und evangelischen Kirchengemeinden, so daß die Menschen "nur" noch innerhalb eines bestimmten Gebietes ihren kirchlichen Aufenthaltsort wechseln.

Wenn auch immer wieder betont wird, wie sehr diese Monate an den Kräften aller Beteiligten zehren, muß doch hervorgehoben werden, daß immer wieder Treffen, Aktionen und Aktivitäten (z.T. regional, z.T. überregional) stattfinden und die Entschiedenheit sehr groß ist, das "Angebot" der Landesregierung zurückzuweisen. Danach sollen die Flüchtlinge sich einer erneuten "Einzelfallprüfung" durch ihre zuständige Ausländerbehörde unterwerfen und das WKA so aufgelöst werden. Es wird zwar weitere Gespräche geben; aber angesichts der politischen Blockade der rot-grünen Düsseldorfer Regierung versuchen wir verstärkt, Lösungsmöglichkeiten auf Bundesebene zu ventilieren.

Aus den vielfältigen Aktivitäten der letzten Zeit sind folgende herauszuheben:

1. Vom 18. bis 25.11. haben wir mit dem Generalsekretär des Türkischen Menschenrechtsvereins IHD, Nazmi Gür, eine Rundreise durch Städte veranstaltet, in denen das Wanderkirchenasyl stattfindet. In 6 Städten haben ca. 500 Menschen seinen Vortrag gehört und an der anschließenden Diskussion teilgenommen. In zwei Städten haben Hintergrundgespräche mit PolitikerInnen und JuristInnen u.a. stattgefunden. Die Schilderungen von Nazmi Gür über die derzeitigen schlimmen Übergriffe gegen KurdInnen und Linke in der Türkei waren erschütternd (in Bonn, Düren u.a. Städten hat es zur Unterstützung des Asylantrags von Öcalan in Italien kurzfristige Hungerstreiks unter Teilnahme von Flüchtlingen aus dem WKA gegeben). Ebenso erschütternd, daß die deutsche (Medien-)Öffentlichkeit die Verfolgungen bislang kaum wahrnimmt.

Aktuelles Material vom IHD über die pogromartigen Attacken in der Westtürkei wird von uns derzeit übersetzt.

2. Wir haben gemeinsam mit Nazmi Gür PolitikerInnen, Regierungsmitglieder u.a. "Verantwortungsträger" mit der Situation in der Türkei, dem Wanderkirchenasyl und unseren Forderungen (Abschiebestop, Bleiberecht, konkrete Lösung für die WKA-Flüchtlinge) konfrontiert. Im Einzelnen:

- Im Gespräch mit sechs SPD-MdBs am Freitag (20.11.) wurde vereinbart, sobald wie möglich Begründungen und konkretes Material für unsere Forderungen nach einem sofortigen Abschiebestop und einer Kontingentlösung für die WKA-Flüchtlinge vorzulegen. Ein 2. Termin wird folgen.

- Beim Auswärtigen Amt (ebenfalls 20.11.) trugen Nazmi Gür und VertreterInnen der Kirchen und der Kampagne vor, daß eine Korrektur des Länderberichts Türkei dringend sei; die grundsätzliche Bereitschaft zu "realistischerer Lagebeurteilung" wurde signalisiert. Wir werden in absehbarer Zeit nachfragen.

- Claudia Roth wird als Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im Bundestag die Initiative ergreifen, um beim Außenministerium auf eine Änderung und Aktualisierung des Lageberichts zu drängen. Angesichts der pogromähnlichen Stimmung der letzten Tage gegen Kurden in der Türkei müsse auch nach ihrer Ansicht ein sofortiger Abschiebestop durchgesetzt werden. Entsprechende Signale sollten vom Außenministerium direkt an die Innenbehörden ausgehen. Vereinbart wurde, daß für den Fall der Ausreise des Vorsitzenden des IHD, Akin Birdal, in die BRD (Einladung durch den MR-Ausschuß liegt in der Türkei vor) mit vereinten Kräften gegenüber der Öffentlichkeit und den PolitikerInnen auf eine Änderung der Türkei-Politik gedrängt wird.

Angesichts der Blockade in Düsseldorf scheinen uns diese Gespräche und Aktivitäten auf Bundesebene notwendig. Auch die anderen Gruppen sollten in ihren Aktivitäten darauf abzielen, asylpolitische Reaktionen auf die Situation in der Türkei auf Bundesebene zu verlangen.

3. Halil Ray, Flüchtling aus dem Wanderkirchenasyl, am 20.10. in Köln verhaftet und seitdem in Abschiebehaft in Mannheim, wurde freigelassen. Sein Asylfolgeantrag ist beim Verwaltungsgericht Karlsruhe mit Verweis auf die besondere Gefährdung durch die Teilnahme am WKA angenommen worden.

4. In Wuppertal sind 30 kurdische Flüchtlinge nach dem Gottesdienst in der Gemarker Kirche geblieben und haben um Schutz gebeten. Unterstützung der Gemeinde ist erwünscht (Tel. 0202/255 30 10); auch die Flüchtlinge brauchen Solidarität (Tel. 0172/589 12 83), zumal Oberkirchenrat Gutheil (Rheinische Landeskirche) als Gegner des WKA die Kirchengemeinde massiv unter Druck setzt, die kurdischen Flüchtlinge aus der Kirche zu werfen.

5. Die Bemühungen gegen das Wanderkirchenasyl haben verschiedene Formen. Dies drückt sich z.B. darin aus, daß vom Ausländeramt Köln Flüchtlingen schriftlich angedroht wird, sie in Haft zu setzen, wenn sie sich nicht bei ihren zuständigen Ausländerämtern melden. Es gibt auch eine gezielte Desinformation darüber, die Kampagne sei zu keinerlei Nachdenken über Lösungen unterhalb des Abschiebestops bereit. Deshalb noch einmal zur Klarheit: Wir unterstützen auf der einen Seite eine generelle Schutz-Regelung für alle kurdischen Flüchtlinge. Das um so mehr, als sich die Verfolgung von Kurden in der Türkei z.Zt. auf ein pogromähnliches Niveau steigert (so die Berichte von Nazmi Gür; so die Fernsehberichte des Türkischen Fernsehens und von Med-TV). Der Schutz kann und sollte sofort über einen Abschiebestop erfolgen, damit Zeit gewonnen werden kann für eine dauerhafte Bleiberechtsregelung über diesen vorübergehenden 6-monatigen Schutz hinaus.

Wir fordern andererseits für die im Wanderkirchenasyl geschätzten Flüchtlinge eine sofortige dauerhafte Bleiberechtsregelung. Die Kontingent- (oder Gruppen-) Lösung kann unterschiedliche rechtliche Form annehmen; wesentlich ist, daß der Schutz aller Flüchtlinge im Wanderkirchenasyl gewährleistet wird. Denn sie haben sich durch die Teilnahme besonders gefährdet.

ak.,

Kölner Netzwerk

kein mensch ist illegal

Kölner Netzwerk kein mensch ist illegal

c/o Kölner Appell - Allerweltshaus

Körnerstr. 77 - 79

50823 Köln

Tel:0221-3382281,Fax:0221-7390925

Email: J.Courage@link-lev.dinoco;

http://www.stadtrevue.de/kmii

Spenden auf das Konto:

Allerweltshaus, Stichwort "kmii", Bank für Sozialwirtschaft, Kto. 707 44 00, BLZ 370 205 00

27. Biblis A: Proletarischer Widerstand

Autor: DKa · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:21

Bundesweite Arbeitsniederlegungen und Boykott der Stromproduktion kündigt der Betriebsratsvorsitzende Alwin Fitting der RWE Energie im AKW Biblis A und B für den Fall an, daß Block A von Biblis kurzfristig stillgelegt wird und die Energiekonsensgespräche aus Arbeitnehmersicht unbefriedigend verlaufen. Fitting, ebenfalls Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates bei RWE, betonte, die Beschäftigten seien "zu Kampfmaßnahmen gezwungen", falls Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft "aus politisch-ideologischen Gründen geopfert" würden. Die "Friedenspflicht" wäre verletzt, dies würde eine bundesweite Protestwelle auslösen, "die es in der Energiebranche noch nicht gegeben hat." In der RWE-Belegschaft "brodelt" es. "Man kann uns nicht zwingen, Strom zu erzeugen", meinte der Gewerkschafter vieldeutig. Die Äußerungen stießen auf scharfen Widerspruch der hessischen Umweltministerin Priska Hinz (Grüne). Hinz nannte sie eine unverantwortliche, aber leere Drohung: "Wer die Stromproduktion tatsächlich unterbreche nimmt willkürlich und wissentlich den Notfall in Kliniken und im Bahnverkehr in Kauf". In diesem Fall kommen laut Hinz "gigantische Schadensersatzforderungen auf RWE zu."

Die RWE-Zentrale in Essen bemühte sich, den Vorstoß des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden herunterzuspielen. Fittig habe von der "gereizten Stimmung unter den Kollegen gewarnt, aber nicht noch mehr Öl ins Feuer gießen wollen", sagte der RWE-Sprecher Hermann Venghaus. Die Aufregung, daß eine "ganze Branche erledigt" werden könnte, sei doch verständlich.

Die Umweltschützer und AtomkraftgegnerInnen von BUND, BBU und andere fordern indes ein entschlosseneres Vorgehen gegen das AKW Biblis A (Kreis Bergstraße, Hessen) von der hessischen Umweltministerin. "Für uns geht das viel zu langsam," sagte der Landesvorsitzende des BUND Hessen, Michael Rothkegel in Wiesbaden. Es sei nicht verständlich, daß jetzt bei rot-grüner Bundesregierung nicht alles für eine sofortige Stillegung getan werde. Bei einem Reaktorunfall drohen immense Schäden, Arbeitsplätze gingen wegen jahrelanger Abwicklungsarbeiten erst nach und nach verloren, sagte Rothkegel; wer Arbeitsplätze wirklich erhalten wolle, müsse über eine nachnukleare Nutzung nachdenken.

DKa, AKgAtomanlagen, Ffm.

28. Die Preußen Afrikas. Lettow-Vorbeck und die Pflege kolonialer Tradition

Lettow-Vorbeck und die Pflege kolonialer Traditionen

Autor: Heiko Möhle · Rubrik: Bundeswehr; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:01

Herbst 1988. Vor dem "Ehrenmal der Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika" präsentieren junge Soldaten das Gewehr. Die Bundeswehr heißt Veteranen von Hitlers Afrikakorps zu ihrem Bundestreffen in der Lettow-Vorbeck-Kaserne in Hamburg-Wandsbek willkommen.

Nicht zum ersten Mal wurde der mit Reichsadler und Eisernen Kreuzen geschmückte, phallische Säulenbau des Ehrenmals zum Wallfahrtsort für jene, die einst mit der Waffe in der Hand für Deutschlands Größe in Afrika fochten. Seit 1937 wurde in der Wandsbeker Kaserne die Tradition der "deutschen Schutz- und Überseetruppen" gepflegt, erst von Hitlers Wehrmacht, dann von der Bundeswehr. Die Bundeswehr taufte das Gelände auf den Namen "Lettow-Vorbeck-Kaserne" - Ausdruck eines ungebrochenen Verhältnisses zur Vergangenheit ihrer Vorgängerorganisationen.

General Paul von Lettow-Vorbeck wurde bereits zu Lebzeiten zum Mythos. Unter dem Kommando des "Helden von Afrika" kämpfte die Schutztruppe bis zum Ende des Ersten Weltkriegs gegen das ostafrikanische Expeditionskorps der Engländer. Doch was verbindet den Namen Lettow-Vorbeck mit Hamburg?

Der Erste Weltkrieg

in den Kolonien

Als der Erste Weltkrieg im August 1914 begann, stand bereits fest, daß über die künftige Verteilung des Kolonialbesitzes auf europäischen Schlachtfeldern, nicht in den Kolonien entschieden würde. Afrika mit seinen schwachen Armeen, die für die Aufstandsbekämpfung, nicht aber für grenzüberschreitende Großeinsätze gerüstet waren, blieb ein Nebenkriegsschauplatz. Togo fiel bereits im August 1914 in britische und französische Hände. Die deutschen Truppen in Südwestafrika kapitulierten im Juli 1915 in Khorab bei Otavi, während die letzten Einheiten in Kamerun erst im Februar 1916 aufgaben. Allein in Ostafrika zogen sich die Kämpfe bis 1918 hin. 3.000 Deutsche und 12.000 afrikanische Askaris standen einem britisch-indisch-südafrikanischen Kontingent von zeitweise 98.000 Mann gegenüber. Paul von Lettow-Vorbeck, der deutsche Kommandeur, war ein erfahrener Kolonialkrieger. Der Sproß einer alten preußischen Offiziersfamilie hatte 1900 an der Niederschlagung des Boxeraufstands in China teilgenommen und war als Adjutant von Generalleutnant Trotha an der Vernichtung der Herero in Deutsch-Südwestafrika beteiligt gewesen. Lettow-Vorbecks Rückzugsgefechte gegen die alliierte Übermacht verwandelten große Teile Ostafrikas in ein Schlachtfeld. Allein die britischen Truppen hatten 10.000 Tote zu beklagen, die belgischen Einheiten verloren 1.980, die portugiesischen 1.730 und die deutschen 2.530 Soldaten. Weit höher waren die Verluste unter den "nicht kämpfenden Eingeborenen". 100.000 afrikanische Hilfstruppen und Träger kamen während des Krieges um. Meist wurden sie Opfer von Typhus, Malaria oder Lungenentzündung, die sich epidemisch ausbreiteten. Am stärksten aber war die Zivilbevölkerung betroffen. Plünderungen und die von beiden Seiten betriebene "Politik der verbrannten Erde" führten zu Hungersnöten, eine aus Europa eingeschleppte Grippe forderte 50.000 bis 80.000 Menschenleben. Am Ende hatte der Durchhaltekrieg der Schutztruppe nach Schätzungen einer halben Million Menschen den Tod gebracht.

Im November 1918 kapitulierte die deutsche Heeresführung, und auch Lettow-Vorbeck, der mit seiner auf 1.300 Mann zusammengeschmolzenen Truppe nach Nordrhodesien geflohen war, mußte am 14. November 1918 die Waffen strecken. Am 2. März 1919 zogen die Reste seiner "Ostafrikaner" durch das Brandenburger Tor in Berlin ein, von einer begeisterten Menge gefeiert, als wären sie die eigentlichen Sieger des Krieges. Auf Lettow-Vorbeck warteten indes neue Aufgaben. Als im Juni desselben Jahres in Hamburg ein Arbeiteraufstand unter kommunistischer Führung ausbrach, marschierte Lettow-Vorbeck an der Spitze einer Reichswehrdivision mit 10.000 Mann, 30 Geschützen, unterstützt von einem Panzerzug und einer Torpedobootsflottille, in die Hansestadt ein. Obwohl es kaum Widerstand gab, verhielt sich sein Korps wie eine Besatzungstruppe. Passanten, die die Straßen nicht schnell genug räumen konnten, wurden ebenso niedergeschossen wie zwei

Abgeordnete der USPD, die das Verhalten der Truppen in der Bürgerschaft angeprangert hatten. Auf dem Dach des Rathauses ließ Lettow-Vorbeck die schwarz-weiß-rote Fahne hissen. Seine Offiziere gingen daran, die Hamburger Polizei- und Sicherheitskräfte zu reorganisieren. Aus Angehörigen des ostafrikanischen Schutztruppenregiments und weiteren Freiwilligen des Korps wurde eine militärisch bewaffnete und kasernierte Sicherheitspolizei gebildet.

Ein Held kehrt zurück

Als am 13. März 1920 ultrarechte Militärs in Berlin einen Staatsstreich gegen die Reichsregierung, den "Kapp-Putsch", unternahmen, traten Lettow-Vorbeck und andere hohe Offiziere der Sicherheitspolizei sofort ins Lager der Putschisten über. Lettow-Vorbeck zog nach Mecklenburg, um dort für "Ruhe und Ordnung" zu sorgen. Kampferprobte Verbände aus dem Baltikum sorgten dafür, daß "die Störungen durch linksradikale Elemente schnell beseitigt" wurden. Der Kapp-Putsch scheiterte schließlich jedoch am breiten Widerstand der organisierten Arbeiterschaft, die in den Generalstreik getreten war, und an der Loyalität von Teilen der Reichswehr gegenüber der Regierung.

Lettow-Vorbeck wurde im Sommer 1920 wegen seiner Beteiligung am Putsch aus der Armee entlassen. Doch damit verschwand er keineswegs von der Bildfläche. In den folgenden Jahren widmete er sich dem Kampf gegen die "Kolonialschuldlüge" und dem Aufbau einer kolonialrevisionistischen Bewegung, die die Rückgabe der deutschen "Schutzgebiete" forderte. In Vortragsreisen und Büchern, darunter das berühmte "Heia Safari" (Leipzig 1919), sponn er weiter an der Legende vom Heldenkampf der Deutschen und von der bedingungslosen Treue der schwarzen Askaris in Ostafrika. Im Juli 1932 weihte Lettow-Vorbeck den "Elefanten", das Kolonialehrenmal der Deutschen Kolonialgesellschaft, in Bremen ein. In seiner Laudatio machte er deutlich, daß ihm eine Wiedergewinnung der Kolonien nur durch konsequente Machtpolitik möglich erschien: "Es sind Illusionen, wenn wir glauben, Kolonien wieder zu erlangen, ohne das Fundament der Macht, mag der Rechtsanspruch noch so begründet sein. Und so liegt der erste Schritt zum Wiedererwerb unserer Kolonien nicht drüben, irgendwo jenseits der Meere, er muß getan werden zu Hause, in der Heimat. Hier gilt es, Macht zu schaffen, und Macht entsteht durch Zusammenfassen von Kraft."

Der General und die Nazis

Lettow-Vorbeck brauchte nicht lange auf die Verwirklichung seiner Vorstellungen zu warten. Die Nationalsozialisten machten sich die Forderungen der Kolonialbewegung zu eigen. Wie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche wurde auch die zersplitterte Kolonialbewegung "gleichgeschaltet" und zum "Reichskolonialbund" zusammengefaßt. An der Aufgabe, "Macht zu schaffen", wurde vor allem auf militärischem Gebiet gearbeitet - die Umbenennung der Reichswehr in "Wehrmacht" spricht für sich. Neue Eroberungszüge wurden geplant und neue Truppen aufgestellt.

Dem 1935 gebildeten Infanterie-Regiment 69 in Harburg und Wandsbek wurde im Februar 1937 feierlich die "Tradition der Schutztruppen für Kamerun und Deutsch-Ostafrika" durch ihren letzten Kommandeur, General von Lettow-Vorbeck, übergeben. Der Kampf der kaiserlichen Schutztruppe sollte dem jungen Regiment ein leuchtendes Vorbild sein. Oberst v. Briesen, der Regimentskommandeur: "Die Ehre ist in Zukunft auch unsere Ehre. Mit Leib und Leben haften wir dafür in Frieden und Krieg. Daß nicht in jungen Händen die alte Ehre bricht, dafür werden wir einzustehen haben auf dem Schlachtfelde. Und immer, wenn uns das Herz höher schlägt bei den Taten unserer soldatischen Ahnen, so soll handgreiflich die Mahnung uns vor Augen stehen: So sollst du handeln, Soldat vom Regiment 69!"

Der Monarchist Lettow-Vorbeck hatte sich schnell mit den Nazi-Machthabern angefreundet. Aus den Restbeständen seiner Schutztruppe wurde die SA mit ihren ersten Braunhemden ausgestattet. In groß aufgezogenen Kundgebungen warb der General für die Kolonialbewegung und beteiligte sich an der ideologischen Mobilmachung für den nächsten Krieg. Anlässe in Hamburg fanden sich in der jährlich im November abgehaltenen Tanga-Feier zu Ehren des größten deutschen Sieges im Ostafrika-Feldzug, dem 4. Reichstreffen der "Deutsch-Ostafrikaner" und der Enthüllung kolonialmilitärischer Denkmäler.

Im Mai 1935 erhielt das Denkmal des "Kolonialhelden" Wissmann im Garten der Universität Gesellschaft durch ein Denkmal des "Kameruner" Schutztruppenoffiziers Dominik. In Aumühle am Sachsenwald entstand am Rande der fürstlichen Besitzungen der mit Lettow-Vorbeck gut befreundeten Bismarck-Familie ein "Ostafrikaner"-Denkmal. Das Sandstein-Trio mit der lapidaren Aufschrift "Deutsch-Ostafrika 1914-18" zeigt den

General mit einem treuen Askari an seiner Seite und einem erschöpften Krieger zu seinen Füßen. Heute steht das Denkmal etwas verloren vor dem Komposthaufen des Hotels "Waldesruh". Lettow-Vorbeck selbst weihte im August 1939 gemeinsam mit prominenten Nationalsozialisten das Schutztruppen-Denkmal in Wandsbek ein.

"Afrikaner"

von adligem Geblüt

Wenige Monate nach der Einweihung des Schutztruppen-Denkmals zogen die "69er" in den Krieg. Zwei Söhne Lettow-Vorbecks, die beide ihre Offizierslaufbahn in der Wandsbeker Garnison begonnen hatten, fielen in Rußland bzw. Frankreich.

Zu diesem Zeitpunkt stand ein anderer "Afrikaner" von adligem Geblüt noch ganz am Anfang seiner Karriere. Der junge Wehrmachtsoffizier Kai-Uwe von Hassel war 1941 damit beschäftigt, in Erwartung des deutschen Endsieges und "im Hinblick auf eine koloniale Neuordnung" ein Arbeitsheft der Suahelisprache für den Gebrauch der künftigen Kolonial-Wehrmacht zu verfassen. Von Hassel, 1913 in Deutsch-Ostafrika als Sohn eines Pflanzers und Kolonialoffiziers geboren, hatte sich nach dem Verlust der Kolonie im Ersten Weltkrieg mit seiner Familie in Glücksburg an der Flensburger Förde niedergelassen. 1935 kehrte er in das inzwischen britische "Tanganjika" zurück, um einen Pflanzungsbetrieb zu leiten, wurde aber bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs interniert und 1940 ein zweites Mal nach Deutschland "repatriiert", wo er in eine "Dolmetscher-Lehrkompanie" der Wehrmacht eintrat. Dort existierten bereits detaillierte Pläne für die Militärverwaltung eines immens erweiterten deutsch-afrikanischen Kolonialreichs. "Im Sommer 1941", schreibt der Historiker Klaus Hildebrand, "als Hitlers Offensive im Kaukasus und dem Unterlauf der Wolga und der Vorstoß Rommels nach Ägypten die deutschen Siegesaussichten noch einmal in hellem Licht erscheinen ließen, ... gewann man den Eindruck, daß ... von der Verwaltung der künftigen Kolonien bis zum kolonialen Transportproblem, von der ‚Einführung technischer Fachausdrücke in Suaheli` bis zu einer ‚Gesundheitsfibel für Eingeborene` alles vorbereitet war, um für den Tag gerüstet zu sein, da der ‚Führer` den Schritt nach Afrika tun werde." Die Kapitulation der Wehrmacht bei Stalingrad und die Niederlage des deutschen "Afrikakorps" bei Tunis 1943 markierten jedoch den Wendepunkt im Kriegsgeschehen. Der Traum vom deutschen Reich in Afrika war ausgeträumt.

Lettow-Vorbeck verbrachte den Krieg im schleswig-holsteinischen Waterneversdorf auf dem Gut des Grafen Waldersee, dessen Vater 1900 sein Oberbefehlshaber im China-Feldzug gewesen war - Adel verpflichtet. 1952 siedelte der alternde General mit seiner Frau nach Hamburg über. "In Hamburg lebten viele alte Ostafrikaner, und wir Ostafrikaner halten wie die Kletten zusammen ... Dazu kam, daß Hamburg mein Verhalten zur Zeit der Spartakusunruhen besonders dankbar anerkannt hatte."

Als der verehrte Haudegen 1964 starb, wurde er auf dem holsteinischen Gut Pronstorf, wo seine Tochter als Gattin des Grafen Christian Graf zu Rantzau lebte, unter militärischen Ehren beigesetzt. Adel verpflichtet: Die Grabrede hielt Kai-Uwe von Hassel, inzwischen zum Bundesverteidigungsminister avanciert. Nach 1945 hatte der "Preuße aus Ostafrika" in der Politik Karriere als schleswig-holsteinischer Ministerpräsident, Bundesverteidigungsminister und Bundesvertriebenenminister gemacht und es bis zum Bundestagspräsidenten gebracht. Nebenbei entwickelte er sich zum Aushängeschild der rechten deutschen Afrikaszene. Im Zuge der bevorstehenden Unabhängigkeit Namibias engagierte sich v. Hassel als Vorstandsmitglied der "Deutsch-Namibischen-Entwicklungsgesellschaft e.V.", der "Deutschen Afrika Stiftung e.V." und des Komitees "Freiheit für Namibia" für die von Südafrika unterstützte "Demokratische Turnhallenallianz" (DTA) und gegen die Befreiungsbewegung SWAPO. Bis vor einigen Jahren fungierte er als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft (DOAG), einer ausgesprochenen kolonialen Altlast. Die DOAG wurde 1885 gegründet, um die Kolonialeroberungen von Carl Peters in Ostafrika zu verwalten. Seit 1933 war sie aufs Engste mit der NSDAP liiert. In einer Festschrift der DOAG sprach sich v. Hassel noch 1984 gegen eine allzu schnelle Einführung der Demokratie in Afrika aus.

Die Bundeswehr und Afrika

Deutsches Militär blieb auch nach dem Zweiten Weltkrieg unter v. Hassel und seinen Nachfolgern in Afrika präsent. In den Blütezeiten des Kalten Krieges konkurrierte die Bundesrepublik mit der DDR um die Gunst der gerade unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten. Bis 1970 wurden 15 afrikanische Länder aus

Altbeständen der Bundeswehr mit Rüstungsgütern beliefert. Der größte Posten bundesdeutscher "Ausrüstungshilfe" nach Afrika kam allerdings Portugal zugute, das damit die Befreiungsbewegungen in seinen Überseeprovinzen Angola, Mosambik und Guinea bekämpfte.

Das zweite Standbein bundesdeutscher Militärpräsenz in Afrika bildete neben der "Ausrüstungshilfe" die "Ausbildungshilfe". Militärberater wurden entsandt, ein deutscher Oberstleutnant fungierte sogar zeitweilig als Oberbefehlshaber der nigerianischen Luftwaffe. In der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese bildet die Bundeswehr noch heute nicht nur die eigene "Elite" aus, sondern auch Offiziere aus zahlreichen Ländern der "Dritten Welt", darunter eine ganze Reihe von Militärdiktaturen.

In der Wandsbeker Lettow-Vorbeck-Kaserne führte die Bundeswehr unterdessen gemeinsam mit dem "Traditionsverband des Deutschen Afrika-Korps e.V." die Denkmals- und Traditionspflege weiter, seit der letzte Schutztruppen-Veteran 1988 im Alter von 100 Jahren verstorben war. 1965 - zur Amtszeit v. Hassels - bekamen die "in Nord-Afrika gefallenen Kameraden des deutschen Afrika-Korps" ihre eigene Gedenktafel am Schutztruppen-Denkmal. Allmonatlich hielten die Wüstenkrieger ihren Kameradschaftsabend im Offizierskasino der Lettow-Vorbeck-Kaserne ab.

Schutztruppe, Afrika-Korps, Bundeswehr - eine große Familie? Oberstleutnant Jörg Walter, Kommandeur des Instandsetzungsbataillons 6, das die Wandsbeker Kaserne bezogen hatte, sah das ganz ähnlich wie sein Vorgänger v. Briesen rund 50 Jahre zuvor. Walter 1988 vor dem Bundestreffen des Afrika-Korps in der Lettow-Vorbeck-Kaserne: "Es gibt da keine Trennung für Soldaten nach Generationen, Orten oder Zeiten, wenn es um den Tod in Erfüllung des Auftrags geht".

Während der Militärintervention in Somalia 1992 wurden erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder deutsche Kampfverbände nach Afrika geschickt, von weiten Teilen der Presse als "neues Afrikakorps" gefeiert.

Inzwischen wurde die Lettow-Vorbeck-Kaserne geschlossen. Die neue Bundeswehr ist zahlenmäßig verkleinert, aber weltweit einsatzbereit. Das Schutztruppendenkmal blieb stehen und bietet reichlich Platz für weitere Gedenktafeln.

Heiko Möhle

Der Autor arbeitet in der Geschäftsstelle des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO). In seiner Freizeit wandelt er auf den Spuren der Hamburger Kolonialgeschichte.

Der Beitrag ist dem gerade erschienen Buch "Bibel, Branntwein und Bananen - Spurensuche der Kolonialgeschichte Hamburgs" entnommen, das im Verlag Libertäre Assoziation erschienen ist.

29. Ein Zeitalter wird berichtigt. Hobby-Historiker Augstein deutet das 20. Jahrhundert

Autor: Js. · Rubrik: Revanchismus; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:02

Mehr als ein Jahr vor dem Ende dieses Jahrtausends beginnen die Medien mit ihren Rückblicken. Daß dem Publikum ein unübersehbares Sammelsurium von Ereignissen und Personen präsentiert wird, wäre noch zu verschmerzen. Der Spiegel etwa, für den immer "der Mensch im Mittelpunkt" steht, hat ja nicht unrecht: Hitler und Lenin, Gandhi und Wilhelm II., aber auch Mao, Stalin, Freud, Einstein, Bill Gates, Marilyn Monroe und Lady Di - allesamt auf dem Spiegel-Titel vereint - sind auf die eine oder andere Weise Persönlichkeiten dieses 20. Jahrhunderts "der Imperien/ der Entdeckungen/ der Kriege/ der Befreiung/ des sozialen Wandels/ des Kapitalismus/ des Kommunismus/ des Faschismus/ der Elektronik und Kommunikation/ der Medizin/ der Massen-Kultur." (Der Spiegel 45/1998)

War ganz schön was los die letzten 100 Jahre! Damit wir nicht den Überblick verlieren, zeichnet der Spiegel-Herausgeber und Hobby-Historiker Augstein die großen Linien der Geschichte nach - "Hitler und die Atombombe" sind die zentralen politischen Themen dieses verwirrenden Zeitalters.

Der Schlamassel begann schon kurz vor der Jahrhundertwende, mit dem Krieg der Briten gegen die Buren: "20.000 bis 30.000 Weiße, man bedenke weiße Frauen und Kinder, fielen in einer Art Konzentrationslagern dem Sieger Lord Horatio Kitchener zum Opfer." So kam, was kommen mußte: Wilhelm II. forcierte die Aufrüstung des Deutschen Reiches gegen das perfide Albion, der Krieg war "beschlossene Sache" - obwohl noch 1912 ein Ereignis "den Menschen Stoff zur Besinnung hätte geben können": der Untergang der Titanic nämlich.

Auf den Krieg folgte das "Friedensdiktat von Versailles", ohne das Hitler "schwerlich hätte nach der Macht greifen können. Man hatte, wie stets, aus der Geschichte nichts gelernt." So kam eins zum anderen, die Weltwirtschaftskrise und Hitlers "große Wut", die er allerdings mit taktischem Geschick zu kombinieren verstand: Nach dem Putschversuch vom 9. November 1923 verhielt er "sich zunächst still, in ständiger Furcht, nach Österreich abgeschoben zu werden." Wenngleich "diese Gefahr drohte", durfte er doch bleiben: "So konnte Hitler die verhängnisvollste Figur unseres Jahrhunderts werden... Hitlers braune Horden überschwemmten Deutschlands Straßen" - anstatt im kleinen Österreich ihr vergleichsweise harmloses Unwesen zu treiben.

Woraus wir lernen: Extremisten gehören beizeiten in ihre Herkunftsländer abgeschoben, zumal die biederen Deutschen ihnen offensichtlich nicht gewachsen sind. Auch den Eliten mangelte es "an Einsicht in die verbrecherischen Phantasien dieses Mannes" Hitler. Feige waren sie auch noch: "Daß man gegen die Sowjetunion nicht Krieg führt, sagte ihm niemand" - sonst, so schlußfolgern wir, hätte die Sache auch anders ausgehen können. Statt dessen folgte auf Deutschlands Niederlage "das große Kriegsverbrechen der Alliierten", die Atombomben der USA gegen Japan. Ist das eine Jahrhundert-Thema abgehakt (Hitler ist tot), bleibt das andere, die Bombe.

Nicht nur deshalb sind, auch nach dem "Zusammenbruch des Lenin-Stalinschen Bolschewismus", die Aussichten trübe: "Der Blick ins kommende Jahrhundert zeigt wenig Erbauliches. Eine große Völkerwanderung droht, deren finanzielle Folgen das vereinte Deutschland in vorderster Reihe mitzutragen hat." Der Deutsche zahlt und grübelt: "Auschwitz drückt immer noch aufs deutsche Gemüt." Ein bißchen wärmen kann es sich an den "kulturellen Errungenschaften" des Jahrhunderts, "genialen Gestalten wie James Joyce und Franz Kafka" - und am Euro, auch wenn das "eine französische Erfindung" ist.

So endet Augsteins "Bilanz des ausgehenden Millenniums", mit dem eine 50teilige Serie eröffnet wurde. Sein "Essay" ist ein weiterer Beweis, daß der Spiegel-Herausgeber in seinem Blatt Narrenfreiheit genießt; selbst Stilblüten läßt die Redaktion ihm durchgehen ("Ein örtlicher Erfolg wird aus Nordirland gemeldet, aber fragil, fragil.") Man müßte das nicht weiter ernst nehmen, wenn er nicht auch noch die Politik des Spiegel bestimmen würde. Schon drei Wochen nach Augsteins Klage über die "große Völkerwanderung" ließ die Redaktion die Titelstory "Zu viele Ausländer?" folgen. "Bonns Ausländerpolitik gefährdet den sozialen Frieden", heißt es zusammenfassend im Inhaltsverzeichnis - was wie CDU-Rhetorik klingt, erhält im Zusammenhang mit

Augsteins Jahrhundert-Bilanz den Status einer Lehre der Geschichte. Auch ohne akademische Qualifikation paßt Augstein in die Reihe jener deutschen Historiker, aus deren "Wissenschaft" die Herrschenden in diesem Jahrhundert Nutzen gezogen haben.

Js.

30. Hitlers "Opfer" Österreich. Der Gründungsmythos der Zweiten Republik

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Österreich; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:43

Nur "unter massivster militärischer Gewaltanwendung von Hitler" sei Österreich "in die Knie" gezwungen worden, vorher habe es "jahrelang den nationalsozialistischen Drohungen Widerstand geleistet und hierbei auch schwere Opfer gebracht". Das behauptete der österreichische Außenministers Figl in einer Erklärung aus dem Jahr 1954. Sie ist typisch für die Sicht Österreichs auf den "Anschluß" des Landes an das Deutsche Reich. Vor allem in der Gründungsphase der Zweiten Republik betonte Österreich seine angebliche Opferrolle.

Schon die im April 1945 von Karl Renner gebildete provisorische österreichische Regierung vertrat die sogenannte Okkupationstheorie, der zufolge das Land von den Deutschen gewaltsam besetzt worden, in seiner völkerrechtlichen Existenz jedoch nicht untergegangen sei. Österreich sei vielmehr nur in seiner Handlungsfreiheit behindert worden und nach der "Befreiung" 1945 mit allen vertraglichen Bindungen wiedererstanden.

Die Okkupationstheorie bildete die Grundlage der österreichischen Regierungspolitik und und prägt noch heute das Selbstbild des Landes. In einem sehr instruktiven Aufsatz untersucht Matthias Pape, wie die Okkupationstheorie entstand, welche wirtschaftlichen Interessen dazu führten, daß sie von den Westalliierten mitgetragen wurde, und wie sie sich zu einem gesamtgesellschaftlichen Entlastungs- und Legitimationsmuster ausweitete.

Der "Anschluß von unten": Jubel und Glockengeläut

Österreichs Gründungsmythos hat seine Wurzeln in der Moskauer Erklärung der Außenminister Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten vom 1. November 1943. Darin wurde Österreich "das erste freie Land" genannt, "das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen" sei. Gleichzeitig wurde in der Erklärung aber festgestellt, daß Österreich "für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann". Diese Paradoxie - Österreich als Opfer und Täter zugleich - entsprach den widersprüchlichen Interessen der Alliierten: Die USA wollten auf Reparationen Österreichs verzichten, um das Land ökonomisch zu stabilisieren; Churchill und Stalin hingegen betonten die Mitschuld Österreichs am Krieg, um es zu Reparationen heranziehen zu können.

In Österreich selbst machte sich 1945 die neue Regierung einseitig die Opferthese der Moskauer Erklärung zu eigen. Tatsächlich war aber schon die Moskauer Erklärung völkerrechtlich problematisch: Der "Anschluß" war keineswegs gewaltsam durchgesetzt worden, vielmehr wurden Hitler und die einmarschierenden Truppen mit Jubel, Blumen und Glockengeläut empfangen. Österreichische Diplomaten bekannten sich in vorauseilendem Gehorsam zum "Anschluß", und das Episkopat forderte zu einem positiven Votum bei der Abstimmung auf. Nahezu alle Regierungen - allen voran Großbritannien, Frankreich und die USA - stuften ihre diplomatischen Vertretungen in Wien zu Generalkonsulaten oder Konsulaten herab, was zumindest als indirekte Anerkennung der Annexion gesehen werden konnte. Die Okkupationstheorie steht also im Widerspruch zu den völkerrechtlichen Reaktionen der Staatenwelt.

Nach 1945 wurde die Anschlußfrage ausschließlich auf der zwischenstaatlichen Ebene beurteilt, die innenpolitischen Voraussetzungen der Annexion und der Anschluß ‚von unten' blieben ausgeblendet. So stellten die beiden großen Parteien des Landes, die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und die Sozialistische Partei (SPÖ), Schuschniggs Rücktritt und den kampflosen "Anschluß" als Versagen dar. Dabei ignorierten sie geflissentlich, daß Schuschnigg keinen breiten Rückhalt in der Bevölkerung gehabt hatte und daß er im sozialistischen, aber auch im nationalen und antiklerikalen Lager ausgesprochen verhaßt war und daß die einmarschierenden deutschen Truppen auch keinen zivilen Widerstand hatten brechen müssen. Gegen die Tatsachen wurde mit Hilfe eines weitgefaßten Widerstandsbegriffs der Eindruck erweckt, daß das Nazi-Regime in Österreich vor allem auf Ablehnung gestoßen sei. Papes bissiger Kommentar: "So entstand der Mythos von der Gründung der Zweiten Republik durch die ehemaligen politischen Gegner, die auf der Lagerstraße im Konzentrationslager zueinander gefunden hätten - während die politischen Gegensätze unter den Emigranten nicht zu überbrücken waren und die Bildung einer Exilregierung verhindert hatten."

SPÖ und ÖVP stimmten in der völkerrechtlichen Einschätzung des Anschlusses zwar nicht überein; trotzdem bildete die Okkupationstheorie die Grundlage ihrer gemeinsamen Regierungspolitik, weil so nach dem Krieg Reparationsansprüche abgewehrt werden konnten. Man habe nichts gutzumachen, weil man nichts verbrochen habe, lautet die verbreitete These. Österreich habe als okkupiertes Land vielmehr selbst Anspruch auf die Kompensation von Schäden, die während der Okkupation entstanden seien, etwa für die Liquidation der Nationalbank mit Goldreserven und Devisen im Wert von etwa 2,2 Milliarden Schilling. Insgesamt, so die Schätzungen der österreichischen Regierung, waren diese "Schäden" ebenso hoch wie die deutschen Rückgabeforderungen.

Vom Notbehelf zur Staatsräson

Die Okkupationstheorie war außerdem nützlich, um Entschädigungsansprüche von jüdischen Emigranten und KZ-Häftlingen zurückzuweisen. Der zum Teil fanatische Antisemitismus vieler Österreicher wurde geleugnet. Leopold Figl z.B., damals Bundeskanzler, erklärte anläßlich des 10. Jahrestages der Pogromnacht, daß "nicht oft genug daran erinnert" werden könne, "daß all diese Verbrechen und Scheußlichkeiten jenseits unserer Grenzen erdacht und organisiert worden sind". Mit solchen Begründungen wälzte Österreich die Wiedergutmachungsleistungen, die von den internationalen jüdischen Organisationen gefordert wurden, auf die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches ab. Gleichzeitig wurde eine Rückgabe von "arisierten" Vermögen abgewehrt. "Allein in Wien wären die Inhaber von 60.000 Wohnungen, 36.000 Betrieben und Tausenden von Geschäften und Warenhäusern, die nach 1938 von der ‚Arisierung' profitiert hatten, betroffen gewesen", schreibt Pape.

Auch die Kosten, die Österreich durch die Zuwanderung von 200.000 Sudetendeutschen entstanden, versuchte es an die Bundesrepublik weiterzugeben. Ähnlich verhielt es sich im Fall der 150.000 nach 1938 umgesiedelten Volksdeutschen aus den Ländern der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie: Auch diese Menschen, die nach dem Krieg nach Österreich flohen, sollten in den deutschen Lastenausgleich einbezogen werden.

In Westdeutschland blieb die Okkupationstheorie lange unwidersprochen, denn die Bundesrepublik wurde erst 1949 gegründet. Adenauer vertrat dann allerdings, wie die österreichischen Sozialisten, die Annexionstheorie. Danach war Österreich 1938 annektiert und als Teil des Deutschen Reiches in seiner eigenstaatlichen Existenz ausgelöscht worden. Bonn berief sich dabei auf die völkerrechtlichen Reaktionen der meisten Staaten, die ihre diplomatischen Vertretungen in Wien zu Konsulaten zurückgestuft hatten. Die Vertreter der Annexionstheorie betonten außerdem, daß Österreich den Anschluß gewollt hatte, am Krieg beteiligt war und folglich auch dessen Konsequenzen mittragen sollte.

In den Streit zwischen der BRD und Österreich über die finanziellen Konsequenzen mischten sich die Allierten ein. Schon auf der Potsdamer Konferenz hatten sie auf österreichische Reparationen verzichtet, um das Land ökonomisch zu stabilisieren. Die Sowjetunion überführte zwar 1946 das in ihrer Zone gelegene deutsche Industrieeigentum in sowjetische Staatskonzerne; sie deklarierte aber die Demontagen und Lieferungen aus der laufenden Produktion in Österreich als Eintreibung von Reparationen aus deutschem Eigentum - und unterstützte damit die These vom Opferstatus Österreichs.

"Um diese Unternehmen dem sowjetischen Zugriff zu entziehen," schreibt Matthias Pape, "verstaatlichte die Republik 1946/47 Banken und Grundstoffindustrie, freilich ohne den erhofften Erfolg. Die Sowjets machten die Übergabe des deutschen Eigentums von der Unterzeichnung des Staatsvertrags abhängig." Bei der Unterzeichnung des Staatsvertrages einigten sich die Westalliierten und die Sowjetunion auf einen Ausgleich ihrer Interessen zu Lasten der Bundesrepublik. Ehemals deutsche Vermögen in Österreich wurden in der Regel nicht zurückgegeben und die Alteigentümer auch nicht entschädigt.

Pape zeichnet den Prozeß nach, wie aus dem zunächst durch wirtschaftliche Interessen begründeten Geschichtsbild der Gründungsmythos der Zweiten Republik wurde. "Die Okkupationstheorie, zunächst ein juristischer Notbehelf, um das deutsche Eigentum zu beanspruchen und Wiedergutmachungsleistungen abzuwehren, ging nach 1955, als sie ihren unmittelbaren Zweck mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags erfüllt hatte, ins österreichische Geschichtsbild ein. Sie wurde in die Schulbücher übernommen und zur Staatsräson." Pape geht allerdings auch auf die Widerstände gegen diesen Unschuldsmythos ein, die es

innerhalb Österreichs gab. Und er zeigt, daß das offizielle Geschichtsbild Österreichs seit 1988 zumindest einer Teilrevision unterzogen wurde.

Die Politiker scheuen freilich noch immer vor einer grundlegenden Revision dieses Bildes zurück und halten an der Okkupationstheorie fest. "Nur so kann den noch immer ‚drohenden' jüdischen Entschädigungsansprüchen begegnet und das Gesicht gegenüber den Sudeten- und Volksdeutschen in Österreich sowie gegenüber Deutschland angesichts der Enteignung des deutschen Eigentums durch den Staatsvertrag gewahrt werden."

Angela Martin

Matthias Pape, "Die völkerrechtlichen und historischen Argumente bei der Abgrenzung Österreichs von Deutschland nach 1945", in: Der Staat, Jg. 37, Heft 2, Verlag Duncker und Humblot, Berlin 1998, 40,- DM.

31. IG Farben: Aktionärsversammlung wieder verschoben

Autor: am · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:37

Zuerst wollte man sie am 27. November abhalten, dann verschob die IG Farben AG in Abwicklung ihre diesjährige Hauptversammlung auf den 18. Dezember. Doch auch dieser Termin ist geplatzt. Was ist passiert?

Am 27. November konnte die Einladung nicht satzungsgemäß ausgesprochen werden, weil ein neuer Liquidator der IG Farben, der Möllner Rechtsanwalt Volker Pollehn, nicht rechtzeitig als Nachfolger des Berliner Immobilienkaufmanns Günter Reese vom Amtsgericht eingetragen worden ist. Hintergrund für die neuerliche Verschiebung dürfte ein Eigentümerwechsel sein. Darauf lassen starke Kursschwankungen der IG Farben-Aktie und ein sprunghafter Anstieg ihres Handelsvolumens schließen. Außerdem hat sich der bisher größte Aktionär, der Kölner Immobilienhändler Dr. Günter Minninger, laut FAZ in der letzten Zeit auffallend wenig um die Gesellschaft gekümmert. 1996 hatte er 43 Prozent der Anteile erworben. Nach der letzten Hauptversammlung hieß es aber, er habe Anteile verkauft. Offenbar will er jetzt auch sein Amt als Liquidator aufgeben.

Eigentlich hätte die diesjährige Hauptversammlung - sie muß einmal jährlich stattfinden - sogar schon im August einberufen werden müssen. Als sie verschoben wurde, reagierte der Dachverband der kritischen Aktionäre und versuchte, ein Zwangsgeldverfahren gegen die Abwickler zu bewirken, um so eine baldige Einberufung der Hauptversammlung durchzusetzen. Das wurde vom Amtsgericht Frankfurt a. M. jedoch abgelehnt. In der Begründung heißt es unter anderem: "Zur Abhaltung der Hauptversammlung ist ein Versammlungslokal anzumieten; ein gültiger Mietvertrag kann zur Zeit nicht abgeschlossen werden." Wie die Erfahrungen des letzten Jahres zeigen, hat die IG Farben AG inzwischen große Schwierigkeiten, in Frankfurt Räume für ihre Aktionärsversammlungen zu finden. Denn wo immer die Aktionäre zusammenkommen, sind Demonstranten zur Stelle, die die sofortige Abwicklung der Gesellschaft und die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter fordern, die während der NS-Zeit vom Konzern be-schäftigt wurden.

Die IG-Farben-Abwicklungsgesellschaft richtet statt dessen ihre Hauptaktivitäten laut Geschäftsbericht in den letzten Jahren "auf die Maßnahmen zur Rückgewinnung unseres Ostvermögens". Nach der Wiedervereinigung hat die Gesellschaft die Rückgabe von Liegenschaften in der ehemaligen DDR gefordert, die nach Kriegsende enteignet worden sind: insgesamt 151 Millionen Quadratmeter. Entsprechende Klagen bis hin zum Bundesverfassungsgericht sind jedoch abgewiesen worden. Daher bemüht sich die Gesellschaft jetzt, über das sogenannte Investitionsvorrangverfahren Immobilien im Osten Berlins zurückzugewinnen, die erst nach 1949 enteignet worden sind.

am

32. Ein Treffen ehemaliger Zwangsarbeiter aus dem Lager Monowitz

Autor: Angela Martin · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:50

"Wir alle, die wir hier anwesend sind, sind Wunder", sagte Hans Frankenthal, ehemaliger IG-Farben-Zwangsarbeiter, auf dem Treffen ehemaliger Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz-Monowitz im Frankfurter IG-Farben-Haus. "Es ist ein Wunder, daß wir überlebt haben." Die etwa 70 Männer, die sich vom 20. bis 22. Oktober 1998 auf Einladung des Fritz-Bauer-Instituts in Frankfurt am Main getroffen haben, gehören zu den glücklichen, die KZ-Haft und Zwangsarbeit für die IG Farbenindustrie AG überlebt haben. Von den insgesamt 35.000 Häftlingen, die die IG Farben ausgebeutet hat, starben mindestens 25.000. Die durchschnittliche Überlebensdauer für die Häftlinge betrug etwa drei bis vier Monate, länger ertrugen die vielen in sogenannten "Todeskommandos" arbeitenden Männer die Torturen nicht.

Im Zentrum des Treffens in Frankfurt am Main standen die Berichte der ehemaligen Häftlinge über das Leben im Lager und die Arbeit für IG Farben. Der Konzern wollte in der Nähe von Auschwitz eine Fabrik für Buna, einen Gummiersatz, und für synthetisches Benzin errichten. Im April 1941 begannen die Bauarbeiten, 1942 richtete die IG das Konzentrationslager Monowitz ein, das erste von einem Privatunternehmen initiierte und finanzierte KZ. Die Häftlinge aus diesem Lager wurden zum größten Teil in Außenkommandos auf der riesigen Baustelle eingesetzt.

Imo Moszkowicz, ein Überlebender, der zum Vorbereitungskomitee des Treffens gehörte, erläuterte auf der Eingangsveranstaltung, wie das mörderische Prinzip der "Vernichtung durch Arbeit" im Buna-Werk umgesetzt wurde: "Wer von uns in dem Kommando 4 Zementsäcke im Laufschritt zu schleppen hatte oder - wie ich - Betoneisen, der erfuhr bald, daß in diesem Buna das angestrebte Kaputtmachen dem erforderlichen Aufbauen den Rang streitig machte."

Die IG-Farben-Manager bedauerten die Fluktuation der Arbeitskräfte, sie brauchten eingearbeitete Handwerker und Facharbeiter. Trotzdem taten sie nichts gegen die Ursachen für die hohe Sterblichkeit, sondern akzeptierten Unterernährung, unzureichende Bekleidung und mangelhafte medizinische Versorgung ebenso wie die mörderischen Arbeitsbedingungen auf der Baustelle. Wenn ein Zwangsarbeiter in den Krankenbau eingeliefert wurde, so ein Zeitzeuge, kam dies einem Todesurteil gleich. Denn die IG Farben war bis 1944 nicht bereit, länger als 14 Tage für kranke Häftlinge zu zahlen. Daher wurde, wer dann nicht wieder arbeitsfähig war, selektiert und ermordet.

Die erste Selektion fand schon an der Rampe von Birkenau statt. Sie entschied darüber, wer auf dem Umweg über das IG-Farben-Lager in den Tod zu gehen hatte und wer direkt in die Gaskammer geschickt wurde, wo ausgerechnet Zyklon-B für die Ermordung der Juden benutzt wurde. Dieses Zyklon-B wurde von der DEGESCH hergestellt, die mit der zur IG Farben gehörigen Degussa verstrickt war.

Über den Bau des Lagers Monowitz und seine Organisation unterrichtete eine kleine Ausstellung im IG-Farben-Haus, ein Nachmittag des Treffens war wissenschaftlichen Vorträgen über die IG Farben in Auschwitz gewidmet. Bernd Wagner, der im letzten Jahr am Institut für Zeitgeschichte in München eine Dissertation über IG Farben vorgelegt hat, provozierte die ehemaligen Häftlinge mit einem Vortrag über "Die Rolle der Funktionshäftlinge in Monowitz", ohne die die Lagerverwaltung vermutlich zusammengebrochen wäre. Der amerikanische Historiker Peter Hayes, "Altmeister der IG-Farben-Forschung", gab einen Abriß der Konzerngeschichte vor allem im Nationalsozialismus. Der junge Berliner Historiker Florian Schmaltz zeichnete nach, wie sich die Interessengemeinschaft von SS und IG Farben im Jahre 1941 formierte und zu einem beschleunigten Ausbau des Konzentrationslagers Auschwitz führte. In einer längeren Diskussion der Historiker ging es um die Frage, ob die IG-Farben-Manager das Gelände bei Auschwitz ausgewählt haben, weil dort mit den Häftlingen des Konzentrationslagers viele Arbeitskräfte zur Verfügung standen. "Kein Dokument erwähnt menschliche Arbeit als Kriterium für die Standortfindung", betonte Hayes. Schmaltz hingegen ist überzeugt, daß die IG-Farben-Manager bereits in der ersten Planungsphase hofften, die KZ-Gefangenen als Buna-Arbeiter nutzen zu können. Die ehemaligen Zwangsarbeiter zeigten sich wenig interessiert an diesem

Streit. Für sie war es wichtiger, ihre einstigen Mitgefangenen wiederzusehen und mit den zahlreichen Schülern zu sprechen, die in das IG-Farben-Haus gekommen waren.

Angela Martin

33. Arbeit für den Feind. Sowjetische Zwangsarbeiterinnen im Deutschen Reich

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:23

Sie mußten eingepfercht in stacheldrahtumzäunten Barackenlagern wohnen, ihre Ernährung war ebenso schlecht wie ihre Kleidung, die medizinische Versorgung unzureichend; sie durften nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren und keine Gaststätten betreten; bei Luftangriffen waren sie schutzlos den Bomben ausgeliefert, weil ihnen untersagt war, die Luftschutzbunker zu benutzen. Die Rede ist von den sowjetischen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen, die während des Zweiten Weltkrieges im deutschen Reichsgebiet arbeiten mußten. Bis zum 30. Juni 1944 wurden etwa 2,2 Millionen Menschen aus der Sowjetunion ins Reichsgebiet verschleppt, die Mehrzahl von ihnen war zwischen 15 und 21 Jahren alt.

Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen waren vor allem von ihrer Stellung in der rassistischen Rangordnung des NS-Staates geprägt: Die sogenannten "Ostarbeiter" standen auf der untersten Stufe in der Hierarchie der Zivilarbeiter und -arbeiterinnen, ein komplexes System von Diskriminierungen und Repressionen reglementierte ihr Leben.

In ihrem Buch "Wir waren wie Vieh" hat Tamara Frankenberger die Lebensgeschichten von fünf ehemaligen sowjetischen Zwangsarbeiterinnen ausgewertet, die in deutschen Industriebetrieben ausgebeutet wurden und in Lagern leben mußten.

Die Erinnerungen dieser Frauen verweisen auf kollektive Erfahrungen sowohl in den besetzten Gebieten als auch während der Zwangsarbeit in Deutschland. Sie schildern traumatische Erlebnisse während der Deportation, den permanenten Hunger, die schwere Arbeit, die Unfreiheit und und Diskriminierung und die Ängste während der Luftangriffe.

Als Frauen waren die Zwansarbeiterinnen zusätzlich noch sexistischen Diskriminierungen ausgesetzt: So blieben sie auf unqualifizierten Arbeitsplätzen, während sowjetische Männer seit 1942 zunehmend qualifiziert wurden; entsprechend verdienten die sowjetischen Frauen bis zu 46 Prozent weniger als ihre Landsmänner im gleichen Betrieb. Sexuelle Übergriffe waren häufig. Die Frauen erlebten sie in ihren Heimatländern unter deutscher Besatzung, in Deutschland durch Deutsche und durch männliche Zwangsarbeiter und nach der Befreiung durch sowjetische Soldaten.

Einen Abschnitt ihrer Studie widmet Tamara Frankenberger der geburtenfeindlichen Politik der Nazis gegenüber den Zwangsarbeiterinnen. Dokumente, die Auskunft über Schwangerschaftsunterbrechungen bei sowjetischen Frauen geben, sind selten, Zwang bei der Entscheidung abzutreiben kann kaum nachgewiesen werden. Frankenberger verweist aber auf das Interesse der Betriebe daran, daß die von ihnen ausgebeuteten Frauen einem Schwangerschaftsabbruch zustimmten. Am wichtigsten für die Bereitschaft abzutreiben dürften allerdings die schlechten Lebensbedingungen der sowjetischen Zwangsarbeiterinnen gewesen sein.

Tamara Frankenberger beschränkt sich nicht darauf, die Frauen nach ihren Erlebnissen während des Krieges zu befragen; sie stellt auch die Folgen der Verschleppung nach Deutschland dar - und das ist die vielleicht wichtigste Leistung der Studie. Die von Frankenberger interviewten Frauen, die nach dem Krieg in Westdeutschland lebten, konnten zeitlebens keine finanzielle Unabhängigkeit erreichen, weil sie ihre Ausbildung abbrechen mußten und sprachliche Probleme und ihr außerordentlich schlechter Gesundheitszustand nach der Zwangsarbeit ihre Integration erschwerten. Von ihren Freunden und Familien in der Sowjetunion waren sie jahrelang abgeschnitten und konnten, sofern sie ihre Angehörigen überhaupt wiedergefunden haben, auch dort keine Unterstützung finden. Einige von ihnen fühlen sich bis heute heimatlos und entwurzelt.

Auch die Rückkehr in die Heimat war für die sowjetischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen oft nicht unproblematisch. Während des Krieges galten sie als Opfer des NS-Staates, nach dem Krieg hingegen lastete auf allen zivilen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen sowie auf den sowjetischen Kriegsgefangenen potentiell der Verdacht der Kollaboration. Die Konsequenz für die Rückkehrenden konnten Berufs- und Bildungshemmnisse, im Extremfall sogar die Einweisung in ein Lager des "Gulag" sein, wo sie unter strukturell

ähnlichen Bedingungen wie im nationalsozialistischen Deutschland weiterleben mußten. Zwar wurde nur ein relativ geringer Prozentsatz dieser Frauen und Männer zu Lagerhaft verurteilt, aber die umlaufenden Gerüchte über solche Repressionen gegen "Kollaborateure" hielten viele davon ab, sich repatriieren zu lassen. Andere, die nach Hause zurückkehrten, wurden dort sozial und zum Teil sogar familiär geächtet, weil sie in Deutschland Waffen gegen das eigene Heimatland hergestellt hatten. Teilweise resultierte daraus eine jahrzehntelange soziale Isolation.

Tamara Frankenberg begreift die erzählten Lebensgeschichten der von ihr interviewten Frauen als ergänzende Perspektive zum offiziellen Archivmaterial und geht mit der Methode der oral history sehr differenziert um. Ihre ausführlichen methodologischen Erläuterungen und ihre Auseinandersetzung mit der Forschung dürften vor allem für die Fachkolleginnen und -kollegen interessant sein. Die Studie ist aber auch für "Laien" sehr lesenswert: Weil Tamara Frankenberger die Lebenserzählungen der von ihr befragten Frauen nicht chronologisch wiedergibt, sondern thematisch ordnet und durch historische Hintergrundinformationen ergänzt, kann sie ein sehr komplexes Bild kollektiver Lebenserfahrungen in den verschiedenen Gesellschaftsformen vermitteln, in denen ihre Interviewpartnerinnen lebten und leben. Indem sie ihre Gesprächspartnerinnen aus der Anonymität hebt, gelingt es ihr zudem, gegen eine der grundsätzlichen Strategien des Rassismus, gegen die Entindividualisierung anzuschreiben.

Angela Martin

Tamara Frankenberger: Wir waren wie Vieh. Lebenserinnerungen ehemaliger sowjetischer Zwangsarbeiterinnen. Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot, 277 Seiten, DM 44,-.

34. Linksradikale Suche nach dem Sozialstaat. Die Existenzgeldforderung und ihre bürgerliche Konkurrenz

Autor: Christian Brütt · Rubrik: Sozialpolitik; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:42

In den wenigen verbliebenen linken Gruppierungen, die noch im Zusammenhang mit der "sozialen Frage" aktiv sind, wird die Existenzgeldforderung zunehmend zum Hoffnungsträger. Paradox, wo doch diese Forderung als Ausdruck einer Massenbewegung ihre besten Zeiten eher hinter sich hat. Mit diesem Beitrag führen wir die Debatte um die Existenzgeldforderung aus ak 411, 414, 418 und 419 weiter.

Die politische Restlinke steht vor einem Dilemma. Einerseits will sie Widerstand gegen Sozialabbau, Arbeitszwang und rassistische Ausgrenzung leisten; andererseits wird damit strukturell ein Sozialstaat verteidigt, der einst als zentralistischer Herrschaftsapparat abgelehnt wurde. Die Rettung aus dem Dilemma wird oftmals in der Forderung nach einem "Existenzgeld" gesehen. Dabei wird der Staat implizit als Adressat einer neuen, anderen Verteilungspolitik gesehen, seine Rolle in der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft wird jedoch nicht reflektiert.

Die Diskussion um das Existenzgeld muß umfassender geführt werden. Dies geht jedoch nicht, wenn die positiven Aspekte nur bejahend abgespult werden, ohne auf die vorherrschenden bürgerlichen Diskussionsvarianten einzugehen. Die bürgerliche Grundsicherungsdiskussion zeichnet da ein realistischeres Bild der sich verändernden staatlichen Sozialpolitik. Diese ist niemals ein "Gegenprinzip zur kapitalistischen Verwertungslogik" gewesen und wird dies auch nicht sein.

Sozialstaatskritik

von rechts

Unter dem Begriff "Negative Einkommenssteuer" (NES) bzw. "Bürgergeld" kursieren unterschiedliche Modellvarianten. Allen ist gemeinsam, daß sie das Steuersystem durch einen negativen Steuerbereich ergänzen. Bei Unterschreiten eines bestimmten Einkommens werden nicht nur keine Steuern erhoben, sondern vielmehr Transfers ausgezahlt. In der bundesdeutschen Diskussion ist derzeit mit "Bürgergeld" bzw. "Negative Einkommenssteuer" überwiegend eine Ergänzung der Sozialversicherungssysteme gemeint. Sie wird derzeit von FDP und CDU sowie von der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung vertreten. Auch das Wuppertaler Klima-Institut äußert sich in seiner Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" positiv zu einer solchen NES.

Ausgangspunkt ist die Kritik, daß das bisherige Sozialsystem Ineffizienzen (unkoordinierte Leistungen führen zu Sozialleistungsmißbrauch), hohe Verwaltungskosten, eine abschreckende Sozialbürokratie und insgesamt zu hohe Kosten produziere. Insbesondere die fehlenden Anreize zur Arbeitsaufnahme im Niedriglohnbereich werden bemängelt. Entsprechend will Joachim Mitschke, dessen Bürgergeldmodell am meisten diskutiert wird, die Sozialverwaltung verbilligen und vereinfachen, die Umverteilungsströme transparenter gestalten, den Sozialleistungsmißbrauch erschweren, vorrangig Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich schaffen und zur Vermeidung von Massenentlassungen notwendige Arbeitszeit- und Lohnkürzungen sozialverträglich abfedern.

Die NES-Modelle rütteln nicht am Primat des Arbeitsmarktes, und keineswegs geht es um eine Entkoppelung von Lohnarbeit und Existenzsicherung. Vielmehr wird auf die Klagen der Arbeitgeber abgehoben, daß insbesondere im Niedriglohnbereich die Lohnkosten zu hoch seien und deswegen keine Arbeitsplätze im unteren Dienstleistungsbereich entstünden.

Diese Orientierung in der Sozialpolitik wird noch deutlicher, wenn die konkreten Interpretationen der NES betrachtet werden. Diese beziehen sich i.d.R. nur auf den Effekt der Niedriglohnsubvention. Im akademischen sozialdemokratischen Bereich konstatiert Fritz W. Scharpf den Bedarf eines Niedriglohnsektors, der sozialverträglich abgefedert werden soll. Im Gegensatz zum Mitschke-Vorschlag werden jedoch keine Transferleistungen an die ArbeitnehmerInnen gezahlt, sondern Lohnkostenzuschüsse an die ArbeitgeberInnen. Auch die Arbeitgeberverbände wollen die Anreizmechanismen stärken, lehnen jedoch ein

Bürgergeld wegen seiner impliziten Mindestlohnfunktion ab. Unter der Bezeichnung "Kombi-Lohn" streben sie eine Verknüpfung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe mit unteren Einkommen an. In diesem Modell soll die Sozialhilfe erhalten und die Arbeitslosenhilfe gestrichen werden. "Positive" Arbeitsanreize sollen durch höhere Freibeträge, "negative" Anreize durch vermehrte Repressionen im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) erreicht werden.

Die bürgerliche Sozialstaatskritik geht weit über die Grundsicherungsdiskussion hinaus. Das Subsidiaritätsprinzip in der Tradition der christlichen Soziallehre wird mit der Forderung nach einer neuen Selbstorganisation kleiner Gemeinschaften - allen voran die Familie und kleine Nachbarschaftsnetzwerke - verbunden. Auch im Leitbild des "Sustainable Development" fließen Vorstellungen von ökologischem Leben, ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Ausgleich zusammen. Die "Nachhaltige Entwicklung" bietet sich als neues hegemoniales Projekt geradezu an. Einerseits gibt es den positiven Bezug auf die Effizienz des Weltmarktes und die Förderung von Spitzentechnologie. Andererseits werden die AkteurInnen und Ideen der Neuen Sozialen Bewegungen in eine neue Form der sozialen Integration einbezogen. Helga Eblinghaus und Armin Stickler bezeichnen daher die Sustainability-Diskussion als "moderne Bismarcksche Sozialgesetzgebung".

Das Beispiel "Bürgerarbeit" zeigt, wie auf die Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft unter vollständiger Wahrung des Subsidiaritätsgedankens reagiert werden kann. So schlägt der Bericht der "Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen" vor, Erwerbsarbeit durch "Bürgerarbeit" zu ergänzen. Der bisherige Arbeitsbegriff müsse von seiner Lohnarbeitszentriertheit befreit werden, auch ehrenamtliche Tätigkeiten in Projekten und Initiativen sollen künftig als Arbeit anerkannt werden (vgl. ak 414). Dies soll dabei vorwiegend immateriell über Qualifikationen, Ehrungen, Rentenansprüche und Sozialzeiten sowie "Favor Credits" (z.B. das gebührenfreie Nutzen eines Kindergartenplatzes, Punkte für das Numerus-Clausus-Verfahren) erfolgen. Für einkommensschwache BürgerarbeiterInnen ist eine Mindestsicherung ("Bürgergeld") vorgesehen. Als Schlüsselidee des Modells hebt der Soziologe Ulrich Beck hervor, "daß (...) das Unternehmerische mit der Arbeit für das Gemeinwohl verbunden werden sollte und kann". Bürgerarbeit soll jenseits von Staat und Markt institutionalisiert und professionell organisiert werden, ein "Gemeinwohl-Unternehmer" soll Projekte initiieren und koordinieren. Die Notwendigkeit von Bürgerarbeit wird direkt mit der Krise des Sozialstaats begründet: Erstens werden die von Lohnarbeit Ausgeschlossenen reintegriert und insgesamt der Arbeitsmarkt reguliert. Zweitens werden Bedürfnisse, die nicht über den Markt realisierbar sind und vom Staat finanziell nicht mehr abgedeckt werden, befriedigt. Drittens erhielte die bisherige Form der Initiativenarbeit eine von den Gemeinden kontrollierte Form in sog. "Bürgerarbeits-Ausschüssen". Der korporatistische Regulationsmechanismus kehrt hier auf postfordistische Weise zurück - nur daß Gewerkschaften nicht erwähnt werden.

Die Varianten einer bedarfsorientierten, sozialen Grundsicherung unterscheiden sich nicht grundsätzlich voneinander. Konkrete Modelle wurden innerhalb der SPD, von den Grünen, der PDS und vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband entwickelt. Sie alle wollen die bisherigen Sozialversicherungen durch eine steuerfinanzierte Grundsicherung sockeln.

Die grundsätzliche Verkopplung von Lohnarbeit und Existenzsicherung bleibt für die BefürworterInnen der Sockelmodelle weiterhin ein konstitutiver Bestandteil staatlicher Sozialpolitik. Während für die SPD der Grundsatz "Jeder, der dazu in der Lage ist, hat für seinen Lebensunterhalt durch eigene Erwerbsarbeit zu sorgen" eine tradierte Position ist, bedeutet er für die Grünen eine Annäherung an gewerkschaftliche Positionen. Diesen Gesinnungswandel begründet die damalige sozialpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion und heutige Bundesgesundheitsminsisterin, Andrea Fischer, als realpolitisches Zugeständnis an die lohnarbeitszentrierte Tradition der deutschen Sozialpolitik: "Nicht zuletzt das Wissen um diese tief verwurzelte Wertorientierung der deutschen Sozialpolitik hat uns veranlaßt, die bedarfsorientierte Grundsicherung so realistisch und am Bestehenden anknüpfend zu gestalten."

Mit den Sockelmodellen wird der alte sozialpolitische Rahmen den postfordistischen Verhältnissen angepaßt. Einerseits soll die Grundsicherung "bewußt an der Zentralität der Erwerbsarbeit kratzen", andererseits die Lohnarbeitszentriertheit nur relativiert werden: "Der Anspruch auf Inklusion durch Erwerbstätigkeit soll weiterhin politisch verpflichtend sein, zugleich aber soll die Grundsicherung zu einem sozialen Netz werden können, das nicht-erwerbsförmige gesellschaftliche Arbeit schätzt und schützt."

Die lohnarbeitszentrierte Vorgabe wirkt sich doppelt aus. Zum einen werden - im Gegensatz zu den NES-Modellen konservativ-liberaler Couleur die Anreize zur Billig-Job-Aufnahme nur schwach gewichtet. Niedrige Bedarfssätze, gekoppelt mit hohen Freibeträgen, bilden in den NES-Modellen einen ökonomisch hohen "Anreiz" zur Erwerbstätigkeit im Niedriglohnbereich mit negativer Auswirkung auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik. Um die gewerkschaftliche Tarifpolitik nicht zu unterlaufen, sehen daher alle Sockelmodelle eine Anrechnung von 80% des Nettoeinkommens vor. Zum anderen wirkt sich die lohnarbeitszentrierte Vorgabe auf das Niveau der Bedarfssätze aus. Auch hier ist das Grünen-Modell beispielhaft. Der "Spannung zwischen Lohn- und Bedarfsprinzip (...) kann sich kein sozialpolitisches Reformprojekt, das auf breite Unterstützung und Realitätsmächtigkeit hofft, ungestraft entziehen". Das Niveau der Grundsicherung muß daher deutlich unterhalb der unteren Lohnstufen liegen.

Die PDS kritisiert dieses Zugeständnis an die Lohnarbeitszentriertheit und an das Lohnabstandsgebot als eine zentrale Schwäche des grünen Modells, die sie mit der Einführung eines Mindestlohns vermeiden will. Über die Formel "Wer lohnarbeitet, soll mehr Geld haben" taucht jedoch die Lohnarbeitszentriertheit samt Lohnabstandsgebot in anderem Gewande wieder auf: "Der Mindestlohn sorgt dafür, daß alle erwerbstätigen Menschen mindestens in der Höhe der Grundsicherung, in der Regel aber über ein deutlich höheres Einkommen verfügen".

Auch hier wird letztlich die Lohnarbeitszentriertheit prinzipiell akzeptiert. Besonders deutlich wird die inkonsequente Argumentation der PDS in dem Ziel "Umbewertung der Arbeit". Sie will, daß nicht nur die bisherigen Kriterien des AFG bzw. des BSHG (u.a. Meldung der Arbeitslosigkeit, Lohnarbeitsbereitschaft) Ansprüche begründen können, sondern ebenso Familienarbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten sowie "antisexistische, antirassistische, antimilitaristische, antifaschistische oder/und ökologische Arbeit". Obwohl diese Arbeiten durch die Grundsicherung aufgewertet werden, bleiben sie aufgrund der Mindestlohnforderung in der materiellen Wertung hinter der Lohnarbeit zurück. Wie weit sie zurückbleiben, ist letztendlich allein eine Frage der Grundsicherungshöhe. Daß sie angesichts der Lohnarbeitszentriertheit zurückbleiben, ist ein Dilemma aller Sockelmodelle.

Linksradikale Realpolitik

Als Anfang der achtziger Jahre die Existenzgeld- bzw. Grundsicherungsdiskussion aufgenommen wurde, stand nicht nur eine bloße Reform des Sozialstaats im Mittelpunkt, sondern die gesamte fordistische Konstellation kapitalistischer Vergesellschaftung. Soziale Grundsicherung und ökosoziale Kapitalismuskritik waren eng verflochten, und erstere wurde als eine Aneignungsforderung verstanden. Diese Forderung nach Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums auf egalitärer Grundlage stellte die gesellschaftliche Herrschaftsstruktur insgesamt zur Disposition.

Die grundsätzlichen Positionen der Erwerbsloseninitiativen wurden 1982 diskutiert. An verschiedenen Stellen wurde die strikt antikapitalistische Haltung herausgestellt: "Dem Leben für das Kapital setzen wir das Leben für uns, der Destruktion durch das Kapital die Sabotage, der Arbeit die Identität der Nichtarbeit entgegen". Im Gegensatz zur sozialdemokratischen bzw. grünen und zur liberal-konservativen Diskussion wurde auch der Begriff "Arbeit" selbst hinterfragt. Der gewerkschaftlichen Forderung nach "Arbeit für alle" wurde die Parole "Abschaffung der Lohnarbeit" gegenübergestellt. So lautete die Hauptforderung einer Hamburger Erwerbsloseninitiative: "1.500,- für alle (mit Inflationsausgleich und keine faulen Tricks) - statt Arbeit für alle". Allerdings war die Ablehnung der Lohnarbeit nicht eindeutig. Die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) vertrat die Auffassung, daß es "unbedingt zu bejahen ist, daß jeder die Möglichkeit zur bezahlten Arbeit erhalten soll". Gleichzeitig grenzte sie sich jedoch von der "Recht auf Arbeit"-Forderung ab: "Unter welchen Bedingungen wird gearbeitet, was wird produziert und für welchen Zweck, welche Konsequenzen resultieren daraus und zu wessen Lasten geht unser relativer Reichtum?". Um die zentrale Frage nach einer Entkoppelung von Lohnarbeit und Existenzsicherung rankten sich die Antworten "Recht auf Faulheit", "Recht auf lohnarbeitslose Existenzsicherung" sowie "radikale Arbeitszeitverkürzung"; Positionen, welche auch für die heutige Existenzgelddiskussion die Eckpfeiler der Auseinandersetzung bilden.

In den heutigen Entwürfen der Erwerbsloseninitiativen lautet die Parole inzwischen nicht mehr "Kampf der Arbeit", sondern "Aneignung der Arbeit" (so Michael Bättig in ak 411). Auf ihrem Bundestreffen 1992 stellten die Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut (BAG) Forderungen zum Existenzgeld auf, die sie 1996 nochmals bekräftigten: "eine existentielle Absicherung für alle durch ein

Einkommen, das dem gesellschaftlichen Reichtum angemessen ist, unabhängig von Nationalität, Geschlecht, Familienstand und ohne den Zwang zur Arbeit; eine radikale Arbeitszeitverkürzung, damit alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können; eine gerechte Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle Menschen; die Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung".

Die BAGs äußern sich nicht explizit zur Sockelungsfrage. Dennoch geht aus ihren Ausführungen zu den Funktionen des Existenzgeldes hervor, daß die Sozialversicherungen zunächst nicht abgeschafft werden sollen: Dem Existenzgeld weisen die BAGs die Funktion einer Mindestrente, eines Mindestlohns, eines Mindesteinkommens aus Lohnersatzleistungen und der Sozialhilfe sowie darüber hinaus eines Mindestkrankengeldes zu. Sie beziehen sich damit zunächst auf den Ausschluß von Menschen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Neben den genannten direkten monetären Transfers sollen für Existenzgeld-BezieherInnen die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowie der Bildungs- und Kultureinrichtungen kostenlos sein. Dieser Zwischenschritt gilt als erste Etappe auf dem Weg zur Utopie: "die endgültige Entkoppelung von Lohnarbeit und Einkommen".

Mit den oben skizzierten bürgerlichen Modellen teilt die Existenzgeldforderung die Schwäche, daß sie dem sich herausbildenden "postfordistischen" Staat kaum Beachtung schenkt. Für die bürgerlichen Modelle ist dies nicht weiter verwunderlich. Aber gerade wenn Existenzgeldforderung als klassenkämpferisches Element in einer umfassenderen politischen Strategie sinnvoll sein soll, muß sie in eine staatstheoretische Bestimmung eingebettet werden. Dabei muß sowohl dem Bürgergeld als auch der sozialen Grundsicherung als ein Teil einer "Suchbewegung" einer erneuten staatlichen Regulation kapitalistischer Gesellschaft analytisch Rechnung getragen werden. Ohne eine genauere Einbettung der Existenzgeldforderung verschwimmen einzelne Elemente der verschiedenen Modelle zu einem untrennbaren Gewirr: Alle reden von Bürokratiekritik, wollen kleine Gemeinschaften auf lokaler Ebene fördern, stellen mal mehr und mal weniger Geld für eine Grundfinanzierung in Aussicht und meinen unisono, daß der gute alte Sozialstaat den neuen Bedingungen angepaßt werden müsse.

Christian Brütt

35. "Community" gegen Schlecker. HBV-Kampagne testet neue Aktionsformen

Autor: Uli Wohland · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:32

Mit der "Schlecker-Kampagne" hat die Gewerkschaft HBV bisher relativ einmalig für die Bundesrepublik versucht, Aktionsformen des "community organizing" in einen Arbeitskampf zu integrieren. In den USA etabliert, bei bundesdeutschen Gewerkschaften eher unterbelichtet, können Kampagnen und "soziale Netzwerke" Elemente sein, die Gewerkschaften auch bei kleinen und dezentralen Betrieben aktionsfähig machen.

In vielen Branchen oder Handelsketten besteht ein geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad (so bei der Drogeriekette-Schlecker ursprünglich unter 3%). In solchen Betrieben lassen sich die traditionellen Formen gewerkschaftlicher Interessenvertretung über das Arbeitsrecht kaum umsetzen. Selbst Betriebsräte fehlen häufig, ihre Wahl muß gegen den Arbeitgeber und gegebenenfalls mittels Arbeitskampf durchgesetzt werden. Von einer Kampffähigkeit, d.h. Streikfähigkeit, ist man weit entfernt. Allgemein läßt sich eine Tendenz zur Auflösung der Flächentarife beobachten. Damit wird es immer schwieriger, mit den ArbeitnehmerInnen gemeinsame Kampfaktionen für gemeinsame Tarife durchzuführen. Immer häufiger ist ein Betrieb nicht mehr eine geschlossene Einheit, sondern besteht tatsächlich aus vielen Betrieben. Diese Einzelbetriebe treten zwar nach außen noch mit dem gleichen Firmennamen auf, die interne Konkurrenz ist aber fast ebenso hoch wie die nach außen. So besteht ein Kaufhaus mittlerweile sicherlich aus gut 20 Einzelbetrieben, und die verschiedenen Anbieter, z.B. in der Kosmetikabteilung, konkurrieren untereinander. Die Verkäuferinnen stehen zwei Meter nebeneinander, die eine für L'Oreal, die andere für Lacoste, doch sie sind nicht mehr Kolleginnen. Für die KonsumentIn wird dies nicht sichtbar. Wenn einer von den beiden Teilbetrieben betriebswirtschaftlich nicht rentabel arbeitet, wird er geschlossen.

Ein ähnlicher Vorgang läßt sich bei der Auftragsvergabe, z.B. für eine neue Achse innerhalb eines Automobilkonzerns, etwa bei Daimler-Benz, beobachten. Innerhalb desselben Konzerns konkurrieren verschiedene Standorte wie Sindelfingen, Bremen, Rastatt oder Brasilien um das billigste Angebot, zusätzlich zu "firmenfremden" Anbietern. Innerhalb des Gesamtbetriebsrates von Daimler-Benz Gemeinsamkeit statt Standortkonkurrenz herzustellen, ist eine Aufgabe, die immer schwieriger wird. Das alte Prinzip "ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarifvertrag" wird zunehmend aufgelöst. Mehrere Gewerkschaften sind in einem Betrieb aktiv bzw. zuständig, es gelten verschiedene Tarifverträge, die Kampfkraft sinkt, Solidarität wird abgebaut.

Probleme bestehen aber auch innerhalb der Gewerkschaften. Die vielen Jahre der wenn nicht einvernehmlichen, so doch hochformalisierten Konfliktregelung zwischen Kapital und Arbeit haben dazu geführt, daß in zugespitzten Situationen Konflikte eher sozialpartnerschaftlich geregelt werden. Kommt es heute etwa zu Betriebsschließungen, reagieren viele GewerkschafterInnen mit zwei eingespielten Reflexen. Der erste ist "Wir kämpfen nicht, da kann man rechtlich nichts machen". Der zweite lautet "Wir machen einen Sozialplan". Bislang waren Gewerkschaften auch eine gesellschaftliche Institution zur Co-Verwaltung des sozialstaatlichen Kompromisses. Damit sind sie ganz gut gefahren. Doch in dieser Funktion könnten Gewerkschaften zukünftig überflüssig werden. Wie reagieren sie darauf? Eine Form ist die Dienstleistungsgewerkschaft, der "ADAC für ArbeitnehmerInnen". Man bietet Rechtsbeistand, handelt Tarifverträge aus und versucht den Lohn der Beschäftigen zu steigern. Falls es zu massivem Arbeitsplatzabbau oder gar Betriebsschließungen kommt, werden Sozialpläne ausgehandelt. Gewerkschaften, so verstanden, sind keine politisch kämpfenden Organisationen, vielmehr stellen sie Service und Dienstleistungsangebote in ihren Mittelpunkt.

Ein anderer Weg besteht darin, daß Gewerkschaften sich verstärkt als Bewegungsgewerkschaften verstehen in Verbindung mit einem gesellschaftspolitischen Projekt, das sie vertreten und das über die Tarifpolitik hinausgeht. Diese Position ist innerhalb der Gewerkschaften in der Minderheit, dennoch existiert sie. Politische Kampagnen könnten für ein solches neues Konzept der politischen Arbeit interessant sein. Am Beispiel der Auseinandersetzungen zur Drogeriekette Schlecker will ich zwei Punkte verdeutlichen. Zum einen will ich ein Bild davon entwickeln, was ich unter Kampagnen verstehe, und zum zweiten, wie ich mir die Verbindung von

Gruppen der sozialen Bewegungen bzw. eines sozialen Netzwerkes mit Aktionen, die von gewerkschaftlicher Seite angestoßen werden, vorstellen kann.

Soziales Netzwerk

gegen Ausbeutung

1993 hatte Schlecker 3.500 Filialen, zwei Jahre später waren es schon 5.000. Schlecker machte 1994 einen Umsatz von 5,6 Mrd. DM. Bei 25.000 ArbeitnehmerInnen, überwiegend Frauen, gibt es nur einen Gesamtbetriebsrat, ohne Freigestellte! Per Gesetz kann ab fünf MitarbeiterInnen ein Betriebsrat gebildet werden, doch in jeder Schlecker-Filiale arbeiten höchstens drei oder vier Frauen. Dazu kommt, daß ein einziges Betriebsratsmitglied in einer Mini-Belegschaft von fünf bis acht Beschäftigten rechtlich und machtpolitisch schwach ist.

Im Sommer 1994 kamen Schlecker-Beschäftigte zur Gewerkschaft HBV in Mannheim, sie vermuteten, daß etwas mit ihren Löhnen nicht stimme. Es wurden z.T. Abweichungen vom Tarifvertrag von im Schnitt 335 DM, im Extremfall sogar 900 DM weniger pro Monat festgestellt, bei einem Tariflohn von z.B. 1.600 DM eine beachtliche Summe. Die Zahl der festgestellten Abweichungen, hochgerechnet auf die Zahl der bei Schlecker Beschäftigten, ließen den Umstand, daß der Billiganbieter Schlecker in der Lage war, sein Filialsystem so massiv auszubauen, in völlig neuem Licht erscheinen.

Doch nicht nur hinsichtlich der Löhne ist Schlecker ein trauriges Beispiel. So gibt es ein ausgeklügeltes System zur Überwachung und Schikane der Beschäftigten, das fast schon sprichwörtlich gewordene "Schlecker-System". Praktisch permanent wird Druck auf die dort arbeitenden Frauen ausgeübt. Häufig ist tagsüber nur eine Frau anwesend. Es ist ein enormes Problem, gleichzeitig bei der Kasse und bei der Ware zu sein. Wie kann die Beschäftigte während ihrer Arbeitszeit auf die Toilette gehen? Es gab kein Telefon, um z.B. zu Hause bei kranken Kindern anzurufen oder um die Kollegin zu fragen, ob sie nicht früher zum Schichtwechsel kommen könne. Immer wieder werden Überprüfungen von sog. Revisoren durchgeführt, die einfach abgelaufene Ware in die Regale stellen und dann die Beschäftigten zur Rechenschaft ziehen: "Ach, Frau Meyer, da haben sie irgendwie schlecht sortiert, also da machen wir ihnen einen kleinen Abzug, so geht das ja nicht". Das ist Mobbing, organisiert von der Geschäftsleitung. Oft sehen die Frauen zudem keine Arbeitsplatzalternative. Etwa in ländlichen Gebieten, wo viele der Schlecker-Filialen zu finden sind, ist dies häufig der einzig mögliche Arbeitsplatz in der Nähe des Haushaltes.

Eine Forderung seitens der HBV bestand in der Einhaltung der Tarifverträge. Die zweite war, mehr Sicherheit für die Beschäftigten herzustellen, indem Telefone installiert werden sollten. (In einer Filiale war eine Verkäuferin bei einem Überfall verblutet, weil kein Telefon in der Nähe war, um schnell einen Krankenwagen herbeizurufen.). Eine weitere Forderung bestand darin, die permanente Unterbesetzung aufzuheben. Ständig sollten zwei Beschäftigte im Laden anwesend sein. Auch sollte die Mißachtung der Menschenwürde aufgehoben werden, wie sie sich z.B. in den schikanösen Überprüfungen ausdrückte. Und last not least sollten Betriebsratswahlen durchgeführt werden. Betriebsräte stellen die einzige Möglichkeit dar, nicht nur einmalige Erfolge zu erzielen, sondern diese kontinuierlich zu sichern. Immerhin kann ein Betriebsrat zukünftig allen auftretenden Mißständen direkt nachgehen. Die Situation bei Schlecker ist nicht einzigartig. Es gibt eine ganze Reihe anderer Firmen, bei denen es auch Mißstände und keinen Betriebsrat gibt, z.B. bei der Einzelhandelskette Lidl, bei Aldi, bei der McDonalds-Kette und auch bei der in Alternativkreisen so beliebten Firma Birkenstock.

Ende 1994 ist die Gewerkschaft u.a. an die "Werkstatt für Gewaltfreie Aktion" (eine unabhängige Organisation, die im Rahmen sozialer Bewegungen Kampagnen plant und durchführt) herangetreten. Es wurde gemeinsam überlegt, wie eine Kampagne gegen Schlecker aussehen könnte sowie Fragen und Probleme eines Konsumboykotts diskutiert. In Seminaren wurden per Rollen- und Planspiel Elemente einer möglichen Kampagne durchgespielt. Danach wurde die Grundlage für ein soziales Netzwerk aufgebaut, das in dem Augenblick, in dem die Kampagne startete, aktiv werden konnte. Dazu zählten Frauenverbände, Friedensgruppierungen in der Region, andere Gewerkschafter, und es wurden Prominente von Parteien und Kirchen angesprochen. Außerdem wurde überlegt, welche Aktionsformen von welcher Gruppe durchgeführt werden könnten, und zu welchem Zeitpunkt dies am sinnvollsten sein würde - alles unter der Zielsetzung einer eskalierend aufzubauenden Kampagne.

Bald lag auch ein Postkartenentwurf vor. Postkartenaktionen können für Menschen, die weder in einer direkten Aktion aktiv sein können, noch in der Gewerkschaft organisiert sind, sondern einfach nur ihren Unmut gegenüber Herrn Schlecker kundtun wollen, ein wirksames persönliches Ausdrucksmittel sein. Der Text war sehr zurückhaltend, fast bieder formuliert. Doch es sollten möglichst auch Menschen angesprochen werden, die ansonsten nichts mit Gewerkschaften zu tun haben wollen und nicht politisch aktiv sind.. Wichtig war bei dem Text auch, daß die Forderung nach Betriebsräten nur eine Forderung unter mehreren war und die eher menschenrechtlichen Forderungen stärker im Vordergrund standen. Die Forderung nach einem Telefon in den Filialen oder nach Zeit für den Toilettengang, sind konkrete Dinge, die sich Menschen, die bei einem Infostand auf dem Marktplatz diese Postkarte durchlesen, sofort vorstellen können. Mit dem Betriebsrat ist es etwa anderes. Das ist eine vergleichsweise abstrakte Forderung, die weniger empört und weniger mobilisiert.

Die Kampagne begann schließlich im Herbst 1994 damit, daß die Wahlen zum Betriebsrat eingeleitet wurden. Wahlvorstände wurden bestimmt, d.h. Frauen wurden gefunden, die bereit waren, zur Betriebsratswahl zu kandidieren. Alle Mißstände wurden nach und nach öffentlich gemacht und auf diese Weise der Konflikt allmählich hochgefahren. Auf der ersten Pressekonferenz wurde ein Teil der Rechercheergebnisse vorgestellt. Dabei ist das gesammelte Material auf mehrere Pressekonferenzen aufgeteilt worden, so daß die Schweinereien eskalierend aufgedeckt werden konnten. Das ist nicht immer einfach. Bei der Daimler-Minen-Kampagne z.B. ist uns dies nicht gelungen, die Minenherstellung durch Daimler-Benz ließ sich schlecht in vier Meldungen unterteilen.

Neue Bewegung -

neue Erfolge

Die Presse hat sehr schnell reagiert, ist doch Anton Schlecker wegen verschiedener Vorgeschichten sowieso eine schillernde Person für viele Pressemenschen. Das soziale Netzwerk unterschiedlichster Gruppen und Einzelpersonen wurde in unterschiedlicher Weise aktiv. Bei Pressekonferenzen waren z.B. immer die Industriepfarrer beider Kirchen anwesend. Als es zu ersten Kündigungen kam, traten die Paten, Prominente aus der Politik, auf den Plan und machten mit öffentlichen Erklärungen, Telefonaten und Faxen Druck auf Schlecker - mit Erfolg. Eine Kündigung wurde zurückgenommen, weitere nicht mehr ausgesprochen. Bei Aktivitäten vor und in den Filialen waren verschiedene Frauen- und Friedensgruppen aktiv. In Landtagen von Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz wurden Anträge eingebracht und breit diskutiert und vieles mehr. In einer Mischung aus Pressekonferenzen, dramatisierenden Aktionen, Aktivierung des sozialen Netzwerkes, der Postkartenaktion entwickelte sich die Kampagne immer stärker eskalierend.

Ein großer Teil des Drucks kam aus dem sozialen Netzwerk und nicht direkt aus der Belegschaft, die auf ihre Weise gegen die Zumutungen und Repressionen der Schleckerzentrale kämpfen mußte. Der gewerkschaftlich organisierte Teil der Belegschaft wäre nie in der Lage gewesen, alleine diese öffentliche Resonanz für deren Anliegen aufzubauen. Erst in der Kombination von Belegschaftsaktivitäten, gewerkschaftlicher Kampagnenplanung und Aktionen des sozialen Netzwerkes wurde ein Erfolg denkbar. Ein Zusammenspiel, das für die Zukunft sozialer Kämpfe eine gar nicht zu unterschätzende Bedeutung gewinnen wird!

Anfang März 1995 kam es dann zu einem Tarifabschluß, wobei alle Forderungen erfüllt wurden. Noch viele Aktionsformen waren vorbereitet gewesen, brauchten aber nicht mehr ausgeführt zu werden. Im Vorfeld des Internationalen Frauentags wurde der Tarifvertrag abgeschlossen. Am kommenden Morgen fuhren wir mit roten Rosen durch die Filialen und überreichten den Frauen eine kleine Anerkennung für ihre Standhaftigkeit und ihre Bereitschaft, sich trotz massiver Repression an der Kampagne zu beteiligen. Nebenbei bemerkt, nicht nur für die Gewerkschaft haben sich die Aktivitäten gelohnt, ausgedrückt z.B. im Mitgliederzuwachs. Auch für die "Werkstatt für Gewaltfreie Aktion" war es ein großer Erfolg. Wir haben Briefe geschrieben und unsere eigene Klientel angesprochen. Dafür erhielten wir ausschließlich positiven Zuspruch aus unseren Reihen, und so mancher Überweisungsträger wurde ausgefüllt zurückgeschickt, ja selbst neue Mitglieder wurden gewonnen.

Lernen läßt sich für Gewerkschaften wie für soziale Bewegungen: Nicht in ihren Organisationen leben die Bewegungen, sondern in ihren Aktionen und Kampagnen und da, wo die Bewegung lebendig ist, lassen sich auch Menschen zu Aktivitäten und zum Engagement gewinnen. Die Gewerkschaftsbewegung, genau wie die Friedensbewegung, wird in ihren Aktionen jedesmal neu gestiftet und manchmal sogar beide gleichzeitig.

Uli Wohland

Der Autor arbeitet im Industrie- Pfarramt Mannheim als Kampagnen-Berater. Adresse: KdA Baden/Industriepfarramt, Nietzschestraße 8, 68165 Mannheim, Tel.: (0621) 41 50 09. Der hier abgedruckte Text ist in express, 5/1998 erschienen und von uns stark gekürzt worden.

36. Sicherheit, Service, Arbeitszwang. Erwerbslose werden "City Ranger"

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:33

"Sicherheit, Service, Sauberkeit" - So lautet das Motto der Deutschen Bundesbahn AG. Als moderne Cover-Version des alten Schlagers "Law and Order" ist dieser Slogan mittlerweile zur Sprachregelung für alle Formen (inner-)städtischer Säuberungs- und Vertreibungsstrategien geworden. Doch die eh schon geschickte Verknüpfung von "Sicherheit" mit "Service" und "Sauberkeit" wird noch getoppt: "Sicherheit, Sauberkeit, Arbeit" heißt die neue Zauberformel, die "unsere Städte" wieder "attraktiv" machen und Erwerbslosen "eine Perspektive" bieten soll.

"Arbeitslose als Ordnungshüter?" fragte DIE WELT am 17.8.1998. Die CDU im Stadtrat von Saarbrücken hatte eine "Bürgerwache" beantragt, denn die Stadt sei unsicher "wie nie" und die Sauberkeit lasse immer mehr nach. "Geeignete" Langzeiterwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen sollen "in eine Uniform gesteckt" werden und für "ein paar Mark extra" mit Uniform und Handy durch Saarbrücken patroullieren. Neben dieser "sinnvollen Aufgabe" winkt nach den CDU-Vorstellungen "langfristig vielleicht" ein fester Arbeitsplatz. Außerdem kommt der Einsatz "die Stadtkasse durchaus billig", müßten doch ansonsten für die kommunalen Regelaufgaben tarifliche Löhne und Gehälter an städtische Angestellte oder Beamte gezahlt werden. Selbst die WELT spricht ohne Anführungszeichen von Plänen für eine Saarbrücker Bürgerwehr und für Oberbürgermeister Hajo Hoffmann (SPD) ist der CDU-Antrag "der Hammer schlechthin" und gar "nahezu rechtsradikales Gedankengut".

Wild West in Hamburg-Süd

Die Empörung der GenossInnen von der Saar vermag die Hamburger Sozialdemokratie nicht zu teilen. In Kooperation mit dem Arbeitsamt und mit ausdrücklicher Unterstützung der sozialdemokratischen Fachbehörde und des ebenfalls sozialdemokratischen Bezirksamtes hat der Hamburger Beschäftigungsträger GATE GmbH ein "Projekt zur Stadtteilbetreuung" ins Leben gerufen. GATE führt im Hamburger Süden nahezu konkurrenzlos eine Vielzahl von ABM-Projekten sowie Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeiterwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen durch. Er gehört damit zu den größten nicht-staatlichen Trägern, die sich auf dem Marktsegment der Arbeitsangebote für Langzeiterwerbslose tummeln. Mit dem neuesten Produkt soll nach eigenem Bekunden eine Antwort auf die "Unwirtlichkeit der Städte" gegeben werden, in denen sich "Pflanzen mühsam durch Berge von Müll kämpfen" müssen, Spielplätze "für Kinder nicht mehr benutzbar" sind und sich "Frauen und ältere Leute abends nicht mehr aus dem Haus trauen".

Im Rahmen einer vom Arbeitsamt geförderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme patroullieren ab 1. Dezember diesen Jahres 12 Erwerbslose in Zweier-Streifen durch die Wohnviertel, im Schichtdienst von Montag bis Sonntag von 7 Uhr morgens bis 23 Uhr am Abend. Ausgerüstet sind die City Ranger mit Handy, Arbeitshandschuhen, Kinderpflaster und "schmucken, sportlichen Uniformen" (Hamburger Morgenpost, 26.11.1998). Bis Ende 1999 sollen 48-50 Langzeiterwerbslose auf diese Weise in Hamburg-Harburg Streife laufen. Ein Schelm, wer dabei an Texas Ranger, Clint Eastwood oder High Noon denkt: Die City Ranger sind vielmehr "die freundlichen Geister im Stadtteil", immer bereit, leere Bierdosen wegzuräumen, Hundekot zu beseitigen, umgekippte Mülleimer aufzurichten oder wilde Müllecken zu melden. "Engagiert, freundlich und mit Zivilcourage" sollen sie "nach dem Rechten schauen" und "hinsehen, wo andere weggucken" (Pressemitteilung vom 14.7.1998).

GATE legt Wert darauf, daß die Ranger keine Hilfspolizisten oder Schwarze Sheriffs sind. Aber wenn Überzeugung nicht hilft, dann "können sie die Polizei zu Hilfe rufen". Die Hamburger Sozialbehörde und das Bezirksamt Harburg werden da schon deutlicher: Die City Ranger sollen durchaus "kleinere Streitereien" schlichten und gegen Graffiti-SprüherInnen und "randalierende Jugendliche" vorgehen; "Kampf den Vandalen" fällt dazu der Hamburger Morgenpost ein (26.11.1998). Daß die City Ranger in der Tat mehr sein sollen als ein bloßer Reinigungstrupp, stellt auch GATE klar. Die Ranger sollen durch ihre Anwesenheit ein "Schutzgefühl vermitteln" und das vielbeschworene "subjektive Sicherheitsgefühl" heben. Vorläufer der City Ranger sind die "Hausbetreuer": In eigenen "Pförtnerlogen" sitzen von GATE beschäftigte Erwerbslose und spielen in den Hochhaussiedlungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA "Mädchen für alles", vom Hausmeister

bis zur Beschwerdeinstanz für kaputte Glühbirnen und störende Nachbarn. Mit dieser modernen Variante des Blockwartsystems wollen SAGA und GATE "Vandalismus und Unsicherheit" in den Mietshäusern bekämpfen. Die City Ranger sind für GATE "Pförtner, die in die Stadtteile gehen" und über soziale Kontrolle für Sicherheit und Ordnung sorgen.

GATE wirbt für sein neues Projekt aber nicht nur mit dem "Rund-um-sicher-und-sauber"-Paket und dem Nutzen für die BewohnerInnen der Stadtteile. Als Beschäftigungsträger will GATE Erwerbslosen auch eine "neue berufliche Orientierung" geben und ihre Chance auf Rückkehr in einen Dauerarbeitsplatz erhöhen. Dabei überschlägt sich die Public-Relations-Abteilung an Dreistigkeit: "Durch die Arbeit und umfassende Qualifizierungsangebote verhelfen wir den Mitarbeitern zu umfassenden Kenntnissen und Erfahrungen in einem Bereich, der an Bedeutung ständig zugewinnt: Dienstleistung, Kommunikation und Kundenbetreuung." (Pressemitteilung, 14.7.1998). In der Praxis heißt es für Erwerbslose in diesem Projekt Hundekot aufsammeln, Grünstreifen reinigen, wilde Müllkippen melden und/oder selbst beseitigen sowie "Deeskalationsausbildung" für Konflikte mit "unbelehrbaren Mitbürgern" (Hamburger Morgenpost, 26.11.1998). Als AB-Maßnahme ist das ganze auf ein Jahr befristet. Als Löhne für die Schichtarbeit werden zunächst 2.600 DM brutto und nach fünf Monaten 2.900 DM brutto gezahlt.

Niedrigschwellige Ordnungshüter

Nicht nur in Hamburg macht man sich Gedanken um billige Ordnungshüter. In Wilhelmshaven beschäftigt die städtische Tochtergesellschaft Wilhelmshaven Projekt GmbH Langzeiterwerbslose als "Stadtlotsen". In roten Jacken und schwarzen Barrets wirken sie "offiziell, aber nicht autoritär". Sie "sorgen für Sicherheit und Sauberkeit", helfen Touristen weiter und drohen Jugendlichen, die mit Butterfly-Messern spielen oder mit dem Rad durch die Fußgängerzone fahren (Hamburger Abendblatt, 20.10.1998). Insgesamt acht Leute zwischen 25 und 45 Jahren laufen täglich zwischen 9 und 21 Uhr Doppelstreifen in der Innenstadt. Die Qualifizierung, die "Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt" bieten soll, besteht aus zwei Monaten Schulung in "Konflikttraining", "Stadtkundeunterricht", Erste-Hilfe-Kurs und "Unterrichtung in rechtlichen Dingen". Das Projekt soll auch wegen der bevorstehenden EXPO vorangetrieben werden: Wilhelmshaven fungiert da als "maritimer Außenposten".

"Sicherheit und Sauberkeit" entwickeln sich zunehmend zu einer attraktiven Marktlücke für alle möglichen Beschäftigungsprojekte. Im unmittelbaren Anschluß an das berüchtigte "Bettlerpapier" der Hamburger Innenbehörde (1) gründete die "Altonaer Arbeitsförderungsgesellschaft" mit Unterstützung der Sozialbehörde und des Arbeitsamtes einen "S-Bahn-Begleitdienst". Während die Deutsche Bundesbahn ZugbegleiterInnen wegrationalisiert, werden sie hier mit staatlichen Fördermitteln neu geschaffen und der Bahn zur Verfügung gestellt. Seit Mitte 1997 sind 200 Langzeiterwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen in Hamburger S-Bahnen tätig. Nach vierwöchiger "Schulung" werden sie in Uniformen gesteckt und sollen, "auf ihr gepflegtes Äußeres achtend", den S-Bahn-Fahrgästen durch Fahrplanauskünfte oder Gepäck tragen die Fahrt angenehmer machen. Gleichzeitig sollen sie auf "unerwünschte und problembelastete Personen", d.h. BettlerInnen, Obdachlose und AlkoholikerInnen "einwirken" und "Vandalismus" und Beschädigungen verhindern. 5,7 Mio. DM lassen sich Sozialbehörde und Arbeitsamt dieses Projekt kosten, die Bahn steuert 60.000 DM für die Uniformen bei. Eventuelle Einsparungen aus vermiedenen "Vandalismusschäden" sollen in zusätzliche Stellen investiert werden. Der Andrang hält sich freilich in Grenzen (DIE WELT, 9.7.1997): Für arbeitlose GerüstbauerInnen, ErnährungsberaterInnen und Diplom-Ingenieure ist der befristete Job als Schwarzer Sheriff offensichtlich wenig attraktiv. Hinzu kommt die Arbeit im 3-Schicht-Betrieb mit einem Nettolohn von 1.300 DM. Die Beschäftigten selbst sprechen von "Billig-Ausbeuter-Jobs" (Hamburger Morgenpost, 27.11.1998). In eine Anschlußbeschäftigung wurde bisher erst eine Person vermittelt, wohin ist unbekannt.

Auch das Hamburger Obdachlosenmagazin Hinz und Kunz(t) (Träger ist das Diakonische Werk) hat der Öffentlichkeit ein Arbeitsprojekt für Erwerbslose vorgestellt, das "City Service Team". Mindestens 50 Erwerbslose sollen unter fachlicher Anleitung "vollzeit, teilzeit oder stundenweise" beschäftigt werden. Sauberkeit und Service in der Innestadt ist auch hier das Programm: "freundliche Uniformen", Rundgänge in der City, Beseitigung von Schmutz und Graffiti, Reinigungskolonne und Gepäckträger, Stunden-Jobber in den Kaufhäusern und nicht zuletzt Werbeträger für den innerstädtischen Einzelhandel. Im Gegensatz zu den Projekten professioneller staatlicher oder freier Beschäftigungsträger formuliert Hinz und Kunz(t) zumindest einige Bedingungen an ihre Mitwirkung an solchen Beschäftigungsmaßnahmen: keine Innenstadtverordnung, Tariflöhne und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, kein Abbau regulärer Arbeitsplätze.

Die Billig-Jobber sollen das Dienstleistungsangebot in der City erhöhen und somit eine liberale Alternative zu dem ansonsten repressiv und vertreibungspolitisch geprägten Diskurs um die "Attraktivität der City" abgeben. (2) Die Grundlage dieser Debatte wird jedoch nicht in Frage gestellt: Die Innenstadt sei wegen Dreck und fehlendem Sicherheitsgefühl unattraktiv. Dabei ist das Gerede von der bedrohten Sicherheit und dem Müll gerade für die Hamburger City besonders lächerlich. Letztlich meint "Verwahrlosung" im Kontext der Innenstadt auch etwas anderes, nämlich "die Aufdringlichen", die "niemand mag" (Hamburger Abendblatt, 2.11.1998). Das sind die "die, denen schon wieder der Schweiß auf der Stirn steht, denen der Affe im Nacken sitzt", und das sind die, die "trinken, streiten, rauchen, noch mehr trinken, debattieren, betteln und schlafen auf Bänken, die für ein ganz anderes Publikum vorgesehen waren".

Für eine Handvoll Dollars

Die allzu offensichtliche Instrumentalisierung von Erwerbslosen als Hilfspolizisten wirft - wie in Saarbrücken - immer noch Legitimationsprobleme auf. Das Element von "Sauberkeit und Service" bietet sich da als willkommenes Bindeglied an, das den repressiv-ordnungspolitischen Strang der Debatte um die "Unwirtlichkeit der Städte" mit der Parole "Arbeit, Arbeit, Arbeit" verknüpft. Keine zwei Monate, nachdem in Hamburg das "Bettler-Papier" als offizielle Drucksache zurückgezogen und statt dessen zur inoffiziellen Leitlinie des Senats erklärt worden war, präsentierte die Umweltbehörde im Dezember 1996 eine Drucksache mit dem schlichten Titel "Sauberkeit der Stadt". Darin verkündet sie, wie sie im arbeitsteiligen Prozeß der verschiedenen Fachbehörden ihren Beitrag gegen die "Unwirtlichkeit der Stadt" gestalten will. In ihrem Kampf gegen Müll und "Vandalismus" setzt die Umweltbehörde dabei insbesondere auf den Arbeitseinsatz von Langzeiterwerbslosen bzw. auf die Mittel des Arbeitsamtes und der Sozialbehörde. Bezirkliche Beschäftigungsträger, Bürgerinitiativen private Vereine u.ä. sollen in zusätzliche, gemeinnützige Reinigungsarbeiten einbezogen werden, und bereits hier findet sich ein erster Hinweis auf die City Ranger und Pförtner-Projekte von GATE.

Aber auch staatliche Stellen selbst sollen verstärkt SozialhilfeempfängerInnen und Langzeiterwerbslose mit der Reinigung von Begleitgrün, dem Aufsammeln von Hundekot und dem Säubern des Elbstrandes beschäftigen. Das Problem, daß staatlich geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen "zusätzlich" sein müssen und keine Regelaufgaben ersetzen dürfen, wird dabei trickreich umgangen: So gilt etwa die Reinigung von Grünflächen an Straßen als "ästhetische Reinigung", die nicht unbedingt notwendig und daher zusätzlich ist. Noch weitgehender ist die Formulierung von Aufgaben, "für die sonst kein Geld da ist". Demnach wäre so gut wie alles "zusätzlich" und stünde als Einsatzfeld für AB-Maßnahmen zur Verfügung.

Inzwischen haben städtische Betriebe den Vorteil von Auslagerungen in den sog. zweiten Arbeitsmarkt erkannt. Die Stadtreinigung plant die Gründung einer eigenen Beschäftigungsgesellschaft mit dem "vorrangigen Ziel" der "Nutzung staatlicher Förderprogramme zum Abbau von Arbeitslosigkeit" (TAZ Hamburg, 21.9. 1998). Mit diesem Outscourcing schlägt das Unternehmen drei Fliegen mit einer Klappe: Zum einen können ältere, kranke oder sonstwie "unproduktive" MitarbeiterInnen billig und ohne Imageverlust sozial "entsorgt" werden. Zum zweiten werden staatliche Regelaufgaben durch faktisches Lohndumping billiger. Was der S-Bahn die staatlich subventionierten ZugbegleiterInnen sind der Stadtreinigung die untertariflich subventionierten Straßenkehrer. Und letztlich können billige Privatanbieter vom Markt verdrängt werden: Der Staat organisiert sich seinen Billiglohn-Sektor selbst. Ein Tarifvertragsentwurf für die Beschäftigungsgesellschaft der Stadtreinigung sieht Löhne von 2.800 DM brutto vor. Auch die Wohnungsbaugesellschaft SAGA möchte diese Vorteile nutzen. Sie will das Pförtner-Projekt von GATE übernehmen und in eigener Regie weiterbetreiben. 300 Langzeiterwerbslose sollen bei einer eigenen Beschäftigungsgesellschaft angestellt werden. Die Sozialbehörde hat keine Bedenken: Die "Nähe zum ersten Arbeitsmarkt" reicht für eine Förderung in Höhe von 2 Mio. DM bzw. 4,6 Mio. DM in den Jahren 1999 und 2000 aus. Damit will die Behörde die SAGA mit 15.500 DM pro "Zielgruppenbeschäftigten" subventionieren.

Die staatlichen Ausgründungen geraten vor allem mit den Beschäftigungsträgern in Konkurrenz. So bahnt sich inzwischen ein Hauen und Stechen um die billigen subventionierten "Mülldedektive" an. Eine private "Stadtteilreinigungs- und Ser-vice GmbH" - Träger ist ein alternatives Beschäftigungsprojekt - will der städtischen Stadtreinigung den Markt in St. Pauli streitig machen: Weitaus besser und vor allem für weniger Geld sollen Jugendliche Gehwege und Begleitgrün säubern und für ein gepflegtes Erscheinungsbild sorgen. Alles soll sauber gemacht werden und zwar nach Bedarf, "nicht nach Schichtplan". Und "nebenbei" sollen die Jugendlichen beruflich qualifiziert werden (Hamburger Abendblatt, 14.9.1998). Darüber, wie und worin "qualifiziert" wird, sagt dieser Träger genauso wenig wie über Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Statt

dessen wird im Kampf um die Lufthoheit über die begehrten Mittel des zweiten Arbeitsmarktes das marktradikale Loblied auf die Privatinitiative genauso gesungen wie die Melodie von Service und Sauberkeit.

Die herrschende Diskussion um Sauberkeit und Unwirtlichkeit in der Stadt ist in ihrem Kern die Bekräftigung von Law-and-Order. Ihr Vorteil liegt aber nicht nur darin, die offene polizeilich-repressive Komponente zu verschleiern. "Sauberkeit" in Verbindung mit "Service" dient in hervorragender Weise der Verknüpfung von Law-and-Order mit dem Gerede von "Arbeit und Beschäftigung". Damit sind gleich zwei Diskussionsstränge mit enormem Legitimationspotential verbunden. Zum einen entsprechen "City Ranger", "Stadtlotsen" oder "City Service Teams" dem neoliberal-kommunitaristischen Jargon vom "Gemeinwesen" und der "Bürgerarbeit". Repression und staatliche Kontrolle wird "niedrigschwellig", privat und als soziale Kontrolle organisiert, Polizei und private Sicherheitsdienste werden um den "netten Blockwart von nebenan" ergänzt. "City Ranger" u.a. sind dabei nicht nur eine besonders billige Variante privater Sicherheitsdienste. Mit jedem Eingreifen definieren sie darüber hinaus faktisch, was ein "Konflikt" ist, ohne dazu in irgendeiner Weise legitimiert zu sein.

Zum zweiten werden Arbeitsmaßnahmen für Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen kaum noch kritisch überprüft; "Sicherheit, Sauberkeit, Service" treiben diese Tabuisierung weiter voran. Kein Kommentar kritisiert die "neuen Berufsperspektiven", die sich aus dem Harken von Gehwegen ergeben sollen; kein Kommentar hinterfragt die "Qualifizierung" von Menschen, die ein Jahr lang RadfahrerInnen aus Fußgängerzonen verscheuchen; und kein Kommentar fragt danach, was in diesen Jobs verdient wird, welche Arbeitszeitregelung, welcher Urlaubsanspruch besteht und ob diese Jobs etwa auch verweigert werden konnten. Arbeitsplätze in diesem "modernen" Dienstleistungssektor können nur sinnvoll sein, so die Botschaft. Und umgekehrt muß eine Branche sinnvoll sein, die so viel Gutes für Erwerbslose tut.

Dirk Hauer

Anmerkungen:

1) Gemeint ist die Senatsdrucksache "Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt" aus dem Sommer 1996 (vgl. ak 398 und 403)

2) Unter der Federführung der Hamburger Wirtschaftsbehörde hat eine Arbeitsgruppe aus VertreterInnen der Handels- und Handwerkskammer, der Gastronomie und des Einzelhandels, der Gewerkschaften sowie der Bau-, der Finanz-, der Innen- und der Stadtentwicklungsbehörde im August 1998 ein Papier "Attraktive City" vorgelegt, das von etlichen KritikerInnen als "zweites grünes Bettlerpapier" charakterisiert wird.

Angriff der Killer-Qualzer

SPD fordert Spuckverbot

Die SPD im Hamburger Stadtteil Veddel-Rothenburgsort befürchtet den Untergang des Abendlandes und die Verunreinigung des Viertels durch levantinische Spuckexzesse. Leider liegt uns die Antwort des Ortsamtes auf die sorgenvolle Anfrage des Mathias Oldhaver nicht vor.

Ortsausschuß Veddel-Rothenburgsort Drucksache Nr. 15/465/97

Sitzung am 13. Mai 1997

SPD-Fraktion

im Ortsausschuß Veddel-Rothenburgsort

Anfrage

Betr.:

Spuckprobleme am S-Bahnhof Veddel

Das Spucken ist in levantinischen Ländern und in afrikanisch-asiatischen Gefilden durchaus üblich. Da auf der Veddel bekanntlich eine große Zahl der Bürger aus diesen Ländern stammt, bleibt es nicht aus, daß diese häufiger auf die Gehwege spucken. Dieses Spuckproblem hat beispielsweise in Singapur dazu geführt, daß für wildes Spucken drakonische Strafen verhängt werden.

Das Spuckproblem ist in Deutschland zwar nicht so präsent, stellt jedoch am S-Bahnhof Veddel ein durchaus ernst zunehmendes ästhetisches und hygienisches Problem dar.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Verwaltung:

1. Wie oft wird der Fußboden des S-Bahnhofs Veddel mit Wasser und Reinigungsmitteln gereinigt?

2. Wie hoch schätzt die Verwaltung die gesundheitliche Gefahr durch eintrocknende und sich pulverisierende Qualzer ein, die dann mit Krankheitskeimen versehen durch die Luft wirbeln?

3. Wie beurteilt die Verwaltung die Wirkung von mehrsprachigen Schildern mit der Aufschrift "Spucken verboten!"? (Diese Schilder waren früher in öffentlichen Verkehrsmitteln gang und gäbe!)

3.a) Sieht die Verwaltung andere Möglichkeiten, um der Spuckerei Herr zu werden?

Mathias Oldhaver und Fraktion

37. Wußten Geheimdienste von Mogadischu? Aus dem Schlußwort von Monika Haas

Autor: ga. · Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:40

Nach 30 Monaten Verhandlungsdauer und nach fast sieben Jahren intensivster Ermittlungen gegen mich scheint dieser Prozeß vor seinem Abschluß zu stehen. Ab und zu haben mich schon alptraumartige Vorstellungen beschlichen, ich könnte zur festen Einrichtung der Frankfurter Justiz werden. Die letzten Jahre, seit 1992, waren in einem Ausmaß belastend und zermürbend, wie es sich wohl kaum jemand vorstellen kann. Meine Kinder mußten wichtige Lebensphasen selbständig bewältigen und wir sind unter dem Druck der Anklage zurück in die Sozialhilfe und damit wieder unter die Armutsgrenze dieser Gesellschaft gepreßt worden. Und warum? Weil ich von einflußreichen Personen unterschiedlichster Couleur als Manövriermasse mißbraucht worden bin. Ich werde das im folgenden erläutern.

Der eigentliche Ausgangspunkt dieses Verfahrens ist nicht erst 1992 und auch nicht 1980, sondern der Januar 1976. Alles, was ich seitdem erlebt habe, ist auf das Gerücht zurückzuführen, ich sei in Nairobi vom Mossad umgedreht worden. (Im Januar 1976 habe ich im Auftrag der Palästinenser einen Brief nach Nairobi überbracht, wurde bei meiner Ankunft auf dem Flughafen verhaftet und bin nach drei Tagen Verhör mit dem Auftrag zurückgeschickt worden, eine Palästinenserin nach Nairobi, und somit in eine Falle zu locken). Seit dieser Zeit habe ich mich immer wieder mit Vorwürfen konfrontiert gesehen, die nicht stimmen. Seit dieser Zeit werde ich - überwiegend von Männern - mit den abenteuerlichsten Phantasien und Projektionen überzogen, die zeitweise mit einer so beispiellosen Skrupellosigkeit gestreut wurden, daß sie mich mehr als nur einmal in akute Lebensgefahr gebracht haben.

Ich habe keine Waffen nach Mallorca gebracht. Gegen alle denkbaren und undenkbaren Widerstände versuche ich das nun schon seit März 1992 zu beweisen. (...)

In meinen Schlußwort möchte ich mich deshalb mit der Frage beschäftigen, die für mich existentiell ist: Die Frage, warum die Anklagebehörde mit dieser - selbst für politische Verfahren ungewöhnlichen - Verbissenheit an mir festhält; die Frage, für was oder wen ich hier herhalten soll, was verdeckt oder wer geschützt werden muß.

Um die Eigendynamik der Entwicklung transparenter zu machen, muß man sich die Schlagzeilen von 1991 noch einmal in Erinnerung rufen. Was war damals so beunruhigend? Und für wen war das beunruhigend? Es geht und ging um die RAF-Stasi-Connection. Durch die Aussagen der in der ehemaligen DDR festgenommenen Aussteiger der RAF sowie durch die Berichte früherer Stasi-Offiziere wurde damals bekannt, daß aktive RAF-Mitglieder durch die Stasi militärisch ausgebildet worden waren. Von besonderer Brisanz war damals der Verdacht, das MfS habe sich an der Vorbereitung des Attentats auf den US-General Kroesen beteiligt, das 1981 von der RAF mit einer Panzerfaust verübt wurde. Diese Anschuldigung verursachte damals verständlicher- weise einigen Wirbel. Ein Geheimdienst soll in Anschläge der RAF verwickelt sein, auch eine der zentralen Aussagen von Müller und Kanonenberg in dem Buch "Die RAF-Stasi- Connection". Das Wissen der Stasi über den Anschlag der RAF ist nicht gerade von der Hand zu weisen, gibt es doch mehrere Zeugen dafür. Darüber hinaus mußte das MfS ja auch immer damit rechnen, daß ihre aktive Unterstützung der RAF, beispielsweise durch die Festnahme und Aussage eines Mitglieds, ans Licht kommen kann. Für diese Möglichkeit mußte Vorsorge getroffen werden. Das MfS betrachtete mich als das westliche Pendant ihrer eigenen Praxis. Die Veröffentlichung meiner mutmaßlichen Kooperation mit westlichen Geheimdiensten sowie die unterstellte Beteiligung an den Aktionen von RAF und/oder PFLP, waren der Plan X der Stasi für den Fall einer Entdeckung. 1980, die Verhandlungen zwischen Stasi und RAF waren in vollem Gange, kehrte ich in die BRD zurück. Damals entstand der "Operativ-Vorgang Wolf".

Im März 1992 benutzten "Spiegel" und "Spiegel-TV" die Behauptungen des "OV-Wolf", um mich einerseits als Beteiligte an der Landshut-Entführung und andererseits als Multi-Agentin fast sämtlicher westlicher Geheimdienste anzuprangern. Systematisch wurde ich als Agentin und als Top-Terroristin aufgebaut. Das ganze hatte den Anschein, als ob Stefan Aust mit mir zu beweisen versuchte, daß bundesdeutsche Behörden von Operationen nicht nur gewußt, sondern sie sogar gedeckt haben, um ihren Informanten nicht enttarnen zu

müssen. Gemeint war die Landshut-Entführung. Stefan Aust ist mit dieser These der Wahrheit so gefährlich nahe gekommen, daß sie regelrecht eine Lawine in Gang gesetzt hat.

Im "OV-Wolf" gibt es ein Gesprächsprotokoll zwischen Rechtsanwalt Croissant und Stefan Aust vom Oktober 1985. Dort geht es um das zu allen Zeiten heiß diskutierte Thema, wer hat wann und für wen Informationen besorgt. Dabei ging es auch um die Landshut-Entführung. In dem Protokoll heißt es: Aust bemerkte, die BRD-Stellen hätten schon in dem Zeitpunkt, als das Kommando Martyr Halimeh mit der gekaperten Landshut in der Luft gewesen sei, genau gewußt, wie die Entführer hießen. Stefan Aust hatte offensichtlich Anhaltspunkte für den Verdacht, daß dem Mossad bereits vor der Entführung der Landshut die Information über die bevorstehende Entführung zugespielt wurde. Diesen Hinweisen auf einen entsprechenden "V-Mann", den es ganz offensichtlich gab, habe ich es zu verdanken, daß ich ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte. Ich war in der Vergangenheit als Sympathisantin der RAF bekannt geworden und hatte durch meine Ehe eine enge persönliche Verbindung zu einem führenden PFLP-Funktionär. Darüber hinaus war ich angeblich vom Mossad "umgedreht", ein Gerücht, das bereits 1976 von Klaus Croissant und anderen im Umfeld der RAF (auch in Stammheim und bei Werner Hoppe) in der BRD verbreitet wurde - kein Wunder, daß sich der Verdacht auf mich fokussierte. Auch die Bild-Zeitungs-Meldung vom 18.10.1977, die dem "OV-Wolf' als Vorläufer diente, ist darauf zurückzuführen. Ebenso die Tatsache, daß an dem Verdacht meiner Beteiligung so konstant festgehalten wurde. (...)

Auch in der Hauptverhandlung fanden sich Hinweise auf die Existenz eines V-Mannes. Am 22. Mai 1997 stellte der Vorsitzende Richter Schieferstein zu Beginn der Hauptverhandlung dem BKA-Beamten Glaeske die Frage: "Am 13. war die Entführung, am 14.10. sind Sie bereits nach Mallorca geflogen und haben nach vier Namen aus der Passagierliste recherchiert. Woher hatten Sie die Personalangaben im Bericht?" Der Zeuge gab eine Antwort, die in ihrer Substanz unvollständig war, er sagte: "Von den Meldezetteln der Hotels und Nachfragen in Reisebüros. Das steht alles im Bericht, an mehr kann ich mich nicht mehr erinnern." (...) Wieso wußte das BKA bereits am 14. Oktober, daß es vier Entführer waren und daß die vier keine Deutschen waren? Die ungewöhnlich schnelle und präzise Ermittlung der vier Entführer steht im auffälligen Widerspruch zu der Tatsache, daß das BKA keinen einzigen Namen der arabischen Kontaktleute, die ebenfalls vor Ort waren, herausfinden konnte. Selbst Kamal Servaii, der sich mit einem iranischen Paß auswies, konnte angeblich nicht ermittelt werden. (...)

Ich persönlich hatte die Mutmaßung von Stefan Aust - dem Mossad sei die Aktion im Vorfeld bekannt geworden und damit auch den deutschen Behörden - immer für einen typischen Tick von Geheimdienstexperten gehalten. In den Augen der Stasi standen ohnehin fast alle Menschen in Beziehung zu einem Geheimdienst, wenn nicht bei ihnen, dann waren sie beim Gegner unter Vertrag. Meine Meinung habe ich revidiert, seit ich weiß, daß Said Ali Slim - 1977 der Ehemann von Souhaila Andrawes - wahrscheinlich bereits seit 1976 für den Mossad gearbeitet hat. Seine Anwesenheit im Oktober 1977 auf Palma de Mallorca und zwar im Hotel "Bellver" ist mehr als nur denkbar. (...)

Wenn dem Mossad die bevorstehende Entführung wirklich bekannt war, dann hat er auch die deutschen Behörden darüber in Kenntnis gesetzt. Vermutlich war es der Verfassungsschutz, der die Information im Vorfeld der Entführung im chaotischen Konkurrenz- und Kompetenzengerangel der damaligen Zeit zu spät weitergegeben hat. Möglicherweise hätte die Entführung der Landshut rechtzeitig verhindert werden können und es war nicht nur das Versteck von Hanns-Martin Schleyer, das, wie man heute weiß, frühzeitig bekannt war. Mir ist die Bemerkung eines Verfassungsschutzbeamten erzählt worden, "die Haas muß verurteilt werden, damit der Aust endlich Ruhe gibt". Das ist natürlich auch ein Grund, warum ein Mensch verurteilt werden soll. Mit meiner Verurteilung sollen all diese beunruhigenden Fragen endlich verstummen.

Wie und wann genau der Verdacht über meine angebliche Beteiligung an der Landshut - Entführung an die westlichen Staatsschützer gelangte, ist nach wie vor ungeklärt. Fest steht nur, daß im Juni 1981 mit diesem Gerücht zum ersten Mal versucht wurde, Druck auf mich auszuüben.(...)

Es ist schon merkwürdig, daß die Reise von Kamal Servati und Cornelia Vermaesen trotz der Nachforschungen bis zum Herbst 1980 unentdeckt geblieben sein soll. Der Verfassungsschutz behauptet, ihm seien die Reisebewegungen der Personen Servati/ Vermaesen, geb. Trubendorffer und dem Kind Nicole schon im November 1977 bekannt geworden. Auch die Flugliste mit den Namen Vermaesen und Servati sei ihnen bereits im November zugegangen, damit hätten sich die Ermittlungen aber erschöpft. Die Frage des

Gerichts, ob der Inhalt der Quellenmeldung an das BKA übergeben worden sei, beantwortete der Zeuge Piekarek vom Verfassungsschutz mit den Worten: "Das weist die Notiz nicht aus." Einerseits will das BfV 1977 die Ermittlungsergebnisse des Bundeskriminalamtes durch eigene Erkenntnisse gestützt haben, andererseits soll diese wichtige Meldung aber in der Ablage gelandet sein. Wenn es so gewesen wäre, wäre das ein Skandal. Inzwischen hat die Zeugenaussage von Juan Bauza Barcelos, dem Hotelmanager, der 1977 das Hotel Java leitete, bewiesen, daß das BKA bereits vor 1980 Kenntnis von dem Pärchen Servati/Vermaesen hatte.

Im Februar 1994 wurde ich in einer "Einzelgegenüberstellung zum Zwecke der Identifizierung" dem Zeugen Bauza Barcelos vorgestellt. Der Zeuge versicherte, mich noch nie gesehen zu haben und ergänzte, "wenn ich sie schon einmal gesehen hätte, würde ich sie heute wiedererkennen." Für diese Aussage gibt es zwei Rechtsanwälte als Zeugen. Im Protokoll von Bundesanwalt Kouril liest sich diese Aussage jedoch ganz anders, nämlich so: "Ich kann mich nicht erinnern, die Beschuldigte früher einmal gesehen zu haben. Ich meine, ich würde sie wiedererkennen, wenn ich sie früher schon mal gesehen hätte." (...)

Doch der Zeuge Bauza Barcelos soll gemäß dem Vernehmungsprotokoll sogar noch ganz andere Dinge im Februar 1994 gesagt haben. "Die Polizei erschien bereits am 14. Oktober 1977 bei uns im Hotel Java. ... Sie fragten auch nach arabischen Gästen. ... Die gesuchten Namen waren in unserem Register nicht verzeichnet. Und am 14. Oktober 1977 hatten wir auch keine arabischen Gäste. Die Polizei und ich befragten damals aber den Chef der Rezeption, den Chef der Bar und andere Angestellte, ob ihnen etwas aufgefallen wäre. Dabei erfuhr ich, daß 5 oder 6 Tage zuvor ein Mann mit einem arabischen Namen in Begleitung einer europäischen Frau und eines Kleinkindes in unserem Hotel übernachtet hatte."

Über diese Angaben habe ich mich schon vor der Hauptverhandlung sehr gewundert, denn sie standen im Widerspruch zu allen anderen Aussagen. 1992 wurde der Zeuge Bauza Barcelos von einem Fernsehteam von "Spiegel-TV" interviewt. In diesem Interview hatte er nicht von einer europäischen Frau mit einem Kind gesprochen. Es ist nur die Rede von einer Frau, die mit einem holländischen Paß gereist sei. Der Zeuge Gerdes vom BKA bestätigte, daß es bei den Nachermittlungen 1980 keinen Hinweis auf mich oder ein Kleinkind gab. Der Zeuge Gollwitzer, der die Nachermittlungen auf Mallorca 1980 durchführte, hat dies in der Hauptverhandlung ebenfalls versichert. Der Zeuge Glaeske, der 1977 im Hotel Java Nachforschungen anstellte, hat weder in seinem damaligen Bericht noch hier in der Hauptverhandlung eine derartige Aussage erwähnt. Und jetzt, 17 Jahre später, ist die Frau auf einmal blond und es soll ein Kleinkind geben.

Rechtsanwalt Golzem stellte am 9. Mai 1996 den Beweisantrag, den Zeugen Bauza Barcelos zu hören. Zwei Jahre später wurde er dann auch tatsächlich geladen. Herr Barcelos schrieb sogar einen Brief an das Gericht, in dem er seine Freude zum Ausdruck brachte, der deutschen Justiz behilflich sein zu können. Am Tag seiner Zeugenvernehmung warteten wir hier allerdings vergeblich auf ihn. Der Senat bemühte sich in Erfahrung zu bringen, wo denn der Zeuge abgeblieben war. Im ersten Telefonat hieß es noch, er sei abgeflogen. Etwa eine halbe Stunde später überraschte der Vorsitzende Schieferstein mit der Mitteilung, der Zeuge wäre aufgrund der innenpolitischen Situation in Spanien von den spanischen Sicherheitsbehörden am Abflug nach Deutschland gehindert worden. Da es sich bei der Zeugenladung nicht um eine "offizielle" Ladung handele, könne es sich auch um eine Falle der ETA handeln, in die der Zeuge gelockt werden solle. Dieser Vorgang warf für mich jede Menge Fragen auf. Wie hatten die spanischen Sicherheitsbehörden von der Ladung Kenntnis erhalten? Sollte Herrn Bauza Barcelos suggeriert werden, er sei in Gefahr, wenn er hier aussagt? Wer hat die Abreise verhindert und warum? Sollte mal wieder die mündliche Befragung eines Zeugen verhindert werden, wie bei so vielen Zeugen in diesem Prozeß?

Am 23. April 1998 kam dann der Zeuge. Ungefähr nach einer viertel Stunde gab es die erste Überraschung. Er erläuterte anhand der Rechnung, daß es sich bei den Gästen Servati und Vermaesen nur um zwei Erwachsene gehandelt habe. Auf der Rechnung ist oben eine Spalte C (Cuna). In diese Spalte muß eingetragen werden, wenn ein Kind jünger als drei Jahre ist. Die Eintragung darf nicht unterbleiben. Er betonte die Verpflichtung zur Registrierung eines Kleinkindes unabhängig von der Zahlungspflicht gehabt zu haben, da die Anwesenheit aller Gäste z.B. für den Fall von Katastrophen registriert werden mußte. Daraufhin machte das Gericht eine längere Pause!

Nach dieser Pause überreichte der Senat dem Zeugen die Fotokopie der erwähnten staatsanwaltschaftlichen Vernehmung, um ihn Absatz für Absatz abnicken zu lassen. Herr Bauza Barcelos ist in dem gesamten

Komplex der einzige Zeuge, der in jeder Beziehung unabhängig und niemanden verpflichtet ist. Aber auch bei ihm, oder vielleicht gerade bei ihm, sollte nur das, was auf dem Papier steht Gültigkeit haben und die mündliche Befragung verhindert werden. Meine Verteidigung intervenierte erfolgreich und der Zeuge konnte weiter befragt werden, wie es die Strafprozeßordnung in einem Verfahren vorschreibt. Jetzt erst kam ans Licht, was vorher mit all diesen Manövern verhindert werden sollte.

Frage: Wann haben Sie erstmals von dem Mann und der europäischen Frau mit Kleinkind gehört? Zeuge: Ich habe erfahren, daß die Polizei nach einer europäischen Frau geforscht hat. Wann genau, weiß ich nicht. Es handelte sich um eine Person mit Kleinkind. Frage: War das 1977? Zeuge: Ich glaube nein. Frage: Das Letztgesagte bezog sich auf das, was die Polizei Sie gefragt hatte. Wann haben Sie erstmals von dem Mann, der Frau und dem Kleinkind gehört? Zeuge: Davon habe ich erfahren, als die Polizei mich informierte, ziemliche Zeit danach. Frage: Wurde unabhängig von den Fragen der Polizei und unmittelbar nach dem 13.10.1977 vom Personal Ihnen gegenüber von einer europäischen Frau und Kleinkind berichtet? Zeuge: Nein. (...)

Der Zeuge schilderte außerdem, daß die Polizei ihn bei drei bis vier Gelegenheiten im Hotel aufgesucht habe. Er berichtete, daß auch in dem Zimmer von der auf der Rechnung genannten Personen nachgesehen wurde und dabei sei auch ein Heizkörper abmontiert worden. Wurden Fingerabdrücke gesucht? Angeblich gab es ja aufgrund der Quellenmeldung nur eine Nachermittlung im Jahre 1980. Der BKA-Beamte Gollwitzer hat hier ausgesagt, außer dem Hoteldirektor 1980 keinen weiteren Mitarbeiter des Hotels angetroffen zu haben, da sich das Hotel gerade im Umbau befand. Mit anderen Worten, die Zeugen Miquel und Francisco wurden bereits vor 1980 vernommen, im Zuge der Nachforschungen nach diesem Pärchen.

Es ist auch überhaupt nicht vorstellbar, daß das BKA 1977/78 ca. 80.000 Hotelmeldekarten aus Palma de Mallorca durch die Wiesbadener Computer jagt und u.a. mit PIOS und anderen Fahndungsdaten abgleicht ohne daß die Paßdaten von Cornelia Vermaesen aufgefallen wären. Der Paß war zu diesem Zeitpunkt bereits in PIOS gespeichert, denn er wurde am 8. Januar 1977 als gestohlen gemeldet. Auch der Paß von Servati muß bei diesem Computercheck aufgefallen sein, hatte er doch die gleichen Fälschungsmerkmale wie die Pässe des Kommandos der PFLP.

Mit all diesem Wissen wird heute deutlich, daß das BKA bereits 1977 von der Existenz des Pärchens wußte, sich aber darauf beruft, erst im Herbst 1980 durch die Quelle davon erfahren zu haben. In Wirklichkeit wurde mit den Ermittlungsergebnissen aus den Jahren 1978 bis 1980 eine Quellenmeldung fabriziert, deren Zuverlässigkeit mit der anschließenden Nachermittlung im Dezember 1980 begründet wird.

Um diese zeitlichen Verdrehungen nicht offen legen zu müssen, sind die Nachermittlungen, die Gollwitzer 1980 durchführte, mit einer Sperrerklärung versehen worden. Wie lautete noch die Begründung: "Da eine Offenlegung dem Wohl des Bundes erhebliche Nachteile bereiten würde."

Meine Geschichte, wie ich sie auch in meinen beiden Einlassungen im Oktober 1996 und im März 1998 geschildert habe, habe ich nicht erfunden, sie entspricht in jeder Einzelheit den Tatsachen. Es gibt die Zeugen für die einzelnen Erlebnisse, es gibt die Dokumente, Drohbriefe etc., weil ich schon immer ahnte, das glaubt dir kein Mensch, deshalb habe ich alle Dokumente sorgfältig aufbewahrt. Die notwendige Skepsis, die die meisten Menschen berechtigterweise gegenüber Verschwörungstheorien hegen, erweisen sich in der Realität oft als Schutz derer, die relativ ungehemmt jedes Mittel nutzen, wenn es sich wie hier um die "Bekämpfung des Terrorismus" dreht. (...)

Die Waffen für die Entführung der Landshut wurden nicht von mir nach Palma de Mallorca gebracht und deshalb werde ich eine Verurteilung auch auf keinen Fall hinnehmen.

Irgendjemand muß es ja gewesen sein...

Monika Haas zu fünf Jahren Knast verurteilt

"Als ich am ersten Prozeßtag im Januar 1996 die Erklärung von Frau Haas hörte, dachte ich: ‚Die Frau spinnt`, und so stand es direkt oder indirekt auch in vielen Zeitungen, kurz zusammengefaßt in dem Tenor:

- Monika Haas fühlt sich als Opfer fast aller erdenklichen Geheimdienste;

- der Verdacht gegen sie sei nichts weiter als ein sich selbst verstärkendes Gerücht zwischen lancierten Pressemeldungen, geheimen Diensten und Wichtigtuern.

Nach fast drei Jahren Prozeßbeobachtung bin ich, trotz innerer Widerstände gegen alle Verschwörungstheorien, davon überzeugt: ‚Die Frau hat recht`", schreibt Helga Dieter, die im Auftrag des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V. den Prozeß gegen Monika Haas beobachtete und protokollierte in ihrem persönlichen Resümee kurz vor der Urteilsverkündung.

Der Forderung nach Freispruch stand gegen die Forderung der Staatsanwaltschaft nach zehn Jahren Knast. Nach zweieinhalb Jahren Prozeßdauer wurde Monika Haas am 16. November zu fünf Jahren Haft verurteilt. Da ihr die Untersuchungshaft angerechnet wird, ist ihre Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt. Das Oberlandesgericht Frankfurt sah es als erwiesen an, daß sie 1977 Waffen für die Entführung der Lufthansa-Maschine "Landshut" nach Mallorca gebracht hat. "Bewiesen" durch dubiose Zeugenaussagen, die mit Hilfe der Kronzeugenregelung zustande gekommen sind, durch Notizen aus alten Stasi-Akten, deren Ursprung nicht aufklärbar war, oder durch Aussagen von Mitarbeitern des Bundeskriminalamtes und des Verfassungsschutzes, die immer nur eingeschränkte Aussagegenehmigungen hatten.

Monika Haas erklärte bis zum Ende des Prozesses, daß sie die Waffen nicht transportiert hat. Wie auch in allen bisherigen "Terroristen-Prozessen" wurde die Beweislast umgekehrt. Monika Haas sah sich in der Situation, daß das Gericht es nicht für nötig hielt, ihr die vorgeworfenen Straftaten zu beweisen, sondern sie war gezwungen, die Vorwürfe zu widerlegen. Ganz offensichtlich hat sie dabei einen empfindlichen Nerv getroffen: Die Rolle der Geheimdienste und ihrer V-Männer vor und während der "Landshut"-Entführung. Der von ihr vorgebrachte Verdacht, daß sowohl östliche als auch westliche Geheimdienste von der geplanten Flugzeugentführung durch das palästinensische Kommando wußten und diese aufgrund von Fehlern nicht verhindert worden ist, bleibt im Raum stehen. Darüber hinaus hat sie die Ungereimtheiten der Aussagen über den Einsatz der GSG-9 beim Sturm auf die "Landshut"-Maschine aufgedeckt und dabei erheblich an dem Mythos dieser Helden gekratzt. In dem Bericht der Prozeßbeobachterin Helga Dieter steht dazu: "Irgend etwas beendete das Tauwetter des Frühjahres im Haas-Prozeß abrupt. (Zu diesem Zeitpunkt hatte es den Anschein, daß es nicht zu einer Verurteilung kommen würde. Anm. ak) Nach der Sommerpause brach die Eiszeit wieder durch. Aufgrund der Aussage des GSG-9-Beamten Hümmer am 7.9.98 überraschte der Vorsitzende beim nächsten Termin (17.9.98) mit dem ‚rechtlichen Hinweis`, daß die Erweiterung der Anklage um eine weitere ‚Beihilfe zum versuchten Mord in Frage kommt`.

Zur Erklärung sei ein Rekurs gestattet: Am 13.3.97 hat die Stewardeß der Landshut in bewegender Eindringlichkeit über die Tage der Geiselnahme berichtet. ... Am 20.3.97 sagte der Zeuge Losert aus, beim Erstürmen der Maschine habe die Spezialeinheit auf ein Funksignal hin mit Leitern versucht, alle Türen gleichzeitig zu öffnen. Zeuge Losert: ‚Ich sollte die Kollegen auf der Leiter von unten sichern. Auf meiner Seite kam keiner rein, weil die Tür zur Bordkabine nicht aufging, nur einen Spalt. Als ich gerade unter der Maschine durch wollte, auf die andere Seite, sah ich das Mündungsfeuer. Aus der Maschine wurde geschossen, wodurch ich einen Ein- und Ausschuß am Hals erlitt.` Ra Bendler: ‚Einer der GSG-9 soll vorher in die Tür eingeklemmt gewesen sein.` Zeuge Losert: ‚Das habe ich nicht gesehen.` Diese Aussage ruhte in den Akten, bis Monika Haas ‚das Faß` am 15.6.98 wieder aufmachte. ... Dieser (Losert, Anm. ak) könne kein Mündungsfeuer aus dem Flugzeug gesehen haben, weil erstens sein Kollege in der Tür eingeklemmt war, und er zweitens - nach eigener Aussage - gerade unter dem Flugzeug in geduckter Haltung auf die andere Seite zu kommen versuchte, als der Schuß ihn traf. ..."

Helga Dieters faßt das Ergebnis dieser Aussagen in ihrem Resümee zusammen: "Wenn man die in sich völlig widersprüchliche Aussagen der GSG-9-Beamten im Sinne der Anklage zu einer Belastungs-Theorie komprimiert, sähe die etwa so aus: Ein Terrorist steht im ‚Dunkeln` der Maschine hinter Andrawes und schießt gezielt auf den bis zu den Schultern in der Tür eingeklemmten Hümmer, der aber nicht getroffen wird, und auch nicht der hinter ihm auf der Leiter stehende Scholz, sondern der gerade unter dem Flugzeug durchkriechende Losert erleidet einen Halsdurchschuß, eine wahrlich abenteuerliche Vorstellung! Gleichzeitig schießen die GSG-9-Beamten auf der gegenüberliegenden Seite und wahrscheinlich auch an den hinteren Türen. Daneben gab es auf dem Flugfeld eine bewaffnete englische Elitetruppe und ‚einheimische Kräfte aus Somalia. Dabei ist für die Anklage eines klar: Der Halsdurchschuß kann nur aus einer von Monika Haas angeblich transportierten Waffe gekommen sein."

Dieses Beispiel entspricht der Beweisführung des Gerichtes während des gesamten Prozesses. Frei nach dem Motto: Eine muß es ja gewesen sein.

ga.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Aquinostr. 7-11, 50670 Köln; Tel. 0221/9726920; email: Gundrechtekomitee@t-online.de hat den Prozeß protokolliert und eine Broschüre zum Prozeß gegen Monika Haas herausgegeben. Das Material kann dort bestellt werden.

38. "Die linke Hand des Staates". Pierre Bourdieus politische Interventionen

Autor: Martin Rheinländer · Rubrik: Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:03

Pierre Bourdieu gilt heute als Exponent einer radikalen intellektuellen Kritik am "Einheitsdenken der Globalisierung" und als Sprecher eines entschiedenen Basiswiderstandes. Eine verkehrte Welt, möchte man meinen, denn Bourdieu ist alles andere als ein militanter Linker. Seine intellektuelle Radikalität verdankt sich jener Staatsidee, der noch die Revolte von 1968 entschieden den Kampf angesagt hatte, nämlich der Idee des Staates als Garant des gesellschaftlichen "Allgemeinwohls". Wie kommt es, daß sich ausgerechnet Bourdieu für eine "Linke in der Linken" stark macht und auch von der extremen Linken gern in Beschlag genommen wird?

Eine kleine Sammlung von Reden, Interviews und Artikeln Pierre Bourdieus ist unter dem Titel "Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion" im Universitätsverlag Konstanz erschienen. Sie gibt Einblick in das breite Themenspektrum der Bourdieuschen Stellungnahmen. Kaum ein "heißes Eisen" bleibt unberührt: Immigration und Rassismus, Globalisierung als Mythos, Krise und Auftrag des Sozialstaates, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, die Medien, schließlich das Verhältnis der Wissenschaften zu den sozialen Bewegungen.

Warum, so fragen Kritiker, begibt sich Bourdieu auf dem Zenit seiner internationalen wissenschaftlichen Anerkennung ins Handgemenge des politischen Kampfes? Reicht ihm der wissenschaftliche Ruhm nicht? Braucht er fürs eigene Ego eine zweite Karriere, nachdem seine Reputation in der Soziologie unanfechtbar geworden ist? Interessanterweise sind es vor allem intellektuelle Vielschreiber, die seit Jahren die Meinungsseiten von Le Monde und Libération füllen, die den Gegenangriff starteten.

Bourdieu als politisches Phänomen

Alain Finkielkraut äußerte sich entsetzt, daß nach dem glücklichen Ende des Kommunismus wieder ein Intellektueller daher käme und die alten, anachronistisch gewordenen Weltbilder von Herrschaft, Widerstand, Kampf und Unterdrückung, ja von Bündnissen und Feinden wiederbeleben würde. (1) Da spricht wirklich noch einer von "rechts" und "links" und "oben" und "unten", und dann noch von "sozialen Rechten" wie von den heiligen Bürgerrechten der Französischen Republik! "Die Bourdieu-Schule macht Jagd auf den Pluralismus", und Bourdieu sei "ein geistiger Fixstern einer revolutionären Linken, die man nach dem Ende der Sowjetunion irrtümlich schon abgeschrieben hatte" (Jacqueline Hénard). (2)

Was Bourdieu übel genommen wird, ist nicht nur, was er sagt. Vieles davon findet sich schon in seinen soziologischen Schriften. Ärgerlich scheint vor allem zu sein, daß er es sagt, und zwar in aller Öffentlichkeit, zudem noch als prominenter Wissenschaftler. Es ist die politische Intervention selbst, die gegen das Regelwerk einer medialen Intelligenzia verstößt. Sie sondert zwar gerne hier und dort tagespolitische Kommentare ab, möchte aber ansonsten nicht festgelegt werden oder ihre eigene soziale und klassenmäßige Stellung reflektieren. Davor schützt sie der "Pluralismus". Das Element der Selbstreflexion als Intellektueller und seine sozial-politische Verantwortung verbindet hingegen den Wissenschaftler Bourdieu mit dem eingreifenden politischen Intellektuellen. Bourdieu hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß Sozialwissenschaften einen eminent politischen Charakter haben. Es ist die entscheidende Frage, ob sich die Sozialwissenschaftler dessen bewußt sind oder nicht.

Bourdieu gibt selbst zu, mit seinen politischen Interventionen die Grenzen seines angestammten Gebietes überschritten zu haben: gegen das "Festhalten am Ideal weltanschaulicher Neutralität, das ich zwar durchaus nachvollziehen kann, dem ich mich selbst lange Zeit untergeordnet habe, das mir aber heute wie eine Weltflucht im Namen der Wertfreiheit erscheint, als Versuchung, politischen Fragen ganz gezielt aus dem Weg zu gehen und damit auf einfachste Art die Anerkennung einer Wissenschaft zu erlangen, die sich vor allem um äußerliche Merkmale ihrer Geltung bemüht."(3)

Nun ist Bourdieu alles andere als ein Anhänger jenes Universellen Intellektuellen, als dessen letzte Inkarnation noch Jean Paul Sartre galt. Bourdieus Ideal ist eher das eines Kollektiven Intellektuellen, dem jeder Wissenschaftler verpflichtet zu sein hat und den es auch auf verschiedenen Wegen zu organisieren gilt.

Bourdieu hat viele Anstrengungen in dieser Richtung unternommen, dazu gehören verschiedene Ansätze zu einer "Internationale der Intellektuellen". Zu diesen Versuchen kann auch das Projekt von Raisons d'agir gezählt werden, ein Zusammenschluß von Wissenschaftlern, die sich seit einigen Jahren darum bemühen, den Beweggründen der sozialen Bewegungen eine neue Form von Artikulation zu verschaffen. Populäre, aber seriöse Broschüren über Massenmedien, über den Rassismus usw. gehören dazu. Sie werden mittlerweile in hoher Auflage verkauft, auch "Gegenfeuer" ist in dieser Reihe erschienen. Eben die Vermittlung wissenschaftlicher Kritik mit den Bedürfnissen der sozialen Initiativen provoziert die teilweise wütenden Reaktionen aus Intellektuellen-Kreisen. Sie greifen die Person an, zielen aber auf den politischen Eingriff selbst: auf eine neue Praxis der Theorie.

Intellektuelle und Macht

Insofern kann von einem "politischen Phänomen Bourdieu" gesprochen werden. Bourdieus Name steht hier für eine Leerstelle in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Er ist gleichsam ein Platzhalter für die vielen anderen, die sich der verantwortlichen, nämlich kollektiven, Stellungnahme enthalten. Allerdings sind nur wenige so sehr für diese Rolle prädestiniert wie Bourdieu. Denn seit langem widmet er sich von der akribischen empirischen Untersuchung bis hin zur ätzenden Polemik den inneren Machtmechanismen des "intellektuellen Feldes".

Als erklärter Nicht-Marxist sieht er in seinen schärfsten Kritikern die maoistisch-leninistischen Kritiker von früher; jene, die heute eine andere Politik proklamieren und doch dieselben Machtmechanismen reproduzieren. Bourdieu charakterisiert das neoliberale Einheitsdenken als "Tietmeyer-Denken" und findet darin die Strukturähnlichkeit zum ultra-linken "Mao-Denken" der siebziger Jahre wieder. Diese Kritik mag maßlos klingen, aber Bourdieu weiß, wovon und über wen er spricht. Nirgendwo in Westeuropa schlug die ideologische Konterrevolution nach 1968 so hart ein wie in Frankreich. Anderswo mögen die sozialen Kämpfe noch hartnäckiger und die Konter-Reform brutaler gewesen sein: In Frankreich wurden die Kräfte der sozialen Revolte am entschiedensten intellektuell geköpft. Ob es die Gefolgsleute von Sartre oder Althusser gewesen sind, im offenen Frontenwechsel gab es seit den siebziger Jahren keine Partei- und Theorie-Grenzen mehr.

Bourdieu wechselte seine Position nicht. Er fand sich nur, plötzlich und relativ einsam, in der Position des radikalen Kritikers wieder. Ihm jetzt kommunistische oder marxistische Ambitionen andichten zu wollen, tut ihm ganz und gar Unrecht.

Worum es Bourdieu grundsätzlich geht, hat er wohl am deutlichsten in seiner Rede vor den streikenden Eisenbahnern am Gare de Lyon im Dezember 1995 gesagt: "Ich bin heute hier, um all jenen unsere Unterstützung auszusprechen, die seit drei Wochen gegen die Zerstörung einer Zivilisation kämpfen, die mit der Existenz des öffentlichen Dienstes verknüpft ist und die Zivilisation der republikanischen Rechtsgleichheit in bezug auf Bildung, Gesundheit, Kultur, Forschung, Kunst und vor allem Arbeit ist."(4) Derart vollmundige Kategorien gehören nicht nur zu dem hohen Ton, der gewöhnlich im Französischen gleich zu Anfang von Essays oder Ansprachen angeschlagen wird. Bourdieu meint es wirklich so. Sein Pathos ist das der "Republik" als öffentlicher Angelegenheit. Und die Überhöhung des "öffentlichen Dienstes" zur schlechthin zivilisatorischen Existenzbedingung hat damit zu tun. Bourdieu spricht dabei für die "linke Hand des Staates", für jene, "die man als ‚Sozialarbeiter' bezeichnet: Familienhelfer, Erzieher, kleine Beamte und auch, in steigendem Maße, die Lehrer der verschiedenen Schultypen ...., die Gesamtheit der Bediensteten der sogenannten kostenverursachenden Ministerien, die innerhalb des Staates aus den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Vergangenheit hervorgegangen sind. Sie stehen in Opposition zur rechten Hand, zu den Absolventen der Kaderschulen im Finanzministerium, in den öffentlichen oder privaten Banken und den ministeriellen Kabinetten. In vielen sozialen Bewegungen, die wir miterleben (und miterleben werden), kommt die Revolte des niederen Staatsadels gegen den hohen Staatsadel zum Ausdruck."(5)

"Radikaler Reformismus"

Bourdieu fordert den Staat als Garanten des "Allgemeinwohls" gegen den reinen "Straf-Staat" des Neoliberalismus, der sich von seinen wohlfahrtsstaatlichen Funktionen emanzipiert hat. Dabei bekennt sich

Bourdieu zum Staatsidealismus hegelianischer Abstammung: "Fast überall hat man stillschweigend marxistische (!) Auffassungen des Staates übernommen. Ich möchte dem die hegelianische Staatstheorie entgegenstellen. Bei Hegel ist der Staat Diener der Menschheit (!), eine über den Konflikten zwischen Klassen und Individuen stehende objektive Instanz."(6). Da entsteht ein Mythos vom (Wohlfahrts-)Staat, eine rückwirkende Vergoldung des fordistischen Staates. Doch dies muß der Radikalität des sozialen Protests nicht unbedingt widersprechen. Es gibt, über Frankreich hinaus, eine Debatte über den sozialen Charakter des Öffentlichen Dienstes. Sie erstreckt sich von alltäglichen Auseinandersetzungen, etwa um Aufnahmebedingungen in Krankenhäusern oder um die Verkehrspolitik, bis hin zu anspruchsvollen Theoremen.

Damit zeichnen sich die Konturen eines "radikalen Reformismus" ab. Bourdieu ist der exponierteste Propagandist dieser Option. Sie ist nicht völlig illusionär: Bourdieu weist zurecht darauf hin, daß die "Globalisierung" ein Mythos ist, sofern sie einen Funktionsverlust der Nationalstaaten unterstellt. Obwohl der "radikale Reformismus" seit einigen Jahren die bisherigen nationalstaatlichen Grenzen überschritten hat, belebt er am Ende die National-Staatslogik wieder neu: An die Stelle der bisherigen Nationalstaaten tritt bei Bourdieu nun ein reformistischer Inter-Nationalismus, der ein neues Staats-Territorium umreißt: die Europäische Union. Bourdieu weiß sich hier eins mit der offiziellen Gewerkschaftslinken, aber auch mit vielen Basis-Initiativen.

Die Bildung der Europäischen Union zu einem Staaten-Bund ohne demokratische und vor allem sozial-staatliche Legimitation wird zwangsläufig zum Kampfplatz dieses neuen Reformismus. Der Europäische Wohlfahrtsstaat als Europäischer Nationalstaat ist ein Projekt, das an sich nichts anderes zu versprechen hat als ein neues kapitalistisches Regulationsregime. Der Weg dorthin führt aber zwangsläufig nur über militante Klassenauseinandersetzungen und weitgehend selbsttätige soziale Initiativen und Bewegungen. Zu den Paradoxien dieses neuen Reformismus gehört es also, daß er auf ein Kampfniveau angewiesen ist, das möglicherweise die alte wie die neue Staatsfixierung schon im Ausgangspunkt überschreiten kann.

Die Radikalität, für die Bourdieu spricht, fordert jetzt schon die "plurale Linke" der Regierungsmehrheit in Frankreich heraus. Schließlich ist nicht nur an den sozialen Protest- und Widerstandsbewegungen, sondern sogar an den Wahlergebnissen in Frankreich abzulesen, daß eine "Linke in der Linken" entstanden ist. Für diese tritt Bourdieu ein, freilich nicht ohne Doppelbödigkeit: Er warnte nämlich auch schon davor, die neoliberale und Regierungspolitik würde der extremen Linken zugute kommen. Damit sind in Frankreich u.a. revolutionär-sozialistische Gruppen wie die trotzkistischen Organisationen gemeint.

Vorerst finden sich diese ambivalenten Tendenzen noch in ein und derselben Bewegung zusammen. Gerade die Reklamierung sozialer Bürgerrechte als Menschenrechte - und zwar jenseits und gegen jedes Rentabilitätskalkül - ist als ideologischer Sprengstoff wirksamer als die Wiederaufnahme der tradierten Revolutionsrhetorik. Über die grundlegenden Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen schweigt sich Bourdieu jedoch mehr oder weniger aus. Statt dessen fordert er vom Standpunkt der gesellschaftlichen Reproduktion aus eine Politik gegen die "Barbarei der Ökonomie". In seinem sozialen Ethos ist zwar auch ein möglicher Bruch mit der Logik von kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung enthalten, doch diesem Bruch gibt er keinen politischen Ausdruck. Nie spricht er von der notwendigen Umwälzung der Produktions- und Reproduktionsverhältnisse, also von einer wirklich radikalen Aneignung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wo er in großer Rhetorik von den "Voraussetzungen für den kollektiven Entwurf einer sozialen Utopie" spricht, konkretisiert sich diese abstrakte Vision wenige Zeilen später in den kärglichen "politischen, rechtlichen und kulturellen Voraussetzungen eines europäischen Sozialstaats." (7)

1848 statt 1968?

Das "Phänomen Bourdieu" macht deutlich, daß die früher totgesagte Dialektik von "bürgerlicher Revolution" und sozialer Emanzipation durchaus wieder in Gang kommen kann. Bourdieu spricht von "Zuständen wie vor 1848". Das kann auch so verstanden werden, daß die Bildung eines europäischen Wirtschaftsraumes, die selbst bürgerlich-demokratischen Spielregeln entzogen ist, eine Dynamik freisetzt, die Fragen nach demokratischen Rechten und sozialen Bürgerrechten von vorneherein eng miteinander verknüpft. Diese Dynamik läßt gleichzeitig eine glaubwürdige Perspektive von Reformen durch Kämpfe entstehen. Wir wären dann eher bei der "sozialen Republik" von 1848 als bei der "sozialen Revolution" des Mai '68 gelandet.

Doch selbst für die Bewegungen in Frankreich wird diese Alternative so noch gar nicht gestellt. Auch hier handelt es sich um defensive, wenn auch weitgehend selbstorganisierte soziale Abwehrkämpfe. Doch unter der Hand entwickeln sich auch Debatten, die über die wenig tröstliche Perspektive einer Rekonstruktion des europäischen Imperialismus auf sozialstaatlicher Grundlage hinausweisen. Bourdieus Texte enthalten beide Entwicklungsrichtungen. Man muß ihm nicht in allem folgen, um in den aktuellen Auseinandersetzung die Chance zu sehen, die "soziale Frage" in emanzipatorischer Hinsicht neu zu stellen.

Für eine Weile aber wird sich auch die radikale Linke daran gewöhnen müssen, die Koexistenz mit diesen Tendenzen einer neo-reformistischen Staatsorientierung anzuerkennen, zumal diese ja oft noch gar nicht voll ausgeprägt sind. Die Auseinandersetzung mit Bourdieu ist da eine gute Übung. Er spricht nämlich nur aus, was in den Köpfen von vielen AktivistInnen auch hierzulande kreuz und quer durcheinander und noch immer zusammen geht.

Martin Rheinlaender

Anmerkungen:

1) Alain Finkielkraut, Interview in L'express, 29. August 1998

2) Jacqueline Hénard, "Der absolute Linke", Die Zeit, 18. August 1998

3) Pierre Bourdieu: "Gegenfeuer", S. 7

4) ebda, S. 34

5) ebda, S. 12

6) Pierre Bourdieu, Interview in Freitag, 21. August 1998

7) Pierre Bourdieu: "Gegenfeuer", S.9

Pierre Bourdieu: "Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion", Universitätsverlag Konstanz, 1998, 120 S., 18 DM

39. Papermove gegen Gedächtnisschwund. Das Hamburger "Archiv der Sozialen Bewegungen" zieht um

Autor: da. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:15

Im Oktober 1998 zogen das "Archiv der Sozialen Bewegungen" und das "FotoArchivKollektiv" wieder in das besetzte Stadtteilkulturzentrum "Rote Flora" im Hamburger Schanzenviertel. Der Umzug war zu einem eigenen Ereignis geworden: Mit der Hilfe von 200 FreundInnen und GenossInnen wurde der erste weltweite "Paper-Move" organisiert. Innerhalb von zwei Stunden wurden mit einer Menschenkette über 1.000 Archivboxen und Kartons von den einigen hundert Metern entfernten Übergangsräumen in die Rote Flora transportiert. So manch verwunderter Beobachter fragte sich, was denn da durch die Straßen getragen wurde.

Vor drei Jahren, in der Nacht vom 27. zum 28.11. 1995, brannte der erste Stock der Roten Flora. Der Brand war im Raum des Archiv der Sozialen Bewegungen und des FotoArchivKollektiv ausgebrochen, die Ursache ist bis heute ungeklärt. Neben den schweren Schäden am Gebäude, die die Nutzung des ersten Stockes für längere Zeit unmöglich machte, war das Archivmaterial fast vollständig vernichtet. Lediglich der Bestand eines Rechtsanwaltsbüros aus den 70er Jahren, in der Textform wie auch in der Zusammenstellung ein Unikat, und einige ältere Zeitungsexemplare konnten erhalten werden.

Der Brand war in jeder Hinsicht ein schwerer Rückschlag, bewirkte aber in der Flora wie bei den ArchivarInnen auch eine trotzige "Jetzt-erst-recht"-Stimmung. Die Archive fanden schnell Übergangsräume, die Bestände wuchsen überraschend rasant, und inzwischen ist mehr Material vorhanden als vor dem Brand. Viele Publikationen konnten wiederbeschafft werden, und die noch in manchen Archivboxen vorhandenen Brandexemplare von Zeitschriften und Broschüren wurden nach und nach aussortiert.

Kollektives Gedächtnis

Das Archiv der Sozialen Bewegungen ist 1989 gegründet worden. Ziel war es, die Vielfalt der linken sozialen Bewegungen zu dokumentieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Bei der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zeigt sich immer wieder, daß älteres Material oft nur noch schwer zugänglich ist. Politische Diskussionen fangen häufig wieder bei Null an, Hintergrundmaterial zu einzelnen Fragen muß immer wieder neu besorgt werden. Wenn Material gesammelt wird, bleibt es oft in kleinen Privatarchiven, oder Gruppen legen Spezialarchive an, die bei ihrer Auflösung untergehen. Zudem werden die schriftlichen Zeugnisse der linken und sozialen Bewegungen zumeist im politischen Handgemenge produziert und geraten schnell in Vergessenheit. Diesem Problem sollte durch eine zentrale Sammlung entgegengewirkt werden. Inspirierend waren dabei die heute noch bestehenden Archive in Amsterdam (das ehemalige Frankfurter "ID-Archiv"), Freiburg (Archiv Soziale Bewegungen in Baden) und Berlin (Papiertiger).

Das Archiv der Sozialen Bewegungen versteht sich als Teil der linksradikalen Szene, und der Gründungsimpetus bestand wesentlich in der Schaffung einer Einrichtung für eine aktive Bewegung. Der Namenspartikel "der" sollte diese Verbundenheit demonstrieren. Andererseits gab es von Beginn an den Grundsatz, alle Materialien aufzunehmen, die im weitesten Sinne als Produkte der linken und sozialen Bewegungen zu verstehen sind. Eine politisch motivierte Auswahl des Materials wurde und wird daher nicht getroffen. Fast zehn Jahre später hat sich der Aspekt der Dokumentation linker Quellen noch verstärkt.

Im Laufe der Jahre nahm die Nutzung durch Studierende und Interessierte zu, die politologische oder zeitgeschichtliche Arbeiten zu einzelnen Aspekten der linken und sozialen Bewegungen schreiben. Dies ist ein Hinweis auf eine gewisse "Historisierung" der neuen sozialen Bewegungen. Neben dem Niedergang der Linken erklärt sich dies auch aus der zeitliche Distanz, die zum Beispiel die Brokdorf-Demonstration von 1981 zu einem historischen Ereignis macht.

Bei dieser Entwicklung wird die Archivpolitik bedeutsam, die Frage nach der Erreichbarkeit von Quellen und Publikationen der linken Bewegungen. Die staatlichen Institutionen - also Staats- und Landesarchive - archivieren nicht gezielt Zeugnisse der Bewegungsgeschichte; Publikationen der Linken gelangen primär durch Abgaben vom Verfassungsschutz oder der Staatsschutzabteilungen der Polizei in diese Archive. In der

Regel unterliegt das Material besonderen Sperrfristen. Daneben sind spätere BearbeiterInnen mit den Verzerrungen in den Auswahlkriterien und der Wahrnehmungsstruktur staatlicher Behörden konfrontiert.

Das Archiv der Sozialen Bewegungen und andere freien Archive bieten bereits jetzt einen Zugriff auf zeitgenössische Publikationen und Quellen. Das Archiv der Sozialen Bewegungen hat daher eine gewisse Doppelfunktion: Zum einen ist es bis heute Teil einer linken Diskussionsstruktur, und der Großteil der NutzerInnen fragt nach einzelnen Diskussionssträngen der Linken oder bestimmten Großereignissen. Zum anderen ermöglicht es eine Aufarbeitung der linken Geschichte seit 1968 in größeren Projekten, sei es im universitären oder politischen Zusammenhang.

Seit 1993 arbeitet das Archiv inhaltlich und räumlich mit dem FotoArchivKollektiv zusammen. Dieses war als ein Zusammenschluß von freien Fotografen, 1991 entstanden, die auf Aktionen und Demonstrationen fotografieren und dieses Material - schwerpunktmäßig seit 1987 - archivieren und für eine linke, nichtkommerzielle Nutzung bereitstellen. Inzwischen werden auch Fotos anderer FotografInnen archiviert. Genutzt wird der Foto-Bestand hauptsächlich zur Illustration linker Publikationen, aber auch für Plakate und Ausstellungen. Darüberhinaus hat das FotoArchivKollektiv selbst verschiedene Ausstellungen organisiert.

Erfaßt werden die Bilder anhand von 16 Themenfeldern, etwa Hausbesetzungen, Antirassismus oder Stadtentwicklung. Im Archiv besteht die Möglichkeit, Kontaktabzüge einzusehen, von denen dann zu Materialkosten Abzüge hergestellt werden. Ebenso gibt es einen Bestand an Fotos, von denen Reproduktionen erstellt werden können. Das FotoArchivKollektiv hat darüberhinaus Postkarten, komplette Ausstellungen und Diaserien (z.B. zu Kurdistan, Wandbildern in Nordirland, Castor-Transporten) im Angebot.

Sammler und Jäger

Die Bestände des FotoArchivKollektivs waren durch das Feuer von 1995 nicht so stark betroffen, da die Negative außerhalb gelagert wurden. Lediglich die Arbeiten anderer FotografInnen, darunter auch komplette Ausstellungen, sind durch den Brand vernichtet worden.

Der bereits erwähnte weitgefaßte Sammelbegriff ermöglicht eine systematische Einarbeitung allen Materials, das die linken und sozialen Bewegungen produziert haben. Es existiert keine geographische Beschränkung, wenn auch aufgrund der Herkunft durch private Spender und der Lage Materialien aus dem Hamburger Raum überwiegen. Der zeitliche Schwerpunkt liegt (noch) auf den 80er und 90er Jahren; aus den 70ern sind vor allem Zeitschriften und Broschüren vorhanden. Der Sammelzeitraum ist nicht auf die Zeit nach 1968 beschränkt, aufgenommen werden auch Materialien nach 1945, allerdings sind Dokumente der Ostermärsche oder der Subversiven Aktion noch recht selten.

Der Archivbestand umfaßt in der Hauptsache Stadtzeitungen, Zeitschriften, Broschüren, interne Diskussionspapiere und Flugblätter. Hierbei handelt es sich vorrangig um gedrucktes oder kopiertes veröffentlichtes Material. Schriftwechsel und Organisationsunterlagen sind kaum vorhanden. Dies ist eine allgemeine Problematik, da solche Unterlagen nur selten aufbewahrt wurden.

Über diese Bestände hinaus und neben einer kleinen Postkarten-, Anstecker- und Aufklebersammlung werden Plakate aufbewahrt. Das Plakatarchiv umfaßt bereits wieder ca. 1.000 Exemplare. Sie können für Ausstellungen oder ähnliches unter bestimmten Voraussetzungen ausgeliehen werden. Ansonsten gilt die Regelung, daß Archivmaterialien nicht ausleihbar sind und vor Ort eingesehen oder kopiert werden müssen.

Der Bestand des Archivs ist durch 33 systematische Punkte strukturiert. Unter Oberbegriffen wie Antirassismus, Stadtteilentwicklung/Häuserkampf, Anti-AKW-Bewegung, Gen- und Bevölkerungspolitik oder Internationalismus ist das Material für Interessierte zugänglich. Für einige Punkte besteht bereits eine ausgearbeitete Feindifferenzierung, die sich an spezifischen Diskussionssträngen oder Ereignissen orientiert. Das Material stammt aus ganz unterschiedlichen Quellen, die i.d.R. nach einer oft kaum noch nachvollziehbaren Systematik oder gänzlich ungeordnet sortiert sind. Dies hat dazu geführt, daß das Material nach dem Inhalt und nicht nach dem Herkunftsprinzip aufgearbeitet wird. Das kommt auch den Interessen der meisten NutzerInnen entgegen, die bestimmte Diskussionen nachvollziehen wollen oder nach spezifischen Ereignissen fragen. Hinzu kommt die Vielzahl der kleinen und kurzlebigen Gruppen in den neuen sozialen Bewegungen, die eine Einteilung nach dem Herkunftprinzip gänzlich unübersichtlich machen würde. Bei der

Aufarbeitung wie bei der späteren Nutzung muß also immer berücksichtigt werden, wie die Fragen an das Material sein könnten.

Der irreparable Verlust durch den Brand ist am stärksten bei den Flugblättern und Zeitungsartikeln. Aus arbeitsökonomischen Gründen wird im Archiv heute keine systematische Auswertung von Tageszeitungen mehr vorgenommen, die Zeitungsausschnittsammlungen können also nur sehr lückenhaft über Materialspenden ergänzt werden. Es wird vermutlich noch einige Zeit dauern, bis die jahrelang aufgebaute systematische Ordnung der Flugblätter und Zeitungsartikel wieder hergestellt ist.

Beide Archive finanzieren ihre Arbeit vollständig über Spenden. Alle 170 Zeitungen und Zeitschriften, die das Archiv regelmäßig bezieht, sind Freiabos. Aus Gründen der politischen Unabhängigkeit gibt es bisher auch keine bezahlten Stellen oder eine Finanzierung aus staatlichen Quellen. Natürlich geht es auch immer um die langfristige Tragfähigkeit. Die Arbeit wird seit vielen Jahren von acht MitarbeiterInnen geleistet, die sich ohne Bezahlung engagieren. Beide Archive werden jedoch auf Dauer nur funktionieren, wenn sie Unterstützung von den Bewegungen selbst erhalten. Die Teilnahme am "Paper-Move" war ein Ausdruck für die Unterstützung. Grundlage aller Arbeit sind die privaten Materialspenden: Jede/r, die/der zu Hause noch alte Papiere rumliegen hat, ist daher aufgefordert, vor dem Gang zum Altpapiercontainer im Archiv anzurufen.

da.

Geöffnet sind die Archive am Montag und Donnerstag jeweils von 16.00-19.00 Uhr. Adresse: Schulterblatt 71, 20357 Hamburg. Telefon: 040/ 433007; FAX 432 54 754. Materialspenden sind ebenso willkommen wie Geldspenden: Verein Zeitpunkte e.V., Hamburg Bank, BLZ 201 099 03, Konto 12 22 27 04

40. "Sie dürfen nicht vergessen, daß ich Marxist bin."

Eine Tagung über den Philosophen Leo Kofler

Autor: Uwe Jakomeit · Rubrik: Theorie; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:31

1995 starb in Köln der Soziologe Leo Kofler. Ein Jahr später gründete sich in Bochum die Leo-Kofler-Gesellschaft. Jetzt, am 13. und 14. November, hat sie eine erste Arbeitstagung über den österreichischen Marxisten veranstaltet: "Leo Kofler und die heimatlose Linke im Nachkriegsdeutschland - Ost und West". Diese Tagung soll den Beginn einer Reihe von Veranstaltungen bilden, die sich mit Koflers Leben und Werk beschäftigen.

Koflers theoretische Position innerhalb des Marxismus ist so ungewöhnlich wie seine Lebensgeschichte. 1907 in Galizien im heutigen Polen geboren, wächst er in Wien auf, wohin die Familie während des Ersten Weltkriegs geflüchtet war, besucht die Handelsschule und arbeitet als Angestellter in mehreren Firmen, soweit er nicht arbeitslos ist. Eher zufällig lernt er die sozialistische Angestelltenjugend kennen, hört erstmals Vorträge über marxistische Theorie und wird Mitglied einer Gruppe um den sozialistischen Redner und Erzieher Manfred Ackermann. Er nimmt an Wanderungen und Skifahrten teil; abends wird referiert und diskutiert.

Auch die bürgerliche Bildung eignet sich Kofler an. Er hört Vorlesungen an der Universität und besucht Kurse an der Kunstakademie. Vor allem aber bekommt er die Demonstrationen und Aktionen der gut organisierten und starken Arbeiterbewegung des "Roten Wien" der 20er Jahre mit; ab 1930 ist er selbst Referent der Wiener Arbeiter-Bildungszentrale.

Für die theoretische Verarbeitung dieser Erfahrung entscheidend wird die Begegnung mit Max Adler, einem linken SPÖ-Mann, der gegen die mechanistische Geschichtsauffassung eine Begründung des Marxismus zu geben versucht, die von der bewußtseinsmäßigen Vermittlung des gesellschaftlichen Seins ausgeht. Adler, ein Kantianer, bleibt dabei ganz innerhalb eines bewußtseinsmäßigen Verständnisses von Dialektik. Auch wenn Kofler das später an ihm kritisiert, hat die von Adler hervorgehobene Bedeutung der subjektiven Vermittlung großen Einfluß auf ihn.

1938 muß Kofler emigrieren. Seine Eltern, die in Wien bleiben, werden verhaftet, verschleppt und in Auschwitz ermordet. Kofler selbst muß in Schweizer Arbeitslagern als Schuhmacher und im Straßenbau arbeiten. Gleichzeitig setzt er aber seine Studien fort und lernt die Aufsätze von Georg Lukács kennen. "Ich hatte das Gefühl, völlig unsicher und zurückgeworfen zu sein", erzählt Kofler, "als ich dieser für mich neuen ‚geheimnisvollen` theoretischen Welt begegnete. Das war im Jahr 1940, ich war damals bereits 33 Jahre alt." (1)

Von Lukács übernimmt Kofler die Hegelsche Kategorie der Totalität, um die Gesamtheit des gesellschaftlichen Seins zu beschreiben. Mehr zur Selbstverständigung als zur Veröffentlichung verfaßt er ein erstes Buchmanuskript, in dem er versucht, die Grundlagen für eine dialektische Gesellschaftstheorie zu beschreiben. Dabei profitiert er von der Unterscheidung zwischen außermenschlicher Natur und gesellschaftlichem Sein, das durch menschliche Praxis entsteht und damit immer über menschliches Bewußtsein vermittelt ist. Diese Unterscheidung ermöglicht die Kritik an einem Marxismusverständnis, das den geschichtlichen Vorgängen einen Quasi-Automatismus zuschreibt, ebenso wie an der Verdinglichung des Kapitalismus. "Wenn Sie in der Zeitung lesen, daß die Preise steigen," pflegte Kofler vor verdinglichtem Denken zu warnen, "glauben Sie es nicht! Die Preise machen nämlich gar nicht."

Vom Arbeitsdienstler zum Professor

Durch Vermittlung Konrad Farners wird das Buch dann doch veröffentlicht,(2) aufgrund der Schweizer Emigrantengesetze allerdings unter Pseudonym, und ausgesprochen positiv aufgenommen. Das nächste ist bereits im Entstehen. Kofler versucht nun, seine gewonnenen Erkenntnisse auf den konkreten Geschichtsverlauf anzuwenden. Er arbeitet sich durch die abendländische Geschichte vom 8. bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert und ordnet sein Material zu einer Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, in der ideologische und ökonomische Elemente in einem ständigen Wechselspiel aufeinander bezogen sind. Das Buch erscheint 1948 in Halle an der Saale,(3) wo Kofler sich kurz zuvor niedergelassen hatte. Er hatte einen

Ruf dorthin erhalten. Die im Entstehen begriffene sozialistische Republik suchte nach begabten und intelligenten Kräften, die dem Aufbau einer neuen Gesellschaft nützlich sein konnten, und von der Anerkennung, die Koflers Buch in der Schweiz gefunden hatte, hatte man auch hier erfahren.

Ursprünglich für eine Stelle als Gymnasiallehrer vorgesehen, wird Kofler aufgrund seines Buchs sehr bald promoviert; mit dem Manuskript der "Geschichte" kann er sich kurz darauf habilitieren. So wird er vom Arbeitsdienstler binnen kurzem zum Professor für Geschichtsphilosophie und Direktor des Instituts für Historischen Materialismus. Die "Geschichte" ist schnell vergriffen, noch im selben Jahr wird eine zweite Auflage gedruckt. Doch Koflers Vorlesungen werden von Anfang an bespitzelt. Bald gibt es Vorwürfe, er sei zu idealistisch, zu sehr von Hegel beeinflußt. Als Kofler sich davon nicht beeindrucken läßt und sich im Vorwort zur zweiten Auflage seines Buches sogar öffentlich zur Wehr setzt (4), wird die Gangart härter. Es kommt zu einer regelrechten Kampagne der SED-Bürokratie gegen ihn. Im Parteiorgan Einheit wird er als "ideologischer Schädling" bezeichnet. Kofler tritt aus der Partei aus, seine Vorlesungen werden abgesagt, er muß mit seiner Verhaftung rechnen und entgeht dem, indem er die DDR Ende 1950 verläßt.

Im Westen erhält er zunächst vielversprechende Angebote, die allerdings auf einem Mißverständnis beruhen: "Einmal bin ich von Engländern in ein Villenviertel in Berlin eingeladen worden (...) Drinnen war ein großer Saal festlich gedeckt, zu meinen Ehren offensichtlich. Und dann begann beim mehrgängigen Essen der small-Talk: ‚Wissen Sie, Herr Kofler, Sie haben ja allerhand veröffentlicht; Sie sollten weiter wissenschaftlich arbeiten. Wir sind gerne bereit, Ihnen dabei behilflich zu sein. Wir würden Ihnen gerne in Berlin eine Villa zur Verfügung stellen, und wenn das nötig sein sollte, auch einen Wagen.' Und so nahmen die Angebote und Verlockungen kein Ende (...), bis ich gemerkt habe, was sie eigentlich wollten. Als der Groschen bei mir gefallen war, habe ich gesagt: ‚Entschuldigen Sie, meine Herren, Sie dürfen nicht vergessen, daß ich Marxist bin.' Und da sind sie plötzlich hellhörig geworden, der Ton hat sich geändert (...) Ihr Interesse an mir war erloschen." (5)

Ähnlich verlaufen entsprechende Gespräche mit dem Verfassungsschutz. Daß Kofler sich weigert, sich als vom Marxismus bekehrter Wissenschaftler dem Kalten Krieg zur Verfügung zu stellen, bringt ihn wiederum in eine schwierige Lebenssituation. An eine Anstellung an einer Universität ist nicht zu denken.

Geschichte und Dialektik

Der einzige explizit marxistische Wissenschaftler, dem es gelungen war, an einer westdeutschen Universität einen Lehrstuhl einzunehmen, war der Marburger Politologe Wolfgang Abendroth. Dessen Nachfolger Frank Deppe beschrieb auf der Tagung in Bochum die Situation Koflers und der westdeutschen Linken in den fünfziger und sechziger Jahren. Kofler lebt in dieser Zeit mehr schlecht als recht von seinen Veröffentlichungen, von Kursen an Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen. Seine Frau Ursula, die in Halle Lehrerin war, darf in der Bundesrepublik zunächst ebenfalls nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten, verdient aber mit verschiedenen berufsfremden Arbeiten einen Großteil des Lebensunterhalts.

Immerhin gibt es trotz Kalten Krieges und KPD-Verbot eine ganze Reihe von kleineren linken Zeitungen und Zeitschriften, für die Kofler schreiben kann, so z.B. die links (nicht zu verwechseln mit dem Organ des Sozialistischen Büros), die Sozialistische Politik in Köln, Die andere Zeitung in Hamburg, Funken in Stuttgart, die WISO-Korrespondenz des später geschaßten Gewerkschafters Viktor Agartz, dann die Neue Kritik des SDS, Das Argument in Berlin und andere. Koflers Bücher erscheinen in kleinen Verlagen; erst 1967 kommt bei Luchterhand eine Neuauflage der "Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft" heraus. Freunde und Genossen wie Agartz oder der spätere NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn vermitteln ihm Lehraufträge bei Gewerkschaftsschulungen oder an der Sozialakademie in Dortmund. In Köln unterrichtet Kofler lange Jahre an der VHS. Erst 1972 erreicht eine Initiative von Studenten und Assistenten an der Ruhr-Universität Bochum, daß ihm dort eine Lehrstuhlvertretung übertragen wird. Kofler ist zu diesem Zeitpunkt bereits 65 Jahre alt.

In den ersten Jahren nach der Übersiedlung in den Westen verarbeitet Kofler seine Erfahrungen und Auffassungen über den Gegensatz zwischen mechanisch-dogmatischem und dialektischem Marxismus zu einer systematischen Stalinismus-Kritik. In mehreren Büchern und Aufsätzen führt er aus, warum dieser Weg zum Sozialismus "der des Untergangs" ist. 1955 erscheint noch einmal ein methodologisches Werk: "Geschichte und Dialektik" (6). In den folgenden Jahren beschäftigt sich Kofler mit der modernen Klassengesellschaft. Zwei Phänomene sind es, die ihm besonders auffallen: die Verbürgerlichung des Proletariats einerseits und die pessimistisch-nihilistische Weltsicht der bürgerlichen Elite andererseits.

Verbürgerlichung bedeutet allerdings keinen "Abschied vom Proletariat" - im Gegenteil: mit dem Niedergang des proletarischen Selbstbewußtseins geht eine Verstärkung der Abhängigkeit der Lohnabhängigen einher; und zwar nicht nur materielle Abhängigkeit, sondern auch und vor allem Abhängigkeit von der bürgerlichen Weltsicht und dem bürgerlichen Menschenbild. Dies hat nun seinerseits eine Wandlung vom Optimistisch-Humanistischen der Frühzeit des Bürgertums zum Nihilistischen durchgemacht. Die Ideologie, daß der Mensch unzulänglich, schlecht und sündig sei und sich allein deshalb die Welt nicht zum Besseren ändern könne, ist weit verbreitet und behindert eine positive Veränderung. Kofler versucht, dem auf zweierlei Weise zu begegnen: Einerseits mit der Ausarbeitung einer eigenen Anthropologie, die den ideologischen Charakter des negativen Menschenbilds nachweist, zum anderen mit dem Konzept einer "progressiven Elite", die der bürgerlichen Propaganda von der ewigen Wiederkehr des Immergleichen aufklärerisch entgegentreten soll.

Die lustvolle Tätigkeit des Menschen

Mit der Studentenbewegung werden Koflers Bücher und Thesen bekannter. Beim SDS in Frankfurt, zu dem auch Oskar Negt gehört, ist er oft zu Gast, obwohl seine Differenzen mit den Hauptvertretern des dortigen Instituts für Sozialforschung, Theodor Adorno und Max Horkheimer, immer schärfer werden. Für die Kritischen Theoretiker ist Kofler zu orthodox, sein von Lukács übernommener Begriff von Totalität zu ungetrübt; für Kofler ist das Ganze, also die Vergesellschaftung menschlichen Lebens, durchaus nichts "Totalitäres", sondern eine nach allen Richtungen offene Möglichkeit.

Alex Demirovic, der auf der Bochumer Tagung über das Verhältnis zwischen Kofler und der Frankfurter Schule berichtete, wies in seinem Referat allerdings auch auf eine wichtige Gemeinsamkeit der Positionen hin, nämlich auf den Bezug auf das Subjektive. Für Kofler unterliegt dieses Subjektive zwar unter Umständen einer bisweilen sehr machtvollen Entfremdung, ist aber niemals vollständig zu determinieren. Als anthropologisches Kennzeichen ist das Subjetive bzw. das Bewußtsein eine neutrale Instanz. Daher kann die Anthropologie als Wissenschaft von den grundlegenden menschlichen Voraussetzungen keine inhaltlichen Bestimmungen darüber liefern, ob sich Menschen etwa kriegerisch oder friedlich, egoistisch oder uneigennützig verhalten; sie kann lediglich formale Bestimmungen geben. Die wichtigste darunter ist die Bewußtseinsbegabtheit des Menschen, aus der das zielgerichtete Handeln folgt. Welche Ziele gesetzt werden entscheiden aber nicht die anthropologischen Konstanten, sondern die Geschichte resp. die Gesellschaft, in der die jeweils konkreten Menschen leben.

Daß Menschen tätig sind, zählt aber zu den Grundgegebenheiten. Nicht die Vermeidung jeder Anstrengung ist das Grundbedürfnis menschlicher Befindlichkeit, so daß jede kulturelle Leistung dem Lustprinzip erst vom Realitätsprinzip abgetrotzt werden müßte, sondern die Erschaffung und der Genuß von Kultur gehören grundsätzlich selbst zu den erotischen, d.h. lustvollen Möglichkeiten des Menschen. So entwickelt Kofler - in der Auseinandersetzung mit Freud und in der Kritik an den entfremdenden Bedingungen, unter denen Menschen leiden - die Utopie eines nicht von Notwendigkeiten gebeutelten, sondern für Kunst, Musik und Philosophie empfänglichen, eines "spielenden" und "schönen" Menschen.

Leo Kofler war sich bewußt, daß er diese Utopie nicht selbst erleben würde. Sie kennzeichnet seinem Verständnis nach auch nicht einen Endzustand, sondern die Ermöglichung einer fortschreitenden Humanisierung. Daß die Aussichten für eine solche Utopie nicht günstig sind, war für ihn kein Gegenargument: "Die Utopisten aller Zeiten wurden jeweils zweimal verlacht: einmal zu ihren Lebzeiten, da man ihnen vorwarf, sie würden Unmögliches erwarten, zum anderen lange nach ihrem Tode, da man ihre äußerst beschränkten Zukunftsvisionen als völlig unzulänglich und hinter der tatsächlichen historischen Entwicklung weit zurückbleibend erkannte." (7)

Die Beiträge der Bochumer Tagung - außer Frank Deppe und Alex Demirovic referierte dort Thomas Klein aus Berlin über "Die sich stalinisierende SED und ihre Opposition", und Christoph Jünke aus Bochum sprach über "Leo Kofler in der jungen DDR" - erscheinen in den nächsten Mitteilungsheften der Leo-Kofler-Gesellschaft. Im soeben herausgekommenen zweiten Heft stellt Christoph Jünke sein Dissertationsprojekt zur Biographie Leo Koflers vor; außerdem sind dort Beiträge über Koflers Zeit im Schweizer Exil sowie ein Briefwechsel zwischen Kofler und Oskar Negt abgedruckt. Das Mitteilungsheft erscheint zweimal jährlich und ist für Mitglieder kostenlos; für andere ist es im Abonnement erhältlich und kostet DM 6,- pro Ausgabe. Zu beziehen über: Leo-Kofler-Gesellschaft e.V., c/o Uwe Jakomeit, Ruhrstr. 29, 58452 Witten

Uwe Jakomeit

Anmerkungen:

1) Leo Kofler, "Die Kritik ist der Kopf der Leidenschaft". Aus dem Leben eines marxistischen Grenzgängers. Hamburg 1987, S. 39f.

2) Stansislaw Warynski [d..i. Leo Kofler], Die Wissenschaft von der Gesellschaft. Umriß einer dialektischen Methodenlehre der Soziologie. Bern 1944, Mannheim 1971, Frankfurt/M. 1971, 1974.

3) Leo Kofler, Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Versuch einer verstehenden Deutung der Neuzeit. Halle 1948, Neuwied 1967, 1971, 1974, 1976, 1979, Berlin 1992.

4) Wiederabgedruckt ist dieses Vorwort im Anhang der achten Auflage des Buchs, Berlin 1992.

5) Leo Kofler, Die Kritik ist der Kopf der Leidenschaft, S. 61f.

6) Leo Kofler, Geschichte und Dialektik. Studien zur Methodenlehre der marxistischen Dialektik. Hamburg 1955. Oberaula 1970. Darmstadt, Neuwied 1973.

7) Leo Kofler, Geistiger Verfall und progressive Elite. Sozialphilosophische Untersuchungen. Bochum 1981.

41. christian geissler (k). HEIMATDEUTSCH. (entgegennahme kunstpreis niedersachsen)

(entgegennahme kunstpreis niedersachsen) (salzgitter 19-11-98)

Autor: salzgitter 19-11-98 · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:05

(salzgitter 19-11-98)

Den Kunstpreis des Landes Niedersachsen erhielt Christian Geissler für sein literarisches Werk. Die Erstveröffentlichung seiner Danksagung schenkt Geissler den Leserinnen und Lesern von ak zu seinem 70. Geburtstag (25.12.). Ein Gespräch über seine ersten sieben Lebensjahrzehnte ist für die nächste ak-Ausgabe vorgesehen.

heimatdeutsch

niedersachs

neun acht

november

ich danke sehr.

ich danke vielmals.

es lacht das abendliche herz.

tatsächlich ist es so:

wer in deutschland in einer buchhandlung nach geissler fragt, hört was vom drachenfliegen oder vom lieben augustin, von christenfreizeit heute, von nazifreizeit einst. Von christian geissler hört er nichts.

auch das feuilleton aller grossen zeitungen hat meinen namen inzwischen fast ganz getilgt.

und in den suchgeräten

neben der klingelkasse?

zappeln noch dumm bunt drei titel.

von zwölfen.

dreiviertel meiner arbeit sind öffentlich

gelöscht.

es soll sich ja rechnen.

einer rechnet sich nicht.

ich bin so einer.

es hat was.

mit mir geht die rechnung nicht auf.

ich wollte leben.

aber wir wollen ja danken.

noch einmal dank, lieber herr kässens. (1)

merkwürdig bin ich beeindruckt.

mich beeindruckt die strenge, ihre strenge,

die auf die arbeit eines andern wert legt.
mich beeindruckt die lust, ihre lust,
die arbeit eines anderen zu achten.
die sorgfalt, die lust hat.
lust, die entdeckt.
ich freue mich über entdeckungen.
ich bedanke mich respektvoll.
bin allerdings
über ihre betrachtungen in eine
überraschung geraten.
ich danke ihnen sehr gern
und doch
aber
es zittert mir der mut.
denn ich habe sie jetzt hineinzuziehen in
ein missvergnügen.
in schlechte gedanken.
ins wirre.
deutsch.
das möchte sie, bitte sehr, nicht verletzen.
es ist verletzung.
einfach so.
der schreck.
:ich habe ihnen ungern zugehört:
:ich bin ungern der gegenstand einer
betrachtung:
das sei gewöhnlich?
das gelobte kind stellt seine hände vor das
gesicht?
vielleicht das auch.
aber auch
eine alte geschichte
aus meinem krieg.
eines tages
zur vermessung
sind wir betrachtet worden.

wir kamen in betracht.
zur abtastung in den besonderen wert.
sie mochten die blonden knaben.
ich war so einer.
sie mochten mich leiden.
da war ich vierzehn jahre alt.
da war ich der gegenstand.
da trachteten sie mir nach
dem
da
war um mich eine werbung.
die tüchtigen toten augen deutsch.
da war um mich ein geschehen.
das lügen vom siegen.
eines tages.
dreiundvierzig.
beim ernteeinsatz in gödensdorf,
nordheide, niedersachsen.
die männer mit totem kopf.
die männer mit tod im kopf.
da hatte ich schlechte gedanken.
da bin ich den männern
davongelaufen.
weglaufen.
zeitlebens weglaufen.
bin ich zeitlebens weggelaufen?
das sind so die fragen.
was wollte ich sagen.
nicht wollte ich sagen
nein nein
nicht ich wollte sagen
nicht immer ich
werde heute hier sagen
dass beim namen salzgitter
baracken einfallen
zwangsarbeit

hunger

die polnische liebe

die strafe am hals

o galgen du hohes haus!

watenstedt (2)

hallendorf (3)

schlacke-drütte (4)

braunschweiger schloss (5)

einsatz mit sonderbehandlung

hopp hopp

zack zack

und raus

und schneller!

ss-hauptsturmführer otto ehlers (6)

ss-untersturmführer friedrich lattmann (7)

ach sieh mal

der doktor

herr

arnold rocholl (8)

sieh mal

ach

herr

doktor august der

pralle (9)

die jüngsten arbeitshäftlinge

aus polen und russland

waren zwölf jahre alt.

mäntel als kälteschutz nicht erlaubt

für polen und russen.

(und kein hilfegeld?

heute?

krüppelgeld schmerzensgeld krankengeld

altengeld schreckensgeld?

einfach kein arbeitsgeld

nachgetragen

heute

auch nicht?

salzgitter-drütte? (10)

auch nicht?

preussag? (11)

auch nicht auch nicht?

heute?)

ach schande!

ach schlande.

ach schlanke mission.

standort deutsch.

und NSvolkswagen

samt SSmeister porsche

immer hier gleich um die ecke!

der wolf am koffer? (12)

der wolf im kopf?

der wolf ist in meinem kopf.

von dem ich hier heute nichts sagen will.

heute hier möchte ich rührend sein.

heimatlich.

niedersachsen.

niedersachsen?

ich bin hamburger.

und das bleibt auch so.

aber in hamburg kann ich die miete nicht

zahlen.

aber im niedersächsischen rheiderland

kann ich das.

:seit vierzehn jahren

die stille hütte

mit gemüseacker

und mit ruderboot vor der küchentür

monatlich de em dreihundert kalt.

ist das idyllisch?

nein. das ist praktisch.

das ist heimat auf heller und pfennig.

und sonst so

das muh und das mäh

und reichlich der regen

und jeden freitag den rasen fegen

bis blut kommt

und all die versandblumen kratzen

und pinkel schmatzen?

das ist kein idyll.

das geht bloß in ordnung.

in welcher ordnung?

da siehst du das mal

du schneckenhascher

da stehst du krumm:

wir im dorf sind genauso dumm

in der falle

wie sonst der globus:

in der eigentümerfalle.

alle denken, sie kaufen. und werden

gekauft.

aus der traum.

stein und bein.

jedes kind.

vertan.

aber von dem

nicht will ich reden!

nicht will ich reden!

sondern.

von heimat.

endlich.

heimat.

mein niedersachsen.

es soll uns doch gerne gefallen ...

südlich lutterloh

als ich ein kind war

birkhahnbalz

blattschuss

das seufzen der bekassinen

die drückjagd auf kahlwild und sauen
im schneestaub der weihnachtstage
ich sehe timm karl.
den geforkelten bock.
das auge aus holz.
jagdwege bin ich gelaufen in
niedersachsen
an der hand meines vaters.
an der wand an der wand.
der schleichweg.
der marschweg.
mein vater war ein freundlicher
ein mir zärtlicher
wandernazi.
hat mit seinem leben bezahlt
freiwillig
spät unterwegs
recht spät
im märz 45
auf pommerschen äckern
im kampf gegen jüdische bolschewisten.
ach reich des bösen
ach welt feind
ach kopf schuss
gern tät ich heute
an seiner seite
hocken und rätseln
- den mann
- den unsinn
- deutsch.
was wollte ich sagen?
meine heimat
in niedersachsen
wollte ich sagen.
denn in den tagen
als der kleine vater geschossen wurde

bin ich

auf einem fahrrad

der naziarmee davongefahren.

aus hamburg raus.

rein nach niedersachsen.

in ein versteck.

im staatsforst karrenzien.

niedersächsisch fernost.

amt neuhaus/elbe.

revierförsterei "grüner jäger".

dichtes dickicht.

auch unzugänglich der bruchwald

des kranichs.

wir waren zu fünft.

wir sind von keinem nazi

und auch von keiner nazifrau

gegriffen worden.

da war ich sechzehn.

und bin nicht gestorben.

sondern habe mir

mein liebes leben

festgehalten.

erst karrenzien.

dann vockfey.

dann viehle.

dann barskamp.

ich hatte glück.

in niedersachsen.

erst recht heute habe ich glück

an meinem wohnplatz im rheiderland.

es sind von meinem tisch nur drei

kilometer luft bis holland.

neun minuten - - und wir sind raus!

so lässt sich leben.

und die bartmeise brütet im dollartschilf.

und die nachbarin schreit um hilfe

gegen die wut ihrer klugen kinder.

und

hannover schickt einen preis.

wie werde ich auf den antworten können?

widersprüchlich.

aus meiner arbeit.

das zutrauen.

und die panik.

die weiß.

ich will aus den letzten jahren zwei kleine

textpassagen vorlesen.

die einander widersprechen.

ich sage heimatdeutsch.

allerdings will ich auch dieser lesung

- pathos des alters

- zauber der wut

eine widmung mitgeben.

in würdigung der einst hier geschundenen

leute

nennt meine widmung

eine alte frau und einen alten mann und

einen jungen mann und eine junge frau.

die alte frau heißt ranja alexandrowna. sie war buchhalterin bei aeroflot, im krieg lehrerin für gefangene deutsche soldaten in einem antifa-lager. sie wird in diesem winter erfrieren, auf freiem feld, nahe der ortschaft ljudinowo.

der alte mann heißt dmitri sorokin. er war arbeiter in einer schuhfabrik. auch, blutüberstürzt, soldat gegen die deutsche pest in berlin. er wird in diesem winter verhungern. in der altenbaracke einer lettischen heilanstalt.

der junge mann heiß pjotr timofew. er war flötist in kiew. jetzt knackt er audis zwischen esterwegen und mittelbau dora und peenemünde. er wird in diesem winter, in einem abschiebeknast, fromm werden, reinheitlich weiß ein faschist.

und die junge frau heißt anfissa nikolajewna. sie war eisenbahnerin im nördlichen ural, im abschnitt labytnangi-petschora. da fährt aber kaum noch was. jetzt steht sie im lkw-grenzübergang miskeniki. als nutte. für die enkel der deutschen landser. in einer felsenwand schwarzbraun das edelweiß lili marleen pfeift kalt auf einer haselnuss des sanitätsgefreiten neumann.

in diesem winter wird sie einen ostfriesen töten.

keiner dieser vier menschen leidet an

untüchtigkeit.

alle vier sind verraten worden, von

mördern umstellt.

sie wollten tanzen.

sie haben hunger.

sie werden sich rächen.

sie seien gegrüßt.

dies ist die widmung.

tanz und hunger und rache.

das sind wörter, die meine arbeit bewegen, seit ich schreibe.

aus dem bewegt sich der text meiner lesung jetzt auch. zuerst lese ich aus bildergeschichten, die ich für unsere dorfzeitung geschrieben habe unter dem titel "grüße vom kuckuck". (heute füge ich diesem titel hinzu: von einem kuckuck, der so tut, als habe er ein nest.)

denn mitten im unsinn

aber

wenn früh am morgen

der längliche meister

um mir zu helfen

sich ruhig in das ausgeschmorte

kabeldickicht biegt

und ich höre ihn murmeln

in stiller bestimmtheit:

"na, dann wollen wir unser glück mal

versuchen" -

wo in solcher zuversicht

der freie mann an sein tagewerk geht

und seine arbeit gelingt ihm

da sind wir im rheiderland.

oder

wenn

eines tages im herbst

ein altersgenosse uns kohlen ans haus

fährt

und bleibt zum tee

und fragt mich: wer ist hier der kommunist?

und ich sage: ich.

und er sagt: dann sag mir jetzt mal

das habt ihr roten doch alles studiert

woher hatte hitlers partei
längst bevor der oben am drücker war
das viele geld?
wer hat den verbrecher bezahlt? -
wo so nachdenklich miteinander geredet
wird
da sind wir im rheiderland.
oder es kommt
nach schwerer arbeit
sommerabends
durchs fröschequaken
ein mann zu mir an den acker
er will mir was aus der tagesschau sagen
(in brüssel sind lauter lebendige menschen
zertrampelt worden)
und kann doch nicht reden
sondern muss weinen -
wo ein hartgearbeiteter, erwachsener
mann
mitten im unsinn der täglichen abbilderei
mitten aus lauter flachen besichtigungen
noch so ein tiefes mitgefühl hat beim
anblick
geschundener leute
da sind wir im rheiderland.
denn
oder was
oder wenn schon
der sohn vom schwager der schwägerin
seiner zukunft
(die ist schon im sechsten monat -
man tau!)
das nest baut
das haus mit den roten backen
samt waschbetonteich und doppelgarage
und schleichen aber die kontrolleure

ins bauloch unter den feiertagsglocken
an den samstagszement
in die sonntagsverschalung
:darf ich mal ihre papiere sehen
den arbeitsvertrag, die lohnsteuerkarte:
gar keine hürde
wir nehmen kein geld
alles arbeiterfäuste
um gottes lohn
ist uns das wühlen ein milder tee
sonst nichts sonst nichts
wir sind alles verwandte
du strolch doch genauso
sogar deine tante
steckt dübel -
wo jetzt der büttel die jacke abwirft
den eimer hochbückt
die latte zuschneidet
drei augen zudrückt
da sind wir im rheiderland.
und
aber wo
es regnet und regnet und regnet und regnet
und plötzlich reißt der himmel sausend auf
und alles land leuchtet wie lust und liebe
und alle leute haben gefiederte augen
als könnten sie fliegen -
wo dieses drama
aus dunkel und helle
aus sturm und stille
aus böse und süß
ganzjährig auf dem spielplan steht -
da sind wir im rheiderland.
oder
es geht zuende
mit einem alten mann

der lungenkrebs frisst ihn klein und stumm

in decken gemummelt

sitzt er zuhause am ofen

und wird nicht weggeschickt in die weiße

fremde

er bleibt zuhaus

bei der verlässlichen frau

bis zuletzt

(ein paar alte freunde trinken ihm leise zu)

wo so gestorben wird

da sind wir im rheiderland.

oder

ach

wo

aus dem ruhrpott

verloren vertan verraten

der alte arbeiterhusten nach luft schnappt

wo weich die eiserne mutter aus dortmund

dem ausgeschufteten kumpel

den cordhut zurechtzupft

wo der hühnerdrahthaar

der mopsschnauzer wolfgang

sein herrchen wegzieht

vom dummglotzen weg

frühmorgens und nachts noch

durch nebel und eis und schlamm

wo dir die bunten gesundheitsläufer

seltsam grußlos zuerst

durch deine stillen bilder keuchen

die endlosangler den blinker baden

die vogelglasgucker

aus lebenlang steinstaub

die alten augen hochwerfen

in den gänseruf

ins wolkenflammen

über viets ulmen

weit draußen weit draußen

die einfache wahrheit sehen

den himmel offen

in nichts frei endlich in nichts

wo so die rettung winkt

der abend lacht

das ende glüht

da sind wir im rheiderland. (13)

und nun

aus eben diesem dorf der gemütlichkeiten

aus eben diesen gesichtern und gelächtern

40 zeilen

in meinem letzten roman.

aus dem eisenhut

der rauhe vers

der armen angst

durch die der kuckuck fällt.

Am hellichten Tag unterm schwingenden Schatten der Flügel zweier Eulen Hand in Hand schlendern aus Osten den Paad am Tief vom Dorf her Kargow und Ole Blessi auf unsern Hof zu. Das rote Kännchen hebt seinen Arm vor die Stirn. In kühner Faltung weich stülpt das schwarze Barett aus Brunete ums Rostocker Knochenköpfchen. Klein alt vertraut zwei hinkende Männer vor den Gardinenaugen des Dorfes. Böse der flinke Fischblick blöde von Küche zu Küche der Plansch am Faden, der Haß gegen die, die frei laufen.

Eine weitere Uhr wurde aufgemalt, und alles wurde wunderschön in bunte Farben gestrichen. Um die Tankstelle wurden Blumen gepflanzt, auch weiße Steine gelegt, auch weiße Ketten gezogen. Und die Holzbänke auf dem Rasen gaben dem ganzen Bahnhofsterrain den Anschein einer Kurparkanlage.

So wandern die beiden Alten dahin.

Da stößt ein Schuß den einen Kleinen ins Gras. Unter der Kappe ist ihm der Kopf zersprungen, zart Pflaumenfeuer von Halm zu Halm. Der Überlebende tanzt um den toten Freund Haken, Lämmchen, kannst du mir nicht mehr erscheinen? Springt hin zurück, kniet nieder unter erhobenen Fäusten den Fluch. Ihn bläht der zweite Schuß ballonleicht seidengrün. Aus der Hocke wirbelt ein Tanz der trippelnden Beinchen lustig luftig schaukelt ein Drache gefiedert.

Still liegt das Dorf, es klirren die Schatten. Weich fallen Federn aus Eulen Flämmchen ach Lämmchen ach Lamm, ein Schaf hat vier Lämmer geboren, die Hirten tragen Fallschirmjägerjacken, jeder Bischof hat einen Krummstab, das Gelächter der Hunde erlischt im Schmauch der Zwerge, im Weiß der Fenster. Sie haben alles gesehen. Ich habe alles geträumt. Es wird nicht gelacht. Viet hält mich fest. Er küßt mich. Er schweigt. Kargow und Ole Blessi waren den Abend zuvor bei uns gewesen. Es ist kalt geworden. Wir hatten das Feld besichtigt, die brennenden Ränder, die Heimat, den Galgenplatz. (14)

(nun ja.)

(was solls.)

ich finde mich fremd.

das war von anfang so

als ich

noch kind

im ausland war

da wollt ich nicht nach haus.

zuhaus ist kein name.

ich such meinen namen.

ich schreibe mich auf.

ich heiße was ich sage meine wörter

sind nicht zuhaus.

ich heiße meine wörter

gehen wörterwandern wohin

wer wandert wer weiß.

ich bereite mich vor

auf das rätsel

ist das wort

ist der name

sind zwei große augen.

(drei drei)

die hand überm schnee und noch eine hand

und.

meine fremde hand.

meine fremde

rettung

winkt dem abend

lacht das ende

glüht mit erhobenen fäusten

den fluch.

Das Foto in der russischen Ausgabe von "Zehn Jahre Usbekistan" zeigt von links nach rechts, sitzend: Achun Babajew, Wjatscheslaw Molotow und Abel Jenukidse. Stehend: Ortaqlar Blan Birlikda, Salaridan Awesow und Tursun Chodschajew.

Übermalungen in Alexandr Rodtschenkos Exemplar der ersten russischen Ausgabe des Buches "Zehn Jahre Usbekistan". 1937 billigte Stalin die Hinrichtung Abel Jenukidses (rechts, sitzend). Er war einer der letzten "Alten Bolschewiki", die Jeschow ermorden ließ, und acht Mitglieder seiner Familie starben mit ihm. (beide Fotos aus David Kings Bildband "Stalins Retuschen. Foto- und Kunstmanipulation in der Sowjetunion", Hamburger Edition 1997; vgl. Buchvorstellung auf Seite 35 dieser ak-Ausgabe.)

1 leitender kulturredakteur im ndr-hörfunk hannover

2 zwangsarbeitslager im industriegebiet salzgitter (nach gerhard wysocki; künftig: gw)

3 zwangsarbeitslager im industriegebiet salzgitter (nach gw)

4 auch: kz-drütte, braunschweig (nach gw)

5 ss-junkerschule braunschweiger schloss (nach gw)

6 kommissarischer werkschutzleiter der reichswerke salzgitter (nach gw)

7 lagerführer watenstedt (nach gw)

8 abteilungsleiter reichswerke (nach gw)

9 leiter des arbeitsamtes goslar, beauftragter des reichsarbeitsministers seit 1.12.39 (nach gw)

10 die beiden wichtigsten deutschen nachfolgeindustrien

11 siehe 10

12 lange zeit führte NSvw vorn an der kofferklappe den wolf

13 aus "klopfzeichen", gedichte, rotbuch 1998

14 aus "wildwechsel mit gleisanschluß", roman, rotbuch 1998

joseph von eichendorff

zwielicht

dämmrung will die flügel spreiten
schaurig rühren sich die bäume
wolken ziehn wie schwere träume -
was will dieses grauen bedeuten?
hast ein reh du lieb vor andern,
laß es nicht alleine grasen,
jäger ziehn im wald und blasen,
stimmen hin und wieder wandern.
hast du einen freund hinieden,
trau ihm nicht zu dieser stunde
freundlich wohl mit aug und munde,
sinnt er krieg im tückschen frieden.
was heut müde gehet unter,
hebt sich morgen neugeboren.
manches bleibt in nacht verloren -
hüte dich, bleib wach und munter!

42. "Zwischenberichte". Über den bewaffneten Kampf in Europa

Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Revolutionäre Bewegungen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:39

in Westeuropa

Mit der Auflösungserklärung der RAF vom März dieses Jahres wurde offensichtlich ein Kapitel in der Geschichte der deutschen und westeuropäischen Linken abgeschlossen. Der Versuch bewaffneter Minderheiten, einen Umsturz der kapitalistischen Gesellschaft herbeizuführen, ist gescheitert. Die wichtigsten Metropolenguerilleras und -guerilleros sind entweder tot oder für den Rest ihres Lebens hinter Gittern, haben Reuebekenntnisse abgelegt, gegen Straferlaß ihre ehemaligen GenossInnen ans Messer geliefert oder sind rechtzeitig abgesprungen. Nur wenige sind bis heute standhaft geblieben und versuchen jetzt eine Aufarbeitung der eigenen Geschichte.

Die "IG Rote Fabrik" in Zürich hat anläßlich des 20jährigen Jubiläums einiger wichtiger Aktionen - der Schleyer- und der Moro-Entführung (1977/78) - eine Veranstaltungsreihe zur Politik der bewaffneten linken Gruppen in Italien, Deutschland und der Schweiz organisiert. Der Band "Zwischenberichte", der jetzt im ID-Verlag erschienen ist, dokumentiert den Stand der Diskussion.

Die meisten Beiträge befassen sich mit der Geschichte der militanten Linken in Italien. Anders als in Deutschland, wo das Umfeld von RAF, RZ und "Bewegung 2. Juni" nie mehr als einige hundert Personen umfaßte, hat es dort zeitweilig eine breite militante Bewegung mit mehr als 400 bewaffneten linken Gruppen gegeben. Um sie zu zerschlagen, wurden unter anderem etwa 15.000 politisch motivierte Anklagen erhoben. Zeitweilig waren 4.000 politische Gefangene inhaftiert, mehrere hundert sitzen noch immer ein.

Einige ehemaligen AktivistInnen des bewaffneten Kampfes in Italien versuchen jetzt, die Geschichte dieser Bewegung zu rekonstruieren: ihre Entstehung, die politischen Zielsetzungen der einzelnen Gruppen, die soziale Herkunft ihrer MitgliederInnen und die Ursachen des Scheiterns. Hier haben sie erste Ergebnisse vorgelegt. Ein Archiv über die Bewegung wird zur Zeit noch aufgebaut, mehrere Bände mit Untersuchungsergebnissen sind in Arbeit.

Im Vergleich zu den Beiträgen über Italien bieten die in den "Zwischenberichten" abgedruckten Interviews mit einigen prominenten deutschen Ex-Militanten wenig Neues. Dafür wird wieder einmal die erschreckende theoretische Dürftigkeit des politischen Ansatzes der RAF deutlich: Aus einer rigorosen Ablehnung des politischen und ökonomischen Systems der Bundesrepublik folgte keine Überlegung, wie diese Gesellschaft anders organisiert werden könne. Zu sehr wurde die eigene politische Wirksamkeit an den Reaktionen der Gegenseite gemessen.

Besonders interessant sind mehrere Beiträge zur linken Militanz in der Schweiz. Teils als Abspaltung von der marxistischen "Partei der Arbeit", teils aus der linken Jugendkultur hervorgegangen, entstanden in dem Alpenstaat der Banken und der Uhrmacher einige kleine Gruppen, die mit den militanten Bewegungen in Italien und in der Bundesrepublik sympathisierten. Diese Sympathie in wirksame Aktionen umzusetzen gelang jedoch erst, als die Anti-Atomkraft-Bewegung auf die Schweiz übergriff. Da die militanten AtomkraftgegnerInnen grundsätzlich keine Anschläge gegen Personen verübten und bei ihren Aktionen peinlich darauf achteten, daß keine Unbeteiligten zu Schaden kamen, erfreuten sie sich bei Teilen der Bevölkerung einer vorsichtigen Sympathie - was wiederum die Polizei zur Zurückhaltung veranlaßte. Diese Bewegung wurde nie zerschlagen.

Gerd Bedszent

IG Rote Fabrik (Hg.): Zwischenberichte. ID-Verlag, 1998, Schwarze Reihe, 252 Seiten, DM 24,00.

43. 40.000 DM für ak

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak421/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:51

Wie jedes Jahr zur Weihnachtszeit haben wir nur einen einzigen Wunsch. Und in diesem einen Wunsch spiegeln sich auch diesmal einige der besonderen Qualitäten unserer Zeitung wider: die Konzentration aufs Wesentliche; präzise auf den Punkt gebrachte, gründlich durchdachte und verständlich formulierte Einsichten, die zukunftsweisende Perspektiven eröffnen - und die gekonnte Anwendung einer materialistisch fundierten Analyse der bestehenden Verhältnisse:

Wir brauchen Geld. Und zwar viel Geld.

Lieber Weihnachtsmann, 40.000 DM müssen her, sonst gibt's uns bald nicht mehr; Geldsack, komm in unser Haus, sonst ist's mit ak bald aus, so oder ähnlich originell würden wir sicherlich mit dem uns eigenen sprachlichen Witz das Christkind becircen, wenn wir uns nicht dafür entschieden hätten, die Welt zwar nicht ohne Lebkuchen, aber doch ohne himmlische Heilsphantasien begreifen zu wollen. Nein, wir wollen in jeder Hinsicht irdische Erlösung resp. Befreiung - und deshalb, liebe LeserInnen, können wir euch die Adventspoesie zwar ersparen - den Appell aber leider nicht.

Sparen wollen wir aber auch nicht mit Dank. Daß das Erscheinen dieser Zeitung nicht möglich wäre ohne die Beitragszahlungen der Ex-KB-Mehrheits- und anderer GenossInnen und ohne die solidarische Beteiligung unserer LeserInnen an der alljährlichen Spendenkampagne, das wissen wir. Und neben unserem zutiefst herzlichen "Dankeschön" an dieser Stelle bemühen wir uns natürlich weiterhin, die Zeitung in guter und langjähriger Tradition qualitativ hochwertig, radikal links, tief- und hintergründig zu halten.

Zu diesem Zwecke beschäftigen wir hier bezahlte und unbezahlte RedakteurInnen, die aber wohl ohne die regelmäßige, aktive und tatkräftige Unterstützung vieler, vieler unbezahlter GenossInnen bisweilen ziemlich dumm aus der Wäsche gucken würden. Und weil wir wie immer nicht nur den bewährten traditionellen ak-Standard halten, sondern beim Lauf der Zeit vorneweg dabeisein wollen, haben wir dieses Jahr unsere Redaktion erheblich verjüngt, feminisiert und erweitert, und zudem (ob da ein kausaler Zusammenhang besteht, sei an dieser Stelle ausgeklammert) befinden wir uns aktuell im verschärften Kampf gegen die Bleiwüste, weil wir natürlich wollen, daß das Lesen unserer Zeitung eines schönen Tages nicht nur fürs Hirn, sondern auch fürs Auge ein Erlebnis ist.

Kurz und gut: Denkt nicht nur zur Weihnachtszeit an uns und eure Zeitung. Geiz verdirbt den Charakter!

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

Robert Gatermann

Postbank Hamburg

BLZ 200 100 20

Konto: 464584204

Am einfachsten den beiliegenden Überweisungsträger verwenden!

44. Quelldatei 45.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak421/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:45

Kalender

Standort-Treffen

Zur Vorbereitung verschiedener Aktionen gegen das Bonner Atomprogramm findet ein Anti-AKW-Standort-Treffen statt. Dabei sollen gemeinsame Aktivitäten gegen die geplanten Zwischenlager an den AKW-Standorten beraten und koordiniert werden.

09.01.99, voraussichtlich Göttingen, DGB-Haus, nähere Informationen: BI Lüchow-Danneberg, Tel.: 05841/4684 oder Karsten Hinrichsen, Tel.: 04829/7080.

Rassismus im Jugendbuch

"Was kann denn dieser Mohr dafür, daß er so weiß nicht ist wie ihr?" - Am Beispiel Afrikas wird in einem Vortrag mit Dias gezeigt, wie Kinder- und Jugendbücher die herrschenden Werte einer Gesellschaft und den Blick auf das "Fremde" prägen. Referentinnen: Gertrud Selzer, Claudia Backhausen (AKTION 3. WELT Saar).

17.12.98, Trier, 20 h, Tuchfabrik, kleiner Saal, Eintritt DM 5,-.

Biopolitik/Ökologie

So heißt eine Veranstaltungsreihe, die das Referat für politische Bildung des AstA der FH Wiesbaden durchführt. Uns bleibt noch die Möglichkeit auf zwei Veranstaltungen hinzuweisen.

07.01.99, "Um Leib und Leben - kritische Betrachtung der Transplantationsmedizin" mit Erika Feyerabend.

13.01.99, "Rechte und Ökologie", Vortrag und Diskussion.

Wiesbaden, FH, Kurt-Schumacher-Ring 18, Hauptgebäude, Raum 219, jeweils 19 h.

Chile nach Pinochet

Chile stößt - dank der spanischen Justiz - seit einigen Wochen wieder auf weltweites Interesse. Ivan Saldias ("Anselmo"), ehemaliger Europasprecher des MIR, arbeitet heute in der Koordination der unabhängigen, sozialen und politischen Organisationen Chiles. Auf einer Veranstaltung, die von der ak-Redaktion und der VSP Internationalismus-Gruppe organisiert wird, soll der Frage nachgegangen werden, welchen Weg die sozialen Basisbewegungen in Chile heute nehmen.

13.01.99, Hamburg, 19.30 h, Seminarraum der W3, Nernstweg 32-34.

Besucht Jürgen!

Die Anti-AKW-Bewegung besucht die Konsens-Gespräche zwischen Atomindustrie und der Bundesregierung.

23.01.99, Bonn, bitte beachtet aktuelle Informationen der Tagespresse.

Mac Jobs

Ob Filmpark in Bottrop, Putzgroßunternehmen in Dortmund, ob Mc Donalds, Abrufkraft für einen Betrieb - das sind keine Zukunftszenarien, das ist für viele Menschen bereits Alltag. Wie dieser Alltag aussieht - und wer daran verdient - ist Gegenstand eines Mac Job-Tribunals in Dortmund.

29.1.99, Dortmund, 19 h, Fachhochschule Dortmund, Sonnenstraße.

Demontage

Veranstaltungsrundreise der gruppe demontage zu ihrem Buch "Postfordistische Guerilla - Vom Mythos nationaler Befreiung" (siehe ak 418). Angesagt ist die Diskussion über antikoloniale Befreiungsbewegungen, deren Nationenkonzepte und die Solidarität mit ihnen.

13.01.99, München, 20 h, Basis-Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43; 21.01.99, Halle, 20 h, Infoladen, Ludwigstr. 37; 23.01.99, Wuppertal, Tagesseminar 10-18 h, Info-Büro Nicaragua, Friedrich-Ebert-Str. 141b.

Gefährliche Orte

Unter dem Titel "Der große Auschluß" findet im ersten Quartal 1999 in Hamburg eine Veranstaltungsreihe zu den Veränderungen im städtischen Raum statt. Begleitet werden die Informations- und Diskussionsveranstaltungen durch eine Filmreihe im B-Movie.

21.01.99, "Eingrenzen - Ausgrenzen. Soziale Zonierung städtischer Räume" mit Klaus Ronneberger und Dirk Hauer (ak-Redakteur); 04.02.99, "Armutsghetto und/oder community. ‚urban underclasses` in deutschen Großstädten" mit Norbert Gestring und Ünal Zeran; 25.02.99, "Wa(h)re Sicherheit. Kontrolle privat und überall - Knäste als Produkte" mit Michael Lindenberg und Jens Stuhlmann; 25.03.99, "Fiktionen vom öffentlichen Raum oder Kulträume in den Tempeln des Kapitals" mit Monika Wagner. Jeweils 19.30, Kolibri, Hein-Köllisch-Platz 12. 02.03.99, "Attraktive City", Podiumsdiskussion mit VertreterInnen der Innenbehörde, Sozialpolitischen Opposition, des Einzelhandels und der HBV, 19 h, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 59.

45. Quelldatei 48.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak421/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:48

Antifa-Grundwissen

Schon der Titel der Broschüre deutet nicht gerade auf besondere Bescheidenheit ihrer AutorInnen hin: "Das Konzept Antifa". Auf der Rückseite des 72 Seiten starken Heftes heißt es: "Nicht immer, aber immer öfter. Antifaschistische Aktion." Die gut layoutete Hochglanzbroschüre der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) will anhand von zehn Gesichtspunkten "konsequente linke Politik" begründen. Diese "Aufgabenbereiche" werden durch einen grundsätzlichen Text eingeleitet und dann jeweils mit einem Beispiel aus der Politik der AAB "belegt". Insofern ist es ein Rundumschlag in linke Themenbereiche, mit denen uns die AAB erklären will, daß Antifa selbstverständlich nicht nur Anti-Nazi-Kampf ist: Revolutionärer Antifaschismus schließt den Kampf gegen das Patriarchat, gegen Volkstümelei und Rassismus mit ein. Unter den "politischen Fundamenten" des revolutionärem Antifaschismus finden sich neben der schon genannten "revolutionären Perspektive", ein Blick in die Geschichte, ein (sehr) kurzer Ausflug in die Faschismustheorien, ein Beitrag über das Feministische im Antifakampf und insgesamt drei Kapitel zur Organisierungsfrage. Dort geht es um regionale Vernetzung, den Aufbau der AA/BO und der Jugendarbeit. Jugendliche sind wohl auch die Zielgruppe dieser Broschüre.

In klar gegliederten, nicht sehr fundierten oder theoretischen Absätzen soll den zukünftigen AntifaschistInnen erklärt werden, worum es bei Antifa alles geht. Unter diesem Aspekt ist die Broschüre als gelungen zu bezeichnen, auch wenn die Selbstinszenierung und Eigenwerbung der AAB nicht so penetrant hätte sein müssen. Im Gegensatz zu anderen AA/BO-Publikationen wird allerdings auch der Kritik an der AAB ein wenig Platz eingeräumt. Das ermöglicht den weniger erfahrenen LeserInnen vielleicht eine kleine Einordnung der AAB in die Antifalandschlaft. Die Broschüre ist also eine gute Einführung - für die momentan sicherlich notwendige Strategiedebatte der Antifa bietet das Heft aber nicht viel brauchbaren Stoff, da nur bekannte Grundlagen zusammengefaßt werden.

Das Konzept Antifa. Informationsbroschüre der Antifaschistischen Aktion Berlin 1995-98, Antifaschistische Aktion Berlin, Engeldamm 68, 10179 Berlin, 72 Seiten, 7 DM.

Irreguläre Grenzen

Es gibt Fotos, die mehr aussagen als lange Abhandlungen. Der Fotojournalist Sacha Hartgers zeigt mit seinen Bildern von den "irregulären Grenzen in Europa" den Alltag von Asylsuchenden, Flüchtlingen und MigrantInnen. Bei manch einem Foto fragt man sich: Wie hat er das bloß gemacht? Hartgers zeigt prügelnde Bullen und solche mit gezogener Waffe, die Leibesvisitation eines Türken in einem Brüsseler Polizeirevier, rumänische Roma beim illegalen Überschreiten der deutschen Grenze, vietnamesische Zigarettenhändler auf der Flucht vor der deutschen Polizei. Viele der Bilder sind weniger spektakulär. Wir sehen die Unterkünfte albanischer Tagelöhner in Süditalien - Schweine- und Pferdeställe; die viel zu engen Wohnungen ehemaliger DDR-Vertragsarbeiter aus Vietnam; afrikanische Straßenhändler; MigrantInnen, die um die Opfer rassistischer Gewalt trauern. Die meisten Bilder wurden in Brüssel aufgenommen, der europäischen "Hauptstadt", viele in Rom und Neapel, andere in Frankreich, den Niederlanden und Deutschland (Berlin und Lübeck). Eingeleitet wird der Bildband mit einem längeren Text von Ulrich Bielefeld und Victoria von Flemming über die irritierende fotografische "Darstellung alltäglicher institutioneller Gewalt", die "Fremdenangst der Mehrheit", den "manchmal verdeckten, manchmal offenen Ethnisierungsprozeß" im heutigen Europa. Über die in dem Band abgebildete Wirklichkeit schreiben die beiden SozialwissenschaftlerInnen: "Nirgends geduldet zu sein, ist das Signum, das wie ein unsichtbarer Stempel diesen Bildern aufgedrückt ist. Doch vielleicht können Sacha Hartgers' Fotos mit dazu beitragen, gerade dort die Augen zu öffnen, wo es die Öffentlichkeit gewöhnt ist, sie geschlossen zu halten."

Sacha Hartgers: Irreguläre Grenzen in Europa. Ein Fotobericht. Mit einem Text von Ulrich Bielefeld und Victoria von Flemming; Hamburger Edition, Mittelweg 36, 20148 Hamburg, 47 Fotos, 58 DM

Stalins Retuschen

Fotos können aber nicht nur der Erkenntnis der Wahrheit dienen, sondern auch der Lüge. David Kings Sammlung von Foto- und Kunstmanipulationen in der Sowjetunion dokumentiert einen wichtigen Aspekt der

systematischen stalinistischen Zensur. Während die Retuscheure Stalins Gesicht wie das eines Filmstars glätteten, entfernten sie Oppositionelle und "Parteifeinde" mit mehr oder weniger professionellen Mitteln aus historischen Aufnahmen. Ziemlich bekannt ist ein 1920 aufgenommenes Foto mit Lenin als Redner auf einer Massenkundgebung und Trotzki und Kamenew deutlich sichtbar neben der Rednertribüne. Auf allen nach 1927 gedruckten Versionen fehlen die beiden "Verräter". David King hat jahrzehntelang die schwer zugänglichen Originale solcher Fotos zusammengetragen; in dem vorliegenden Band hat er jeweils Original und Fälschung gegenübergestellt. Noch bedrückender sind die von Hand übermalten Bilder liquidierter "Staatsfeinde" in Büchern und privaten Alben. Daß "hinter diesen beschnittenen und verunstalteten Aufnahmen zahllose Familientragödien stehen", betont Stephen F. Cohen in seinem Vorwort. Viele historische Fotos konnten nicht wiederbeschafft werden; so starb Bucharins Witwe Anna Larina 1996, "ohne sich je wieder mit ihrem Mann auf einer Aufnahme gesehen zu haben."

David King: Stalins Retuschen. Foto- und Kunstmanipulation in der Sowjetunion; Hamburger Edition 1997, Mittelweg 36, 20148 Hamburg, 192 Seiten, 48 DM

Genderitis und

artige Workshops

Ob Feminismus - in Lateinamerika - heute noch Sinn macht, fragt die neue Ausgabe der ila. Insgesamt zwölf Beiträge der Novemberausgabe diskutieren den Stand der Frauen- oder feministischen (eben das ist ja eine zentrale Frage) Bewegung südlich des Rio Grande. Dabei wird teils nüchtern, teils voller Hoffnung Bilanz gezogen. Die Spaltung in institutionalisierten und autonomen Feminismus wird in dem Beitrag über Mexiko und in dem Text zum Ersten Autonomen Feministinnentreffen reflektiert; konkrete feministische Projekte wie die Zeitschrift Feminiaria aus Argentinien werden vorgestellt, und Feministinnen aus Kuba, El Salvador, Brasilien, Kolumbien und Peru berichten aus ihren Ländern und von ihren politischen Erfahrungen. Zwar scheint zwischen der einen und der anderen Zeile auch die Trauer über die inzwischen verlorengegangene ideologische Sicherheit der Differenzdoktrin auf. Aber die Erfrischung, die das Aufweichen der These vom "anderen Geschlecht" auch für die lateinamerikanischen Bewegungen bedeutet, ist ebenso spürbar. Schön, daß nach so viel interessantem "Voyeurismus" auch die umgekehrte ethnologische Perspektive nicht ausgeklammert wird: Jael Bueno analysiert die unterschiedlichen Strategien des Feminismus in Lateinamerika und in Europa, und die Brasilianerin Amelinha Teles berichtet lebhaft und ironisch über ihre - teilweise irritierenden - Erfahrungen mit dem deutschen Feminismus: "Wir besuchten auch artige workshops in der Universität..."

ila, Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, Oscar-Romero-Haus, Heerstr.205, 53111 Bonn, Heft 220, November 98, 57 Seiten, 8 DM

Walsers Standpunkte

Die Linke Liste an der Uni-GH Duisburg versucht einem naheliegenden Einwand zuvorzukommen. Ihr Reader "Martin Walser. Über die Standpunkte eines rechtsextremistischen Intellektuellen" sei weder "zu polemisch" noch "zu tendenziös", denn: "Gegen Wegschauen hilft nur Hinschauen und gegen die Historisierung der Barbarei des Nationalsozialismus nur das aktive Eingreifen gegen alle Tendenzen, diese Tyrannei vergessen oder verharmlosen zu wollen. Das ist keine ‚Schande`, wie Walser meint, sondern Aufklärung. Dazu soll der Reader einen kleinen Beitrag leisten." Den leistet er - ungeachtet der allzu bedenkenlosen Verwendung des Attributs "rechtsextremistisch" für einen "normalen" deutschen Nationalisten, der allerdings den Rechtsextremisten die Stichworte liefert. Was also bietet der Reader? Neben zwei längeren Aufsätzen über "Nationalismus als ideologische Klammer" und "Martin Walser und die political correctness" vor allem Dokumente Walserschen Denkens, natürlich den Text seiner Rede in der Paulskirche und diverse Kommentare dazu, darunter Dohnanyis FAZ-Artikel über "Martin Walsers notwendige Klage".

Martin Walser. Über die Standpunkte eines rechtsextremistischen Intellektuellen; Reader der Linken Liste an der Uni-GH Duisburg, c/o AStA Geschäftsdienst Uni-GH Duisburg, Lotharstr. 65, 47057, LiLi-Hotline 0203/353788; 12 DM (incl. Porto)

46. Quelldatei 49.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak421/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:49

LeserInnenbriefe

Ignorierte Argumente

Betr.: "Rotbuch gegen Schwarzbuch" von Js., in: ak 420, S.30

Verärgert hat js. in seiner Rezension des Buches ",Roter Holocaust`? Kritik des Schwarzbuch des Kommunismus" (vgl. ak 420, S.30) auf meinen dort veröffentlichten Beitrag reagiert. Dort habe ich, schreibt js., nicht nur die neue Linke "auf die Anklagebank" gesetzt, sondern gar die Bereitschaft bekundet, die "kommunistische" Vergangenheit der ehemaligen deutschen Linken "auch als den Versuch der Flucht vor Auschwitz zu interpretieren". Wenn der ak-Rezensent die Begründungen für diese These komplett ignoriert, ist das seine Sache. Er wird dafür Gründe haben. Seine unwahre Behauptung: "Auf Argumente, die diese bizarre These stützen könnten, verzichtet der Autor", kann jedoch nicht unwidersprochen stehen bleiben.

Beispielsweise erinnert mein Text an die erbitterten Fraktionskämpfe zwischen den kommunistischen Zirkeln der 70er Jahre. "Und doch herrschte in ganz bestimmten Punkten eine seltsame Einmütigkeit", heißt es dort weiter. "Wenn es um den Gefühlskonsens mit der älteren Generation der VollstreckerInnen ging, wenn es um die Nichtthematisierung des Geschehens in Auschwitz ging, wenn es um die Ablehnung des Staats Israel ging: Hierüber gab es keinen Streit. Diese im Rückblick durchaus irritierende Einmütigkeit beweist, daß die deutsche Linke trotz aller progressiver Rhetorik mit dem Gesamtkollektiv aller Deutschen insofern verschmolzen geblieben ist, als auch sie unter einem Bann stand: Unter dem Bann, das Verbrechen des Holocaust aus der linken Faschismus-Analyse zu verbannen." (S. 257) Der Aufsatz verweist wiederholt auf das von mir mitverfaßte Buch "Goldhagen und die deutsche Linke" (Elefanten Press 1997), welches die "bizarre These" mit zahlreichen Aussagen u.a. aus dem Arbeiterkampf belegt. Eine Fülle derartiger Zitate hatte ich erstmals im April 1991 unter dem Titel "Israel, die deutsche Linke und der KB" in dieser Zeitung ausgebreitet. Dieser Artikel weist nach, wie durch bestimmte Stellungnahmen des KB "bewußt oder unbewußt die Schuld der Deutschen auf die Juden abgewälzt bzw. relativiert worden ist." (ak 329 S. 16f) In "analyse und kritik" sind die Argumente der hier erwähnten Texte nie untersucht worden, sondern stets ignoriert worden. Dies finde ich nicht bizarr, sondern bezeichnend. Doch nicht einmal die Behauptung von js., daß es Argumente bei mir gar nicht gebe, schafft diese aus der Welt.

Matthias Küntzel

Reaktionen auf die neue Homepage www.akweb.de

Wir nehmen die ak in unseren links auf.

Gewerkschaft hbv,

Landesleitung Thüringen

Herzlichen Glückwunsch zur eigenen Homepage

WRR

... wenn mir am ak nichts läge, würde ich Euch wohl kaum schreiben ...

So long und viele "hits" auf Eure Seite wünscht Euch

Archiv für Sicherheits- und

Entwicklungspolitik

Hallo ...

Vielleicht werde ich so wieder zum ak-Leser. Ich habe mir die Seiten kurz angeschaut. Ich finde sie übersichtlich gestaltet und würde nur das breite ak-Banner bemängeln ...

Ciao T, Tübingen

Liebe ak-Redaktion,

... Wir haben auch gleich Eure Seite www.akweb.de besucht und fanden diese großartig ...

CASTOR-NIX-DA-Kampagne

Redaktion

Ich hoffe, ihr legt diesem Spammer* das Handwerk,

forderte ein Webmaster (?) nach Erhalt unserer Nachricht von Comlink

Ein Lob für alle, die an den Internetseiten mitgewirkt haben. Es ist wirklich toll geworden.

Viele Grüße D& HH

Liebe ak-Genossen/innen

wir haben heute Eure URL in unsere Webseite LabourNet-Austria gestellt. Unsere Redaktion liest zudem sehr gerne etliche Beiträge von a&k ....

LabourNet-Austria, Unabhängige

Gewerkschafter/innen im ÖGB

Hi,

Eure Seite habe ich in meine Sammlung aufgenommen.

m.f.G. US

*) ein Spammer ist jemand, der unaufgefordert Werbe-Mails verschickt.

47. Papiere für alle!

CD-Datei: daten/aksuche/ak421/papiere.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:papiere

"Illegale" ImmigrantInnen, die seit 15 Jahren in Frankreich leben, sollen eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. 140.000 Menschen nahmen dieses nicht gerade großzügige Versprechen der Jospin-Regie-rung ernst. Anerkannt wurde aber nur gut die Hälfte der AntragstellerInnen. Die Quote wurde von höchster Stelle festgelegt: Damit Jospin bei der Präsidentschaftswahl 2002 als überparteilicher Einiger auftreten kann, bietet er für jedeN etwas: ein bißchen Humanität für die AnhängerInnen der Linken, staatliche Härte für die der Rechten - Härte vor allem gegen diejenigen ImmigrantInnen, die sich mit Hungerstreiks und Demonstrationen wehren. Eine gewisse Flexibilität zeigt die Linksregierung gegenüber Fachkräften und AkademikerInnen aus einigen afrikanischen Ländern. Sie widerspricht damit ihrem eigenen "humanitären" Argument, mit dem sie ihre Abschiebepolitik neuerdings begründet: Die Flucht der Eliten in die reichen Länder sei die "neue Form der Plünderung der Dritten Welt".

Seite 15

48. Ab nach Spanien!

CD-Datei: daten/aksuche/ak421/pino.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:pino

Pinochet darf nicht zurück nach Chile, statt dessen wird nun das vom spanischen Untersuchungsrichter Garzón beantragte Auslieferungsverfahren gegen ihn in London eröffnet. Die Entscheidung des britischen Innenministers Jack Straw löste bei den Angehörigen der Opfer und bei den Überlebenden der Diktatur in Chile und weltweit Jubel aus. Die Regierung in Santiago hingegen zog ihren Botschafter aus London ab - beleidigt, weil das britische Innenministerium sich über die aus Santiago vorgebrachten "humanitären Gründe" - "El Chacal" (so Pinochets Schmähname) ist nämlich krank - einfach hinweggesetzt hat.

Ob - und wenn ja, wann - der ehemalige Diktator nach Spanien ausgeliefert wird, steht allerdings noch in den Sternen. Auch die Frage, ob der Fall Pinochet zum Präzedenzfall wird für die strafrechtliche Verfolgung von Völkermördern, Folterern und Diktatoren, ist völlig offen. Währenddessen weilt Pinochet unter Hausarrest auf einem Landsitz in Südengland. Dreh- und Angelpunkt der Entscheidung der Lordrichter wie des Innenministers war die Frage nach der vermeintlichen diplomatischen Immunität von Pinochet, seines Zeichens Senator auf Lebenszeit. Das juristische Konstrukt der Immunität und der völkerrechtliche Hintergrund der Entscheidung der Lordrichter wird erläutert auf S. 12

Nach der brutalen Verfolgung der linken Opposition in den Jahren der Diktatur haben sich die sozialen Bewegungen seit Anfang der 90er neu formiert. Über den Widerstand gegen das neoliberale Projekt und die Bedeutung der Verhaftung Pinochets für die undogmatische Linke in Chile berichtet Iván Saldías. Er war der Europasprecher des MIR und arbeitet heute in der Koordination der unabhängigen, sozialen und politischen Organisationen Chiles. Seite 11

49. Quelldatei sp981214.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak421/sp981214.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:sp981214

Spenden-Ergebnis

W.P., Rickling 1.000,00

J.R., Hamburg 300,00

G.K., Urg 1.000,00

W.Sch., Berlin 250,00

W.R., Bonn 1.000,00

W.L., Nienburg 20,00

A.H.P., Bonn 10,00

R.K., Heidelberg 100,00

V.K., Köln 100,00

N.N., Lüneburg 200,00

H-H.B., Lübeck 30,00

E.C., Braunschweig 250,00

M.E., Cospeda 150,00

E.W., xy 50,00

U.E., Königswusterhausen 50,00

T.Sch., Leipzig 50,00

T.B., Berlin 30,00

D.M., xy 20,00

M.H., Tübingen 500,00

GAF Hamburg 400,00

S.B.W., Frankfurt/M. 300,00

M.Sch., Köln 100,00

G.H-K., Kist 100,00

J.G., Hamburg 100,00

M.B., Hamburg 100,00

B.Sch., München 80,00

H.G., Nürnberg 100,00

D.St., Herdecke 100,00

V.B., Hamburg 350,00

K.H., Winsen 107,00

M.S., München 100,00

P.H., Hamburg 100,00

P.St., xy 50,00

D.P., Saarlouis 50,00

D.K., xy 50,00

W.B., Hamburg 160,00

W.Z., xy 200,00

R.Sch., Amberg 100,00

A.L., Neumünster 100,00

G.M., Darmstadt 100,00

T.B., Aumühle 100,00

R.H., Berlin 41,00

A.B., München 50,00

J.G.Sch., Tübingen 100,00

W.W., Berlin 200,00

A.K., xy 90,00

A.H., Mosbach 50,00

Summe bis 14.12.98 8.588,00

50. Sicher, sauber, billig

CD-Datei: daten/aksuche/ak421/wisotit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:421:wisotit

Sicherheit ist eine Wachstumsbranche. Law and Order und Zero Tolerance bieten auch eine erstklassige Marktlücke für die professionellen Beschäftigungsförderer. Langzeiterwerbslose werden in Uniformen gesteckt, mit einem Handy und allerlei Werkzeug zum Müllsammeln ausgerüstet, und fertig sind die neuen Hilfspolizisten und MüllwerkerInnen, die in den Stadtvierteln nach dem Rechten sehen. Nach den Arbeitsbedingungen, den Löhnen oder dem Arbeitszwang fragt man in diesem Teil des staatlich organisierten Billiglohn-Sektors besser nicht.

Neben den "personenbezogenen Dienstleistungen" gilt vor allem der Einzelhandel als Domäne ungesicherter und schlecht bezahlter Mc-Jobs. Filialen mit extrem kleinen Belegschaften und geringem gewerkschaftlichen Organisationsgrad sprechen nicht gerade für nennenswerte Widerstandskraft. Doch daß dieser Schein manchmal auch trügt, zeigt die "Schlecker-Kampagne" der HBV. Aktionsformen der Neuen Sozialen Bewegungen waren dabei eine Alternative zur traditionellen gewerkschaftlichen Betriebsorientierung.

Wir setzen unsere Reihe "Nichts als Arbeit" in dieser Ausgabe fort mit:

- Erwerbslose als "City Ranger" Seite 26

- Soziales Netzwerk gegen Schlecker Seite 25

- Kritik der Existenzgeldforderung Seite 24